

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Wilfried Loth
Helmut Kohl und die Währungsunion

Lothar Machtan
Autobiografie als geschichtspolitische Waffe
Die Memoiren des letzten kaiserlichen Kanzlers Max von Baden

Georg J. Dufner
Chile als Partner, Exempel und Prüfstein
Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika

Hans Woller und Jürgen Zarusky
Der „Fall Theodor Eschenburg“ und das Institut für Zeitgeschichte

**Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg**

VIERTELJAHRSCHEFTE FÜR Zeitgeschichte

4
13

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

61. Jahrgang Heft 4 Oktober 2013

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/1 26 88-0
Fax 089/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de
www.vierteljahrshefte.de

Online Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig
durchsuchbar.
<http://vfz.ifz-muenchen.de>

Impressum © 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach § 8 Abs. 3 Presse G. i. V. m. Art. 2 Abs. 1 c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 143, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist der Verlag Walther de Gruyter GmbH, Genthiner Str. 13, 10785 Berlin.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Panagiota Herbrand (panagiota.herbrand@degruyter.com); Claudia Neumann (claudia.neumann@degruyter.com; Anzeigendisposition).

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Print- und Online-Abonnement € 69,80; Studentenabonnement: € 39,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 54,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 10,80/Ausland: € 14,00. Einzelheft: € 21,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Der Preis der Einheit?

Wilfried Loth

Helmut Kohl und die Währungsunion 455 Aufsätze**Kontraproduktiv?**

Lothar Machtan

Autobiografie als geschichtspolitische Waffe 481

Die Memoiren des letzten kaiserlichen Kanzlers

Max von Baden

Instrumentalisiert?

Georg J. Dufner

Chile als Partner, Exempel und Prüfstein 513

Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in

Lateinamerika

Korrekturbedürftig?

Hans Woller und Jürgen Zarusky

**Der „Fall Theodor Eschenburg“ und das Institut für
Zeitgeschichte 551** Diskussion

Offene Fragen und neue Perspektiven

Albert A. Feiber**Nützliche Nähe zu Hitler 567** Notiz

Das Ehepaar Max und Maria Wutz im Netzwerk

„Alter Kämpfer“ – Ein Gutachten des Instituts für

Zeitgeschichte

583 Rezensionen
online**589** Abstracts**591** Autoren

Seitdem die Finanzkrise voll auf den Euro-Raum durchgeschlagen ist, vergeht fast kein Tag, an dem nicht über die Zukunft der europäischen Währung spekuliert wird. Dabei geraten zumeist die Anfänge des Euro aus dem Blick, die bis in die 1980er Jahre zurückreichen. Die langwierige Debatte über die Vertiefung der europäischen Integration überschneidet sich 1989/90 mit dem Prozess der Vereinigung der deutschen Staaten, und es war diese Koinzidenz, die wiederholt zu Spekulationen Anlass gab, der Verzicht auf die D-Mark und die Zustimmung der Bundesregierung zur Einführung des Euro sei der Preis für die deutsche Einheit gewesen. Wilfried Loth stellt diese Spekulationen auf den Prüfstand und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte der Gegenwart.

Wilfried Loth

Helmut Kohl und die Währungsunion

Um die Entstehung des Vertrags von Maastricht ranken sich zahlreiche Mythen. War, wie oft behauptet wird, die Preisgabe der D-Mark zugunsten einer europäischen Gemeinschaftswährung der Preis, der für die deutsche Einheit bezahlt werden musste? Oder war die Währungsunion längst auf dem Weg, als im Winter 1989/90 die unverhoffte Vereinigung der beiden deutschen Staaten über die Europäer hereinbrach – das Ergebnis einer Pfadabhängigkeit europäischer Integrationspolitik und hartnäckigen Drängens eines François Mitterrand und seiner italienischen und spanischen Verbündeten? Hat Helmut Kohl diesem Drängen allzu leichtfertig nachgegeben, „um bei Errichtung einer Politischen Union weiterzukommen“? Sollte man ihn darum, wie Hans-Peter Schwarz dies in der Schlussbetrachtung seiner Kohl-Biographie tut, als „tragische Gestalt“ bezeichnen, „die Gutes gewollt und auch viel Gutes bewirkt hat, wenngleich leider im Übermaß und zu vertrauensvoll“?¹ Die Fragen sind drängender geworden, seit die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone die Schwächen der Vertragskonstruktion von Maastricht deutlicher hervortreten lassen. Verlässliche Antworten wird man nur gewinnen, wenn man die Rolle näher betrachtet, die Helmut Kohl bei der Entstehung des Maastricht-Vertrags gespielt hat.

1. Das Projekt der Währungsunion

Die ersten Jahre der Kanzlerschaft Helmut Kohls waren von einer Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa gekennzeichnet². Das 1979

¹ Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S.936; die These vom instrumentellen Charakter der Entscheidung für die Währungsunion, in: Ebenda, S.935.

² Zur langen Vorgeschichte der europäischen Währungsunion vgl. Horst Ungerer, A concise history of European monetary integration: From EPU to EMU, Westport/CT. 1997; zu den

eingeführte „Europäische Währungssystem“ (EWS) bot stärkere Anreize zur Schaffung einer Währungsunion und zur Überwindung der Stagflationskrise als die gescheiterte „Währungsschlange“ von 1972: Zu der Vereinbarung, die Währungen nicht mehr als 2,25 Prozent voneinander abweichen zu lassen, kam diesmal die Verpflichtung, auf den Geldmärkten zu intervenieren und Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts zu ergreifen, wenn sich die eigene Währung diesem Grenzwert annäherte. Damit die Intervention effektiv sein würde, wurden dem Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit je 20 Prozent der nationalen Gold- und Devisenreserven übertragen. Eine „Europäische Währungseinheit“ (European Currency Unit oder ECU) sorgte für Transparenz in den finanziellen Transaktionen der beteiligten Länder.

Damit wurde ein Mechanismus geschaffen, der Ländern mit schwachen Währungen wie Frankreich half, die Inflation zu bekämpfen, und es der Bundesrepublik erlaubte, dem Aufwertungsdruck standzuhalten, der von der Schwächung des US-Dollars ausging. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft konnten damit insgesamt auf den wirtschaftlichen Wachstumspfad zurückkehren und sich vom Dollar abkoppeln. Der Erfolg des EWS wurde in Frage gestellt, als François Mitterrand zu Beginn seiner Amtszeit als Staatspräsident ein Programm staatlicher Konjunktur- und Beschäftigungsförderung initiierte. Im März 1983 entschied er sich dann aber für einen rigorosen Austeritätskurs, und seither räumten ausnahmslos alle Mitgliedsländer des EWS der Inflationsbekämpfung Priorität ein.

Das hatte zur Folge, dass sich die Inflationsraten auf das niedrige deutsche und niederländische Niveau zu bewegen und Währungsanpassungen seltener notwendig wurden. Lediglich Italien und Irland mussten größere Abwertungen hinnehmen – die Lira verlor im Juli 1985 um sechs Prozent an Wert, das irische Pfund im August 1986 um acht Prozent. Leistungsschwächere Länder kamen der Flucht aus ihren Währungen dadurch zuvor, dass ihre Zentralbanken in währungsstarken Zeiten D-Mark-Bestände aufkauften und diese dann bei drohender Schwächung ihrer Währung einsetzten, noch bevor die Interventionsschwellen erreicht waren. Die D-Mark entwickelte sich so mehr und mehr zu einer zweiten Reservewährung neben dem Dollar und zur Ankerwährung des EWS. Die Orientierung an der D-Mark verhalf den Stabilisierungsbemühungen der Regierungen zu Nachdruck und Glaubwürdigkeit.

Mit der Konsolidierung des EWS trat auch seine Weiterentwicklung zur Währungsunion wieder auf den Plan. Seitdem sich François Mitterrand im Laufe des Jahres 1983 entschlossen hatte, den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einem Kernthema seiner Präsidentschaft zu machen, machte er sich besonders dafür stark. Ein Memorandum, das Mitterrands Vertrauter Roland Dumas mit Un-

Entscheidungsprozessen im Detail vgl. Emmanuel Mourlon-Druol, *A Europe Made of Money. The Emergence of the European Monetary System*, Ithaca/NY. 2012; Harold James, *Making the European Monetary Union. The Role of the Committee of Central Bank Governors and the Origins of the European Central Bank*, Cambridge/MA. 2012, sowie demnächst Wilfried Loth, *Europas Einheit. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt a. M./New York 2014.

terstützung durch den Quai d'Orsay und das französische Schatzamt ausarbeitete und das zum 1. Juni 1984 vorlag, betonte die Notwendigkeit einer stärkeren Konzentrierung der Währungspolitik und der Entwicklung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Rahmenplanung zur Sicherung von Stabilität und Wachstum. Weiterhin sollte die private Nutzung des ECU gefördert werden. Schließlich sollte der Europäische Währungskooperationsfonds zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, mit dem man die europäischen Währungen gegen den Dollar verteidigen konnte. Aus dem ECU sollte so eine echte europäische und internationale Währung werden³.

Begründet wurde die Wiederaufnahme der Pläne für eine Währungsunion in Dumas' Memorandum in erster Linie mit der Notwendigkeit, die Abhängigkeit von den Schwankungen des Dollarkurses und der amerikanischen Zinspolitik zu überwinden. Mit der wachsenden Selbstbindung an die D-Mark kam aber noch ein zweites Motiv hinzu: die einseitige Abhängigkeit von der Dollarpolitik und der Zinspolitik der Deutschen Bundesbank. Letzteres war umso schwerer zu ertragen, als die Bundesbank infolge des Überhandnehmens vorbeugender unilateraler Intervention vor Erreichen der Interventionsschwellen viel weniger zur Aufrechterhaltung der Paritäten beitrug als die Zentralbanken schwächerer Länder. Die „Abweichungsschwelle“ auf ECU-Basis, bei deren Überschreiten auch die Bundesbank zur Intervention gedrängt wurde, wurde selten erreicht; und mit der Zeit geriet dieses Instrument zur ausgewogenen Konvergenzförderung praktisch in Vergessenheit⁴.

Mit der komfortablen Position, die die Bundesbank durch diese Entwicklung gewonnen hatte, waren aber auch die Widerstände gegen eine Vergemeinschaftung der Währungsreserven und der Währungspolitik gewachsen. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl hütete sich zwar, als prinzipieller Gegner einer europäischen Währungsunion aufzutreten. Mit der Forderung, sich vor einzelnen Reformschritten zunächst über das definitive institutionelle Design dieser Union zu verständigen, schraubte er aber die Hürden, die zu ihrer Verwirklichung zu nehmen waren, bewusst hoch. Helmut Kohl konnte diese Hindernisse nicht so einfach wieder abbauen, weil sein Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der eng mit der Bundesbank zusammenarbeitete, zusehends an Popularität gewann und bald als potentieller Rivale des Bundeskanzlers galt. Grundsätzlich war auch Kohl für die Währungsunion; sie gehörte für ihn ganz selbstverständlich zu seiner Vision von einem vereinten Europa⁵. Er musste aber darauf bedacht sein, sie im Konsens der deutschen Politik oder wenigstens seiner CDU durchzusetzen, und das ließ ihn zögern, auf die französischen Initiativen einzugehen. Die Zugeständnisse, zu denen er sich bei der Ausformulierung der Einheitlichen Europä-

³ Referiert bei Kenneth Dyson/Kevin Featherstone, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999, S. 152f.

⁴ Ungerer, *History*, S. 163. Die Charakterisierung des französischen Drängens als „Miterrands Griff nach der ‚deutschen Atombombe‘“ und Versuch, „die Bundesrepublik währungspolitisch zu unterwerfen“, bei Schwarz, Kohl, S. 419 bzw. S. 517, lässt diese Motive großzügig außer Acht.

⁵ Vgl. Schwarz, Kohl, S. 397–497.

ischen Akte von 1986 bereitfind, gingen längst nicht so weit, wie Mitterrand gehofft hatte: Die Vertragspartner verpflichteten sich lediglich, bei der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit die „Erfahrungen [zu] berücksichtigen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) und bei der Entwicklung des ECU gesammelt worden sind“⁶.

Ein erster Einbruch in die deutsche Abwehrfront gelang im Winter 1986/87, als ein dramatischer Verfall des Dollarkurses den französischen Franc unter Abwertungsdruck und die D-Mark unter Aufwertungsdruck brachte. Jacques Chirac, seit dem Sieg der Gaullisten in den Parlamentswahlen vom März 1986 neuer Premierminister Mitterrands, machte die Anhebung der Geldmarktzinsen durch die Bundesbank dafür verantwortlich. Stoltenberg verteidigte die Bundesbank gegen die öffentliche Kritik aus Paris. Intern musste er den Kritikern aber Recht geben, und er zog daraus den Schluss, dass das Währungssystem mit besseren Mechanismen zur Abwehr spekulativen Drucks ausgestattet werden müsse. Die Bundesbank sollte so zu flexiblerem Vorgehen veranlasst und gleichzeitig vor weiteren Attacken geschützt werden. Die deutsch-französische Konfrontation endete mit einem Beschluss der Finanzminister am 12. Januar 1987, die D-Mark und den niederländischen Gulden um bescheidene drei Prozent aufzuwerten und den belgisch-luxemburgischen Franc um zwei Prozent. Die Forderung nach Abwertung des französischen Franc wurde fallengelassen⁷.

Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) hatte nach der Aufwertungskrise der Jahreswende 1986/87 die Notwendigkeit erkannt, die Währungsunion trotz des inhaltenden Widerstands der Bundesbank auf die Tagesordnung der Bundesregierung zu setzen. Er wurde dazu nicht nur von Dumas gedrängt, der unterdessen als Mitterrands Außenminister einen guten Draht zu seinem deutschen Kollegen entwickelt hatte und dem völlig klar war, dass eine öffentliche Initiative, wenn sie denn Erfolg haben sollte, von der deutschen Seite kommen musste. Genscher fürchtete darüber hinaus, dass das Währungssystem eine Fortdauer der bestehenden Asymmetrien nicht lange überleben würde. Damit wäre auch das Ziel einer Politischen Union gefährdet, und das zu einem Zeitpunkt, da sie angesichts der Reforminitiativen Michail Gorbatschows mehr denn je gebraucht wurde.

Die Reformen in der Sowjetunion und die Anstrengungen zur Überwindung des Kalten Kriegs, die Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU unternahm, verliehen dem Projekt der Europäischen Währungsunion in Genschers Sicht eine ganz neue Dringlichkeit: „Die West-Ost-Annäherung verlangte geradezu nach einer handlungsfähigen EG, die eng zusammenarbeitete statt auseinanderzudriften. Außerdem würde die deutsche Haltung dazu im Licht der neuen Entwicklungen nicht nur in Paris mit Argusaugen betrachtet werden: Blieben die Deutschen an Bord des Dampfers Europäische Gemeinschaft oder gingen sie wieder eigene Wege? Sobald die deutsche Vereinigung aktuell wurde, würde sich die-

⁶ Text in: Europa-Archiv 41 (1986), S. D 163–182.

⁷ Vgl. ebenda, S. 180; hierzu und zum Folgenden Dyson/Featherstone, Road, S. 156–180 u. S. 306–342.

se Fragestellung noch verschärfen; da durfte es keine Unsicherheiten, keine Unklarheiten geben, denn dies hätte verheerende Auswirkungen zur Folge gehabt.⁸ Genscher nahm offensichtlich wahr, dass hinter dem wachsenden Druck der französischen Seite auch die Sorge vor einer Emanzipation der Deutschen von der Europäischen Gemeinschaft steckte. Dieser Sorge konnte man nur begegnen, indem man sich rechtzeitig um eine stärkere Einbindung der Deutschen bemühte.

Der deutsche Außenminister suchte also nach einer Gelegenheit, den Einfluss der Bundesbank auf die Haltung der Bundesregierung zu dem Projekt der Währungsunion substanziell zurückzudrängen. Er fand sie auch, nachdem seine FDP nach den Bundestagswahlen vom Januar 1987 deutlich an Gewicht gewonnen hatte und Stoltenberg durch die „Barschel-Affäre“ in seiner politischen Heimat Schleswig-Holstein 1987/88 zusehends an Einfluss verlor. Nachdem der deutsche Erfolg bei der Verabschiedung des „Delors-Pakets“ zur beschleunigten Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts auf der Brüsseler Ratstagung vom 11. und 12. Februar 1988 Genschers Ansehen in der deutschen Öffentlichkeit wie bei den europäischen Partnern noch weiter gestärkt hatte, trat er am 26. Februar mit einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan zur Schaffung eines „Europäischen Währungsraumes“ an die Öffentlichkeit. Er sollte die Bundesbank ausmanövrieren und den immer noch zögernden Bundeskanzler unter Zugzwang setzen.

Das Memorandum war bewusst nicht im Kabinett abgestimmt worden und firmierte daher als ein persönliches Statement Genschers. Es griff die Zielvorstellungen zu einer Währungsunion auf, die von Pöhl und anderen Vertretern der Bundesbank geäußert worden waren, und verband sie mit einem Verfahrensvorschlag, der auf ihre kurzfristige Verwirklichung zielte. Kernstück der Währungsunion sollte danach die Errichtung einer Europäischen Zentralbank sein, die ebenso unabhängig war wie die Bundesbank und die in gleicher Weise dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet war. Um diese Initiativen auf den Weg zu bringen, sollte der Europäische Rat bei seiner nächsten Zusammenkunft im Juni einen „Sachverständigenausschuss“ mit „professioneller und politischer Autorität“ einsetzen; dieser sollte innerhalb eines Jahres die Eckpunkte für die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes bestimmen, das Statut der Europäischen Zentralbank ausarbeiten und Vorstellungen für die Übergangszeit bis zur Vollendung der Währungsunion entwickeln, die sich am Prinzip der Parallelität von wirtschaftlicher und monetärer Integration orientierten⁹.

Dagegen konnten die Gegner der Währungsunion nur noch Einwände hinsichtlich des Verfahrens vorbringen, und das taten sie auch prompt. Stoltenberg ließ dem Staatssekretärsausschuss für Europäische Angelegenheiten und dem Währungsausschuss des EG-Ministerrats am 15. März ein Gegenmemorandum zukommen, das in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank entstanden war und eine ganze Reihe von Vorbedingungen auflistete, die vor der Errichtung einer Europäischen Zentralbank erfüllt sein müssten: weitere „Verstärkung“ der mone-

⁸ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 387.

⁹ Vgl. Henry Krägenau/Wolfgang Wetter, *Europäische Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation*, Baden-Baden 1993, S. 310–312.

tären Zusammenarbeit und der Orientierung am Stabilitätsziel, unwiderrufliche Freigabe der Kapitalbewegungen in der Gemeinschaft, stärkere Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung, uneingeschränkte Beteiligung aller Mitgliedsländer am Währungssystem, Sicherstellung der Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und eine substanzielle Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf die Gemeinschaftsebene auch über den Bereich der Währungspolitik hinaus¹⁰. Die Währungsunion blieb in dieser Sicht ein Fernziel, das im Sinne der unter deutschen Finanzexperten beliebten „Krönungstheorie“ erst dann verwirklicht werden konnte, wenn sich alle Mitgliedsländer den deutschen Verhältnissen angepasst hatten¹¹.

Kohl leuchtete Genschers Argumente durchaus ein. Angesichts des nunmehr offenkundig gewordenen Gegensatzes in seiner Regierung hielt er sich aber zunächst bedeckt und wartete die weiteren Reaktionen auf Genschers Initiative ab. Erst nachdem sich die Vertreter von Industrie und Handel überwiegend positiv geäußert hatten und Mitterrand am 7. Mai als Staatspräsident wiedergewählt worden war, entschloss er sich, den Vorschlag zur Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Chefsache zu machen. Um den Erfolg zu sichern, bestand er aber darauf, dass ihm neben einer Reihe unabhängiger Persönlichkeiten auch die Zentralbankpräsidenten angehören sollten. Beim deutsch-französischen Gipfel am 2. Juni in Evian schlug er vor, dass Jacques Delors, mit dem er eng zusammenarbeitete, den Vorsitz in diesem Ausschuss übernehmen sollte. Gleichzeitig verlangte er von Mitterrand, eine Vorbedingung zu erfüllen, die für Stoltenberg besonders wichtig war: die Freigabe des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft¹². Als Mitter-

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 337 f.

¹¹ Dass Stoltenberg sich entschlossen habe, „das Thema einer Wirtschafts- und Währungsunion [...] erneut [zu] forcieren“, so Schwarz, Kohl, S. 433, wird man darum gewiss nicht sagen können.

¹² Notiert bei Jacques Attali, *Verbatim*, Tome 3: *Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995, S. 32. Nach dem Zeugnis von Pierre Favier und Michel Martin-Roland, die Einsicht in die entsprechenden Originaldokumente hatten, sind mehr als die Hälfte der in Band 3 von Mitterrands engstem Mitarbeiter Jacques Attali veröffentlichten Gesprächsaufzeichnungen tatsächlich vom Generalsekretär des Präsidentenamtes Jean-Louis Bianco diktiert worden; vgl. *La Décennie Mitterrand*, Tome 3: *Les Défis [1988–1991]*, Paris 1996, S. 38. Françoise Carle, die mit der Archivierung von Unterlagen des Präsidentenamts beauftragt war, berichtet von Kürzungen und Hinzufügungen, die Attali bei einzelnen Dokumenten vorgenommen habe (*Les Archives du Président. Mitterrand intime*, Paris 1998, S. 111). Deswegen ist die Authentizität der von Attali veröffentlichten Aufzeichnungen aber nicht geringer zu veranschlagen als bei anderen mehr oder weniger ausführlichen Gesprächsnotizen. Mitterrand hat die Druckvorlagen der ersten beiden Bände, die Attali in seinem Auftrag zusammengestellt hatte, gelesen und zum Teil handschriftlich korrigiert; beim dritten Band kam er aufgrund seiner fortgeschrittenen Erkrankung nicht mehr dazu; siehe Guy Sitbon, *Le cas Attali*, Paris 1995, S. 215–224; ein Interview mit Mitterrand in: Ebenda, S. 229–238, hier S. 237 f., sowie Jacques Attali, *C'était François Mitterrand*, Paris 2005, S. 359, S. 362 u. S. 435. Die von Mitterrand-Verteidigern wie Pierre Joxe und Pierre Hassner bei einem Kolloquium über Mitterrand und das Ende des Kalten Krieges in die Welt gesetzten Zweifel an der Zuverlässigkeit der Dokumentenpublikation Attalis (Samy Cohen [Hrsg.], *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris 1998, S. 426 u. S. 455, kolportiert bei Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et*

rand dieser Forderung nachgekommen war und der EG-Ministerrat am 24. Juni die Freigabe des Kapitalverkehrs spätestens zum 1. Juli 1990 beschlossen hatte, war für Kohl der Weg frei, bei der nächsten Ratstagung als Initiator der Währungsunion aufzutreten. Stoltenbergs Opposition konnte mit dem Hinweis auf den Erfolg bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs neutralisiert werden.

Auf der Ratstagung in Hannover am 27. und 28. Juni suchte Kohl zunächst die britische Premierministerin Margaret Thatcher im privaten Gespräch zu überzeugen, dass sie von einem Ausschuss, der im Wesentlichen aus orthodoxen Zentralbankern bestand, nichts zu befürchten hatte. Dann, nachdem die Ratskollegen Delors gerade für eine weitere Amtszeit als Kommissionspräsident bestätigt hatten, schlug der Kanzler beim Abendessen vor, den Kommissionspräsidenten auch zum Vorsitzenden des neuen Ausschusses zu berufen. Dem Ausschuss sollten im Übrigen alle zwölf Zentralbankpräsidenten angehören und Frans Andriessen als weiteres Mitglied der Europäischen Kommission sowie Miguel Boyer, Präsident der spanischen Außenhandelsbank, Alexandre Lamfalussy, Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, und Niels Thygesen, Wirtschaftsprofessor in Kopenhagen, als unabhängige Persönlichkeiten. Der Vorschlag stieß auf allgemeine Zustimmung. Thatcher bestand nur darauf, dass die Frage nach der Errichtung einer Europäischen Zentralbank nicht explizit in den Auftrag für den Ausschuss hineingeschrieben wurde. Und Staatssekretär Hans Tietmeyer, der der deutschen Delegation in Hannover als „Aufpasser“ aus dem Finanzministerium angehörte, erreichte im letzten Moment den Zusatz, dass die Zentralbankpräsidenten nur in ihrem eigenen Namen tätig werden sollten, nicht als Vertreter ihrer Institutionen. In der abschließenden Pressekonferenz gab sich Kohl als amtierender Ratspräsident „zu 90 Prozent sicher“, dass die Europäische Zentralbank bis zum Jahr 2000 verwirklicht sein würde¹³. In der Tat war mit der Einsetzung eines Ausschusses, der einen Fahrplan zur Währungsunion ausarbeiten sollte, der Übergang zu einer gemeinsamen Währung wieder auf die Tagesordnung der Gemeinschaft gesetzt worden. Durch die Einbindung der Zentralbankpräsidenten war es zudem gelungen, die Opposition der Bundesbank zu neutralisieren.

Delors' verbindliche Zielstrebigkeit und die Vermittlerdienste, auf die sich der niederländische Zentralbankpräsident Wim Duisenberg wiederholt verstand, sorgten dafür, dass bis zum 12. April 1989 tatsächlich ein Bericht zustande kam, der von allen Kommissionsmitgliedern getragen wurde. Er bewegte sich auf der von Genscher vorgezeichneten Linie, enthielt allerdings auch einige Unschärfen, hinter denen sich fortdauernde Meinungsverschiedenheiten verbargen. In der Zielbeschreibung eines unabhängigen Europäischen Zentralbankensystems, das vom Direktorium der Europäischen Zentralbank und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken geleitet wurde und auf das Ziel der Preisstabilität verpflichtet war, folgte er den deutschen Vorgaben. Mitterrand hatte dem französischen

l'unification allemande. De Yalta à Maastricht, Paris 2005, S. 11 f. u. S. 381 f.) sind nicht berechtigt.

¹³ Europa-Archiv 43 (1988), S. D 443–447; zum Verlauf vgl. auch Jacques Delors, Erinnerungen eines Europäers, Berlin 2004, S. 383–385.

Zentralbankpräsidenten Jacques de Larosière hierzu seinen Segen gegeben, weil er wusste, dass die Währungsunion anders nicht zu erreichen war. Um die Unwideruflichkeit der Fixierung der Wechselkurse zu demonstrieren, sollte es auch nominal eine Gemeinschaftswährung geben. Hinsichtlich der parallelen Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die Delors für notwendig hielt, wenn die Währungsunion auf Dauer funktionieren sollte, war dagegen nur vage von „makroökonomische[r] Koordinierung einschließlich verbindlicher Regeln“ im Haushaltsbereich die Rede. Die ausdrückliche Erwähnung einer „Übertragung von Entscheidungsmacht“ auf die europäische Ebene in einem frühen Entwurf wurde von Delors als nicht durchsetzbar gestrichen.

Was den Fahrplan betraf, so konnte Delors wohl die Idee eines Vorgehens in drei Stufen durchsetzen und auch die Empfehlung, dass es gleich zu Beginn des Prozesses eine klare „politische Verpflichtung auf die Endphase“ geben müsse. Von einem Zeitplan blieb jedoch nur die Empfehlung, die erste Stufe spätestens mit der Freigabe des Kapitalverkehrs am 1. Juli 1990 beginnen zu lassen. Im Übrigen wurde weder klar gesagt, welche Bedingungen erfüllt sein müssten, um von der ersten zur zweiten oder von der zweiten zur dritten Stufe fortschreiten zu können, noch wurden irgendwelche zeitlichen Vorgaben für diese Übergänge gemacht. In der ersten Stufe sollten die Konvergenz von wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftspolitik weiter gefördert werden, und es sollten alle Mitgliedsländer dem Wechselkursmechanismus des EWS beitreten. Außerdem galt es, einen Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten. Nach dessen Ratifizierung sollte das Europäische Zentralbankensystem in der zweiten Stufe den Übergang zur vollen Währungsunion in der dritten Stufe organisieren.

Hinsichtlich der Organisation des Übergangs in der zweiten Stufe blieb der Bericht des Delors-Ausschusses allerdings vage. Pöhl wehrte de Larosières Forderung nach Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds für diese Übergangsphase mit Erfolg ab, ebenso die Idee der Schaffung einer europäischen Parallelwährung, die neben den nationalen Währungen gelten sollte. Der Bericht hielt nur fest, dass die Europäische Zentralbank die Möglichkeit haben sollte, einen „gewissen Betrag an Währungsreserven“ zusammenzulegen und zur Intervention auf dem Devisenmarkt zu nutzen. Die Bandbreiten zwischen den nationalen Währungen sollten in dem Maße verengt werden, wie es die Umstände und der Fortschritt bei der Konvergenz erlaubten. Darüber hinaus sollten präzise Regeln für den Umfang und die Finanzierung von Haushaltsdefiziten vereinbart werden; diese sollten allerdings noch nicht verbindlich sein. „Leitlinien“ zur makroökonomischen Entwicklung sollten mit Mehrheitsvotum verabschiedet werden; gleichzeitig sollte die „endgültige Verantwortung“ für politische Entscheidungen in dieser Phase aber noch bei den nationalen Instanzen verbleiben¹⁴.

¹⁴ Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion der EG, in: Europa-Archiv 44 (1989), S. D 283–304, Zitate S. D290, S. D296 und S. D301 f.; Krägenau/Wetter, Europäische Währungsunion, S. 33–40. Zu den Verhandlungen im Delors-Ausschuss vgl. Dyson/Featherstone, Road, S. 342–350 u. S. 713–720; Delors, Erinnerungen, S. 385–389; James, Making, S. 234–261.

Auch wenn damit Essentials der Bundesbank hinsichtlich der Gestalt der künftigen Währungsunion gewahrt blieben und das Tempo ihrer Verwirklichung unklar erschien, war doch mit der Empfehlung eines unmittelbaren Starts und der gleichzeitigen Verpflichtung auf das Ziel ein starker Impuls gegeben, die Weiterentwicklung des Währungssystems zur Währungsunion jetzt in Angriff zu nehmen. Mitterrand, Delors und Genscher drängten denn auch gleich darauf, den Bericht des Delors-Ausschusses auf der nächsten Ratstagung in Madrid zu verabschieden und sogleich eine Regierungskonferenz einzusetzen, die den für Stufe zwei erforderlichen Vertrag ausarbeiten sollte. Der Umstand, dass es gelungen war, alle Zentralbankpräsidenten auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten, musste genutzt werden, und das Eisen musste geschmiedet werden, solange es noch heiß war. Mitterrand schob daher die Bedenken seines Finanzministers Pierre Bérégovoy hinsichtlich der fehlenden wirtschafts- und fiskalpolitischen Steuerungskompetenz der projektierten Union kurzentschlossen beiseite. Bei einer Besprechung im Élysée-Palast am 11. Mai machte er klar, dass die Risiken, die Frankreich mit der Freigabe der Kapitalbewegungen einging, durch die Vorteile der Währungsunion mehr als aufgewogen würden¹⁵.

Kohl geriet durch den Druck, den die Währungsunions-Protagonisten ausübten, erneut in ein Dilemma: Auf der einen Seite teilte er ihre Lageanalyse und die Schlussfolgerungen, die sie daraus zogen, andererseits musste er innenpolitisch gerade jetzt besonders vorsichtig agieren. Die Kritik an seiner Amtsführung hatte sich zugespitzt, und der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler war dabei, seine Ablösung zu betreiben. In dieser Situation konnte er es sich einfach nicht leisten, den CSU-Chef Theo Waigel zu düpieren, den er im April als Finanzminister mit ins Regierungsboot genommen hatte und der ihn gegen die innerparteiliche Kritik unterstützte. In den Kabinettsberatungen konnte Genscher daher zwar durchsetzen, dass sich die Bundesregierung für die Annahme des Delors-Berichts und den Beginn der ersten Stufe zum 1. Juli 1990 aussprach. Als Waigel und Tietmeyer (dessen Fachkompetenz der neue Finanzminister sehr schätzte) aber geltend machten, dass vor einer Festlegung auf den Beginn der Regierungskonferenz noch eine Reihe von „technischen Fragen“ geklärt werden müssten, wagte Kohl nicht zu widersprechen¹⁶.

In Madrid, wo die Staats- und Regierungschefs am 26. und 27. Juni 1989 zusammenkamen, konnte denn auch nicht mehr beschlossen werden. Kohl nutzte den Widerstand Thatchers gegen einen neuen Vertrag, um sich als Vermittler zu präsentieren und dann auf ein Ergebnis hinzuarbeiten, mit dem er abermals Zeit gewinnen konnte: Der Bericht des Delors-Ausschusses wurde als unentbehrliche Grundlage für die Vorbereitung der Währungsunion begrüßt und der Beginn der ersten Stufe auf den 1. Juli 1990 festgelegt. Die Regierungskonferenz sollte aber erst zusammentreten, sobald die zuständigen Gremien – also der Allgemeine und der Finanzrat, die Kommission, der Ausschuss der Zentralbankpräsidenten und

¹⁵ Vgl. Dyson/Featherstone, Road, S. 188.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 350–354; zu den innenpolitischen Problemen des Bundeskanzlers vgl. Schwarz, Kohl, S. 496–502 u. S. 520–527.

der Währungsausschuss – die notwendigen Vorbereitungen abgeschlossen hatten. In keinem Fall sollte das vor Beginn der ersten Stufe der Fall sein. Der Rat billigte im Übrigen ausdrücklich das Vorhaben der Deutschen, eindeutige Konvergenzkriterien festzulegen, und lehnte den französischen Plan für einen Europäischen Reservefonds ab¹⁷.

2. Die Entscheidung für die Währungsunion

Mitterrand suchte nun die europäische Ratspräsidentschaft, die er im zweiten Halbjahr 1989 wieder innehatte, dazu zu nutzen, die Vorbereitungen für die Regierungskonferenz entscheidend voranzutreiben und den Deutschen ein verbindliches Datum dafür abzurufen. Wenigstens noch vor Ende des Jahres 1990 sollte sie beginnen. Die dazu notwendigen Beschlüsse sollten auf der nächsten Ratstagung im Dezember in Straßburg gefasst werden; eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Außen- und Finanzministerien, die unter dem Vorsitz seiner Europa-Referentin Elisabeth Guigou tagte, sollte sie vorbereiten. Er habe die Absicht, „den Zug auf die Räder zu setzen“, kündigte er Margaret Thatcher bei einem Blitzbesuch am 4. September an, und er sollte nicht „von ein oder zwei Staaten“ aufgehalten werden¹⁸. Im Klartext hieß das, Frankreich würde die Währungsunion jetzt auf den Weg bringen, auch wenn Großbritannien nicht gleich mitmachen würde.

Bei seinem Drängen auf Einberufung einer Regierungskonferenz kamen Mitterrand die Zeitläufte zu Hilfe: Es schien im Sommer und Herbst 1989 möglich, die Teilung Europas und damit auch die Teilung Deutschlands zu überwinden. Damit wuchs aber auch die Einsicht in die strategischen Notwendigkeiten, die Mitterrand und Genscher bewegten. Angesichts der Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich und der Bildung einer Allparteien-Regierung in Polen begannen sowohl Bérégovoy als auch Waigel zu begreifen, dass die Währungsunion unbeschadet ihrer unterschiedlichen Auffassungen über das Wie rasch verwirklicht werden musste. Bei ihrer ersten Begegnung im Rahmen der Deutsch-Französischen Wirtschaftskommission in Tegernsee am 24. und 25. August fassten sie Vertrauen zueinander. Ihre beiden Häuser arbeiteten fortan nicht mehr heimlich gegen die Währungsunion, sondern konstruktiv darauf hin. Selbst Pöhl gab sich jetzt überzeugt, dass die Währungsunion aus politischen Gründen kommen müsse.

Dazu passte, dass Kohl den innerparteilichen Machtkampf in der CDU auf dem Bremer Parteitag im September 1989 für sich entscheiden konnte. Mit neuem Selbstbewusstsein trat er jetzt als Sprecher auch der Deutschen in der DDR auf, und er sah auch die Notwendigkeit, möglichen Irritationen der Verbündeten

¹⁷ Vgl. Europa-Archiv 44 (1989), S. D 406 f.

¹⁸ Archives nationales Paris (künftig: AN), 5AG4, 88 EG d.1, zit. nach Jean-Marie Palayret, La voie française vers l'Union économique et monétaire durant la négociation du traité de Maastricht (1988–1992), in: Martial Libera/Birte Wassenberg (Hrsg.), L'Europe au cœur, études pour Marie-Thérèse Bitsch, Brüssel 2009, S. 197–221, hier S. 209.

hinsichtlich eines neuen deutschen Sonderwegs durch rechtzeitige Gesten vorzubeugen. Am 13. Oktober ließ Joachim Bitterlich, seines Zeichens Europa-Referent des Bundeskanzlers, seine Kollegin Guigou in Paris wissen, dass Kohl auf der bevorstehenden Ratstagung in Straßburg im Dezember für eine Vereinbarung über den Zusammentritt der Regierungskonferenz plädieren würde. Als Datum für den Konferenzbeginn wurde Ende 1990 genannt. Die Verhandlungen sollten bis Ende 1991 zu einem Vertragsabschluss führen, und die Ratifizierung des Vertrages sollte dann im Laufe des Jahres 1992 erfolgen¹⁹. Mitterrand verstand, dass die Verhandlungen erst nach den Bundestagswahlen beginnen sollten, die für Anfang Dezember 1990 vorgesehen waren, und dass das Thema der Währungsunion so aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollte.

Wirklich entschieden war mit diesem Einlenken Kohls aber, anders als Mitterrand meinte, immer noch nichts. Der Bundeskanzler zog nämlich aus den Umbrüchen in Ungarn und Polen und dem sichtlichen Verfall des SED-Regimes in der DDR den Schluss, dass neben der wirtschaftlichen und monetären Integration nun auch die politische Einigung Europas beschleunigt werden müsse. Das schien ihm erstens nötig zu sein, um für den Prozess der deutschen Wiedervereinigung einen starken Rahmen zu schaffen. Zweitens sah er auch bei der Bewältigung der Hinterlassenschaften des Kommunismus im östlichen Teil Europas neue Aufgaben auf die Gemeinschaft zukommen. Elf Tage nach der Botschaft, die Bitterlich übermittelt hatte, flog Kohl eigens nach Paris, um Mitterrand das zu sagen. „Es wäre notwendig, nach dem wirtschaftlichen ein politisches europäisches Projekt in Angriff zu nehmen“, erläuterte er ihm beim gemeinsamen Abendessen am 24. Oktober. Der Bundeskanzler machte auch deutlich, dass eine entsprechende Initiative seiner Meinung nach dringlich war: „Der Gipfel von Straßburg muss eine klare Botschaft in Richtung Osten aussenden.“

Mitterrand entging nicht, dass Kohl auf seine Frage nach dem Datum für die Regierungskonferenz ausweichend reagierte: „Man kann nichts entscheiden, bevor man sieht, was in Straßburg geschieht.“ Das ließ ihn misstrauisch werden. Mitterrands Intimus Jacques Attali schloss seine Aufzeichnungen zu dieser „schwindelerregenden“ Unterredung mit der Bemerkung: „Ich spüre zum ersten Mal, dass der Kanzler uns nicht Alles anvertraut, was er weiß und was er will.“²⁰ Aus dem Misstrauen wurde große Unruhe, als Kohl seine Vorstellungen in einem Schreiben an Mitterrand am 27. November präziserte: In Straßburg sollten die Finanzminister und die Zentralbankpräsidenten mit der Vorbereitung der Regierungs-

¹⁹ Guigou an Mitterrand, 13.10.1989, in: AN, 5AG4, 6874; vgl. auch Attali, Verbatim, Bd. III, S.321.

²⁰ Zit. nach der Aufzeichnung von Präsidentenberater Jacques Attali, der bei diesem Abendessen wie bei fast allen Begegnungen zwischen Mitterrand und Kohl zugegen war: Attali, Verbatim, Bd. III, S.325–327; vgl. hierzu und zum Folgenden auch Hanns Jürgen Küsters, *La controverse entre le Chancelier Helmut Kohl et le Président François Mitterrand à propos de la réforme institutionnelle de la Communauté européenne* (1989/1990), in: Marie Thérèse Bitsch (Hrsg.), *Le couple France-Allemagne et les Institutions Européennes. Une postérité pour le Plan Schuman?*, Brüssel 2001, S.487–516, hier S.491–496; Dyson/Featherstone, Road, S.363–366.

konferenz beauftragt werden; und die Konferenz sollte dann nicht nur über die Wirtschafts- und Währungsunion verhandeln, sondern in einer zweiten Phase von Ende 1991 an über die sonstigen institutionellen Reformen, insbesondere über eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Die „politische Entscheidung zur Einsetzung der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion“ sollte erst Mitte Dezember 1990 getroffen werden, die Verhandlungen erst Anfang 1991 beginnen. Beide Verhandlungsteile sollten im Laufe des Jahres 1992 abgeschlossen werden, „spätestens im Dezember“. Die Ratifizierungen würden dann, so wurde abschließend betont, rechtzeitig vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai/Juni 1994 erfolgen können²¹.

In Paris interpretierte man die hier angekündigte Verschiebung der politischen Entscheidung über die Währungsunion um ein weiteres Jahr in Verbindung mit der Einbettung in ein umfassenderes Reformprojekt, das viele Fallstricke barg, als verdeckte Absage. „Wenn das wirklich die Position des Bundeskanzlers ist“, kommentierte Attali, „dann bedeutet das, dass er auf die britische Argumentation eingeschwenkt ist. Und das alles beerdigt ist. Die deutschen Probleme werden die europäische Konstruktion hinwegfegen.“²² Nicht nur das Projekt der Währungsunion drohte genau in dem Moment zu scheitern, in dem es in französischer Sicht besonders dringlich wurde, sondern die Einbindung Deutschlands überhaupt, die doch ein wesentliches Motiv nicht nur der französischen Europapolitik war.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Mitterrand die deutschlandpolitische Entwicklung noch wesentlich gelassener gesehen als etwa Margaret Thatcher. Zwar trieb auch ihn die Sorge um, eine unkontrollierte Vereinigungsbewegung der Deutschen könne zum Sturz Gorbatschows und damit möglicherweise sogar zu einem großen Krieg zwischen Ost und West führen. Gleichzeitig hatte er aber geglaubt, mit der Stärkung der europäischen Strukturen anders als Thatcher über ein Konzept zur friedlichen Lösung der deutschen Frage zu verfügen; und er hatte darauf vertraut, dass Kohl ihm helfen würde, diese europäische Option zu verwirklichen. Umso größer war seine Beunruhigung, als der Bundeskanzler am 27. November seine Zustimmung zur Einberufung einer Regierungskonferenz über die Währungsunion praktisch wieder zurücknahm. Die Unruhe wuchs noch weiter an, als Kohl gleich am Tag darauf, ohne die Partner zuvor informiert zu haben, mit einem Wiedervereinigungsplan in zehn Punkten an die Öffentlichkeit trat. Auch wenn bei dem angekündigten Weg über „konföderative Strukturen“ vieles unklar blieb, nicht zuletzt der zeitliche Rahmen des Wiedervereinigungsprozesses, hatte der Bundeskanzler damit doch unmissverständlich die staatliche Wiedervereinigung auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt. Für Mitterrand hieß das, wie er Gorbatschow bei einem Treffen in Kiew am 6. Dezember erklärte, dass Kohl der

²¹ Kohl an Mitterrand, 27.11.1989, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 565–567.

²² Attali, Verbatim, Bd. III, S. 349.

deutschen Vereinigung nun doch Priorität vor der Vertiefung der europäischen Einigung und der Schaffung einer europäischen Friedensordnung einräumte²³.

Der Präsident setzte nun alles daran, den Bundeskanzler doch noch zur verbindlichen Zustimmung zur Einberufung der Regierungskonferenz zur Währungsunion auf der bevorstehenden Straßburger Ratstagung zu bewegen. Eine Verständigung über Verhandlungen zur Politischen Union, so willkommen sie im Prinzip war, sollte auf später verschoben werden, um den Durchbruch in der Währungsfrage nicht zu gefährden. Noch am Nachmittag des 28. November griff er zum Telefon, um Kohl zu drohen, dass Frankreich seinem Wiedervereinigungsplan nur zustimmen würde, wenn die Bundesregierung zuvor dreierlei Verpflichtungen eingegangen wäre: Start der Verhandlungen über die Währungsunion, definitive Anerkennung der Grenze zu Polen, Bekräftigung des Atomwaffenverzichts der Bundesrepublik. Noch düsterer äußerte er sich gegenüber Genscher, der ihn am 30. November aufsuchte, um die Wogen zu glätten, die Kohls einsame Initiative hervorgerufen hatte: „Wenn die deutsche Einheit vor der europäischen Einheit verwirklicht wird, werden Sie die Tripel-Allianz (Frankreich, Großbritannien, UdSSR) gegen sich haben, genau wie 1913 und 1939. [...] Sie werden eingekreist sein, und das wird in einem Krieg enden, in dem sich erneut alle Europäer gegen die Deutschen verbünden. Ist es das, was Sie wollen? Wenn die deutsche Einheit dagegen geschaffen wird, nachdem die Einheit Europas Fortschritte gemacht hat, dann werden wir Ihnen helfen.“²⁴

Spätestens nachdem ihm Genscher von dem Gespräch mit Mitterrand berichtet hatte, muss Kohl klar geworden sein, dass sein Engagement für die Politische Union nicht ausreichte, um Frankreichs Unterstützung für den Wiedervereinigungsprozess zu gewinnen. Daraus folgte, dass er in der Währungsfrage nun doch ein größeres innenpolitisches Risiko eingehen musste, wenn er den nötigen Spielraum für die Gestaltung des Wiedervereinigungsprozesses behalten wollte, ohne zugleich die europäische Konstruktion zu gefährden. Nicht auszuschließen war auch, dass er bei weiterer Blockierung der Währungsunion die Initiative in der einen wie in der anderen Frage wieder an Genscher verlieren könnte. All das zusammen genommen führte dazu, in der Frage der Verpflichtung auf die Währungsunion einzulenken. Kurz vor Zusammentritt der Ratstagung am 8. Dezember ließ das Kanzleramt den Élysée-Palast wissen, dass Kohl bereit sei, sich bereits jetzt auf die Eröffnung einer Regierungskonferenz zur Währungsunion im Dezember 1990 festzulegen²⁵.

²³ Ebenda, S. 364. Vgl. auch das sowjetische Protokoll der Unterredung in Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011, S. 266–271, hier S. 268.

²⁴ Attali, Mitterrand, S. 320–323, das Zitat S. 321; zu Genschers Besuch vgl. ebenfalls Attali, Verbatim, Bd. III, S. 353f., und Genscher, Erinnerungen, S. 390 u. S. 677–680.

²⁵ Bozo, Mitterrand, S. 152; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 152–156; Thilo Schabert, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002, S. 425–428; Ulrich Lappenküper, Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx, München 2011, S. 269–271.

Die Straßburger Ratstagung begann daraufhin in relativ entspannter Atmosphäre. Kohl erklärte schon beim einleitenden Mittagessen, dass ein klarer Fahrplan notwendig sei, „um unseren Willen zu demonstrieren, Fortschritte zu erzielen“. Mitterrand konnte als amtierender Ratspräsident feststellen, „dass für die Einberufung einer Regierungskonferenz im Sinne des Artikels 236 des Vertrags die erforderliche Mehrheit gegeben ist. Die Regierungskonferenz wird auf Einladung der italienischen Regierung vor Ende 1990 zusammentreten.“ Zur Politischen Union wurden keine Beschlüsse gefasst; man hielt lediglich fest, „dass die Wirtschafts- und Währungsunion dem Demokratieerfordernis in vollem Umfang Rechnung tragen“ sollte. Gegen die Stimme von Margaret Thatcher wurde auch die „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ angenommen, für die Mitterrand und Delors seit langem gekämpft hatten. Schließlich billigten die Regierungschefs auch die Schaffung der von Mitterrand geforderten „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ für die Reformstaaten des zerfallenden Ostblocks. Der französische Präsident musste Thatcher nur zugestehen, dass auch „die übrigen OECD-Mitgliedsstaaten“, das hieß insbesondere die USA, eingeladen wurden, sich daran zu beteiligen²⁶.

Als Gegenleistung für sein Einlenken in der Währungsfrage erwartete Kohl eine explizite Unterstützung seiner Wiedervereinigungspolitik. Das erwies sich als schwierig, weil er mit Rücksicht auf Wählerstimmen aus dem konservativen Lager immer noch nicht bereit war, sich verbindlich auf die Oder-Neiße-Grenze als künftige Ostgrenze eines wiedervereinigten Deutschlands festzulegen. In der Vorbereitunggruppe ließ sich daher keine Einigung über den genauen Wortlaut einer entsprechenden Erklärung erzielen. Beim Abendessen am 8. Dezember sah sich Kohl erneut, wie schon bei einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Paris am Abend des 18. November²⁷, heftigen Attacken von Thatcher ausgesetzt. Diesmal sekundierten ihr der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti und sein niederländischer Kollege Ruud Lubbers; allein Spaniens Premierminister Felipe Gonzalez unterstützte den Kanzler. Mitterrand beauftragte schließlich Dumas und Genscher, eine Kompromissformulierung zu finden.

Der Text, der am nächsten Morgen vorlag, war mehr im Sinne Kohls als im Sinne seiner Kontrahenten: Die Zwölf bekannten sich darin zur „Stärkung des Zustands des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“, nannten als Bedingungen für diesen Prozess aber nur die „Wahrung der Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze“ und die Einbettung „in die Perspektive der europäischen Integration“²⁸. Das war hinsichtlich der Anerkennung der polnischen Westgrenze, die die Bundesrepublik in den Verträgen von

²⁶ Bozo, Mitterrand, S. 152; Schlussfolgerung des Vorsitzes der Straßburger Ratstagung 8./9.12.1989, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, S. 421–438, Zitate S. 426 f. u. S. 429.

²⁷ Vgl. Attali, Mitterrand, S. 311 u. S. 315–318.

²⁸ Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, S. 431.

Moskau und Warschau ausgesprochen hatte, ziemlich undeutlich formuliert, hinsichtlich einer Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Stärkung der Europäischen Gemeinschaft dagegen ziemlich deutlich. Kohl hatte sich mit der definitiven Bindung an die Währungsunion die grundsätzliche Unterstützung der Wiedervereinigung sichern können.

Das hieß nicht, dass die Preisgabe der D-Mark und der komfortablen Position im Europäischen Währungssystem, die die Bundesrepublik unterdessen erlangt hatte, der Preis gewesen wäre, der für die Wiedervereinigung gezahlt werden musste. Kohl hatte nur erkannt, dass der Schritt zur Währungsunion jetzt ungeachtet der Bedenken der Währungshüter und der damit verbundenen innenpolitischen Risiken getan werden musste, wenn das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, in welcher Form und welchem Tempo auch immer, den Bestand und die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft nicht gefährden sollte. Auf der Basis der gemeinsamen Sorge um das europäische Projekt konnte er sich mit Mitterrand auf die Formel der deutschen Einheit in europäischer Perspektive verständigen.

Nachdem der Bundeskanzler so den Rahmen der deutschen Wiedervereinigung abgesichert hatte, konnte er den Vereinigungsprozess in Reaktion auf den Zerfall der DDR weiter beschleunigen²⁹. Mitte Januar 1990 stoppte er das Projekt einer Vertragsgemeinschaft, die nach dem Zehn-Punkte-Plan mit der DDR-Regierung unter Hans Modrow vereinbart werden sollte; am 6. Februar bot er der DDR-Bevölkerung einen Beitritt zum Währungsgebiet der Bundesrepublik innerhalb eines halben Jahres an. Mitterrand sah diese Entwicklung mit großem Missbehagen. So sehr er über Kohls Einlenken in der Währungsfrage erleichtert war, so sehr gewann nun die Sorge um das mögliche Schicksal Gorbatschows an Virulenz. „Kohl will die Wiedervereinigung ganz schnell organisieren“, bilanzierte er nach einem Besuch des Bundeskanzlers auf seinem Landsitz in Latché am 4. Januar. „Uns macht er Glauben, dass er nichts dafür kann, dass er von der Menge getrieben wird. Alle Welt wird aufschreien, aber vergeblich. Nur Gorbatschow kann ihn aufhalten. Wenn ihm das nicht gelingt, wird er sein Amt verlieren. Und dann werden wir einen General im Kreml haben. Sie werden sehen, das wird alles sehr schnell gehen. Zwei oder drei Jahre, höchstens.“³⁰

Für seine Versuche, „die deutsche Wiedervereinigung abzubremsen, um die Errungenschaften der Perestroika zu retten“³¹, standen ihm freilich nur wiederholte Appelle an Kohls Einsicht zu Gebote. Als Thatcher Mitterrand am 20. Januar zu gemeinsamen Aktionen drängte, bedeutete er ihr, dass man letztlich nicht

²⁹ Zum deutschlandpolitischen Entscheidungsprozess 1989/90 siehe Wilfried Loth, Michail Gorbatschow, Helmut Kohl und die Lösung der deutschen Frage 1989/1990, in: Gian Enrico Rusconi/Hans Woller (Hrsg.), *Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000*, Berlin 2006, S. 461–477; Andreas Rödter, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009, S. 146–225; Schwarz, Kohl, S. 535–580.

³⁰ Attali, *Verbatim*, Bd. III, S. 390.

³¹ So nach einem Telefongespräch mit Gorbatschow am 2.2.1990, in: Ebenda, S. 411. Die materialreiche Darstellung bei Bozo, Mitterrand, S. 156–202, blendet diesen Aspekt der Politik Mitterrands aus. Vgl. demgegenüber Lappenküper, Mitterrand, S. 273–302.

viel machen könne und „nichts schlechter wäre, als Einwände zu erheben, die keine Wirkung zeigen“³². Nachdem Gorbatschow das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung beim Besuch Kohls am 10. Februar prinzipiell anerkannt hatte, war auch die Hoffnung zunichte, der sowjetische Generalsekretär werde sich schon aus purem Eigeninteresse gegen rasche Fortschritte auf dem Weg zur deutschen Einheit sperren. „Was ist in Gorbatschow gefahren?“, platzte es aus Mitterrand heraus, nachdem ihn Kohl am Telefon über das Ergebnis des Moskauer Gesprächs unterrichtet hatte. „Vor vier Tagen hat er mir noch geschrieben, dass er fest bleiben wird, und heute gibt er in allen Punkten nach!“³³

Die tiefe Enttäuschung über Gorbatschows Schwäche hinderte Mitterrand nicht, sich bemerkenswert rasch auf die „neue deutsche Realität“ einzustellen. „Man muss sich damit abfinden“, ließ er Kohl bei einem neuerlichen Abendessen im Élysée-Palast am 15. Februar wissen³⁴. Er mahnte weiterhin zu Vorsicht und zu Rücksichtnahme auf Gorbatschow. Gleichzeitig unternahm er aber auch große Anstrengungen, die unausweichlich gewordene deutsche Einheit in eine vertragliche Form zu bringen, die für Frankreich und Europa akzeptabel war. So unterstützte er den amerikanischen Vorschlag, die internationalen Aspekte einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf einer Konferenz zu klären, an der die Bundesregierung, eine demokratisch legitimierte DDR-Regierung und die Regierungen der vier Siegermächte teilnehmen sollten. Für ihn ging es eher um eine „Vier-plus-zwei“-Konferenz als um eine „Zwei-plus-vier“-Konferenz. Nachdem aber sichergestellt war, dass die beiden deutschen Staaten den vier Mächten nicht einfach nur ihre internen Verhandlungsergebnisse präsentieren würden, akzeptierte er auch diese Formel. Mit Genugtuung nahm er zur Kenntnis, dass auch Kohl ihr letztlich zugestimmt, und am 13. Februar in einem Telefongespräch mit Bush, grünes Licht für einen entsprechenden Beschluss der in Ottawa versammelten sechs Außenminister gegeben habe. Angesichts der Übereinstimmung aller vier Siegermächte in dieser Frage konnte sich Kohl gegen die damit verbundene Einschränkung seines Entscheidungsspielraums nicht mehr sperren.

Sodann versuchte Mitterrand, Kohl bei dem gemeinsamen Abendessen am 15. Februar auf die Bedingungen deutscher Einheit festzulegen, die er für unerlässlich hielt: Beschleunigung der wirtschaftlichen und auch der politischen Einigung Europas, Verbleib des vereinten Deutschlands in der NATO, aber keine Ausweitung des Oberkommandos der integrierten Streitkräfte auf das Territorium der DDR, Bestätigung des Atomwaffenverzichts und völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Bei den ersten beiden Punkten zeigte sich Kohl vollkommen einverstanden; beide griffen den Vorschlag des irischen Ratspräsidenten Charles Haughey auf, die Folgen der deutschen Vereinigung für die europäische Gemeinschaft auf einem Sondergipfel im kommenden April zu diskutie-

³² Gespräch Mitterrand – Thatcher am 20. 1. 1990, französisches Protokoll, zit. nach Bozo, Mitterrand, S. 180.

³³ Attali, Mitterrand, S. 333.

³⁴ Ebenda, S. 333–336; Deutsche Einheit (wie Anm. 21), S. 842–852; Attali, Verbatim, Bd. III, S. 422–429, das Zitat S. 424.

ren. Von einer Vorab-Festlegung in der Atomwaffenfrage wollte Kohl jedoch nichts wissen; und auf die Forderung nach Vorab-Festlegungen in der Grenzfrage reagierte er denkbar ungehalten. Unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Wahlsiegs der Kohl-nahen „Allianz für Deutschland“ in den Wahlen zur DDR-Volkskammer begann er dann aber Anfang März, sich schrittweise auf die französischen Positionen zuzubewegen. Schließlich konnten sowohl der Atomwaffenverzicht als auch der Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete im „Zwei-plus-vier“-Vertrag festgehalten werden. Die deutsche Vereinigung zum 3. Oktober 1990 vollzog sich zu den außenpolitischen Bedingungen, auf denen Mitterrand bestanden hatte³⁵.

3. Die Politische Union

Dass die Beschleunigung der deutschen Vereinigung von einer Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses begleitet werden müsste, hatte als erster Jacques Delors artikuliert, sowohl intern als auch mehr oder weniger deutlich in der Öffentlichkeit. Bereits drei Tage nach dem Fall der Mauer hatte er im deutschen Fernsehen erklärt, dass den DDR-Bürgern nach den Bestimmungen der Römischen Verträge der Weg in die Europäische Gemeinschaft offen stehe. Bei der Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament zu Beginn seiner zweiten Amtszeit am 17. Januar 1990 hatte er argumentiert, „dass die Gemeinschaft ihre Anziehungskraft nur dann erhalten kann, wenn sie ihren Zusammenschluss beschleunigt“. Dazu gehörte für ihn, „dass der Kommission umfassende Exekutivbefugnisse übertragen werden“, und als Konsequenz „die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments“³⁶.

Mitterrands Europa-Referentin Elisabeth Guigou, einst Mitarbeiterin von Delors in seiner Zeit als Finanzminister, machte sich diese Argumentation in einem Memorandum an den Präsidenten am 6. Februar im Kern zu Eigen. Die Gemeinschaft, schrieb sie, müsse daran interessiert sein, „sehr schnell eine institutionelle Armatur zu erfinden, die das deutsche Faktum banalisiert und sicherstellt, „dass Deutschland seine Orientierungen im Rahmen der Gemeinschaft festlegt und nicht autonom“. Sie schlug daher vor, Kohls Initiative zur Schaffung einer Politischen Union jetzt aufzugreifen und eine „Europäische Union“ zu schaffen, die die bisherigen europäischen Institutionen überwölben sollte. Es sei besser, begründete sie die Dringlichkeit ihres Vorschlags, „die Europäische Union mit einem Deutschland zu verhandeln, das vorläufig noch in zwei Staaten geteilt ist und die Gemeinschaft braucht, als mit einem wiedervereinten Deutschland, das niemand mehr braucht“³⁷. Im Vorfeld des Abendessens vom 15. Februar, zu

³⁵ Vgl. Bozo, Mitterrand, S. 202–241; zu Kohls Motiven ein Telefongespräch mit Mitterrand am 5. 3. 1990, in: Attali, Verbatim, Bd. III, S. 439.

³⁶ Europa-Archiv 45 (1990), S. D 269–282, die Zitate S. D 275 u. S. D 278; Delors, Erinnerungen, S. 327–329.

³⁷ Memorandum Guigou, 6. 2. 1990, in: AN, 5AG4, AH 35, zit. nach Bozo, Mitterrand, S. 198 f. Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 196–202 u. S. 244–249.

dem Mitterrand Kohl gebeten hatte, nahm sie Kontakt mit ihrem deutschen Pendant Bitterlich auf und bekräftigte dann ihren Vorschlag mit dem Hinweis, dass der Bundeskanzler zu einer gemeinsamen Initiative für die Politische Union bereit wäre.

Mitterrand zögerte allerdings, auf den Vorschlag zur Lancierung der Politischen Union einzugehen. Er fürchtete immer noch, unterschiedliche Auffassungen über die institutionelle Ausgestaltung und die politische Finalität der Gemeinschaft könnten die Implementierung der Währungsunion hinausschieben. So schlug er Kohl am 15. Februar konkret nur vor, den Beginn der Regierungskonferenz zur Währungsunion vorzuverlegen, was dieser prompt ablehnte. Einer gemeinsamen deutsch-französischen Initiative für die Politische Union stimmte Mitterrand erst Ende März zu, nachdem die Deutschen ihrerseits mit einem entsprechenden Vorschlag an die französische Seite herangetreten waren und Kohl beim amtierenden Ratspräsidenten Haughey darauf gedrängt hatte, beim Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs, das unterdessen auf den 28. April festgelegt worden war, einen Beschluss zur Einberufung einer Regierungskonferenz zur Politischen Union zu fassen. Der belgische Ministerpräsident Wilfried Martens hatte unterdessen mit einem von Delors inspirierten Memorandum an die Adresse der Partnerregierungen, in dem eine Regierungskonferenz zur institutionellen Reform verlangt wurde, den Druck auf Mitterrand verstärkt.

Die deutsch-französische Initiative in Form eines gemeinsamen Briefes Mitterrands und Kohls an Ratspräsident Haughey am 18. April sah für die bevorstehende Ratstagung noch keinen Beschluss über die Einsetzung einer weiteren Regierungskonferenz vor. Weil Mitterrand eine voreilige Festlegung auf die institutionellen Vorstellungen der Deutschen fürchtete, konnte zunächst nur vorgeschlagen werden, die Außenminister mit der Vorbereitung einer Regierungskonferenz zur Politischen Union zu befassen. Erst auf der Grundlage ihres Berichts sollte auf der nächsten regulären Ratstagung Ende Juni ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Als zeitlichen Rahmen für die Regierungskonferenz zur Politischen Union gab der gemeinsame Brief vor, dass sie parallel zur Regierungskonferenz zur Währungsunion stattfinden sollte, sodass „die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten bis zum 1. Januar 1993 in eine Europäische Union umgewandelt werden kann“. Inhaltlich blieb der Vorschlag relativ unbestimmt: Die Politische Union sollte „die demokratische Legitimation der Union verstärken“ und ihre Institutionen „effizienter ausgestalten“, aber auch für die „Einheit und die Kohärenz“ ihrer Aktivitäten „in den Bereichen der Wirtschaft, der Währung und der Politik“ sorgen und „eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik definieren und in die Tat umsetzen“³⁸.

In Dublin, wo sich die Staats- und Regierungschefs am 28. April trafen, stieß die deutsch-französische Initiative, wie zu erwarten, auf den Widerstand von Margaret Thatcher. Für die britische Premierministerin ergab sich aus der deutschen Vereinigung kein Argument zur Vertiefung der europäischen Gemeinschaft, im Gegenteil: „Die europäische Konstruktion wird Deutschland nicht binden können,

³⁸ Europa-Archiv 45 (1990), S. D 283.

vielmehr wird Deutschland die europäische Konstruktion beherrschen“, hatte sie Mitte März bei einem Abendessen in der französischen Botschaft in London gesagt³⁹. Folglich konnte nur beschlossen werden, dass die Außenminister die Notwendigkeit eventueller Vertragsänderungen zur Stärkung der demokratischen Legitimität und zur effektiven Reaktion auf die „Anforderungen der neuen Lage“ bis zur nächsten Ratstagung am 25./26. Juni überprüfen sollten. Ob dann tatsächlich die Einberufung einer zweiten parallelen Regierungskonferenz beschlossen werden würde, blieb offen. Der Europäische Rat hielt nur fest, dass die Vertragsänderungen, die für die zweite Stufe der Währungsunion notwendig waren, bis zum 1. Januar 1993 in Kraft gesetzt sein müssten⁴⁰. Für Kohl war das nicht das starke Signal für einen Fortschritt in der politischen Einigung, das er zur Absicherung der Währungsunion bei den deutschen Wählern für nötig hielt.

Immerhin gelang es den Außenministern der Zwölf, sich bei einem Treffen am 19. und 20. Mai auf einige Grundsätze zur Politischen Union zu einigen. Kohl und Genscher hatten ihre Vorstellungen zur institutionellen Stärkung der Gemeinschaft auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt. Es bestand mehr oder weniger Einigkeit darüber, dass der Europäische Rat weiterhin die zentrale Institution der Union bilden sollte; über ihn sollten der Gemeinschaftsbereich und der Bereich der politischen Zusammenarbeit stärker miteinander verflochten werden. Auf der anderen Seite kam Dumas Bedenken diverser Partner hinsichtlich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dahingehend entgegen, dass diese erst schrittweise entwickelt werden sollte. Auf dieser Grundlage wurde es möglich, auf der regulären Ratstagung am 25. und 26. Juni, ebenfalls in Dublin, Einverständnis darüber zu erzielen, das parallel zur Regierungskonferenz zur Währungsunion eine Regierungskonferenz zur Politischen Union zusammentreten sollte. Genauer gesagt: die Währungskonferenz sollte am 13. Dezember 1990 beginnen, die „politische“ Konferenz am 14. Dezember. Beide Konferenzen sollten ihre Arbeiten so abschließen, dass die daraus resultierenden Verträge bzw. Vertragsänderungen vor Ende 1992 ratifiziert werden konnten⁴¹.

In der Vorbereitung der zweiten Regierungskonferenz arbeiteten Kohl und Mitterrand weiterhin eng zusammen. Die Motive waren dabei zum Teil unterschiedlich: Für Kohl und die Bundesregierung ging es in erster Linie darum, das demokratische Defizit der Gemeinschaft abzubauen, das durch die Ausweitung der Gemeinschaftsaktivitäten auf die vielen neuen Politikbereiche der Einheitlichen Akte entstanden war, und so die Europa-Orientierung der deutschen Politik langfristig zu sichern. Die Europamüdigkeit in der deutschen Öffentlichkeit, die unter anderem an geringerer Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1989 abzulesen war, wurde in Bonn durchaus als Alarmsignal wahrgenommen. Mitterrand und seine Berater hatten hingegen in erster Linie die Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Blick. Sie rechneten fest damit, dass sich die amerikanische Präsenz in Europa nach dem Ende

³⁹ Botschaftsbericht 13.3.1990, zit. bei Bozo, Mitterrand, S. 242.

⁴⁰ Europa-Archiv 45 (1990), S. D 284–288.

⁴¹ Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 417–420.

des Kalten Krieges über kurz oder lang verringern würde, und wollten diesen Umbruch dazu nutzen, die europäische Eigenständigkeit in der Weltpolitik substantiell zu fördern.

Beide Regierungen stimmten aber überein, dass die Vollendung der Währungsunion von einer Stärkung der politischen Strukturen der Gemeinschaft begleitet werden musste, wenn die Einbindung der nunmehr souveränen Deutschen auf Dauer gelingen sollte. Als Kohl dem französischen Präsidenten am Tag nach dem Vollzug der deutschen Einheit einen Brief zukommen ließ, in dem er ihm für seine Unterstützung dankte und sich für eine Beschleunigung der europäischen Einigung einzusetzen versprach, zeigte sich Mitterrand im Gespräch mit Attali versöhnt und zugleich entschlossen, die Chance zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft zu nutzen, die sich ihm mit Kohl bot: „Der Kanzler ist aufrichtig. Und er wird all das machen, wenn er die Zeit dazu hat. Das ist ein Mann von sehr großem Wert. Aber nach ihm? Man muss Deutschland in die Politische Union Europas einbinden, es in ihr auflösen, bevor Kohl geht. Wenn nicht, wird die deutsche Arroganz – diesmal die bayerische und nicht mehr die preußische – erneut den Frieden in Europa bedrohen.“⁴² Beide Staatsmänner waren auch bemüht, nach außen hin zu demonstrieren, dass ihre Divergenzen in der Frage der deutschen Einigungspolitik, die der Öffentlichkeit ja nicht ganz verborgen geblieben waren, an ihrer Entschlossenheit nichts geändert hatte, gemeinsam die europäische Einigung voranzubringen.

Einem Vorschlag folgend, den Dumas Genscher beim deutsch-französischen Gipfel am 17. und 18. September in München unterbreitet hatte, arbeiteten beide Seiten daher an einer weiteren gemeinsamen Erklärung, die Kohl und Mitterrand im Vorfeld der Eröffnung der beiden Regierungskonferenzen vorlegen sollten. In dem gemeinsamen Brief an den amtierenden Ratspräsidenten (jetzt Giulio Andreotti) vom 6. Dezember bekannte sich Kohl noch deutlicher als bei seinen Bemühungen um die Entwicklung einer gemeinsamen deutsch-französischen Verteidigungskonzeption im Sommer 1987 zu dem Ziel einer „gemeinsamen Verteidigung“ Europas. Dazu sollte eine „klare organische Beziehung“ zwischen der Politischen Union und der WEU geschaffen werden; langfristig sollte die WEU Bestandteil der Politischen Union werden und folglich auch diejenigen Unionsmitglieder einschließen, die ihr bislang noch nicht angehörten. Als Felder, auf denen sich eine „echte gemeinsame Außenpolitik“ entwickeln könnte, nannte das Dokument die Beziehungen zu den ehemaligen Ostblock-Staaten und zu den Anrainerstaaten des Mittelmeers, die Abrüstungsverhandlungen und die Entwicklungspolitik. Entscheidungen sollten „grundsätzlich einstimmig getroffen“ werden; es sollte aber auch möglich sein, Beschlussfassungen mit Mehrheit vorzusehen, insbesondere bei der Entscheidung über Ausführungsmodalitäten.

Paris kam Bonn bei der Forderung nach Einbeziehung der Einwanderungspolitik und des Kampfes gegen die internationale Kriminalität in den Gemeinschaftsbereich entgegen. Hier hatte sich infolge der Abschaffung des „Eisernen Vorhangs“ und des Wiederaufbrechens ethnischer Konflikte in den ehemaligen

⁴² Notiz, 4. 10. 1990, in: Attali, Verbatim, Bd. III, S. 606.

Ostblockstaaten ein aktuelles Problem für die Bundesrepublik ergeben, das sie nicht allein tragen wollte und auch nicht allein bewältigen konnte. In dem gemeinsamen Brief wurde daher auch die Schaffung eines Rates der Innen- und Justizminister angeregt. Hinsichtlich der Stärkung der Gemeinschaftsorgane verständigten sich Paris und Bonn auf eine „Mitentscheidung“ des Parlaments bei Gesetzgebungsakten „im engeren Sinne“, die diesem letztlich ein Vetorecht einräumte, die Bestätigung des Kommissionspräsidenten und der Kommission durch eine Mehrheit des Parlaments und die Einführung des Mehrheitsvotums im Ministerrat als Regelfall. Zur Stärkung der demokratischen Legitimität der Gemeinschaft sollte außerdem eine „echte europäische Staatsbürgerschaft“ geschaffen werden⁴³.

Aus der Sicht von Kommissionspräsident Delors war das jedoch nicht genug, um tatsächlich die Handlungsfähigkeit und Legitimität der Gemeinschaft zu sichern. Auf Ausarbeitungen seines stellvertretenden Kabinettschefs François Lamoureux gestützt, legte er der Regierungskonferenz daher Ende Februar 1991 eine Reihe von Entwurfstexten vor, die auf ein stärkeres Maß an Supranationalität hinausliefen⁴⁴. Ebenso legte die niederländische Ratspräsidentschaft im September einen Vertragsentwurf vor, der die drei „Säulen“ des Gemeinschaftsbereichs, der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik, aus denen die künftige Union nach französischen Vorstellungen bestehen sollte, unter Gemeinschaftsrecht zusammenband und die Rechte des Parlaments weiter stärkte⁴⁵.

Da der niederländische Entwurf aber gleichzeitig die Rolle der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik herunterspielte, fand er auch bei vielen Anwälten einer Stärkung der Gemeinschaftsorgane nicht die notwendige Unterstützung. Ende September entschloss sich die Bundesregierung, Pariser Drängen folgend, sich für die Beibehaltung des bisherigen, von der Luxemburger Präsidentschaft im Juni präsentierten Entwurfs einzusetzen. Auf der Ministerratssitzung am 30. September, dem sogenannten „Schwarzen Montag“ der niederländischen Präsidentschaft, wurde ein entsprechender Beschluss gefasst.

Die Bonner Entscheidung gegen den niederländischen Vertragsentwurf war gleichzeitig Teil einer Bekräftigung des Votums für eine eigenständige europäische Verteidigung. Dagegen hatte nicht nur die niederländische Regierung op-

⁴³ Europa-Archiv 46 (1991), S. D 25–27. Zum Verlauf der Regierungskonferenz über die Politische Union vgl. Jim Cloos/Gaston Reinsch/Daniel Vignes/Joseph Weyland, *Le traité de Maastricht. Genèse, analyse, commentaires*, Brüssel 1994, S. 73–93; Ken Endo, *The Presidency of the European Commission under Jacques Delors. The Politics of Shared Leadership*, London/New York 1999, S. 170–190; Dietrich Rometsch, *Die Rolle und Funktionsweise der Europäischen Kommission in der Ära Delors*, Frankfurt a.M. 1999, S. 181–195; Hans Stark, Kohl, l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982–1998, Paris 2004, S. 179–213; Bozo, Mitterrand, S. 303–325; Wilfried Loth, *Negotiating the Maastricht Treaty*, in: *Journal of European Integration History* 19/1 (2013), S. 67–83; aus der Sicht eines Beteiligten vgl. Delors, *Erinnerungen*, S. 403–411.

⁴⁴ *Commission Proposals on Common External Policy*, in: *Agence Europe, Documents*, Nr. 1697/1698, 7.3.1991.

⁴⁵ *Vertragsentwurf*, 23.9.1991, in: Ebenda, Nr. 1733/1734, 3.10.1991.

poniert. Auch die britische, dänische und portugiesische Regierung argumentierten, man solle den ohnehin bedrohten Zusammenhalt der NATO jetzt nicht auch noch durch die Betonung einer europäischen Verteidigungsidentität weiter gefährden. Die Ausformulierung des deutsch-französischen Programms, die Dumas und Genscher am 4. Februar vorgelegt hatten⁴⁶, stieß daher nicht überall auf Zustimmung. Auf der Luxemburger Ratstagung am 28. und 29. Juni konnte man sich nur darauf einigen, die Beschlussfassung darüber auf die Schlussphase der Regierungskonferenz zu vertagen. In Paris begann man zu zweifeln, ob Bonn wirklich bereit war, sich auf die unabhängige Verteidigung einzulassen; und in der tagespolitischen Hauptfrage gemeinsamer Außenpolitik – der Haltung zur serbischen Intervention gegen die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens Ende Juni – nahmen die beiden Partner gegensätzliche Positionen ein. Mitterrand sorgte sich einmal mehr um die Stabilität der Grenzen in Europa, während die Bundesregierung unter dem Druck süddeutscher Sympathisanten der ehemaligen Habsburg-Länder stand.

Um die Gefahr eines Scheiterns der deutsch-französischen Initiative für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu bannen, schlug Kohl Mitterrand bei einem Treffen in Lille am 25. Juni einen abermaligen gemeinsamen Vorstoß vor. Daraus entwickelte sich bis Anfang Oktober ein neuer gemeinsamer Brief an den Ratsvorsitzenden, jetzt den niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers, der das Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik in drei Punkten präzisierete: Erstens wurde ein Textentwurf für die diesbezüglichen Vertragsbestimmungen vorgelegt, der die WEU als Durchführungsorgan gemeinsamer Sicherheitspolitik benannte, gleichzeitig aber die „Besonderheiten der Verteidigungspolitik einzelner Mitgliedsstaaten“ für davon „unberührt“ erklärte. Spätestens für 1996 wurde eine Überprüfung dieser Bestimmungen angekündigt. Zweitens präsentierten Bonn und Paris den Entwurf einer Erklärung der WEU-Mitgliedsstaaten, die dem Unionsvertrag beigelegt werden sollte; darin wurde sowohl der „schrittweise Ausbau der WEU zur Verteidigungskomponente der Union“ betont als auch das Ziel der „Schaffung eines europäischen Pfeilers“ der atlantischen Allianz. Drittens kündigten der Bundeskanzler und der Staatspräsident nicht nur einen Ausbau der deutsch-französischen Militäreinheiten an. Sie erklärten auch, diese könnten „den Kern eines europäischen Korps bilden“, an dem sich „Streitkräfte anderer Mitgliedsstaaten der WEU“ beteiligten⁴⁷.

Thatchers Nachfolger John Major erklärte Mitterrand, dass die hier angekündigte Unterordnung der WEU unter die Vorgaben der Union unter keinen Umständen in Frage käme. Nachdem die US-Regierung aber die „Entwicklung einer Sicherheitsidentität Europas“ in einer Erklärung des NATO-Rats vom 8. November akzeptiert hatte, musste er sich beim Abschluss der Vertragsverhandlungen auf der Ratstagung vom 9. und 10. Dezember in Maastricht mit einer Abschwächung der Formulierungen des deutsch-französischen Entwurfs zufrieden geben. Der Vertragstext enthielt jetzt nur die Erklärung, dass die gemeinsame Verteidi-

⁴⁶ Der Bundesminister des Auswärtigen informiert. Mitteilung für die Presse vom 6. 2. 1991.

⁴⁷ Schreiben vom 14. 10. 1991, in: Europa-Archiv 46 (1991), S. D 571–574.

gungspolitik „zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“; für praktische Regelungen infolge der Ratsentscheidungen zur Verteidigungspolitik wurde „Einvernehmen“ zwischen Rat und den Organen der WEU postuliert. Außerdem wurden Mehrheitsentscheidungen bei „Fragen, die verteidigungspolitische Bezüge haben“, ausdrücklich ausgeschlossen⁴⁸. Eine weitergehende Verwässerung der Verteidigungsperspektive wussten Mitterrand und Kohl durch enge Zusammenarbeit während der Maastrichter Ratstagung zu verhindern⁴⁹.

4. Die Gestaltung der Währungsunion

Was den Zeitplan für die Währungsunion betraf, so votierten Mitterrand und Delors übereinstimmend für präzise politische Festlegungen. Die zweite Stufe der Währungsunion sollte so bald wie möglich beginnen, das hieß mit dem Inkrafttreten der Verträge zum 1. Januar 1993. Praktischerweise war das auch das Datum, zu dem der Binnenmarkt vollendet sein sollte. Das deutsche Finanzministerium, jetzt mit Theo Waigel und dem neuen Staatssekretär Horst Köhler (CDU) an der Spitze, wollte dagegen kein Datum vereinbaren, sondern das Erreichen objektiver Kriterien wie das Erreichen von Preisstabilität und Haushaltsdisziplin. Kohl fand sich schließlich auf der Ratstagung in Rom am 27. und 28. Oktober 1990 zu einem Kompromiss bereit. Danach sollte die zweite Stufe am 1. Januar 1994 beginnen, sofern bis dahin „genügend“ Fortschritt hinsichtlich der realwirtschaftlichen und monetären Konvergenz erreicht sei – eine vage Formulierung, die den deutschen Ordoliberalen nicht mehr viel Spielraum ließ, den tatsächlichen Beginn der Währungsunion weiter zu verzögern⁵⁰.

Mitterrands Drängen auf Festlegung eines Zeitpunkts für den Übergang zur dritten Stufe, also die Einführung der Gemeinschaftswährung, gab Kohl jetzt jedoch noch nicht nach. Erst als Genscher im März 1991 öffentlich für den 1. Januar 1997 als Übergangsdatum plädierte, bekannte sich auch der Bundeskanzler zur Notwendigkeit eines klaren Zeitplans, der die Weichwährungsländer zu Reformanstrengungen verpflichtete und den Übergang zur dritten Stufe unausweichlich machte. Ein konkretes Datum wollte er aber auch jetzt noch nicht nennen, um nicht die Kritik der DM-Nostalgiker auf sich zu lenken. Der 1. Januar 1999 als spätestes Datum für den Beginn der Währungsunion wurde erst von Andreotti auf der Maastrichter Ratstagung ins Spiel gebracht und dann auch so akzeptiert. Sollte der Rat vor Ende 1996 mit qualifizierter Mehrheit feststellen, dass eine

⁴⁸ EU-Vertrag, Art. J.4, zit. nach Thomas Läufer (Bearb.), Europäische Gemeinschaft – Europäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht, Bonn 1993, S. 179.

⁴⁹ Zum Verlauf der Tagung vgl. Carle, Archives, S. 233–236; Pierre Favier/Michel Martin-Rolland, La Décennie Mitterrand, Vol. 4: Les Déchirements, 1991–1995, Paris 1999, S. 227f.; Georges Saunier, La négociation de Maastricht vue de Paris, in: Journal of European Integration History 19/1 (2013), S. 45–65.

⁵⁰ Vgl. Dyson/Featherstone, Road, S. 395–399; zum Folgenden ebenda, S. 202–255, S. 370–451 u. S. 726–740; Harold James, Designing a Central Bank in the Run-Up to Maastricht, in: Journal of European Integration History 19/1 (2013), S. 105–122.

Mehrheit der Mitgliedsländer die Beitrittskriterien erfüllte, sollte die Währungsunion auch schon zum 1. Januar 1997 beginnen können. Andernfalls sollte vor dem 1. Juli 1998 entschieden werden, wer an der Währungsunion teilnehmen kann.

Damit wurde auf die wirtschaftlich schwächeren Länder Druck ausgeübt, sich ernsthaft um das Erreichen der Beitrittskriterien zu bemühen: Neuverschuldung nicht über drei Prozent, Gesamtverschuldung nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Inflationsrate nicht über 1,5 Prozent des Durchschnitts der drei stabilsten Länder, langfristiger Zinssatz nicht über zwei Prozent dieser Länder, keine Abwertung innerhalb des EWS in den letzten zwei Jahren. Gleichzeitig entstand aber auch ein gewisser Spielraum, diese Kriterien großzügig zu interpretieren, wenn ein Land wie Frankreich bis 1998 noch deutlich vom Niveau der Bundesrepublik abweichen sollte. Waigel und Köhler, die von Kohls Entscheidung, einem festen Termin für die Einführung der Gemeinschaftswährung zuzustimmen, vollkommen überrascht waren⁵¹, mussten es hinnehmen, dass der Kanzler die Unumkehrbarkeit der Entscheidung höher bewertete als eine absolute Stabilitätsgarantie.

Der Kompromisscharakter der Vereinbarungen zur Währungsunion zeigte sich noch deutlicher bei den Bestimmungen zur zweiten Stufe: Köhler, der die Verhandlungen für die deutsche Seite mit Rückendeckung durch Waigel und Kohl führte, musste akzeptieren, dass die Vorbereitung der dritten Stufe nicht einfach dem Ausschuss der Notenbankpräsidenten überlassen blieb, sondern von einem „Europäischen Währungsinstitut“ übernommen wurde, das unter der Leitung eines externen, vom Europäischen Rat bestimmten Präsidenten stand. Dieses Währungsinstitut sollte aber nicht schon die Koordinierung der nationalen Währungspolitiken übernehmen, wie es Frankreich, vertreten durch Schatzamtsdirektor Jean-Claude Trichet, und die Kommission für eine schon zu Beginn der zweiten Stufe einzurichtende Europäische Zentralbank gefordert hatten. Ebenso wenig sollte es schon die Verantwortung für die Währungsreserven übernehmen. Nationale Zentralbanken konnten ihm Währungsreserven übertragen; es handelte dann aber nur in ihrem Auftrag.

Was die grundsätzlich bereits akzeptierte Unabhängigkeit des Europäischen Zentralbankensystems und die Verpflichtung auf das Ziel der Währungsstabilität betraf, so musste die deutsche Seite hinnehmen, dass die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken erst vor dem Eintritt in die dritte Stufe realisiert sein musste und nicht schon vor dem Eintritt in die zweite Stufe. Umgekehrt wurden Bérégovoy's Hoffnungen auf eine umfassende „Wirtschaftsregierung“ der Gemeinschaft als notwendigem Pendant zur Gemeinschaftswährung dadurch zurechtgestutzt, dass der Rat statt verbindlicher „Richtlinien“ nur eine „Empfehlung“ aussprechen konnte und finanzielle Unterstützung in Schwierigkeiten geratener Mitgliedsstaaten von einstimmigen Voten des Rates abhängig blieb. Eine Haftung der Gemeinschaft für Schulden einzelner Mitgliedsstaaten wurde, wie die Bundesbank es verlangt hatte, ausdrücklich ausgeschlossen; Mitgliedsstaaten mit

⁵¹ Nach dem Zeugnis von Hans Tietmeyer, zit. bei Schwarz, Kohl, S. 701.

„übermäßigem Defizit“ wurden „Geldbußen in angemessener Höhe“ angedroht. Hinsichtlich der Wechselkurspolitik erreichten Waigel und Köhler beim abschließenden Ministertreffen in Brüssel am 2. und 3. Dezember 1991, dass der Rat nur zu „allgemeinen Orientierungen“ ermächtigt wurde, nicht zur Verabschiedung von „Richtlinien“; zudem wurde festgehalten, dass diese Orientierungen das Ziel der Preisstabilität „nicht beeinträchtigen“ durften⁵².

Waigel und Köhler waren auch erfolgreich bei der Abwehr der spanischen Forderung nach Einrichtung eines „Konvergenzfonds“ für die schwächeren Mitgliedsländer. Das Bekenntnis zur sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion wurde in ein Protokoll gesteckt, das dem EU-Vertrag beigegeben wurde. Darin wurde die Schaffung eines „Kohäsionsfonds“ angekündigt, mit dem schwächere Mitgliedsländer bei „Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze“ unterstützt werden konnten. Die Umverteilung, die im Zuge der Konvergenzförderung notwendig werden sollte, hielt sich damit in engen Grenzen. Ebenso wurde die Regelung der Kompetenzen der Gemeinschaft im Bereich der Sozialpolitik – Sicherung von Mindeststandards bei Arbeitsförderung, Arbeitsbedingungen, Gleichheit der Geschlechter und Mitbestimmung – in ein gesondertes Abkommen verwiesen, an dessen Unterzeichnung sich Großbritannien nicht beteiligte. Kohl konnte in Maastricht noch die Bestimmung durchsetzen, dass eine weitere Regierungskonferenz im Jahr 1996 die Praktikabilität der vereinbarten Regelungen überprüfen sollte. Damit blieb allen Beteiligten die Aussicht auf Nachbesserung in ihrem Sinne erhalten.

5. Bilanz

Das Vertragswerk von Maastricht lässt sich somit unter zweierlei Aspekten betrachten: Auf der einen Seite war es Kohl und Mitterrand unter beträchtlichem Aufwand gelungen, den europäischen Einigungsprozess über die Gefährdung durch die deutsche Wiedervereinigung zu retten und sogar noch weiter voranzutreiben. Mit der gemeinsamen Währung war ein Maß an Verflechtung und europäischer Staatlichkeit erreicht, das ihn letztlich irreversibel machte. Auf der anderen Seite blieben die Fortschritte in den Bereichen, die entweder dem deutschen Bundeskanzler oder dem französischen Staatspräsidenten besonders wichtig waren, weit hinter dem zurück, was für einen dauerhaften Erfolg notwendig gewesen wäre. Was die Stärkung der Parlamentsrechte und die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zum Abbau des demokratischen Defizits beitrugen, wurde durch die Vervielfältigung der Verfahrensweisen weitgehend wieder wettgemacht. Das Bekenntnis zum Ziel gemeinsamer Entscheidungsstrukturen in der Verteidigung wurde durch den Zwang zur Einstimmigkeit auf dem Weg zu seiner Verwirklichung relativiert.

⁵² EG-Vertrag, Artikel 103, 104 u. 109 (2), zit. nach Läufer, Europäische Gemeinschaft, S. 74, 76 u. 83. Für einen Überblick über die Bestimmungen zur Währungsunion siehe Ungerer, History, S. 229–242.

Diese Defizite, die Delors von einer „organisierten Schizophrenie“ sprechen ließen⁵³, waren zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Zusammenarbeit zwischen Delors und Mitterrand seit der Jahreswende 1989/90 einer gereizten Spannung gewichen war. Delors hatte es in offenkundiger Selbstüberschätzung versäumt, sich mit Mitterrand in den institutionellen Fragen abzustimmen. Und Mitterrand hatte sich nur wenig Gedanken darüber gemacht, wie die „Wirtschaftsregierung“ und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik funktionieren sollten. Eine einheitliche Verhandlungsstrategie für den Ausbau der Gemeinschaft ließ sich so nicht entwickeln. Delors agierte weitgehend isoliert und musste am Ende froh sein, den Status quo für die Kommission retten zu können.

Der heute vielfach beklagte Verzicht auf eine tatsächlich gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik war in erster Linie dem Einfluss der Bundesbank und des ordoliberalen Establishments der Bundesrepublik zu verdanken. In ihrem Bemühen, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu sichern, versperrten sie zugleich den Weg zu einer effektiven Kontrolle der nationalen Haushalte. Man mag Helmut Kohl vorhalten, dass er das nicht gesehen hat und nicht versucht hat, dagegen vorzugehen. Das ändert aber nichts daran, dass er den grundsätzlichen Widerstand der Bundesbank gegen die Währungsunion genau in dem Moment überwunden hat, in dem es aufgrund der unverhofften deutschen Einheit politisch notwendig war. Ohne die deutsche Wiedervereinigung hätte dieser Widerstand, der sich auf die Inflationsangst der Deutschen stützte, noch lange anhalten können. Insofern war der Euro nicht der Preis, der für die Wiedervereinigung gezahlt werden musste; die Wiedervereinigung bot vielmehr die Gelegenheit, ihn einzuführen. Es bleibt das Verdienst Helmut Kohls, diese Gelegenheit ergriffen zu haben.

⁵³ Rede vor dem Europäischen Parlament am 20. 11. 1991, zit. nach Endo, Presidency, S. 187.

■ Bücher haben ihre Geschichte. Wie spannend und lehrreich sie sein kann, zeigt der Historiker Lothar Machtan in einem äußerst lesenswerten Aufsatz über das Memoirenwerk des letzten kaiserlichen Kanzlers. Max von Baden und sein engster Berater Kurt Hahn scheiterten zweimal mit ihrem Versuch, das Image des Prinzen als Totengräber der Monarchie durch aufwändige Selbstmythografie zu korrigieren – zum ersten Mal in der Weimarer Republik, als die Erinnerungen gewogen und als zu leicht befunden wurden, und zum zweiten Mal Ende der 1960er Jahre, obwohl kein geringerer als Golo Mann die Neuauflage besorgte. Als seriöse Geschichtsschreibung getarnte Geschichtspolitik hatte nun erst recht keine Chance mehr. Das Vetorecht der Quellen wog ebenso schwer wie das kritische Urteil der Historiker, die ihrem Ruf als unbestechliche Instanz alle Ehre machten. ■

Lothar Machtan

Autobiografie als geschichtspolitische Waffe

Die Memoiren des letzten kaiserlichen Kanzlers Max von Baden

Fünf Wochen, vom 3. Oktober bis zum 9. November 1918, dauerte seine Kanzlerschaft – die letzte unter dem System des nach außen so prunkvollen deutschen Kaiserreiches, das sein großer Vorgänger Otto von Bismarck 1871 aus der Taufe gehoben hatte. Dann kollabierte die nervöse Großmacht und ließ auch die Regierung Max von Baden scheitern. Als historischer Akteur mag er eine ephemere Erscheinung am politischen Firmament des 20. Jahrhunderts gewesen sein. Geschichtsmächtig wurde seine kurze Regierungszeit gleichwohl; denn nach ihr war in Deutschland politisch nichts mehr so, wie es gewesen war. In meiner Biografie über den Prinzen Max von Baden¹ zeige ich, warum sein Griff nach der Macht in Berlin im Herbst 1918 scheitern musste. Meine Antwort lautet zugespitzt: weil er ein politisches System und einen Herrscherstand retten wollte, die nur durch eine veritable Neuerfindung hätten überleben können².

Genau dafür aber hatte er keinen Plan. Dem Reichskanzler gebrach es an zwei entscheidenden Dingen: erstens an der strategischen Kraft für echte Veränderungen und zweitens am operativen Potenzial. Vorrang vor allen politischen Überlegungen hatte für ihn ohnedies das sehr persönliche Motiv, sich heroisch aufzuopfern und dadurch auf den Thron des Ruhms zu heben. So wurde der siebte Kanzler des Bismarckreiches ganz wider Willen zu dessen Totengräber; mehr noch: zum unfreiwilligen Helfer jener revolutionären Sturzgeburt einer Republik, die Deutschlands Scheitern als imperiale Großmacht dann auszubaden hatte.

¹ Vgl. Lothar Machtan, Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, Berlin 2013.

² Vgl. Lothar Machtan, Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008, hier S. 107 ff.

Aber nicht allein die Übergangsregierung des Prinzen Max zeigte sich mit der Herkulesaufgabe, die politische Kultur in Deutschland zu demokratisieren, heillos überfordert. Zu hohe Anforderungen wurden auch an seine Nachfolger, die Konkursverwalter des alten Reiches gestellt: von Friedrich Ebert über Matthias Erzberger bis zu Walther Rathenau. Von Anfang an blies ihnen überdies ein eisiger Wind aggressiver Ablehnung durch diejenigen Kreise entgegen, die die deutsche Kapitulation und die deutsche Revolution für ein Versagen der Verantwortlichen, ja für ein Verbrechen hielten und nicht müde wurden, die vermeintlich Schuldigen schonungslos an den Pranger zu stellen. Das provozierte jenen fatalen ideologischen Bürgerkrieg, der wesentlich zur Zerstörung der Weimarer Republik beitrug.

In diesen Nachkriegs-Kampf blieb auch der letzte Kanzler des Kaisers von Anfang an involviert, obwohl er schon am 9. November 1918 die politische Bühne geradezu fluchtartig wieder verlassen hatte und fortan wie ein Exilant in seinem Refugium Schloss Salem am Bodensee lebte. Die einen wollten ihn als Geburtshelfer der neuen parlamentarischen Demokratie in Mitverantwortung nehmen, die anderen als Paradebeispiel eines willenlosen Werkzeugs der sogenannten Novemberverbrecher. Als *Weltkind in der Mitten* hätte sich Max von Baden also selbst beim besten Willen niemals behaupten können. So ist es seit 1919 sein wichtigstes Bestreben gewesen, seine spezielle Version vom Untergang des Bismarckreiches politisch-ideologisch zu präparieren und in den öffentlichen Diskurs darüber einzuspeisen: Eine dritte Version, die vorgab, jenseits von gut und böse zu sein, vor allem aber auf Exkulpation seiner selbst zielte, genauer: auf die nachträgliche Legitimation seiner Regierungskunst.

Diese – vom Genre her – autobiografische Arbeit am politischen Mythos Max von Baden ist Gegenstand der nachfolgenden Abhandlung. Es geht um die Frage, welche geschichtspolitische Bedeutung namentlich seinem Buch *Erinnerungen und Dokumente*³ zuzumessen ist – jener Rechtfertigungsschrift, die bei einigen Geschichtsforschern bis heute Ansehen genießt⁴, obwohl dem Werk schon bei seinem Erscheinen im Jahre 1927 mit guten Argumenten ein wissenschaftlicher Erkenntniswert abgesprochen worden war. Dies Phänomen erklärt sich wohl nicht zum wenigsten daraus, dass Golo Mann und Andreas Burckhardt das Memoirenwerk vier Jahrzehnte nach der Erstauflage noch einmal in biografisch konnotierter und quellenkritisch annotierter Form ediert⁵ und ihm dadurch so etwas wie einen überzeitlichen Status gegeben haben. Zu geben versucht haben, muss man hinzufügen, denn auch diese Edition hat zumindest die meisten Rezensenten aus der Historikerzunft nicht überzeugen können.

In den Kontext des geschichtspolitischen Diskurses sowohl der Weimarer als auch der Bonner Republik gestellt, verspricht eine solche Betrachtung interes-

³ Vgl. Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Stuttgart 1927.

⁴ Vgl. als jüngstes Beispiel dieser unkritischen Inanspruchnahme Manfred Nebelin, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010, S. 471 ff. u. passim.

⁵ Vgl. Prinz Max von Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, neu herausgegeben von Golo Mann und Andreas Burckhardt, mit einer Einleitung von Golo Mann, Stuttgart 1968.

sante – womöglich verallgemeinerbare – Aufschlüsse über den Kampf um die Deutungshoheit über Vergangenheitsbilder, der dazu dient, Politik und Politiker zu rechtfertigen, im vorliegenden Fall sogar durch die Zäsur-Erfahrung der politischen Systemwechsel hindurch. An diesem Beispiel kann dreierlei gezeigt werden: dass Geschichtspolitik nicht zum wenigsten bedeutet, konträre Deutungsmuster anzugreifen und die Öffentlichkeit gegen weltanschauliche Gegner zu mobilisieren, d.h. sogenannte Kampfzonen zu betreten⁶, dass dies gerade bei Kanzler-Memoiren in bewusster Entfernung von wahrheitsgetreuer Rekonstruktion der historischen Ereignisse erfolgt⁷, und dass diese Inkaufnahme von Wirklichkeitsverlust interessengetrieben ist, wobei es den Beteiligten meist weniger um Geschichtsklitterung zu tun ist oder um öffentliche Irreführung als darum, ihr Gesicht, ihr Image, ihren Glauben, ihren Nachruhm zu wahren.

Welch hohes literarisches Format solche Selbstdeutungen entfalten und wie unterhaltsam, ja aufschlussreich sie sein können, wissen wir seit Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen*⁸. Doch nicht darum geht es im vorliegenden Fall. Hier steht eine Publikation zur Diskussion, die Vergangenheitsbewältigung und Beeinflussungsversuch in einem viel existenzielleren Sinne war. Gleichsam mit dem Rücken zur Wand erarbeitet, beinhaltete sie den verzweiferten Versuch, dieser Zwangslage mit einer geschichtspolitischen Überlebensstrategie zu begegnen. Ihr Fluchtpunkt blieb, die im Herbst 1918 verfolgte Politik als alternativlos auszugeben und die dabei konfigurierten Handlungsmuster als der damaligen Lage angemessen, ja als historisches Verdienst erscheinen zu lassen; freilich auch durch die konsequente Dethematisierung alles dessen, was Anlass zu (selbst-)kritischer Reflexion hätte geben können.

Und das war eine ganze Menge. Denn Max von Baden war nicht der eigenverantwortliche politische Führer, der die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln besaß und bereit war, für die Folgen seines Handelns einzustehen. Er war im Herbst 1918 nicht der leitende Staatsmann mit dem richtigen Blick für das Mach-

⁶ Vgl. hierzu prägnant Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2002 (Einleitung). Vgl. außerdem den Sammelband von Harald Schmid, *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis*, Göttingen 2009, sowie Gangolf Hübinger, *Über die Aufgaben des Historikers*, Berlin 2012, hier vor allem S. 62 ff.

⁷ Vgl. hierzu die Klassifizierung von Hans-Christof Kraus, *Von Hohenlohe zu Papen. Bemerkungen zu den Memoiren deutscher Reichskanzler zwischen der wilhelminischen Ära und dem Ende der Weimarer Republik*, in: Franz Bosbach/Magnus Brechtken (Hrsg.), *Politische Memoiren in deutscher und britischer Perspektive*, München 2005, S. 87–112, vor allem S. 111 f.; vgl. auch die forschungsstrategischen Überlegungen von Magnus Brechtken, *Politische Memoiren: Prolegomena zum Potential eines vernachlässigten Forschungsgebietes*, in: Ebenda, S. 9–42; außerdem die hilfreichen Überlegungen von Dagmar Günther, „And now something completely different“. Prolegomena zur Autobiografie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001), S. 25–61.

⁸ Vgl. die interessante literaturgeschichtliche Studie von Marina Stadler, *Rollenbewußtsein und Subjektivität. Eine literartypologische Untersuchung politischer Memoiren am Beispiel von Otto von Bismarcks ‚Erinnerung und Gedanke‘*, Frankfurt a.M. u. a. 1991; außerdem Michael Epkenhans, *Otto von Bismarck „Gedanken und Erinnerungen“*, in: Bosbach/Brechtken (Hrsg.), *Politische Memoiren*, S. 75–86.

bare. Eine vorausschauende Sicht auf die Dinge und Mächte, mit denen er damals konfrontiert war, hat er ebenfalls nicht besessen. Natürlich war vieles von dem, was sich seinerzeit über dem Deutschen Reich zusammenbraute, nicht berechen- und auch nur schwer steuerbar. Woran es diesem Reichskanzler aber ganz besonders mangelte, das waren die Erfahrung, die Kompetenz, aber auch der Willen und die Tatkraft, hier gleichwohl handelnd einzugreifen und „das am wenigsten Schädliche zu wählen“ (Bismarck). Will sagen: Max von Baden ist nicht zuletzt an sich selbst gescheitert. Doch um sich zu entlasten bzw. seinem Scheitern im Nachhinein noch einen tieferen historischen Sinn zu geben, versuchte er, die Geschichte genau anders herum zu erzählen: dass nämlich er und seine Regierung vor schier unlösbare Aufgaben gestellt waren, die selbst für einen Otto von Bismarck zu groß gewesen wären. So sind diese Erinnerungen ein klassisches Beispiel dafür, wie sich ein autobiografischer Text zu einer für den Protagonisten muster- gültigen historischen Wirklichkeit stilisieren lässt – das Narrativ als politische Geschichts(re)konstruktion.

Der Ex-Kanzler des Kaisers unter Rechtfertigungsdruck

Konstitutiv für die erwähnte Zwangslage, aus der heraus die Geschichtspolitik des Max von Baden unmittelbar nach Kriegsende ersonnen wurde, war der ideologische Dauerbeschuss, unter den seit 1919 alle diejenigen genommen wurden, die man glaubte, zu den Sündenböcken für Deutschlands Weltkriegsniederlage abstempeln zu können – jenen katastrophalen Zusammenbruch, den die wenigsten Deutschen damals begreifen mochten. Das Klammern am mythischen Bild einer herrlichen Vergangenheit wurde zum Würgegriff an der Kehle der jungen Republik. Seit 1919 gehörte auch der letzte kaiserliche Reichskanzler zum Feindbild; umso mehr, als ihn auch der nach Holland geflohene Ex-Kaiser Wilhelm gleichsam zum Abschuss freigab⁹.

Bereits im Januar 1919 begann der Badener mit der Niederschrift einer komprimierten Aufzeichnung über die Tage seiner Kanzlerschaft. Er „brauche diese Klarstellung der Dinge allein schon wegen der Angriffe, die gegen mich im Gange sind und die sich noch steigern werden“, schrieb er dem früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern, um aber gleich hinzuzufügen, dass ihm eine solche Arbeit eigentlich gar nicht liege, „da ich nicht zu der Gattung der Wiederkäufer gehöre“¹⁰. Gut, dass mit Kurt Hahn¹¹ und dessen Kollegin Lina Richter zwei äußerst fleißige und motivierte Mitarbeiter zu Gebote standen, die dem Schlossherrn von Salem diese Lästigkeit abnahmen¹². Gut auch, dass profilierte Historiker wie Hans Del-

⁹ Vgl. hierzu ausführlich Machtan, Prinz Max von Baden, Kapitel 10.

¹⁰ Max von Baden an Rupprecht von Bayern vom 17. 2. 1919, in: Bayrisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Geheimes Hausarchiv (GHA), NL Rupprecht Nr. 694.

¹¹ Zu Hahns Rolle als spiritus rector des Prinzen vgl. im Einzelnen Machtan, Prinz Max von Baden, Kapitel 7.

¹² Wilhelm Solf an Max Warburg vom 25. 10. 1919, in: Stiftung Warburg-Archiv, Hamburg-Blankenese, Anlage Jahresbericht 1919: „Auf meiner Rückreise von der Schweiz, wo ich seit meinem Abgang mit Kind und Kegel gelebt habe, habe ich Prinz Max im Salem besucht. Kurt

brück und Hermann Oncken von Anfang an bereit waren, sich in den Dienst solcher Erinnerungspolitik zu stellen¹³. Ohne die Beteiligung von diesen hochkarätigen Vertretern der professionellen Deutungselite wäre Max von Badens Geschichtsbild kaum jemals entstanden. Doch es gab auch warnende Stimmen, wie die des Rechtshistorikers Joseph Partsch, der Max in den Kriegsjahren bei dessen Engagement in der Kriegsgefangenenfrage unterstützt hatte. Nach einem Gespräch Anfang Januar 1919 berichtete Partsch an seine Eltern: „Max versteht, dass ich ihm nicht für seine Memoiren jetzt eine Abhandlung zur Verfügung stelle. Er begreift auch, dass wir dieses ‚Memoirenschreiben‘ besser für eine spätere Zeit lassen.“ Es sei „eine pure Unmöglichkeit“, gegen die andauernde Verständnislosigkeit der deutschen Militärführer anzurennen. Und das Ringen mit den feindlichen Mächten objektiv darzustellen, das könne ebenfalls nicht gelingen¹⁴.

So blieb es vorerst bei einer kurzen vertraulichen Aufzeichnung über die Geschehnisse in Berlin von Ende Oktober bis zum Ausbruch der Revolution – gleichsam zur eigenen Selbstverständigung bzw. grundsätzlichen Positionierung¹⁵. Diese Situation änderte sich, als ab dem Frühjahr 1919 eine immer leidenschaftlicher geführte Auseinandersetzung über die Kriegsschuldfrage und die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Herbst 1918 einsetzte¹⁶. Ihre besondere Färbung erhielt diese Debatte dadurch, dass hierbei auch die beiden Granden der Obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff als Geschichtspolitiker in Erscheinung traten¹⁷. Mit ihrer Leugnung jedweder Verantwortung für die Kriegsniederlage und den Zusammenbruch der Monarchie schoben sie nicht allein der letzten Reichsregierung alle Schuld in die Schuhe. Sie präparierten zugleich die Kriegsunschuld- und Dolchstoßlegende zu einer scharfen Waffe gegen

Hahn und Frau Richter sind bei ihm und helfen ihm, den Stoff für eine Geschichte seiner Kanzlerschaft zu ordnen und zu sichten.“ Vgl. auch Hans von Haeften an Lisa Richter vom 13. 12. 1918, in: Brandenburgisch-Berliner Wirtschaftsarchiv Berlin, N2/271.

¹³ Vgl. Max von Baden an Delbrück vom 23. 11. 1918, in: Staatsbibliothek Berlin Preußischer Kulturbesitz Berlin (künftig: SBB PK), NL Delbrück, sowie Max von Baden an Oncken vom 30. 6. 1919, in: Staatsarchiv (künftig: STA) Oldenburg, Best. 271–14, Nr. 14.

¹⁴ Joseph Partsch an seine Eltern vom 10. 1. 1919, in: Archiv des Max Planck Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt a.M., N 4 Partsch 77:8.

¹⁵ Max von Baden an Johannes Müller vom 27. 1. 1919 nach der Abschrift, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller; vgl. auch den Bericht des langjährigen preußischen Gesandten in Karlsruhe Eisendecker an das Auswärtige Amt in Berlin vom 14. 2. 1919, wo er mitteilt, dass Max von Baden ihm diese Aufzeichnung vorgelesen habe, die von „großer Klarheit“ gewesen sei, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, R 1391.

¹⁶ Vgl. hierzu im Einzelnen Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.), Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1997; Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2002; Rainer Sammet, „Dolchstoß“: Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918–1933), Berlin 2003; Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung, Berlin 2013, hier S. 17 ff.

¹⁷ Vgl. Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007, hier S. 411 ff.

das demokratische System der Weimarer Republik überhaupt. Die Versuche von Parlament und Regierung, dieser Geschichtspropaganda mit einer quellen- gestützten Dokumentation über die tatsächlichen Zusammenhänge zu begegnen¹⁸, blieben durch ihre Halbherzigkeit von sehr begrenzter Reichweite. Von einer historisch-kritischen Selbstbesinnung der deutschen Öffentlichkeit konnte auch deshalb kaum die Rede sein, weil es selbst unter den Nachkriegshistorikern nur eine verschwindende Minderheit gab, die der Meinung war, jetzt neue Fragen an die deutsche Geschichte stellen zu müssen¹⁹.

Unter diesen Bedingungen glaubte der Mann, der am 9. November 1918 die Regierungsverantwortung an Friedrich Ebert abgetreten hatte, nun erneut aktiv werden zu müssen. Allerdings eher über die Bande. Zunächst bat er die Reichsregierung, seinem „Beauftragten“ Kurt Hahn die Akten seiner Kanzlerschaft zur Verfügung zu stellen, weil er „ohne diese meine Verteidigung nicht formulieren kann“²⁰. Als Reichskanzler Philipp Scheidemann seinem Vorvorgänger dann aber persönlich antwortete, dass seine Regierung in aller kürzester Zeit das gesamte Aktenmaterial über das Waffenstillstandsabkommen heraus geben werde und dem Prinzen nur Aktenauszüge zur Verfügung gestellt werden könnten²¹, replizierte Max von Baden: „Ich nehme den Versuch sehr ernst, der von rechtsstehender Seite unternommen wird, um die Verantwortung für die militärische Katastrophe von dem General Ludendorff auf die politische Leitung des Oktober 1918 abzuwälzen – diese Geschichtsfälschung muss zerstört werden; aber ich frage mich, soll heute der Kampf aufgenommen werden, da der Friede noch nicht unterzeichnet ist, und die Feinde herausgerissene Zitate zur Diskreditierung des damaligen Friedensgesprächs verwerten können. Ich glaube, die Verantwortung für die Vermehrung des inneren Haders sollte heute den falschen Freunden Ludendorffs allein überlassen bleiben. Aus diesem Grunde habe ich mich trotz aller Provokationen entschlossen, meine persönliche Verteidigung gegenüber konservativen Angriffen erst vorzunehmen, wenn Friede und Brot im Lande sind, und die öffentliche Meinung die nervöse Spannung verloren hat, die jeder nüchternen Beurteilung der Vergangenheit entgegensteht.“²² Am gleichen Tag hatte er Ludendorff in einem persönlichen Schreiben nahegelegt, jetzt, wo Deutschland in einer so verzweifelten Lage sei, den Kampf um die Vergangenheit bis Friedens-

¹⁸ Vgl. hierzu Eugen Fischer-Baling, Der Untersuchungsausschuss für Schuldfragen des ersten Weltkrieges, in: Alfred Herrmann (Hrsg.), Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergstraesser, Düsseldorf 1954, S. 117 ff.; Pöhlmann, Kriegsgeschichte, S. 267 ff.; Sammet, „Dolchstoß“.

¹⁹ Vgl. Andreas Wirsching, Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000, S. 71–95; Niess, Geschichtsschreibung, S. 107–125.

²⁰ Telegramm Max von Baden an Friedrich Ebert vom 24. 2. 1919, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch), R 43 I Nr. 2777.

²¹ Scheidemann an Max von Baden aus Berlin vom 24. 2. 1919, in: Ebenda.

²² Max von Baden an Scheidemann vom 12. 3. 1919, in: BArch, R 43 I/803.

schluss ruhen zu lassen²³. Mit diesen Abwiegelungsbemühungen konnte er aber weder Ludendorff noch Scheidemann überzeugen.

So saß der Badener zwischen allen Stühlen. Selbst Hans Delbrück, der ein geschichtspolitisches Hervortreten des Prinzen gegenüber Hindenburg und Ludendorff für ein Gebot der Stunde hielt, bekam von ihm nun einen Korb²⁴. Der einzige indirekte Schritt in die Öffentlichkeit, zu dem er sich schließlich verstehen konnte, war die Lancierung eines von Kurt Hahn aufgesetzten Artikels über die Motive seiner Kanzlerschaft, den sein alter Jugendfreund, Ernst II. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, in die urpreußische *Kreuz-Zeitung* bringen sollte²⁵. Er erschien dann im Mai 1919 aber in Paul Rohrbachs Zeitschrift *Deutsche Politik*²⁶, nachdem die konservativen Hardliner in der Redaktion der *Kreuz-Zeitung* einen Abdruck abgelehnt hatten. Es waren vor allem zwei Verdikte, die dieser Artikel in den Raum stellte: Erstens, dass Max von Baden alles nur Erdenkliche getan habe, die revolutionären Energien der Massen in legale Bahnen zu lenken und der akuten Staatskrise eine verfassungsmäßige Lösung zu geben; in der festen Überzeugung, durch eine rechtzeitige Abdankung des deutschen Kaisers die Dynastie retten zu können. Und zweitens, dass der letzte kaiserliche Kanzler aus den lautersten Motiven heraus gehandelt habe.

Wie er selbst den geistigen Kampf um das Erbe seiner Kanzlerschaft empfand, geht aus einem Privatbrief hervor, den er Ende März 1919 an seinen Freund Johannes Müller schrieb. „Meine Gegner“, so heißt es dort, wollten „mich in den Augen des Volks herabsetzen und mich als Politiker unmöglich machen. Die Mittel, die sie anwenden, sind billig und gemein.“ Die Leute sähen „letzten Endes den Stürzer des Kaisers in mir, während mein letzter Schritt der verzweifelte Versuch war, den Kaiser gegen die Revolution zu schützen“. Er sei schließlich weder – wie ihm fälschlicherweise unterstellt würde – ein Demokrat noch ein Pazifist (gewesen), sondern ein Verfechter des „ethischen Imperialismus“ und des „Führergedankens“²⁷. Er „habe als überzeugter Monarchist gehandelt, allerdings als einer, der sich die Monarchie nicht im Widerspruch mit dem Volkswillen denken kann. Mein letzter Akt war ein Akt der Treue gegenüber der Dynastie der Hohenzollern.“²⁸

Was Max von Baden sich da zurechtgelegt hatte, enthielt bereits alle wichtigen Ingredienzien seiner geschichtspolitischen Öffentlichkeitsarbeit: der letzte Kanzler als zu spät berufener, aber dennoch vom besten Willen beseelter Retter des Reiches, dessen Misserfolg vor allem die militärische Führung zu verantworten

²³ Vgl. hierzu Machtan, Prinz Max von Baden, Kapitel 10, auch zum Folgenden.

²⁴ Max von Baden an Hans Delbrück aus Baden-Baden vom 21.3.1919, in: SBB PK, NL Delbrück.

²⁵ Max von Baden an Ernst II. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg vom 31.3., 10.4. und 2.5.1919, in: Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, La 142, Nr. 739.

²⁶ Vgl. Prinz Max und die Abdankung des Kaisers, in: *Deutsche Politik* 4 (1919), H. 18, S. 560 ff.

²⁷ Zur politischen Weltanschauung des Prinzen in den Jahren 1917/18 vgl. ausführlich Machtan, Max von Baden, passim.

²⁸ Max von Baden an Johannes Müller vom 29.3.1919, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller; dort auch das nachfolgende Zitat.

habe. Vorläufig wollte er „schweigen bis Frieden ist“. Aber: „Mein Material habe ich jetzt gesammelt.“ Was er damit meinte, fasste er später zu zwei zentralen Anklagepunkten zusammen. „Erstens: die Erdolchung der Heimatfront durch den General Ludendorff, als er am 29. September angesichts eines siegreich vordringenden Feindes die Waffenstillstandsbitte erzwang; zweitens: die Unmöglichkeit, den Weckruf zur nationalen Verteidigung erklingen zu lassen, ehe der von der Obersten Heeresleitung als Retter des deutschen Volkes präsentierte Präsident Wilson entlarvt war. Ihn zu entlarven, misslang, weil der Kaiser nicht rechtzeitig abdankte.“²⁹ Vorläufig ging es jedoch nur darum, mit Hilfe von Kurt Hahn eine historische Abhandlung über seine Kanzlerzeit zu verfassen. Diese Schrift sollte gar „nicht lang sein für's erste, eigentlich nur eine Aneinanderreihung der Tatsachen unter dem Gesichtspunkt des Gewollten. Später soll dann eine vollständige Darstellung bis ins Einzelne erfolgen.“³⁰

Am 27. Juli 1919 veröffentlichten die Zeitungen ein sogenanntes Protokoll über die Vorgänge vom 9. November 1918, das von Hindenburg, Hans-Georg von Plessen, Ulrich von Marschall, Friedrich von der Schulenburg und Paul von Hintze unterschrieben war. Darin sprachen sich der ehemalige OHL-Chef und die engsten Ratgeber des Kaisers von jeder Verantwortung für dessen Zwangs-Abdankung frei. Die Schuld am Bankrott der Monarchie gaben sie der letzten kaiserlichen Regierung, die Wilhelm II. ganz unnötiger Weise preisgegeben habe³¹. Mit dieser Stigmatisierung begannen für Max von Baden ganz unliebsame „Großkampftage“³², die in der Veröffentlichung seiner Gegendarstellung gipfelten³³. Mit dieser Schrift versuchte er, so gut es ging³⁴, den Spieß umzudrehen und den militärischen Beraterkreis des Kaisers für dessen blamable Flucht verantwortlich zu machen. Ob diese Abwehr irgendetwas – und wenn ja, was genau – im öffentlichen Diskurs bewirkte, lässt sich schwer abschätzen³⁵. Wir wissen nur, dass Max hoffte, nach diesem Schritt „mit der Vergangenheit und ihrem Wiedergekäu fertig zu sein

²⁹ Max von Baden an Schwertfeger vom 22. 12. 1921, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), N15/549.

³⁰ Max von Baden an Marie Paulcke vom 15. 7. 1919, in: Generallandesarchiv Karlsruhe, NL Paulcke Nr. 5.

³¹ Vgl. Pyta, Hindenburg, S. 418 ff.

³² Max von Baden an Johannes Müller vom 29. 7. 1919, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller.

³³ Eine erste Version veröffentlichte Max von Baden schon am 30. 7. 1919 in Überlingen in Gestalt einer 9-seitigen Broschüre mit dem Titel „Der 9. November 1918“. Dieser Privatdruck wurde dann noch einmal umgearbeitet und ging eine Woche später an die diversen Berliner Tageszeitungen, die den Text am 9. 8. 1919 mehr oder weniger auszugsweise zum Abdruck brachten.

³⁴ „Ich kann natürlich heute noch nicht alles sagen, weil ich die Stellung des Kaisers nicht komplizieren und unser militärisches Prestige nach Möglichkeit schonen will.“ Max von Baden an Unterstaatssekretär Albert vom 22. 7. 1919, in: BArch Koblenz, R 431/166.

³⁵ Wie aus einer späteren Verlautbarung Max von Badens hervorgeht, sei diese Veröffentlichung in der geschichtspolitischen „Polemik so gut wie totgeschwiegen“ worden, in: Baden, Erinnerungen, S. 5 (Vorwort).

und meine Kräfte der Zukunft“ widmen zu können³⁶. Doch das ließ seine Umgebung, das ließ namentlich Kurt Hahn nicht zu. Hahn drängte vielmehr auf eine detaillierte Niederschrift der Kanzlerzeit Max von Badens und ihrer Vorgeschichte, die in weiten Teilen deckungsgleich mit seiner eigenen politischen Biografie war. Es war nämlich Kurt Hahn gewesen, dem man die intellektuelle wie psychologische Urheberschaft der Kanzlerschaft Max von Badens zuerkennen muss³⁷. Hahn besaß insofern ein ebenso vitales Interesse an einer (geschönten) Aufarbeitung des in Konkurs geratenen Unternehmens wie der Ex-Kanzler selbst. Außerdem hatte er einen ausgreifenden Plan entwickelt, wie man den im Herbst 1918 verlorenen Kampf am Ende vielleicht doch noch durch eine suggestive Meistererzählung³⁸ gewinnen könnte. Er wusste auch, wie Max von Badens Handeln von anderen erlebt werden musste, um verstanden zu werden: als ein überaus tragisches Wirken im – Ausnahmezustand.

Das geplante Buch sollte denn auch „keine polemische Schrift werden“, wie Max an Rupprecht von Bayern schrieb. Ganz „im Gegenteil. Ich will möglichst nur Tatsachen bringen, deren Zusammenstellung und Darlegung die gewollten Schlussfolgerungen ergeben. Diese Schlussfolgerungen sind ungefähr folgende: Wir hätten einen besseren Frieden haben können, wenn wir psychologischer gehandelt hätten; wir hätten einen besseren Ruf in der Welt haben können, wenn wir vernünftiger gehandelt hätten, Deutschland und die Dynastien hätten gerettet werden können, wenn wir rechtzeitig eine Neuordnung eingeleitet hätten und wahrhafter gewesen wären; die deutsche Revolution war aber sinnlos und ein Verbrechen, denn die Neuordnung hatte eingesetzt, es fehlte jeder ethische und praktische Grund zur Revolution, das deutsche Volk hatte alles, was es vernünftigerweise erlangen konnte. Die Revolution zerschlug die Freiheit, sie brachte keinen neuen Geist noch weniger neue Methoden. Gegen Ludendorff werde ich wohl am schärfsten polemisieren müssen. Er arbeitet schon mit allzu grobem Material. Die Konservativen möchte ich möglichst schonen trotz ihrer ungeheuren Hetze gegen mich. Die Alldutschen kann man nicht schonen. Die Sozialdemokratie wird Schweres zu hören bekommen, denn sie versagte intellektuell und charakterlich absolut in der Stunde der Not. Sie könnte heute als Retterin Deutschlands dastehen, wenn sie sich der Revolution nicht angeschlossen hätte. Das sind einige der leitenden Gedanken meines Buches, ich hoffe damit einen Streich zu führen gerade auch im Sinne der Erhaltung derjenigen Werte des alten Deutschland, die wir gern erhalten sähen und die wir zu retten suchen müssen.“³⁹

³⁶ Max von Baden an Johannes Müller vom 29. 7. 1919, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller.

³⁷ Vgl. im Einzelnen Machtan, Max von Baden, Kapitel 7.

³⁸ Im Sinne von Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, „Meistererzählung“ – Zur Karriere eines Begriffs, in: Dies. (Hrsg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 9–32.

³⁹ Max von Baden an Rupprecht von Bayern vom 29. 10. 1919, in: BayHStA, GHA, NL Rupprecht Nr. 694.

Ein „quellenmäßig begründeter Bericht“ zur Entlastung

Hatte man ursprünglich geglaubt, das so konzipierte Erinnerungswerk noch im Winter 1919/20 für den Druck fertig machen zu können⁴⁰, so setzte bald schon große Ernüchterung ein. „Meine Arbeit kommt nur sehr langsam vorwärts“, schrieb Max an Rupprecht im Mai 1920. „Ich bin kein Schriftsteller und der Stoff ist unendlich viel größer, als ich anfangs dachte.“⁴¹ Auch sein Ghostwriter Kurt Hahn war kein gelernter Historiker, so hingebungsvoll er auch arbeiten mochte. Das ehrgeizige Vorhaben trat so auf der Stelle, bis ihm im Herbst 1921 der Historiker Hans Delbrück⁴² neue Impulse und eine professionelle Ausrichtung gab. Wenig später kam mit dem Heidelberger Ordinarius Hermann Oncken⁴³ ein weiterer versierter Historiker als Berater hinzu, so dass die Arbeit nun auf ein ganz anderes Fundament zu stehen kam⁴⁴. Auch dadurch übrigens, dass Max befreundete Offiziere, Parlamentarier, Ministerkollegen und andere Zeitzeugen, die mit ihm während seiner Kanzlerschaft in persönlicher Fühlung gewesen waren, zu sich an den Bodensee einlud, um Erinnerungen auszutauschen und die Ergebnisse dieser informellen Konferenzen zu protokollieren⁴⁵. Schließlich gelang es ihm sogar, für Kurt Hahn in der Berliner Reichskanzlei Einsicht in die Akten seiner Kanzlerschaft zu erwirken⁴⁶. So gewann das Buch-Manuskript im Frühjahr 1922 „allmählich an Gestalt“⁴⁷. Doch von der Druckreife blieb der Text auch im Herbst noch weit entfernt.

⁴⁰ Kurt Hahn an Conrad Haussmann vom 22. 11. 1919, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Bestand Q 1 / 2 Haussmann Nr. 115.

⁴¹ Max von Baden an Rupprecht von Bayern aus Salem vom 6. 5. 1920, in: BayHStA, GHA, NL Rupprecht Nr. 694.

⁴² Vgl. Andreas Hillgruber, Hans Delbrück, in: Deutsche Historiker IV, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1972, S. 40–52, sowie Hans Schleier, Hans Delbrück. Ein politischer Historiker zwischen Preußenlegende, amtlicher Militärgeschichtsschreibung und historischer Realität, in: Gustav Seeber (Hrsg.), Gestalten der Bismarckzeit, Bd. 1, Berlin-Ost 1987, S. 378–403.

⁴³ Schon als badischer Landtagsabgeordneter (1915–1918) und als engagierter Kriegspublizist hatte Oncken dem Herrscherhaus nahegestanden. Seine 1927 erschienene zweibändige politische Biografie über Großherzog Friedrich I. von Baden arbeitete ähnlichen geschichtsmythologischen Vorgaben entgegen, wie sie die Mythografen von Salem mit Blick auf den letzten badischen Thronprätendenten verfolgten. Vgl. auch die biografische Skizze von Klaus Schwabe, Hermann Oncken, in: Deutsche Historiker II, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1971, S. 81–97.

⁴⁴ Kurt Hahn an Hans Delbrück vom 31. 8. 1921, in: SBB PK, NL Delbrück; Max von Baden an Johannes Müller vom 5. 10. 1921, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller (Abschrift); Max von Baden an Hermann Oncken vom 14. 12. 1921, in: STA Oldenburg, Best. 271–14, Nr. 14.

⁴⁵ Vgl. speziell hierzu die Ausführungen von Erich Matthias/Rudolf Morsey, Einführung, in: Dies., Die Regierung Max von Baden, Düsseldorf 1964, hier S. LIII ff. Einige dieser Protokolle haben sich überliefert, in: BArch Koblenz, N 1015 (Schwertfeger) Nr. 549.

⁴⁶ Max von Baden an Wilhelm Arnold Drews vom 10. 6. 1922, in: Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, Abt. VI, NL Drews Nr. 159.

⁴⁷ Max von Baden an Johannes Müller vom 10. 2. 1922, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller (Abschrift).

Der Grund dafür war, dass interne Unstimmigkeiten zwischen Hans Delbrück und Kurt Hahn über den geschichtspolitischen Kurs des Unternehmens⁴⁸ durch grundsätzliche Bedenkenrätigkeit noch verschärft wurden. So schrieb der frühere Chef der Reichskanzlei Arnold Wahnschaffe an den damaligen Vertreter der OHL beim Reichskanzler Hans von Haefen: „Das Buch des Prinzen bleibt hoffentlich noch möglichst lange ungedruckt.“ Max von Baden könne „schreiben, was er will, er wird von der Wirkung in der Öffentlichkeit keine Freude erleben, und gut daran tun, sein ganzes Material vor allen Dingen für eine künftige objektive Geschichtsschreibung zu gestalten. Leider muss ich fürchten, dass Kurt Hahn wohl nicht mehr allzu lange zurückzuhalten sein wird.“ Haefen, auch jetzt noch ein getreuer Interessenwahrer Hindenburgs und Ludendorffs, teilte diese Anschauung „voll und ganz. So erwünscht es ist, dass alle Beteiligten ihr großes Erleben schriftlich niederlegen, so sehr liegt es im nationalen und politischen Interesse, dass eine Veröffentlichung in der jetzigen Zeit unterbleibt.“⁴⁹

Anderthalb Jahre hörte man nichts mehr von dem Buch-Projekt. Erst im November 1924 fühlte sich der inzwischen beim Reichsarchiv tätige Haefen erneut auf den Plan gerufen, als er an Kurt Hahn schrieb: „Wie uns vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, soll das Buch Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Max über die Zeit seiner Kanzlerschaft in einigen Monaten erscheinen. Wie Ihnen erinnerlich sein wird, bat ich Sie nach meinem Besuch in Salem im Auftrage des Präsidenten des Reichsarchivs, von allen Ihnen von mir erteilten Aufschlüssen über jene Vorgänge in dem Buch nichts zu erwähnen. Nur unter dieser Bedingung hatte seinerzeit der Präsident des Reichsarchivs mir die Erlaubnis erteilt, dem Prinzen Max von meinen Aufzeichnungen Kenntnis zu geben. Der Präsident des Reichsarchivs legt, wie er mir vorgestern mitteilte, den allergrößten Wert darauf, dass diese Verabredung strengstens innegehalten wird.“⁵⁰ Der Ex-Kanzler nahm diese Intervention so ernst, dass er Kurt Hahn im Januar 1925 auf ein paar Wochen nach Berlin schickte⁵¹. Dort konnte er bereits mit Auszügen aus den fertigen Teilen des Manuskripts aufwarten. Hans Delbrück zeigte sich nachgerade euphorisch über das, was er zu lesen bekam. Sein ohnehin schon notorisch positives Vorurteil gegenüber dem letzten kaiserlichen Kanzler erfuhr noch einmal eine enorme Verstärkung⁵², wie er diesem brieflich mitteilte.

Max von Baden blieb indes skeptisch: „Über die Wirkung des Buches mache ich mir keine Illusionen. Ich kenne den Hass, mit dem ich verfolgt werde, und kann nicht erwarten, dass meine Gegner sich bekehren lassen wollen.“ Prinzipiell begrüßte er natürlich Delbrücks „aufmunternde Teilnahme“. Es seien aber ande-

⁴⁸ Delbrück an Kurt Hahn vom 4. 10. 1922 bzw. Kurt Hahn an Delbrück vom 7. 10. 1922, in: SBB PK, NL Delbrück.

⁴⁹ Wahnschaffe an Haefen vom 20. 2. 1923 bzw. Haefen an Wahnschaffe vom 27. 2. 1923 (Durchschlag), in: BArch, R 1506/326; Solf an v.d. Bussche vom 24. 6. 1923, in: BArch Koblenz, N 1053/69, der ebenfalls befürchtete, dass es Kurt Hahn sei, der Max das Memoirenbuch „einflößt“.

⁵⁰ Haefen an Kurt Hahn vom 10. 11. 1924 (Entwurf), in: BArch, R 1506/326 (Konzept).

⁵¹ Max von Baden an Schwertfeger vom 24. 1. 1925, in: BArch Koblenz, N 1015/549.

⁵² Delbrück an Max von Baden vom 25. 3. 1925 (Briefkonzept), in: SBB PK, NL Delbrück.

re „treue Freunde von mir Gegner einer Veröffentlichung. Der Großherzog von Hessen, der fast mit Leidenschaftlichkeit meine Sache vertritt, gehört zu diesen. Auch der Großherzog von Baden nimmt diesen Standpunkt ein, er wohl besonders aus Sorge vor der Polemik, die sich an das Buch hängen wird. Wenn mir nun selbst das Schweigen viel mehr liegt als das Reden, so halte ich es jetzt doch für notwendig, aus der Reserve hervorzutreten.“ Auch wolle er die Kriegsschuldfrage „in meinem Buch behandeln, muss es doch mein Ziel sein, unseren Feinden an den Kragen zu gehen, wo immer das möglich ist“⁵³.

Von einer historischen Aufarbeitung *sine ira et studio* konnte also bei Max keine Rede sein. „Aus der Reserve heraustreten“ – das bedeutete: Geschichtspolitik betreiben, die öffentliche Meinung beeinflussen, historische Werturteile platzieren. Um die Salemer Geschichtsschreiber in diesem Vorhaben zu bestärken bzw. zu inspirieren, reiste Hans Delbrück Ende November 1925 ungeachtet seines hohen Alters noch einmal zu einem längeren Besuch an den Bodensee. Erst danach wurden die ersten Manuskriptteile an die Deutsche Verlagsanstalt nach Stuttgart gegeben, von wo dann ab dem Frühjahr 1926 sukzessive die Druckfahnen zur Überarbeitung und Verbesserung an das Autorenkollektiv zurückkamen⁵⁴. Im Frühsommer 1926 begann Hermann Oncken, der bisher vor allem beratend tätig gewesen war, seinen Sachverstand stärker in die konkrete Arbeit einzubringen. Dies war offenbar nötig, nachdem sich herausgestellt hatte, dass auch die literarische Komposition des Geschichtswerks erhebliche Mühe machen würde⁵⁵. Denn der Anspruch an die Publikation war jetzt hoch; veröffentlicht werden sollte – wie es im vom April 1927 datierten Vorwort zu ihr heißt – „ein quellenmäßig begründeter Bericht über diejenige Epoche des deutschen Schicksals, in die ich verflochten war“⁵⁶.

Ende Oktober 1926 kam es in Salem zur Endredaktion, als Kurt Hahn vor handverlesenem Kreis aus den Druckfahnen des Buchmanuskriptes rezitierte. Eingeladen waren das Ex-Herzogspaar von Braunschweig, Max' Schwager Ernst August von Hannover mit seiner Frau Viktoria Louise, der Tochter des letzten deutschen Kaisers, Max' alter Jugendfreund Karl Friedrich Prinz von Hessen und Heinrich Scheüch, der preußische Kriegsminister aus der Kanzlerzeit des Gastgebers. Der Repräsentant des Hauses Hessen hat über diese denkwürdige Zusammenkunft persönliche Notizen überliefert, die interessante Aufschlüsse über die privatpolitischen Intentionen des in Frage stehenden Memoirenwerkes vermitteln. Nach Beendigung dieser mehrtägigen Veranstaltung – so heißt es beispielsweise – habe Scheüch zu Hahn gesagt: „Der Schluss des Buches stimmt doch gar nicht. Prinz Max hat, soweit ich mich erinnere, den Reichskanzler Ebert gar nicht

⁵³ Max von Baden an Delbrück vom 11. 5. 1925, in: Ebenda.

⁵⁴ Vgl. hierzu im Einzelnen die Korrespondenz Hahn-Delbrück aus den Monaten November 1925 bis März 1926, in: SBB PK, NL Delbrück. Im Archiv der Deutschen Verlagsanstalt sind Unterlagen zu Max von Baden bzw. den Memoiren nicht mehr vorhanden, da das Verlagsarchiv im Zweiten Weltkrieg ausgebombt wurde.

⁵⁵ Vgl. Kurt Hahn an Oncken vom 30. 5. 1926 und die sich daran anschließende dichte Brieffolge der Monate bis August 1927, in: STA Oldenburg, Best. 271-14, Nr. 193.

⁵⁶ Baden, Erinnerungen, S. 5.

mehr gesehen. Er wollte sich zwar von ihm verabschieden, aber wegen der dringenden Regierungsgeschäfte war es nicht möglich, auch nur eine Minute zu erübrigen.“ Hahn habe sich aber gegen eine Änderung dieser reichlich pathetischen, ja manipulativen Passage⁵⁷ energisch verwahrt, und zwar mit der Begründung, solche Streichungen würden „meinem Paradiesvogel die schönsten Federn aus[reißen]“⁵⁸.

Noch bezeichnender ist, was Kurt Hahn an Friedrich Karl von Hessen im Anschluss an die Salemer Vorlesung schrieb, nachdem von diesem die Vorlage einer ihn selbst betreffenden Druckfahnen-Passage aus dem Buch eingefordert worden war. Hahn legitimierte seinen großzügigen Umgang mit der historischen Wahrheit ganz ungeniert so: Worum es in diesem Buch letztlich gehe, sei „das Bild Seiner Großherzoglichen Hoheit in der Geschichte“, insbesondere „die Ehre seines Hauses“. Im vorliegenden Fall⁵⁹ müsse unbedingt der Vorwurf ausgeräumt werden, „dass Prinz Max, gehemmt durch dynastische Einstellung, nicht energisch genug den rettenden Weg eingeschlagen hat. Da ist es eine entscheidende Entlastung vor der Geschichte, dass Prinz Max den Prinzen Friedrich Karl zum Kaiser hat schicken wollen.“ Denn die Tatsache, dass Friedrich Karl schließlich nicht gehen mochte, sei „entscheidend für den Misserfolg des Planes, den Kaiser zur freiwilligen Abdankung zu bringen. Bricht man nun dieses eine Stück aus der Kette der Versuche des Prinzen Max, zu dieser würdigsten Lösung zu kommen, heraus, so ist eine Rechtfertigung seiner Handlungsweise nicht mehr möglich.“⁶⁰ Mit anderen Worten: Kurt Hahn sah seine Hauptaufgabe als Memoirenschreiber darin, alles Unstimmige zum Verschwinden zu bringen und die von diesen Konjekturen Betroffenen in die moralische Pflicht zu nehmen, solchen Manipulationen auf keinen Fall entgegenzutreten. Bei Friedrich Karl hatte das freilich zur Folge, dass er Max von Baden die Freundschaft kündigte. Andere ließen es bei sarkastischen Äußerungen bewenden⁶¹.

Die Blaupause der Meistererzählung

Wortreiches Verschweigen des historisch Richtigen – so könnte man den einen Anlagestrang von *Erinnerungen und Dokumente* bezeichnen. Auf diesem Wege waren jedenfalls die folgenden zentralen geschichtspolitischen Ideologiekern halb-

⁵⁷ Sie lautete: „Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied zu nehmen. [...] ‚Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!‘ Er antwortete: ‚Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.‘“ (Baden, *Erinnerungen*, S. 643).

⁵⁸ Wolfgang Prinz von Hessen, *Aufzeichnungen*, Kronberg 1986, S. 123.

⁵⁹ Es ging darum, dass der Reichskanzler Max von Baden am 31.10.1918 den Schwager des Kaisers eindringlich beschworen hatte, ins Große Hauptquartier nach Spa zu reisen und den Monarchen zu überreden sofort abzutanken – eine Mission, der er sich selbst nicht gewachsen fühlte. Vgl. hierzu im Einzelnen Machtan, Max von Baden, passim.

⁶⁰ Prinz von Hessen, *Aufzeichnungen*, S. 121.

⁶¹ Friedrich Heilbronn an Solf aus Zürich vom 7.8.1928 bzw. Solf an Heilbronn vom 1.9.1928, in: BArch Koblenz, N 1053/111. In Anlehnung an diese Korrespondenz das nachfolgende Zitat.

wegs glaubwürdig in die Öffentlichkeit zu bringen, die der Argumentation ihr Gefüge gaben: Erstens, obwohl Prinz Max von Baden durch seine noble Herkunft, seinen Charakter, seine humane Gesinnung sowie sein praktisches Erfahrungswissen, das er als informeller Diplomat im Weltkrieg erworben hatte, für eine Führungsaufgabe in der Reichsleitung prädestiniert war, musste man ihn zu diesem politischen Engagement erst drängen; politischer Ehrgeiz trieb ihn nicht an, er hat sich lediglich zur Verfügung gestellt. Zweitens, bis Spätsommer 1918 gab es für das deutsche Kaiserreich noch einen respektablen und gangbaren Weg aus dem Krieg. Dafür besaß Prinz Max auch ein Programm, das viele aus allen Lagern zu vereinen vermocht, Deutschlands Ehre und Wehrkraft gerettet und die Monarchie durch eine Verbreiterung der Basis der Regierenden vor dem Untergang bewahrt hätte. Doch sei er beklagenswerter Weise viel zu spät an die Spitze gelangt, um diese Ideen noch verwirklichen zu können. Denn durch das inzwischen von der Obersten Heeresleitung erpresste Waffenstillstandsangebot war eine irreversible falsche Weichenstellung erfolgt. Sie zwang dem Kanzler eine ganz andere politische Agenda auf. Deshalb konnte es sich, drittens, am Ende nur noch darum handeln, für das Reich zu retten, was überhaupt noch zu retten war. Die *Entführung* des Kaisers ins Große Hauptquartier Ende Oktober machte eine staatsmännische Lösung der Monarchie-Krise unmöglich, denn dadurch wurde er dem politischen Einfluss des Reichskanzlers entzogen, der als überzeugter Monarchist immer nur das eine Ziel verfolgte, den Hohenzollern ihren Herrscherthron zu erhalten. Erst Wilhelms Weigerung, freiwillig und mit edler Geste abzutanken, habe schließlich die Dynastien zum Einsturz gebracht. Auch die Sozialdemokratie habe in der Stunde der Not versagt, indem sie sich der Revolution anschloss, für die es doch gar keine innere Berechtigung gab. So musste sich das historisch-politische Wirken des Reichskanzlers Max von Baden letztlich darin erschöpfen, in einem Augenblick höchster Not mutig und aufopferungsbereit in die Bresche zu springen.

Im Kern zielte das Konstrukt darauf, den Prinzen als einen Mann erscheinen zu lassen, der die historischen Notwendigkeiten durchaus erkannt hatte, der auch entsprechend handeln wollte, dem aber die Hände gebunden waren – der an Anderen gescheitert war. Kritischen Nachfragen meinte man damit aus dem Weg gehen zu können; wie etwa die nach seinem tatsächlichen politischen Können, seiner Willens- und Entschlusskraft, seinen Ängsten und Skrupeln, seiner politischen Vergangenheit. Aus den gleichen Gründen wurden auch die militärischen Granden Hindenburg und Ludendorff auffällig geschont⁶². Selbst dem früheren deutschen Kaiser wollte Max offenkundig nicht zu nahe treten, ihn keinesfalls zu einer Gegendarstellung herausfordern. Vorteilhaft war schließlich auch, dass mit Friedrich Ebert inzwischen derjenige Kronzeuge verstorben war, der den Salemer Geschichtskonstruktionen noch am wirksamsten hätte entgegentreten können.

⁶² Die Angst vor unberechenbaren Reaktionen der Herren Hindenburg und Ludendorff war offenbar so groß, dass man selbst die Verheimlichung wichtiger Fakten billigend in Kauf nahm; vgl. Matthias/Morsey, Regierung Max von Baden, S. LXII f.

Dennoch mochten die Autoren nicht allein auf die Suggestivkraft ihrer Narration bauen. Ihre eigentliche Beglaubigung als historisch wahr sollte die Darstellung durch eine dokumentarische Struktur erhalten. So bestand mehr als 80 Prozent ihres Inhalts aus Quellenzitaten, besser gesagt: aus Quellenauszügen, hinter denen das eigenständige Denken und selbstbestimmte Handeln des Autobiografen fast verschwand. Aus wissenschaftlicher Sicht fällt am stärksten ins Gewicht, dass die Herkunft der meisten Quellen und Dokumente, auf die Max von Baden rekurrierte, systematisch verschwiegen, ja sogar vernebelt wurde. Die Namen der intellektuellen Ideengeber tauchten kaum einmal auf und erkennbar wurde auch nicht, aus welcher Perspektive man analysierte bzw. urteilte. So schwamm der Leser in den Namenslückenfüllwörtern und Passivkonstruktionen wie „man“, „Gesinnungsgenossen“, „Freunde“, „aus Berlin“, „mir ist später erzählt worden“, „aus einer vertraulichen Aufzeichnung jener Tage, die mir zur Verfügung gestellt wurde“. Und ob die zahlreichen zumeist zeugenlosen Gespräche, auf die der Ich-Erzähler sich immer wieder berief, ihm tatsächlich wie behauptet „in wörtlicher Rede“ in Erinnerung geblieben waren, darf auch bezweifelt werden.

Noch etwas kommt hinzu. Das Buch protokollierte zwar detailliert drei Jahre im politischen Leben des Prinzen Max von Baden. Es versuchte sogar, diesen Abschnitt dramaturgisch zu gestalten, aber es ordnete diese Episode nicht in den Lebenszusammenhang des Fürsten ein, der bei seinem Quereinstieg in die große Politik immerhin bereits 50 Jahre alt war. Übrigens sprach der Erzähler auch nicht durchgängig in der „Ich-Form“. Unvermittelt entfuhr ihm ab und zu ein „wir“ oder „uns“⁶³, ohne dass gesagt würde, um welches Kollektiv es sich dabei gerade handelte. So verriet auch die Sprache immer wieder ungewollt, dass in diesem Werk eher eine stilisierte Kunstfigur das große Wort führte als ein historisch-realer Akteur, der sich selbst als Zentrum einer operativen Politik verstand und nun aus zeitlichem Abstand Rechenschaft darüber ablegte. Kurzum das Buch *Erinnerungen und Dokumente* war weder eine reflektierte Selbstbefragung, noch enthielt es eine kritische Analyse der Zeitläufte, in die das politische Wirken des Prinzen im Herbst 1918 involviert war. Und den Mut zu einer Abrechnung mit den Gegnern von damals brachte es auch nicht auf.

Rezeptionsmuster

Ein halbwegs gesichertes Urteil über die öffentliche Wirkung des im April 1927 publizierten Werkes ist schwer zu gewinnen. Die meisten dezidiert positiven, aber auch viele wohlwollend-neutrale Besprechungen wurden lanciert⁶⁴. So gab es

⁶³ Vgl. etwa Baden, *Erinnerungen*, S. 116, S. 161 u. passim.

⁶⁴ So stellte Delbrück in seinen Preußischen Jahrbüchern, Bd. CCIX (1927), H. 1, S. 1–22, nicht weniger als 22 Druckseiten für ein Referat über den Inhalt des Buches zur Verfügung, für das sein Mitarbeiter Emil Daniels die Autorenschaft übernahm. Zu Onckens Einbindung in den Reklamefeldzug vgl. Hahn an Oncken vom 30. 6. 1927, in: STA Oldenburg, Best. 271–14, Nr. 731.

denn auch kaum eine Zeitung, die von dem Erinnerungsband keine Notiz nahm⁶⁵. Zumeist geschah dies so, dass sie die Neuerscheinung ihren Lesern zur Lektüre empfahl, wie beispielhaft aus dem sozialdemokratischen Zentralorgan *Vorwärts* erhellt, der diesem „umfassenden Quellenwerk über die Vorgeschichte des Zusammenbruchs“ ohne Umschweife „eine bedeutende Rolle in der politischen Geschichtsschreibung“ zuwies⁶⁶. Der Verkauf der Erstauflage ließ sich denn auch nicht schlecht an⁶⁷.

Natürlich traten auch die notorischen Kritiker des Prinzen mit ihren alten Vorwürfen⁶⁸ wieder auf den Plan⁶⁹. Jenseits der politisch-ideologischen Reflexe im Lager der Ewig-Gestrigen überwog jedoch auch im bürgerlich-republikanischen Lager ein eher kritischer Tenor in der Beurteilung der Leistungen der letzten kaiserlichen Reichsregierung. Das zeigen am deutlichsten jene Rezensionen, die von vergleichsweise vorurteilsfernen, mehr oder minder toleranten und geistig aufgeschlossenen Autoren verfasst wurden. Das gilt zum Beispiel für den rheinischen Literaten Herbert Eulenberg, einen überzeugten Demokraten, der als die Quintessenz seiner Lektüre des Memoirenwerkes festhielt: Ausgesprochen „jählings“ sei Max von Baden die Führung der Reichsgeschäfte zugefallen. „Ein schwacher Mann, gewillt zu allem Guten, doch im Entschluss schon stockend, und in dem Alten zu sehr verquickt, um Neues recht zu wollen“, heißt es irgendwo in einem Königsdrama von Shakespeare. Und die Stelle klingt wie auf den Badener Prinzen gemünzt.⁷⁰

Ähnliche Töne schlug der linksliberale Journalist Theodor Wolff an, als er Max von Baden gleich zu Beginn seiner Besprechung vorwarf, dass er „sich oft zu spät zum richtigen Handeln entschlossen hat. Schlimmer noch ist, dass er häufig etwas wollte, was er nicht zu tun vermochte, und stattdessen das Ungewollte tat“. Die beiden größten Fehler seien gewesen, dass er dem Drängen der OHL nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsgesuchs „nachgab und nicht den Herren selbst die Unterzeichnung der Bittschrift überließ. Sein zweiter großer Fehler war, dass

⁶⁵ Die wichtigsten Artikel finden sich in der Presse-Ausschnittsammlung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs unter „Max von Baden“.

⁶⁶ „Dokumente zum Zusammenbruch. Erinnerungen des Prinzen Max von Baden, in: *Vorwärts* vom 13. 4. 1927.

⁶⁷ In den ersten sechs Wochen nach Erscheinen sollen 5.000 Exemplare verkauft worden sein (Max von Baden an Johannes Müller vom 16. 5. 1927 (Abschrift), in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Müller). Das war sicherlich ein Achtungserfolg, aber im Vergleich zu den Verkaufszahlen, die etwa die Memoiren des Exkaisers Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten 1878–1918, Berlin/Leipzig 1922, erzielt hatten, nämlich mehrere Hunderttausend (vgl. John C.G. Röhl, Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941, München 2008, S. 1273), nimmt sich der Absatz doch relativ verhalten aus. Insgesamt dürften wohl ca. 10.000 Exemplare des Buches verkauft worden sein.

⁶⁸ Vgl. hierzu ausführlich Machtan, Max von Baden, Kapitel 10.

⁶⁹ Vgl. Artikelserie von Oberstleutnant a.D. Niemann, in: *Kreuz-Zeitung* vom 17., 20. und 21. 4. 1927; den nicht weniger ausführlichen Aufsatz des Freiherrn von Forstner, in: *Deutsches Adelsblatt* (1927), Nr. 24 bis 27, sowie die Abhandlung „Prinz Max von Baden“, in: *Deutscher Offizier-Bund*, Nr. 19 bis 21, vom 5., 15. und 25. 7. 1927.

⁷⁰ „Prinz Max von Baden“, in: *Volkszeitung* vom 29. 5. 1927 (Zeitungsausschnitt aus dem Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv).

er sich nicht mutig an die Kaiserfrage herantraute.⁷¹ Der linkskatholische Publizist Heinrich Scharp fokussierte auf „die innere Zwiespältigkeit der Politik des Prinzen Max“ und vertrat die Meinung: „Er war nicht nur eine tragische, sondern als Politiker vor allem eine problematische Figur.“ Denn dieser Kanzler „glaubte einen Weg zu wissen und ging ihn nicht“⁷².

Sachliche Kritik in weiter rechts stehenden Blättern ging in dieselbe Richtung. „Die Fehler die er gemacht hat und die von schwerwiegenden Folgen begleitet waren“, schrieben die nationalliberalen *Hamburger Nachrichten*, „liegen darin, dass er seiner Stellung als Reichskanzler in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes nicht gewachsen war. Er war nicht der Mann der Tat, sondern der des Hinzögerns, und so ging der Augenblick verloren, in dem er vielleicht noch entscheidend hätte eingreifen können, wenn er den ganzen Mut der Verantwortung auf sich nehmen wollte.“⁷³ Wie die konservative *Deutsche Allgemeine Zeitung* ergänzte, sei er einer jener Politiker gewesen, „die nach gefasstem Plan, aber nicht intuitiv handeln können, ein Mann der Denkschriften und Theorien. Er hat sich von den Ereignissen treiben lassen, statt sie zu meistern.“⁷⁴

Alles in allem wird man also kaum davon reden können, dass die Publikation ihrem Titelhelden tatsächlich zu der erhofften Rehabilitierung verholfen hat. Sie scheint sogar eher seinen Ruf als politische Fehlbesetzung besiegelt zu haben. Fragt sich noch, wie die Fachwissenschaftler das Werk aufgenommen haben. An zeitnahen Reaktionen sind nur drei Besprechungen überliefert. Die erste war eine überaus polemische aus der Feder von Veit Valentin, einem der wenigen dezidiert demokratischen Historiker in der Weimarer Republik⁷⁵, die die linksintellektuelle *Weltbühne* veröffentlichte⁷⁶. Es hat den Anschein, als ob der Autor von Insidern für diese dekuvierende Besprechung „gebrieft“ worden sei. Valentin enthüllte, dass Kurt Hahn „jahrelang den Prinzen Max regiert [hat]“ und dass *Erinnerungen und Dokumente* „zum guten Teil Kurt Hahns gesammelte Werke [sind]“. Die Dokumente und Quellen dieses Buches – so hebt der Rezensent hervor – sind „nicht einwandfrei“, Einzelnes ist sogar „sichtbar falsch und verdreht“. In seiner Gesamtbeurteilung kam der Historiker zu dem vernichtenden Schluss, dass der letzte Kanzler der Monarchie „fortgesetzt das Gegenteil von dem [tut], was er eigentlich will“ – insofern sei dessen Regierungszeit eher „tragikomisch, wenn Deutschland nicht dabei weinen müsste“.

Auch der politisch eher rechtsliberal eingestellte Historiker Fritz Hartung merkte an: „Aus keinem andern Buch ist mir die Schmach [...] des völligen Versa-

⁷¹ „Die Grippe“, in: Berliner Tageblatt vom 22.5.1927.

⁷² „Woran ist Prinz Max gescheitert?“, in: Deutsche Republik vom 22.7.1927.

⁷³ „Prinz Max von Baden“, in: Hamburger Nachrichten vom 21.5.1927.

⁷⁴ „Der fünfte Akt“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 17.4.1927.

⁷⁵ Vgl. Elisabeth Fehrenbach, Veit Valentin, in: Deutsche Historiker I, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1971, S. 69–85, sowie Hans-Ulrich Wehler, Veit Valentin, in: Ders., Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung, Göttingen 1980, S. 292–297; Wirsching, Demokratisches Denken, in: Gusy (Hrsg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik.

⁷⁶ „Bademax“, in: Die Weltbühne vom 17.5.1927.

gens unserer Regierung so greifbar, so schmerzlich entgegengetreten wie in diesen Aufzeichnungen des Prinzen Max.“ Dessen Hauptkennzeichen seien „Illusionen und Schwäche“ und darüber hinaus „Pflichtverletzung“ und „Versagen“ gewesen – „unentschuldig“ und „verhängnisvoll“ zugleich⁷⁷. Erst 1930 erschien dann in der *Historischen Zeitschrift* eine um wissenschaftliche Redlichkeit bemühte Rezension aus der Feder von Friedrich Luckwald, einem Historiker aus der zweiten Reihe⁷⁸. Sie taxierte den „Gewinn für die Forschung“ als „keineswegs gering“; das Werk bleibe „aber doch wohl hinter dem zurück, was man geglaubt hatte erwarten zu können“. Auch Luckwald gelangte zu dem Schluss: „eine wirkliche Führungspersönlichkeit ist er nicht gewesen“.

Geschichtsschreibung in majorem gloriam des Hauses Baden

Die enorme Anstrengung der Salemer Geschichtswerkstatt verfehlte ihren Zweck insofern, als sie keinen Meinungsumschwung bewirken konnte. Doch war dies nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der hauptsächlichste Zweck, den seine aufwändige und kostspielige Produktion verfolgt hatte. Denn nicht weniger wichtig scheint die Entlastungsfunktion gewesen zu sein, die diese Geschichtsdarstellung für den Prinzen Max selbst und seine Familie erfüllte. „Für mich persönlich“ – so schrieb er – „hat das Erscheinen des Buchs den Wert, dass die Legende, ich sei ein Verräter und der Totengräber des Reiches, nicht aufrecht gehalten werden kann. In dieser Beziehung feiere ich eine Art Auferstehung und habe mein eigenes Gesicht wieder gefunden, studentisch gesprochen, ich habe mich herausgepaukt.“⁷⁹ Mit dem stattlichen Erinnerungswerk war es zumindest gelungen, den herabsetzenden öffentlichen Verdikten über seine Kanzlerschaft etwas entgegenzusetzen, was nicht so ohne weiteres vom Tisch gefegt werden konnte. Diese Art der öffentlichen Selbstbehauptung sollte auch strategische Funktionen für seine Nachkommenschaft erfüllen. Mit den politischen Memoiren, so hat ein Eingeweihter überliefert, wollte Max von Baden „dem Sohne eine Waffe in die Hand geben“ – diesen Ausdruck hat er [Max von Baden] immer gebraucht –, um seinen Vater gegen falsche Angriffe und Anschuldigungen verteidigen zu können⁸⁰. Seine in der Öffentlichkeit so negativ konnotierte historisch-politische Rolle erhielt mit diesem Buch eine Ausdeutung, die der Ehre, dem Ansehen und dem Nachruhm des Hauses Baden Satisfaktion erteilte. So half es der Selbstachtung der Badener ein ganzes Stück weit wieder auf.

⁷⁷ Deutsche Literaturzeitung (1927), H. 40, S. 1962–1966.

⁷⁸ Historische Zeitschrift 142 (1930), S. 120–123.

⁷⁹ Max von Baden an Johannes Müller vom 16. 5. 1927 (Abschrift), in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Müller.

⁸⁰ C.A. Voss, Prinz Max von Baden. Ein Versuch, in: Die Pyramide Nr. 29 vom 20. 7. 1930; Schwertfeger an Max von Baden vom 23. 9. 1925, in: BArch Koblenz, N 1015/549 – Durchschlag: „Was ich mir ferner von diesem Buche im Interesse der Familie Eurer Großherzoglichen Hoheit und insonderheit des Prinzen Berthold erhoffe, das habe ich ja in Salem mündlich darlegen dürfen.“

Um dieses Bild zu bewahren, musste man freilich alles primäre Quellenmaterial unter Kontrolle halten, von dem man befürchtete, es könnte schaden. Das galt vor allem mit Blick auf die Nachlasspapiere des 1929 Verstorbenen, die nachgerade zur Verschlussache wurden. Selbst so engen Freunden, Verehrern und Wegbegleitern des Badeners, wie Johannes Müller einer gewesen war, traute die Familie nicht über den Weg⁸¹. Außerhalb dieser dynastischen Privatpolitik geriet das Erinnerungswerk jedoch rasch in Vergessenheit, obgleich es 1930 noch eine – geringfügig überarbeitete – Neuauflage und schon 1928 auch eine Veröffentlichung auf Englisch⁸² erlebte.

Die Revision überkommener Geschichtsbilder nach 1945

In der Geschichtskultur nach 1945 blieb Max von Baden zunächst eine wenig beachtete Figur⁸³. Das änderte sich, als bundesrepublikanische Historiker Ende der 1950er Jahre daran gingen, dem westdeutschen Staat eine neue Tradition zu erfinden: eine vorzugsweise demokratisch-parlamentarische⁸⁴. Damit sollte dem Klischee entgegengewirkt werden, die Demokratie in Westdeutschland sei ein Oktroi der westlichen Siegermächte. Eine der treibenden Kräfte auf diesem Gebiet war Erich Matthias, der mit dem öffentlich geförderten Editionsprojekt „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ speziell den Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik aufwerten wollte – und zwar in der geschichtspolitischen Absicht, die Parlamentarisierungstendenzen in den letzten Jahren des Kaiserreichs gleichsam zur Startphase einer demokratischen politischen Kultur in Deutschland zu erklären⁸⁵. Mit

⁸¹ Marie Louise Prinzessin von Baden an Johannes Müller vom 13. 7. 1937, in: Familienarchiv Müller Schloss Elmau, NL Johannes Müller.

⁸² Vgl. The Memoirs of Prince of Baden, authorised translation by W.M. Calder and C.W. Sutton, London 1928.

⁸³ Eine erste kritische Würdigung stammt von Werner Conze, der im Nachwort zu der von ihm edierten Schrift von Kuno Graf Westarp (Das Ende der Monarchie am 9. November 1918, Berlin 1952, S. 192–195) eine politisch-biografische Skizze veröffentlichte. In diesem Charakterbild nimmt er den letzten kaiserlichen Kanzler zwar vor dem Vorwurf der Verantwortungslosigkeit in Schutz und bescheinigt ihm „guten Willen“. Gleichzeitig sah Conze in ihm einen Mann, „der den harten Anforderungen dieser Tage nicht gewachsen gewesen ist. Es fehlte ihm an der Kraft zu führen.“

⁸⁴ Vgl. hierzu die prägnanten Ausführungen von Winfried Schulze, Historiker und die Erfindung der Bundesrepublik – Kontinuität und Neuansätze in der Geschichtswissenschaft, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXIX (2000), S. 379–389. Für den hier speziell interessierenden Aspekt vgl. auch Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1999, S. 231 ff., sowie Niess, Geschichtsschreibung, S. 190–214.

⁸⁵ Zu den Hintergründen dieser Aktivitäten vgl. Martin Schumacher, Gründung und Gründer der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, in: Karl-Dieter Bracher u. a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 1029–1054; Hermann Weber, Erich Matthias in Marburg, in: Wolfgang Hecker u. a. (Hrsg.), Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg, Bd. 1, Münster 2001, S. 77–85; Rudolf Morsey, „Die Geschichte der Parlamentarisierung in Deutschland (1908–1919). Das erste Editionsprojekt der Parlamentarismus-Kommission, in:

der Ausleuchtung eines solchen (vermeintlichen) deutschen Weges zum Parlamentarismus sollte der Öffentlichkeit eine Tradition bewusst gemacht werden, von der man sich eine Neuakzentuierung des Geschichtsbildes versprach.

1959 erschienen als Auftakt zu diesem Vorhaben die beiden Bände der voluminösen Dokumentenpublikation „Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18“⁸⁶. Zwei Jahre später konnte dann ein weiterer Band der Reihe publiziert werden: „Die Regierung des Prinzen Max von Baden“⁸⁷. Mit der Erarbeitung dieser Quellenwerke rückte naturgemäß die wissenschaftliche Recherche nach authentischen Hinterlassenschaften aus dessen Kanzlerschaft auf die Agenda der beiden Bearbeiter Erich Matthias und Rudolf Morsey, mithin auch die Memoiren und Nachlasspapiere des Badeners. Nach Auskunft von Rudolf Morsey wurde den beiden Historikern bei zwei Besuchen in Schloss Salem zwar kein freier Zugang zu den dort lagernden Archivalien gewährt, aber immerhin einige Kopien bzw. Abschriften von ausgewählten Dokumenten zum Abdruck überlassen⁸⁸. Als Argus fungierte damals Kurt Hahn, den die Nationalsozialisten 1933 aus Deutschland vertrieben hatten⁸⁹, der aber, inzwischen aus dem Exil zurückgekehrt, jetzt erneut die Deutungshoheit über die jüngste Geschichte des Hauses Baden beanspruchte.

Mit dem Quellenwerk über die Regierung des Prinzen Max von Baden war Hahns Meistererzählung von 1927 nun nicht allein ein konkurrierendes Geschichtsbild erwachsen, sondern auch eines, das das Format des letzten kaiserlichen Kanzlers ganz erheblich schrumpfen ließ – und dies alles dokumentarisch aufbereitet in der sachlich-nüchternen Quellsprache von Protokollen, Aufzeichnungen und Briefen. Deren Lesart lautete: Die Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler war eher eine politische Verlegenheitslösung in letzter Minute. Aufgebaut von persönlichen Bekannten, nahm er nie in der nach ihm benannten Regierung die führende Rolle ein, die politische Verantwortung für das Regierungshandeln trug faktisch das Kriegskabinett. Den entscheidenden Anteil an der innenpolitischen Neuordnung hatte der Interfraktionelle Ausschuss des deutschen Reichstages, der in die Rolle eines Koalitionsausschusses der Regierungsparteien hineinwuchs. Dem Parlament gehörte die politische Zukunft Deutschlands, denn allein hier lag der Ansatz zu einer demokratischen Willensbildung.

Dieter Hein u. a. (Hrsg.), *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 75. Geburtstag*, München 2006, S. 175–188.

⁸⁶ Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (Düsseldorf 1959). Vgl. hierzu auch die ausführliche wissenschaftliche Konnotation von Klaus Epstein, *Der Interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917–1918*, in: *Historische Zeitschrift* 191 (1960), S. 562–584.

⁸⁷ Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1961.

⁸⁸ Ich beziehe mich hier auf meine Korrespondenz bzw. Telefongespräche mit Rudolf Morsey von Juni 2012, für die ich ihm an dieser Stelle herzlich danken möchte. Zu den Bemühungen von Erich Matthias um eine Benutzungsgenehmigung für die Salemer Archivunterlagen vgl. auch die Unterlagen in: BArch Koblenz, B 324/318.

⁸⁹ Als einen ersten Zugriff vgl. Peter Friese, *Kurt Hahn. Leben und Werk eines umstrittenen Pädagogen*, Bremerhaven 2000, hier S. 108 ff. Eine wissenschaftliche Biografie Hahns ist ein dringendes Desiderat der Forschung.

Es soll hier nicht weiter diskutiert werden, ob und inwieweit dieses Deutungsmuster der historisch-politischen Realität entsprach⁹⁰. Relevanter ist, dass sich in der Rezeption des Quellenwerkes⁹¹ kaum Stimmen fanden, die dem Interpretament von Matthias/Morsey widersprachen⁹². Erst 1968, also sechs Jahre nach Erscheinen, erhob Wolfgang J. Mommsen in der *Historischen Zeitschrift* ein ernsthaftes Widerwort: Ihm erschienen die politischen Bemühungen um eine Parlamentarisierung des Regierungssystems im Herbst 1918 doch eher „als *ultima ratio* zur möglichsten Rettung des Wilhelminischen Reiches in einer ausweglosen Situation und nicht sosehr als ein echter Neubeginn“. Und er kritisierte explizit „das, was eine Quellenpublikation in der Regel nicht tun sollte, nämlich den Nachweis einer bestimmten historischen These“⁹³. 1962/63 konnte von einem solchem Problembewusstsein aber noch keine Rede sein.

Neben der Neuvermessung der Handlungs- und Gestaltungsmuster der Reichsleitung im Herbst 1918 reduzierte die Edition von Matthias/Morsey auch das Buch *Erinnerungen und Dokumente* auf das Format einer klassischen Rechtfertigungsschrift, die mit wissenschaftlicher Geschichtsschreibung wenig zu tun hatte. Gerade das muss Kurt Hahn besonders geschmerzt und geschichtspolitisch erneut herausgefordert haben. Dies geht sehr deutlich aus dem Schreiben hervor, das Berthold Markgraf von Baden, der Sohn Max von Badens, im Frühjahr 1963 an Rudolf Morsey sandte. Die Diktion dieser brieflichen Stellungnahme legt nahe, in Kurt Hahn den geistigen Urheber zu sehen. „Sie werden“ – so heißt es dort – „nicht von mir erwarten, dass ich mit Ihnen in der Beurteilung meines Vaters übereinstimme. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, die Reichstagsmajorität zu entlasten, aber im Dienste dieser notwendigen Aufgabe entwerfen Sie ein Bild des Prinzen Max von Baden, das ganz gegen Ihre Absicht auf eine ‚suppressio veri et suggestio falsi‘ hinausläuft.“ So werde der „verzweifelte Kampf meines Vaters“ gegen die Oberste Heeresleitung gar nicht gewürdigt und „die Opfertat meines Vaters zu einer Don Quichotterie“. Die „Gegenbeweise“ für „Ihre Feststellungen und Vermutungen“ seien schließlich in den Memoiren des Prinzen enthalten, die ja inzwischen leider vergriffen seien. Nun, da die Diskussion über seine Kanzlerschaft „neu eröffnet“ sei, gehe seine Erwartung aber dahin, dass jene Erinnerungen „neu erscheinen, unter dem Eindruck des wiedererwachten

⁹⁰ Ich habe da meine Zweifel und die positive Bereitschaft der Mehrheitsparteien des letzten kaiserlichen Reichstags zu einer volkssouveränen Demokratie in Deutschland wesentlich skeptischer beurteilt; vgl. Machtan, Max von Baden, Kapitel 9.

⁹¹ Eine Auflistung der wichtigsten Rezensionen findet sich bei Martin Schumacher, *Annotierte Bibliografie 2004: Die Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien seit 1952*, Düsseldorf 2004, S. 102.

⁹² Die einzige mir bekannte Problematisierung der These vom hohen Anteil des Parlaments an der Parlamentarisierung des Kaiserreichs findet sich in einer Besprechung des Politologen Udo Bernbach, in: *Politische Vierteljahresschrift* 5 (1964), hier S. 355 ff. Kritisch im Übrigen natürlich auch die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der DDR. Vgl. etwa Joachim Petzold, in: *Deutsche Literaturzeitung* 87 (1966), hier Sp. 614 ff.

⁹³ *Historische Zeitschrift* 206 (1968), S. 152–157, hier S. 156.

Interesses“⁹⁴. So kann man in diesem Brief getrost die Geburtsurkunde eines neuen geschichtspolitischen Projektes erblicken, das darauf zielte, das Selbstbild des Kanzlers Max von Baden wieder in hellerem Licht erstrahlen zu lassen.

Golo Mann – ein persönlich engagierter politischer Geschichtserzähler⁹⁵

Mit Golo Mann trat dafür 1963 ein Geschichtsschreiber auf den Plan, der für diese Aufgabe nachgerade prädestiniert zu sein schien. Der Sohn von Thomas Mann war in den 1920er Jahren als Internatsschüler in Salem von Kurt Hahn, dem pädagogischen Kopf der Anstalt, geprägt worden⁹⁶. Beide fühlten sich darüber hinaus auch als Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft persönlich verbunden. Noch bevor Golo Mann 1957 endgültig nach Deutschland bzw. in die Schweiz zurückkehrte, hatte er 1952 in der Züricher *Weltwoche* eine liebevolle Profilskizze seines alten Lehrers veröffentlicht⁹⁷. Etwa drei Jahre später besuchte Golo Mann „den alten Hahn“ am Bodensee. Der sei „entschieden netter geworden“, schrieb er an eine Freundin, und „furchtbar menschengierig“. Er (Golo) habe versprochen, „fortan näheren Kontakt zu halten“⁹⁸. Und so war es dann auch; es verging nun kein Jahr mehr, ohne dass die beiden sich trafen oder sonst wie austauschten. In Golo Manns Veröffentlichungen las Hahn „fasziniert und getröstet“, er lobte die literarischen Qualitäten, und immer wieder wollte er „sobald wie möglich eine Begegnung herbeiführen“⁹⁹.

Auch den früheren Mitschüler Berthold von Baden zählte Golo Mann zu seinen Salemer Freunden. In seinen Jugenderinnerungen deutete er an, wie viel Bewunderung, ja Zuneigung er dem drei Jahre älteren Aristokraten schon als junger Mann entgegenbrachte. Er verehrte in ihm eine Persönlichkeit, die „von Natur aus Prinz ist und es wäre, auch wenn er Rang und Namen nicht hätte“¹⁰⁰. Wie wir

⁹⁴ Berthold Markgraf von Baden an Rudolf Morsey vom 5. 3. 1963 (Privatarchiv Morsey). Ich danke Herrn Morsey für die Erlaubnis, von diesem Schreiben für den vorliegenden Aufsatz Gebrauch machen zu dürfen.

⁹⁵ Zum Folgenden vgl. auch Martin Gauger, *Geschichtsschreibung als Erzählung – Golo Mann*, in: Mamadou Diawara u. a. (Hrsg.), *Über das Kolleg hinaus*. Joachim Nettelbeck, dem Sekretär des Wissenschaftskollegs 1981 bis 2012, Berlin 2012, S. 159–179, sowie Günther R. Mittler, *Geschichte im Schatten der Mauer. Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft und die deutsche Frage 1961–1989*, Paderborn 2012, hier S. 25 f. u. S. 40–49.

⁹⁶ Vgl. hierzu sehr eindringlich Tilmann Lahme, *Golo Mann. Biographie*, Frankfurt a.M. 2009, S. 28 ff. bzw. S. 43 ff. u. passim.

⁹⁷ Vgl. *Die Weltwoche* vom 18. 4. 1952, veröffentlicht unter dem Pseudonym „H. S-m.“

⁹⁸ Golo Mann an Leonore Gräfin Lichnowsky vom 12. 8. 1955, in: Golo Mann, *Briefe 1932–1992*, hrsg. von Tilmann Lahme und Kathrin Lüssi, Göttingen 2006, hier S. 123.

⁹⁹ Kurt Hahn an Golo Mann vom 16. 11. 1961, in: Schweizerisches Literaturarchiv Bern (künftig: SLA), NL Golo Mann B-2HAH. Der Brief war mit „stets Dein Kurt Hahn“ unterzeichnet. Vgl. auch den Brief von Golo Mann an Julio del Val Caturla vom 29. 12. 1962, in: Mann, *Briefe*, S. 161.

¹⁰⁰ Golo Mann, *Erinnerungen und Gedanken. Eine Jugend in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1986, S. 125 f. Mann zitiert hier zwar Karl von Schumacher, den Gründer der Züricher *Weltwoche*, aber nur, um sein eigenes Faible für Berthold dahinter zu verbergen.

aus seinem Tagebuch wissen, war dabei emotional noch einiges mehr im Spiel¹⁰¹. Golo wusste nur zu gut um die Last der Vergangenheit, die Berthold zu schultern hatte. Das Erinnerungsbild von dem politisch gescheiterten und angefeindeten Vater Max – heißt es in Manns Nachruf auf den früh Verstorbenen – habe wie „eine düstere Legende“ über der Jugend von Berthold gelegen¹⁰². Deshalb sei der Sohn auch „dem Andenken des Prinzen Max so treu ergeben“ gewesen. Will sagen: dem ehrenden Gedenken, dem Geschichtsmythos, wie ihn Kurt Hahn in dem Buch *Erinnerungen und Dokumente* gleichsam kanonisch fixiert hatte. Denn nur in dieser Lesart blieb das Kanzlerleben für die Familie wert, erinnert und immer wieder neu erzählt zu werden.

Golo Mann fühlte sich deshalb in der moralischen Pflicht, die erwähnten Bemühungen um eine zeitgemäße Fortschreibung jenes Mythos nach Kräften zu unterstützen. Seine literarischen Fähigkeiten, seine historiografischen Ambitionen und Neigungen sowie seine sich immer mehr entfaltende intellektuelle Präsenz, ja Prominenz in Deutschland empfahlen ihn dafür nachdrücklich¹⁰³. Bereits in seiner berühmten Deutschen Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, die 1958 herauskam, war die Interpretationslinie vorgezeichnet, auf der er sich fortan mit Blick auf den Prinzen Max von Baden bewegen sollte: Die Vorstellung vom liberalen Politiker, der sich schon lange vor Antritt seiner Kanzlerschaft „durch politisch kluge und sittlich schöne Reden einen Namen gemacht“ hatte, dessen Regierungsprogramm „gut“ war, der sich nur widerstrebend dem Ludendorffschen Diktat eines sofortigen Waffenstillstandsgesuchs gebeugt und damit auf verlorenes Terrain begeben habe und dessen Bemühen um eine Modernisierung der Monarchie die weitaus bessere Alternative zur deutschen Novemberrevolution gewesen war¹⁰⁴.

So wurde im Februar/März 1963 – als Matthias/Morsey ihre Dokumentation über die Regierung Max von Baden herausbrachten – in Salem der Plan geschmie-

¹⁰¹ Vgl. hier vor allem seine Eintragung vom 1.11.1963 – wenige Tage nach dem ihn sehr erschütternden plötzlichen Tod Bertholds, in: SLA, NL Golo Mann C-1-a-2-1/19. Zum Umgang der beiden miteinander vgl. auch den durchaus freundschaftlichen Brief Berthold von Badens an Golo Mann o.D. [Anfang 1962], in: Ebenda, B-2-BADB. Zur Homophilie des Schriftstellers vgl. Lahme, Golo Mann, S.41 ff., sowie Mann, Briefe, S.514ff.

¹⁰² Golo Mann, Ein Regent in der Republik. Markgraf Berthold von Baden, in: Die Zeit vom 27.12.1963; dort auch das nachfolgende Zitat.

¹⁰³ Vgl. hierzu Tillmann Lahme/Holger R. Strunz, Der Erfolg als Missverständnis? Wie Golo Mann zum Bestsellerautor wurde, in: Wolfgang Hardtwig/Eberhard Schütz (Hrsg.), Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S.371–398, hier S.382ff.

¹⁰⁴ Vgl. Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1958, S.625ff. Was Mann nicht sehen wollte: Die Monarchie in Deutschland für künftige Generationen weiterzuentwickeln, hätte vor allem anderen bedeutet, die politische Macht bzw. die politischen Funktionen der Souveränen erheblich einzuschränken. Es hätte eines konstruktiven und transparenten Zusammenspiels von Regierungspolitik, öffentlicher Meinungsbildung und volksnaher Performanz namentlich des Reichsmonarchen bedurft. Weil eine solche Modernisierung und Verjüngung unterblieb, konnten Ansehen und Fortbestand der Monarchie in Deutschland nicht gesichert werden. Sie unterblieb, weil Max von Baden weder willens noch in der Lage war, sie durchzusetzen.

det, dieser etwas Öffentlichkeitswirksames entgegenzusetzen. Die Mannschaft bestand zunächst nur aus Kurt Hahn, Golo Mann und Berthold Markgraf von Baden¹⁰⁵. Gemeinsames Ziel war die Neuausgabe des Buches *Erinnerungen und Dokumente* in verändertem Zuschnitt, wobei Golo Mann die gestalterische Aufgabe übernehmen sollte. Ihm gelang es sogleich, auch den mit ihm befreundeten Stuttgarter Verleger Ernst Klett mit ins Boot zu holen¹⁰⁶. Hahn, der eigentliche Inspirator des Projekts, freute sich sehr über das Engagement seines Meisterschülers. Und er verstand es, dieses Interesse weiter zu befeuern; zum Beispiel durch Bemerkungen wie: „Berthold ist sehr froh über die Aussicht, dass Du einer neuen Ausgabe das Gepräge gibst. Für Deinen [nächsten] Besuch wird auf alle Fälle das Archiv verfügbar sein.“¹⁰⁷

Der plötzliche Tod Bertholds am 27. Oktober 1963 drohte allerdings das Projekt wieder aus der Bahn zu werfen, da er das persönliche Interesse des Bearbeiters stark in Mitleidenschaft zog. Umso bemerkenswerter erscheint es, dass Kurt Hahn den demotivierten Golo Mann bei der Stange zu halten vermochte. Schon im März 1964 kam es in Hahns Wohnung wieder zu „endless conversation on the Memoiren“, wobei dieses Mal ein neuer Förderer mit von der Partie war, der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Werner Schütz¹⁰⁸. Wie der Kontakt zu dem CDU-Politiker zustande kam, „der heute Nummer eins bei der Fritz Thyssen Stiftung ist“¹⁰⁹, wie Golo Mann zu berichten wusste, muss mangels einschlägiger Überlieferung offen bleiben. Wir wissen nur, dass Schütz die Resultate der Konferenz vom 9. März 1964 in einem Memorandum niederlegte. Dieser Denkschrift entnahm Mann die Bereitschaft der Thyssen-Stiftung, „für dies Projekt einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für ein bis zwei Jahre generös zu finanzieren“. Was den Projektleiter gleich zu dem Hintergedanken provozierte: „wenn die Stiftung bereit wäre, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter zu finanzieren, könnte sie schließlich auch den Herausgeber finanzieren, der ja auch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter ist.“ Er würde jedenfalls demnächst „ein entsprechendes Gesuch an die Fritz Thyssen-Stiftung richten. Dass Schütz halten kann, was er da versprochen hat, halte ich für sicher.“

Es wäre interessant zu untersuchen, ob man sich die informellen Netzwerke der Wissenschaftsförderung in der frühen Bundesrepublik Deutschland ganz allgemein so wie im vorliegenden Fall vorzustellen hat¹¹⁰. Wo Anträge also schon

¹⁰⁵ Vgl. hierzu im Einzelnen die Tagebuch-Eintragungen Golo Manns vom 24.2., 17.3. sowie vom 21. 4. 1963, in: SLA, NL Golo Mann C-1-a-2-1/19.

¹⁰⁶ Ernst Klett an Golo Mann vom 21. 8. 1963, in: SLA, NL Golo Mann B-4-a-KLE/1, sowie Golo Mann an Ernst Klett vom 26. 8. 1963, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett.

¹⁰⁷ Kurt Hahn an Golo Mann vom 6. 5. 1963, in: SLA, NL Golo Mann B-4-j-3/1.

¹⁰⁸ Tagebuch-Eintrag Golo Manns vom 12. 3. 1964, in: SLA, NL Golo Mann C-1-a-2-1/19.

¹⁰⁹ Golo Mann an Ernst Klett vom 24. 3. 1964, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett, dort auch die nachfolgenden Zitate dieses Absatzes.

¹¹⁰ Eine solche systematische Untersuchung von Förderungspraktiken existiert meines Wissens bislang nicht. Einige Hinweise finden sich bei Rüdiger vom Bruch, Qualitätsmaßstäbe bei Forschungsmittelvergabe in historischer Perspektive, in: Hildegard Matthies/Dagmar Simon (Hrsg.), Wissenschaft unter Beobachtung. Effekte und Defekte von Evaluationen, Wies-

bewilligt wurden, bevor sie überhaupt geschrieben wurden – und dies einfach deshalb, weil ein Stiftungsvorstand „gerade zufällig für dies Projekt ein ehrliches Interesse hat“, wie Golo Mann treuherzig schrieb¹¹¹. Das reichte offenbar schon für eine verbindliche Zusage, so dass die im Mai 1964 tatsächlich erfolgte Einreichung eines Memorandums zur reinen Formsache wurde¹¹². Golo Mann war's zufrieden; seine Freude kehrte zurück: „Eine Schulaufgabe mehr und eine beträchtliche; aber eine wirklich schöne und eine, wo das Herz dabei wäre.“¹¹³ Der nicht zufällig gewählte Begriff der „Schulaufgabe“ gibt noch einmal den Erzieher Kurt Hahn als den eigentlichen Strippenzieher der ganzen Angelegenheit zu erkennen; „ihm habe ich versprochen, im Mai [1965] anzufangen“, schrieb Golo Mann nach einem neuerlichen Besuch in Salem¹¹⁴. Sich diesem Projekt alsbald zu widmen, das war jetzt allen Beteiligten fest „versprochen, und das muss eingehalten werden, und das interessiert mich auch stark, in historischer wie persönlicher Hinsicht“¹¹⁵. Formell startete die Arbeit dann im Oktober 1965, nachdem mit dem Baseler Historiker Andreas Burckhardt ein kompetenter wissenschaftlicher Mitarbeiter engagiert worden war. Er sollte der Neuausgabe des Erinnerungswerkes zum Format eines Standardwerkes verhelfen – d.h. ergänzendes Quellenmaterial eruieren, Dokumente annotieren und Kürzungsvorschläge erarbeiten. Mit Klett hatte sich Golo Mann dahingehend verständigt, dass das neue Buch zwar wissenschaftlich „hie- und stichfest“ sein, aber dennoch „ungefähr den Geist der ersten Auflage oder jedenfalls des Verfassers widerspiegeln“ müsse¹¹⁶. Auf diese Konzeption hat er auch seinen Assistenten geschworen, dem er für seine Dienste aus den bewilligten Thyssen-Geldern das damals für einen Nachwuchswissenschaftler recht stattliche Salär von monatlich 1.000 Mark zahlen konnte¹¹⁷.

baden 2008, S. 47–58. Vgl. auch den informativen Reader von Karin Orth/Willi Oberkrome (Hrsg.), Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010.

¹¹¹ Golo Mann an Ernst Klett vom 14. 4. 1964, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett, dort auch das nachfolgende Zitat.

¹¹² Aus Golo Manns Schreiben an Ernst Klett vom 3. 7. 1965, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett, geht hervor, dass er die Schütz'sche Zusage „schwarz auf weiß von ihm“ habe. Weder über Golo Manns Antrag bei der Thyssen-Stiftung noch über das Procedere der Bewilligung dort finden sich im Archiv der Stiftung irgendwelche Unterlagen: Schreiben des Vorstands der Fritz Thyssen Stiftung an den Verfasser vom 16. 8. 2012, wo es weiter heißt, die Stiftung habe Mann „ein Stipendium von 12.000 DM für die Mitarbeit einer wissenschaftlichen Hilfskraft, Herrn Dr. Andreas Burckhardt, an der Neuausgabe der Erinnerungen des Prinzen Max von Baden zur Verfügung gestellt“.

¹¹³ Golo Mann an Ernst Klett vom 24. 3. 1964, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett.

¹¹⁴ Golo Mann an Ernst Klett vom 22. 12. 1964, in: Ebenda.

¹¹⁵ Golo Mann an Ernst Klett o.D. [März 1965], in: Ebenda.

¹¹⁶ Golo Mann an Ernst Klett vom 14. 4. 1964, in: Ebenda.

¹¹⁷ Vgl. zu dieser offenbar reibungslosen Kooperation die Korrespondenz Mann-Burckhardt, in: SLA, E11-aB-1-BURA; außerdem den Tagebuch-Eintrag Golo Manns vom 19. 1. 1966: „Dr. Burckhardt is an excellent fellow“, in: SLA, NL Golo Mann C-1-a-2-1/19.

Kärnerarbeit am Mythos

Bis Ende des Jahres 1965 hatte der Herausgeber seinen Mitarbeiter soweit in das Projekt und in das damit verknüpfte geschichtspolitische Anliegen eingearbeitet, dass er sich mit ihm zu einer ersten Inspektion der archivalischen Bestände in Schloss Salem verabreden wollte. Doch diese Recherche-Reise musste erst einmal vertagt werden, weil – wie Burckhardt sich ausdrückte – „der Markgraf uns nicht ins Archiv vordringen lassen woll(t)e“¹¹⁸. Das Haus Baden traute also selbst ihrem Haus- und Hofhistoriker nicht über den Weg, es wollte ihm jedenfalls bei seinen Recherchen keine freie Hand lassen. Als er im Januar 1966 mit Burckhardt dann endlich eine erste Sichtung der Nachlasspapiere vornehmen durfte, wurden ihnen nur zuvor geprüfte Quellen vorgelegt. Darüber wachte eigens Kurt Hahn¹¹⁹.

Schon aufgrund dieser Restriktionen war an strenges Forschen nicht zu denken. Dass der Geschichtspräsident Golo Mann diese Arbeitsbedingungen akzeptierte, unterstreicht einmal mehr, wie wenig er in dem Vorhaben eine primär wissenschaftliche Aufgabe sah¹²⁰. Noch viele Jahre später wollte er die Zensur-Allüren des Hauses Baden der ganz persönlichen Marotte von Bertholds Sohn Max zuschreiben, der eben notorisch „misstrauisch“ sei – „Romanow'sches Erbe“ vermutete Mann¹²¹. Sein Mitarbeiter war da illusionsloser. Als er im Frühjahr 1966 einen weiteren Archivaufenthalt in Salem ohne seinen Projektleiter in Aussicht nahm, da wandte sich Burckhardt nicht nur an den „Markgrafen“ sowie an „Fräulein Schmarje“, die Archivarin, sondern wohlweislich auch an Kurt Hahn, um dessen „Ratschläge entgegenzunehmen“¹²². Der war darob beglückt und freute sich am „forschenden Verständnis für das tragische Schicksal des Prinzen Max und des besten Deutschlands, das er repräsentierte“, wie er den jungen Historiker wissen ließ¹²³. Burckhardt gab seine Behandlung wie folgt an Golo Mann weiter: Hahn habe sich „rührend um meine Arbeit und um meine Bewachung im Archiv gekümmert und legt größten Wert darauf, auch bei unserem nächsten Sprung in die Salemer Papierberge wieder präsent zu sein“¹²⁴.

Bis Ende 1966 hatten Mann und Burckhardt ein Sample neuer Quellen eruiert, die sie in die Neuausgabe von *Erinnerungen und Dokumente* einzufügen ge-

¹¹⁸ Andreas Burckhardt an Golo Mann vom 13. 12. 1965, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA.

¹¹⁹ Tagebuch-Eintragung Golo Manns vom 19. 1. 1966, in: SLA, NL Golo Mann C-1-a-2-1/19; außerdem Andreas Burckhardt an Kurt Hahn vom 2. 4. 1966, in: SLA, NL Golo Mann E11-b.

¹²⁰ Er sei jemand, hatte Golo Mann seinem Freund Manuel Gasser schon 1957 bekannt, der „sein ganzes Leben lang den Wissenschaftler nur gespielt hat, während er seiner Anlage nach Schriftsteller ist“, zit. nach Lahme/Strunz, Erfolg, in: Hardtwig/Schütz (Hrsg.), Geschichte für Leser, S. 398.

¹²¹ Golo Mann an Leo Hupps vom 15. 10. 1984 (Durchschlag), in: SLA, NL Golo Mann B-4-9-3/2.

¹²² Andreas Burckhardt an Kurt Hahn vom 2. 4. 1966 (Durchschlag), in: SLA, NL Golo Mann E11-b.

¹²³ Kurt Hahn an Andreas Burckhardt vom 20. 5. 1966, in: Ebenda.

¹²⁴ Andreas Burckhardt an Golo Mann vom 27. 5. 1966, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA.

dachten. Nun musste noch um eine „Audienz“ beim neuen Chef des Hauses Baden nachgesucht werden: „Das Projekt interessiert den jungen Mann wohl so wenig wie die dunkle Seite des Mondes, aber formal muss er nun einmal informiert werden und muss auch für gewisse Neuveröffentlichungen sein Placet geben.“¹²⁵ Mehr als zwei Monate ließ sich der neue Chef Zeit damit, die ihm vorgelegten Schriftstücke zu prüfen, um dann schließlich die Publikation der meisten dieser Quellen zu genehmigen – aber eben nicht aller¹²⁶. Burckhardt „bedauer(t)e diesen Entschluss“¹²⁷, während Mann eher „froh“ gewesen zu sein scheint, bestimmte Ego-Dokumente nicht abdrucken zu können. Das galt zum Beispiel für einen Brief des Prinzen Max an Kaiser Wilhelm II. von Anfang 1918. Der „Ton“ des Schreibens sei einfach „penible, und es stimmt doch auch etwas nicht in dem Charakter jemandes, der so schreibt, und neun Monate später um Mitternacht so ganz anders“¹²⁸. Will sagen, Widersprüchliches und Risse waren nicht vorgesehen in dem Portrait, das Golo Mann von dem letzten kaiserlichen Kanzler geben wollte.

Gut möglich, dass diese Zurückhaltung auf die direkte Einflussnahme von Kurt Hahn zurückging, der „eigens aus Salem angefahren“ kam, um seinen Mythos-Beauftragten in dessen Wohnort Kilchberg am Zürichsee zu instruieren, was diesen „rührte und beschämte“¹²⁹. Bei diesem Treffen ging es vor allem um das kurz vor der Vollendung stehende Publikationsprojekt. Und offenkundig hat Golo Mann die Erwartungen seines alten Erziehers nicht enttäuschen wollen oder können, wohl auch dessen ausdrücklichen Wunsch nicht, dass in der Neuausgabe der Titelheld noch „mehr in den Vordergrund treten soll“. Deshalb war Hahn erklärtermaßen „die Publikation all dessen, was seine [eigene] Rolle als Mentor und ghost-writer des Prinzen deutlich macht, äußerst unangenehm“; wie er denn überhaupt für „grenzenlose Diskretion“ plädierte¹³⁰.

Dieser Suggestion wurde dann selbst der editorisch äußerst sinnvolle Vorschlag Burckhardts geopfert, in die Neuausgabe die Essenz der politischen Korrespondenz zwischen Kurt Hahn und Max von Baden in den Jahren 1917/18 aufzunehmen, „da [...] die prinzlichen Briefe allein im luftleeren Raum zu schweben drohen“. Doch damit nicht genug. Auch was Auswahl und Wortlaut der Briefe des Prinzen anlangt, suchte Golo Mann sein Heil weniger in der Annäherung an die komplexe historische Wirklichkeit als darin, seinen Helden besonders gut, klug

¹²⁵ Golo Mann an Ernst Klett vom 24. 11. 1966, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett.

¹²⁶ Vgl. hierzu im Einzelnen Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 5. 1. und 1. 2. 1967, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA, sowie Andreas Burckhardt an Max Markgraf von Baden vom 28. 1. 1967, in: SLA, NL Golo Mann E11-b.

¹²⁷ Andreas Burckhardt an Kurt Hahn vom 15. 2. 1967 (Durchschlag), in: Ebenda.

¹²⁸ Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 1. 2. 1967, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA.

¹²⁹ Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 5. 1. 1967, in: Ebenda.

¹³⁰ Andreas Burckhardt an Golo Mann vom 27. 5. 1966, in: Ebenda, hier auch das nachfolgende Zitat.

und liebenswürdig dastehen zu lassen¹³¹. Dieser selektive Zugriff auf die Überlieferung in hagiografischer Absicht ist umso bemerkenswerter, als er seinem Freund Ernst Klett gegenüber zeitgleich anvertraute, er halte die „Figur des Prinzen selber“ zwar für „etwas bedeutender, als ich geglaubt hatte“, aber insgesamt betrachtet „doch nicht recht genügend“¹³².

Das Diskretionsgebot galt auch für seinen Mitarbeiter. Als dieser ihm seinen Entwurf für ein editorisches Vorwort vorlegte, freute sich Mann zwar herzlich „über den sanften, aber doch sitzenden Hieb gegen Max und Moritz“, womit Erich Matthias und Rudolf Morsey gemeint waren¹³³. Gleichzeitig zeigte er sich aber wenig angetan von Stellen, an denen Burckhardt die problematischen Seiten des Erinnerungswerkes vorsichtig berührt hatte¹³⁴. „Gewiss, la verite, l'apre verite, the truth, the whole truth and nothing but etc. ich weiss schon. Aber könnten Sie da nicht ein ganz klein wenig milder?“¹³⁵ Die implizite Auseinandersetzung mit bzw. die Widerlegung von „M. u. M.“ bildete gleichsam die geschichtspolitische Kontrastfolie für die Anlage der ganzen Publikation, insbesondere aber für die von Golo Mann erarbeitete Einleitung/Einführung, die er als eine ausführliche biografische Würdigung von Leben und Werk des Helden konzipiert hatte¹³⁶. Nach Fertigstellung und mehrfacher Überarbeitung dieses Schlüsseltextes¹³⁷ konnte das Buchmanuskript Ende 1967 dann endlich in Satz gehen. Als im Frühjahr 1968 die Druckfahnen vorlagen, war Kurt Hahn erneut zur Stelle und schaltete sich noch einmal massiv in die Bearbeitung der Korrekturbögen ein¹³⁸. Mitte September 1968 – im Vorfeld des 50. Jahrestages der Novemberrevolution – brachte Klett das Buch schließlich auf den Markt.

¹³¹ Über diese Manipulationen gibt das Konvolut mit den ursprünglich für einen Abdruck vorgesehenen Korrespondenzstücken genauere Auskunft, in: SLA, NL Golo Mann D-2-a-1/2.

¹³² Golo Mann an Ernst Klett vom 15. 10. 1966, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett.

¹³³ Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 24. 10. 1966, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA.

¹³⁴ In Burckhardts Brief an Golo Mann vom 18. 10. 1966 heißt es: „Verschleiert und offengelassen wird in den Memoiren allerdings an mancher Stelle: so bei der Entstehung der Kandidatur im September 1918, bei der Ernennung Erzbergers zum Mitglied der Waffenstillstandskommission (hier haben M&M höchstwahrscheinlich recht; die Sache war dem Prinzen in den 20er Jahren offenbar peinlich), und bei der Publikation der Abdankungserklärung.“ (SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA).

¹³⁵ Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 17. 2. 1967, in: Ebenda.

¹³⁶ Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 24. 10. 1966, in: Ebenda.

¹³⁷ Ernst Klett sprach in einem Schreiben an Max Markgraf von Baden vom 19. 2. 1967 von einem „aufschließenden Vorwort“, das Golo Mann zu dieser „wissenschaftlich gültigen Publikation“ beisteuere, in: Ernst Klett Verlag Stuttgart, Verlagsarchiv, NL Ernst Klett.

¹³⁸ Andreas Burckhardt an Golo Mann vom 23. 4. 1968, bzw. Golo Mann an Andreas Burckhardt vom 8. 6. 1968, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA; Kurt Hahn an Andreas Burckhardt vom 29. 5. 1968, in: SLA, NL Golo Mann E11-b.

Historiografie – aber was für eine?

Äußerlich betrachtet, unterschied sich die Neuausgabe von der alten vor allem durch eine Reihe von erklärenden Anmerkungen zum Text, durch die Aufnahme einer Auswahl von erstmals publizierten Briefen und Dokumenten, durch diverse Exkurse und biografische bzw. bibliografische Angaben sowie die programmatische, fast 50 Druckseiten starke Einleitung von Golo Mann. Das Portrait, das er von seinem „ritterlichen“ Helden schuf, hat einen unverkennbaren Stich ins Apotheotische, auch wenn es grelle Farbtöne vermeidet. Auf literarisch ansprechendem Niveau erstand dem Leser ein überaus sympathischer, edler und humanistisch gebildeter Prinz – ganz nach dem Muster des höfischen Ideals mit „all-europäischen Zügen“ –, der aber auch „ein guter Deutscher“ gewesen sei. Weil seine politischen Interessen schon frühzeitig wesentlich weiter reichten als die seiner Standesgenossen, sei ihm nach Ausbruch des Weltkrieges auch schon bald ein dritter Weg, abseits von Sieg oder Niederlage, vor Augen gestanden, nämlich die Option eines Verständigungsfriedens und die Notwendigkeit einer auch politischen Kriegsführung. Das habe ihn fast automatisch in enge Berührung mit dem in eben jener Richtung politisch tätigen Berliner Kreis gebracht, dessen wohl rührigster Exponent der „politisch begabte“ Kurt Hahn gewesen sei. Die Verbindung, die der Prinz mit diesem einging, dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Max von Baden „weniger abhängig von seinem Assistenten war, als unsere Politiker es heutzutage von ihren *ghost-writern* sind“. Mit solchen Behauptungen geht es weiter: „Prinz Max von Baden war kein Politiker. Aber er besaß staatsmännische Tugenden: den Sinn für das Rechte und Unrechte, das Mögliche und das Unmögliche, das der Nation Lebensnotwendige, wozu auch geschichtliche Kontinuität und Würde gehörten; das instinktsichere Urteil über Situationen und Menschen; die nüchtern-bescheidene Erdnähe und die Fähigkeit zum Höhenflug.“ Er hätte zum „eingreifenden Staatsmann“ werden können, wenn man ihm nur die nötige Zeit gegeben hätte. So aber konnte seine Kanzlerschaft nur eine „unglückliche“ sein. In ihrer Schlussphase sei er überdies von allen im Stich gelassen worden: von der militärischen Führung, vom Kaiser und schließlich von der Sozialdemokratie. Zur Begründung einer Neuauflage dieses Memoirenwerkes wurde angeführt: „Kaum je hat ein Politiker seine Rechtfertigung so streng in der Wahrheit gesucht – auch dort, wo sie aufhörte, ihn zu rechtfertigen.“

Das waren effektvolle Sätze, aber einen empirischen Nachweis vermochte ihr Verfasser für keinen von ihnen zu erbringen. Wie sollte er auch? Manns Inspiration resultierte ja gerade nicht aus dem quellenkritischen Studium der Überlieferung bzw. aus der unbefangenen Prüfung der tatsächlichen Leistungen seines Helden, sondern aus dem Herzenswunsch, dem Prinzen auf dem Wege einer sympathetischen Anverwandlung ein literarisches Denkmal zu setzen. Damit fiel der Geschichtsschreiber Mann hinter seinen erklärten Anspruch zurück, zwar historische „Literatur“ zu produzieren, mit „Stil“ also, aber doch stets „innerhalb des

geschichtswissenschaftlichen Bereichs“, d.h. Erzählung unter strikter Wahrung des Belegten und mit ebenso strikter Wirklichkeitsgebundenheit¹³⁹.

Das wissenschaftlich Defizitäre war aber nicht das einzige Manko dieser Art von Historiografie. Nach Anlage und Preis konnte dieses Buch keinen breiteren Leserkreis ansprechen, weil es weder mit neuen Einsichten in den Verlauf der deutschen Geschichte aufwarten konnte, noch sonderlich unterhaltsam war. Man kann das sehr gut an den doch eher verhaltenen Besprechungen ablesen, die damals aus der Feder von Rezensenten erschienen, welche nicht der Historikerzunft zuzurechnen sind¹⁴⁰. Das Buch lieferte einfach keinen Diskussionsstoff. Insofern hatte sich der erhebliche Aufwand an Zeit, an Geld und nicht zuletzt an intellektuellem Kapital, der in die Publikation investiert worden war, geschichtspolitisch abermals nicht ausgezahlt. Ein öffentlicher Geschichtsdiskurs blieb aus.

Blickt man auf die Rezeption innerhalb der Historikerzunft, so könnte man sogar sagen, dass eher das Gegenteil von dem eintrat, was sich die Förderer des Projekts erhofft hatten. Sowohl Max von Baden als auch Kurt Hahn wurden als historische Figuren jetzt noch kritischer in Frage gestellt, während Golo Manns Reputation als Historiker nachgerade in Verruf geriet. So hob Rudolf Morsey in seiner Besprechung ausdrücklich hervor, wie wenig es dem prominenten Herausgeber in seiner „geradezu klassischen Apologie des Prinzen Max“ gelungen sei, die Abhängigkeit dieses „glücklosen“ Kanzlers „von seinem damaligen Berliner Amanuensis Kurt Hahn“ herunterzuspielen. Er monierte auch den Verzicht auf die Veröffentlichung der Hahnbriefe und stellte die nicht unbegründete Vermutung in den Raum, es seien wohl die Wünsche und Direktiven von Kurt Hahn die „Richtschnur“ auch bei der Entstehung und Kommentierung dieser Ausgabe gewesen¹⁴¹.

Wesentlich schärfer ging Immanuel Geiss in der Frankfurter Rundschau mit „Thomas Manns ambitioniertem Sohn“ ins Gericht. Der habe nämlich als Historiker „völlig versagt“ in seiner Aufgabe, die historischen Zusammenhänge dieser problematischen Kanzlerschaft so herauszuarbeiten, dass das „der politischen Bildung und der Festigung des demokratischen und republikanischen Bewusstsein in unserer Bundesrepublik zum Nutzen“ gereiche. Dafür sei er viel zu stark auf

¹³⁹ Golo Mann, „Pro domo sua oder Gedanken über Geschichtsschreibung“ (1972), hier zit. nach Gauger, *Geschichtsschreibung als Erzählung*, S. 173, wo sich auch eine entsprechende Ausdeutung dieses Selbstverständnisses findet.

¹⁴⁰ Vgl. zum Beispiel „Kein Talent zum Staatsstreich“, in: *Christ und Welt* vom 27. 9. 1968; „Prinz Max von Baden“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. 12. 1968. Eine schon fast hymnische Besprechung wenn auch nicht der Neuausgabe insgesamt, so doch wenigstens der Einleitung, bildet eine anonym erschienene Rezension im *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt* vom 20. 10. 1968, wo dieser Text als „eine große realistisch-poetische Zeitbetrachtung“ gefeiert wird.

¹⁴¹ „Im Blickpunkt historischer Forschung. Die Memoiren des letzten kaiserlichen Reichskanzlers“, in: *Handelsblatt* vom 11. 8. 1969. Eine kürzere Fassung dieser Kritik erschien auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. 10. 1969 („Erinnerungen des Prinzen Max“). Golo Mann fand die Kritik von „Moritz-Morsay“ „onkelhaft lobend und gleichzeitig hässlich“. „Im Übrigen beharrt er auf seiner Beurteilung. Na gut.“ Brief an Andreas Burckhardt vom 5. 11. 1969, in: SLA, NL Golo Mann E11-aB-1-BURA.

die Erhaltenswürdigkeit der Monarchie fixiert und habe sich überdies „allzusehr mit seinem fürstlichen Liebling identifiziert“. Unfähig „zur scharfen Analyse oder gar zu dem Mindestmaß an Objektivität, dessen der Historiker bedarf“, zeige sich Golo Mann in seiner Einleitung einmal mehr „als ein im Grunde belangloser historisierender Essayist, der den Mangel an seriöser Analyse durch billige sprachliche Effekte, windige Weisheiten, archaisierende Wortwahl und Satzstellung verdeckt“¹⁴².

Auch die Historikerin Susanne Miller kritisierte den Mangel an „kritischer Distanz“. Sie warf Golo Mann außerdem vor, bei seinem Lob der deutschen Monarchie sträflich zu übersehen, wie wenig Demokratie und Gerechtigkeit dort geherrscht hätten und „wie morsch dieser Staat geworden war“¹⁴³. Der Politologe und Ideenhistoriker Udo Bernbach begann in der *Historischen Zeitschrift* seine Besprechung mit dem Monitum, dass „der so betonte Rang dieser Aufzeichnungen“ es eigentlich „zwingend gefordert [hätte], die Neuausgabe in einer Form vorzulegen, die den strengen Anforderungen einer kritischen Edition gerecht wird“. Dem seien die Herausgeber nicht nachgekommen. „Enttäuscht“ zeigte er sich auch davon, „daß die Einleitung in zumeist recht vagen Wendungen ein stilisiertes Bild des Prinzen hin zum noblen, idealisch gesinnten Schöngest vermittelt, den lediglich widrige Zeitumstände an der vollen Entfaltung seiner staatsmännischen Fähigkeiten gehindert haben“. Mit solcher „trivialisierender Exkulpation“ und unzulässiger „Personalisierung historischer Entwicklungen und Entscheidungen“ würde eine hochproblematische Geschichtsschreibung betrieben¹⁴⁴. Michael Stürmer erkannte schließlich klar, dass diese Neuausgabe primär „das Ziel [verfolgte], den Prinzen gegen das Bild in Schutz zu nehmen, das die von E. Matthias und R. Morsey veröffentlichten Akten ergaben“, aber diese „Widerlegung im einzelnen schuldig [bleibt]“¹⁴⁵.

Es fragt sich, ob die Neuausgabe der Memoiren zu Beginn der 1960er Jahre, als dieses Vorhaben konzipiert wurde, eine vielleicht freundlichere Aufnahme gefunden, ob die Geschichtswissenschaft den tieferen Sinn und Zweck dieser letztlich privatpolitischen Initiative bereits damals so klar erkannt hätte. Zweifel sind angebracht. Vermutlich bedurfte es dafür doch erst jener deutlichen Zäsur in der Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik, wie sie die sogenannte 68er-Bewegung inaugurierte¹⁴⁶. Jetzt, wo der Pulverdampf der Fischer-Kontroverse langsam verrauchte und die kritische Sicht auf die deutsche Geschichte zum Markenzeichen moderner Historiker wurde¹⁴⁷, zeigte sich jedenfalls ein neues Ge-

¹⁴² Frankfurter Rundschau vom 7. 6. 1969: „Golo Manns Max-von-Baden-Ausgabe. Der fürstliche Reichskanzler und sein bürgerlicher Apologet“.

¹⁴³ „Der letzte kaiserliche Reichskanzler“, in: Geist und Tat 24 (1969), S. 637f.

¹⁴⁴ Historische Zeitschrift 210 (1970), S. 463f.

¹⁴⁵ Neue Politische Literatur 16 (1971), S. 614.

¹⁴⁶ Vgl. Niess, Geschichtsschreibung, S. 223 ff.

¹⁴⁷ Zum epochalen Charakter der sog. Fischer-Kontroverse als entscheidenden Durchbruch einer kritischen Sicht auf die deutsche Vergangenheit vgl. die Beiträge von Konrad Jarausch, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, und Immanuel Geiss, Zur Fischer-Kontroverse – 40 Jahre danach, in: Martin Sabrow u. a.

schichtsbewusstsein – namentlich gegenüber Versuchen, mit apologetischen Personalisierungen die öffentliche Meinung weiterhin zu beeinflussen. Natürlich hatte auch die Blauäugigkeit des aus der Zeit fallenden Hofhistorikers von Schloss Salem Kurt Hahn einen Anteil an der kritischen Rezeption, seine ganz eigenen Vorstellungen von Geschichtsschreibung forderten solche Kritik ja geradezu heraus. Zwar konnte er in Golo Mann einen nicht nur willigen, sondern auch fähigen und prominenten Exekutor seiner Pläne finden. Dennoch hatte er seine Rechnung ohne eine sich von verstaubten Orientierungsmustern rasch emanzipierende Geschichtsschreibung gemacht – und ohne eines zunehmend auf Pluralismus geeichten Geschichtsdiskurses. Die Biografie einer so problematischen Figur wie Max von Baden als Eloge zu schreiben, war einfach nicht mehr zeitgemäß. So musste Hahns Projekt nicht zuletzt zum Schwanengesang auf eine überlebte Geschichtskultur werden.

(Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 20–40 u. S. 41–57. – Als ein Beispiel dafür, wie dieser Paradigma-Wechsel bis in die um Popularität bemühte konservative Geschichtskulturarbeit hineinwirkte, vgl. die Artikelserie über die Novemberrevolution von Walter Görnitz, in: *Die Welt vom August/September 1968*, die anschließend als Buchpublikation erschien; ders., „November 1918. Bericht über die deutsche Revolution“, Oldenburg/Hamburg 1968.

■ Mit dem Staatsstreich gegen die Regierung Allende vom 11. September 1973 wurde Chile zu einem bedeutsamen öffentlichen Streitpunkt in der bundesrepublikanischen politischen Debatte und im Konflikt- und Konkurrenzverhältnis mit der DDR. Die Kontroversen um den blutigen Pinochet-Putsch prägen die Wahrnehmung Chiles bis heute. In Vergessenheit ist dabei geraten, wie wichtig das Land schon längst zuvor für die deutsch-lateinamerikanischen und zunehmend auch die inner-deutschen Beziehungen war. Georg Dufners Aufsatz eröffnet diese zeithistorische Perspektive. ■

Georg J. Dufner

Chile als Partner, Exempel und Prüfstein

Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika

Der Militärputsch am 11. September 1973 in Chile hat im kollektiven Gedächtnis der weltweiten Öffentlichkeit einige der emotionalsten Bilder lateinamerikanischer Staatsstreiche hinterlassen: Das *World Press Photo* dieses Jahres zeigt Salvador Allende in seinem Präsidentenpalast, unter dem Stahlhelm sorgenvoll zum Himmel blickend. Die kreisenden, Bomben abwerfenden Kampffjets und der zerstörte Präsidentenpalast *Moneda* in den Staubwolken der Detonationen fanden ihren Weg in die weltweiten Nachrichten ebenso wie später die Aufnahmen aus dem zum Gefangenenlager umfunktionierten Nationalstadion. In den beiden deutschen Staaten wurden infolge des gewaltsamen Sturzes der Unidad Popular-Regierung nicht nur diese Geschehnisse, sondern erstmals auch die Beziehungen zu Chile generell thematisiert. Damals wurde in beiden Gesellschaften ein Bild von Chile geprägt, das noch lange nachwirken sollte. Wenig bekannt ist hingegen, dass beide deutsche Staaten bereits zuvor intensive Beziehungen zu dem südamerikanischen Land unterhalten hatten.

Die Tatsache, dass die außereuropäischen Beziehungen bisher kein Schwerpunkt der deutschen Gedichtsschreibung waren, trägt dazu bei, dass viele der damals vertretenen Annahmen wenig hinterfragt wurden. Allzu oft wird das Jahr 1973 als einzig denkbarer Fluchtpunkt dargestellt. Geht man davon aus, dass diese teleologische Ausrichtung schon für die chilenische Historiografie sehr verkürzt wirkt¹, so muss dies in ähnlich hohem Maße für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und Chile gelten. Mit diesem Beitrag soll daher eine ausgewogenere und aussagekräftigere

¹ Zweifel an dieser Ausrichtung wurden unter anderem formuliert durch Mark Falcoff, *Modern Chile, 1970–1989. A Critical History*, New Brunswick/London 1991, hier S. IX. Brands und Harmer formulieren Zweifel an den gängigen Narrativen zur vermeintlich passiven Rolle Chiles bzw. Lateinamerikas im Kalten Krieg; vgl. Hal Brands, *Latin America's Cold War*, Cambridge/London 2010; Tanya Harmer, *Allende's Chile and the Inter-American Cold War*, Chapel Hill 2011.

zeitliche Schwerpunktsetzung bei der Betrachtung der politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der Republik Chile vorgenommen werden, wobei der Fokus auf deren Entwicklung während der 1960er und 1970er Jahre liegen wird². Anhand der gewonnenen Ergebnisse über kurz- und langfristige Folgen der Beziehungen soll deren Bedeutung für die drei beteiligten Staaten im Kontext ihrer politischen Ziele bewertet werden.

Die deutsche Historiografie beginnt die Bedeutung der außereuropäischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten während des Kalten Krieges gerade erst zu entdecken. Teils wurde angenommen, diese seien zu vernachlässigen, da weder (post)koloniale noch starke geopolitische Interessen den Fokus – überdies machtpolitisch in unterschiedlichem Maße eingeschränkter – deutscher Staatslenker nach Übersee bewegt hätten. So richtig diese Feststellungen sind, so gewann doch die sich emanzipierende Dritte Welt für Bonn wie für Ost-Berlin immer größere Bedeutung, nicht zuletzt infolge der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Während bis zum Erfolg der kubanischen Revolution 1959 Lateinamerika als weitgehend kontrollierte Einflussphäre der Vereinigten Staaten erachtet wurde, so machten spätestens ab diesem Zeitpunkt die drängenden sozialen Probleme und der Wille zu außenpolitischer und wirtschaftlicher Emanzipation die Region zu einem der heißesten Konfliktherde des Kalten Krieges³. Darüber hinaus waren im Falle Chiles die beiden deutschen Staaten Erben einer langen Beziehungstradition⁴. Auf wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Ebene bestanden handfeste Interessen. Diese Umstände führten in ihrer Gesamtheit dazu, dass sich nicht nur Bonn und Ost-Berlin engagierten, sondern auch die politischen Kräfte Chiles erfolgreich um Unterstützung und ideologische Anlehnung bei deutschen Partnern beiderseits des Eisernen Vorhangs warben. Daher konnten und wollten sich die beiden deutschen Staaten nicht aus der politisch-sozialen Entwicklung Chiles heraushalten. Im folgenden sollen zunächst die grundlegen-

² Kurz vor Fertigstellung dieses Artikels erschien der Band von Inga Emmerling, *Die DDR und Chile (1960–1989). Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität*, Berlin 2013, der wichtige Annahmen des Autors in seinem Band „Chile als Bestandteil des revolutionären Weltprozesses“. Die Chilepolitik der DDR im Spannungsfeld von außenpolitischen, ökonomischen und ideologischen Interessen 1952–1973, Saarbrücken 2008, bestätigt. Auf einige divergierende Beurteilungen wird noch hingewiesen.

³ Die neuere Forschung hat gezeigt, dass der Kalte Krieg in Lateinamerika wie in vielen Teilen der Dritten Welt als ein „heißer“ Konflikt gesehen werden muss; vgl. Gilbert M. Joseph, *What we know and should know. Bringing Latin America more meaningfully into Cold War Studies*, in: Ders./Daniela Spenser, *In from the cold. Latin America's new Encounters with the Cold War*, Durham/London 2008, S. 3–46.

⁴ Chile gehörte auch nach 1945 zusammen mit Argentinien und Brasilien (den so genannten ABC-Staaten) zu den bedeutsamsten Partnerstaaten in Lateinamerika. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts verband die deutsche Emigration die beiden Länder als kulturelles Band, die in der chilenischen Gesellschaft und Wirtschaft wichtige Spuren hinterließ. Während des Kaiserreichs florierten die Handelsbeziehungen, preußische Pädagogen und Militärinstruktoren waren bis in die Weimarer Republik hinein für den chilenischen Staat von großer Bedeutung. Intensive Kulturbeziehungen – mit selbstverständlich über die Zeit völlig unterschiedlichen Zielsetzungen – stellten eine weitere Konstante der deutsch-chilenischen Beziehungen im 20. Jahrhundert dar.

den Voraussetzungen in den deutsch-chilenischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet werden, bevor in den drei folgenden Abschnitten deren Entwicklung während der 1960er Jahre, der Amtszeit Salvador Allendes (1970–1973) und des Militärregimes zwischen 1973 und 1980 untersucht werden.

Die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) aus Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust hinterließ in Chile (wie in den meisten Ländern Lateinamerikas) keine schwere politische Hypothek. Obwohl die Mehrheit der Gesellschaft und der politischen Eliten sowie die moderat linksgerichteten Regierungen während des Zweiten Weltkriegs eindeutig zu den Westalliierten gehalten hatten, trugen sie aus Rücksicht auf die verbreitete Germanophilie und die gleichzeitige Abneigung vieler Chilenen gegen den Einfluss der USA nur einen Teil der Maßnahmen mit, die sich Washington erhofft hatte⁵. Aus der Erfahrung des Ersten Weltkriegs erachtete Santiago isolationistische Neutralität als die beste Strategie, um sich auch aus diesem als fremd begriffenen Konflikt heraushalten zu können⁶. Nach dem Ende des Dritten Reichs gab es nur vereinzelte Kritik an den Kontinuitäten in Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik. Gegenüber Bonn bestanden außerhalb des begrenzten Milieus einiger während des Zweiten Weltkriegs nach Chile exilierter deutscher Oppositioneller kaum politische Vorbehalte, zumal die einflussreiche Gruppe der so genannten Deutsch-Chilenen solcher Kritik entgegenarbeitete⁷. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) spielte in der antikommunistischen Regierungspolitik Chiles wie in der öffentlichen Wahrnehmung der 1950er Jahre bis auf vereinzelte Verurteilungen praktisch keine Rolle. Die Wiederanknüpfung diplomatischer und politischer Beziehungen verlief unter diesen Voraussetzungen für die junge Bundesrepublik reibungslos. Die Bundesregierung teilte dem chilenischen Generalkonsul mit, sie schätze die „freundschaftliche Haltung, die unserem Land in jedem Moment entgegen gebracht wurde“, weshalb man „den offiziellen gegenseitigen Beziehungen die gleiche Stellung einräumen wolle wie den bestehenden geistigen Verbindungen zwischen beiden

⁵ Aus Chile erfolgte keine Kriegserklärung, die diplomatischen Beziehungen wurden am 20.1.1943 für „ausgesetzt“ erklärt; vgl. Mario Barros Van Buren, *La diplomacia chilena en la Segunda Guerra Mundial*, Santiago de Chile 1998, S. 74 u. S. 261. Die Arbeit der NSDAP-Auslandsorganisation hatte dazu beigetragen, den Nationalsozialismus in Chile „salonfähig“ zu machen; vgl. Jürgen Müller, *Nationalsozialismus in Lateinamerika. Die Auslandsorganisation der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko, 1931–1945*, Stuttgart 1997, hier S. 104f. u. S. 155ff.

⁶ Vgl. Joaquín Fernando, *Mundo y fin del mundo. Chile en la política mundial 1900–2004*, Santiago de Chile 2005, S. 150f.

⁷ Hierüber geben u.a. die Archivalien des exilierten Zentrums politiklers Pablo Hesslein in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Auskunft. Dieser stand über Jahre hinweg im Konflikt mit der Deutsch-Chilenischen Handelskammer und der Deutschen Lutherischen Kirche in Chile. Als Deutsch-Chilenen wird die Gruppe der ethnischen Deutschen in Chile verstanden, die aus der Immigration seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hervorging, kulturelle Eigenheiten bewahrte und sich gesellschaftlich organisierte.

Völkern⁴⁸. Das chilenische Generalkonsulat in Bonn wurde zur Botschaft aufgewertet und in Santiago im Frühjahr 1952 die Botschaft der Bundesrepublik eingerichtet. Der Schwerpunkt der Beziehungen der 1950er Jahre lag in der Behandlung von bilateralen Wirtschaftsfragen, politisch waren sie hingegen wenig ereignisreich⁹. Die Aktivitäten der DDR in Chile waren während der gesamten 1950er Jahre infolge der äußeren Situation und mangelnder Ressourcen stark eingeschränkt. Die Initiative Ost-Berlins beschränkte sich auf Versuche des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel (MAI) in Santiago eine Handelsvertretung zu errichten, was jedoch nur für wenige Jahre und mit zu vernachlässigenden Folgen für die bilateralen Handelsbeziehungen gelang. Ein größeres Interesse der SED oder des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) an der Region scheint insgesamt bis in die frühen 1960er Jahre nicht bestanden zu haben.

Lateinamerika und Chile erreichten in den 1950er Jahren, vom Wirtschaftsministerium unter Erhard einmal abgesehen¹⁰, kaum die höchsten ministeriellen Ebenen der bundesdeutschen Politik. Im Umfeld Adenauers versuchten zwar einzelne Persönlichkeiten, den Bundeskanzler von den Vorteilen intensiverer politischer Kontakte nach Lateinamerika zu überzeugen. Adenauer jedoch teilte deren Erwartungen nicht¹¹. In einem Brief vom Januar 1956 an Außenminister Heinrich von Brentano bemerkte er süffisant: „Ich lese in der Presse, daß von Seiten des Wirtschaftsministeriums die Verbindungen nach Südamerika besonders betont werden. Ich habe schon im Jahre 1954 dem Wirtschaftsministerium und ebenfalls dem Auswärtigen Amt gesagt, daß der Vordere Orient für uns das vornehmste Feld der wirtschaftlichen Betätigung sein müsse, weil allein im Vorderen Orient [...] gleichzeitig politische Ergebnisse für Deutschland erzielt werden können.“¹² Adenauers regionale Schwerpunktsetzung blieb letztlich während der

⁸ Archiv des chilenischen Außenministeriums (künftig: ARREE), Antecedentes Desbloqueo Bienes, 1949–1953, Sign. 2916, unpaginiert, „Representación en Alemania“, Generalkonsul Riccio an das chilenische Außenministerium (MRE), 24. 7. 1951.

⁹ In Wirtschaftsfragen spielte insbesondere die Regelung des während des Krieges konfiszierten deutschen Vermögens eine Rolle. In einem der wenigen genuin politischen Themen gelang es dem ersten Botschafter Carl von Campe die Auseinandersetzungen zwischen pro-nazistischen und demokratischen Gruppen innerhalb der „deutschen Kolonie“ zu beruhigen. Die Tatsache, dass sich selbst der kritische Pablo Hesslein positiv über das „Verständnis und [die] Unterstützung, die er bei der Botschaft in Santiago gefunden habe“, äußerte, spricht für die Vermittlungserfolge von Campos. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), Personalakten von Campe, NA 46674, Bl. 92, Brief Ministerialdirektor Pfeiffer, AA, an von Campe, 13. 9. 1952.

¹⁰ Erhard beschrieb die wirtschaftlichen „Chancen in Lateinamerika“ und besuchte den Subkontinent mehrfach; vgl. Ludwig Erhard, Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953.

¹¹ Vgl. Dieter Marc Schneider, Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001, S. 137–144.

¹² Adenauer, Briefe 1955–1957 (Rhöndorfer Ausgabe), hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1998, Dok. Nr. 94, Adenauer an von Brentano, 16. 1. 1956, S. 133f. Neben Erhard widersprach auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) Adenauer und plädierte für ein größeres Engagement in Lateinamerika.

gesamten 1950er Jahre und trotz der Bemühungen der Lateinamerika-Befürworter bestehen. Jedoch sollten deren Wünsche sich im darauffolgenden Jahrzehnt umso nachdrücklicher erfüllen.

Chile zwischen Krise, Reform und Entwicklungspolitik

Der Sieg der kubanischen Revolutionäre unter Fidel Castro am 1. Januar 1959 veränderte schlagartig und grundlegend die bis dahin – je nach Standpunkt – stabile beziehungsweise statische Situation im deutsch-deutsch-chilenischen Dreieck. In Chile war der Erfolg der kubanischen Revolutionäre ein Weckruf für die aus der Unzufriedenheit über jahrelange soziale Stagnation angewachsene marxistische Linke, in Ost-Berlin verhiieß er Hoffnung auf neue außenpolitische Möglichkeiten im bis dato verschlossenen „Hinterhof der USA“, und in Bonn wurde er als alarmierendes Menetekel marxistischer Umstürze und des Einflussverlustes des Westens auf dem Subkontinent gedeutet¹³. Dementsprechend unterschiedlich waren die politischen Herangehensweisen gegenüber Chile: Die Bundesrepublik vertrat eine defensive Strategie, die darauf abzielte, ihre starke Position in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen abzusichern, wobei man sich auf den Antikommunismus der chilenischen Rechten zwar noch verlassen konnte, aber schon in der Mitte des politischen Spektrums zunehmend mehr Energie, politische und finanzielle Ressourcen einsetzen musste. Die SED-Führung, die federführende Abteilung Internationale Verbindungen (AIV) des Zentralkomitees und das MfAA hingegen vertraten immer offensiver ihren Anspruch auf Anerkennung, wobei sie sich auf die Unterstützung durch Chiles Kommunistische Partei (*Partido Comunista*, PC), einzelne Politiker anderer Linksparteien sowie linker Christdemokraten verlassen konnten.

Chile, obwohl weder das ärmste noch das instabilste Land der Region, wurde während der 1960er Jahre als verwundbar, umsturzgefährdet und insofern exemplarisch für den Subkontinent begriffen. Anhaltspunkte hierfür fanden sich in der seit Jahrzehnten stagnierenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich unter anderem durch die große Abhängigkeit von Primärgüterexporten, extreme Inflationsraten und eine hochgradig ineffiziente Landwirtschaft charakterisierte¹⁴. Diese Faktoren begünstigten die wohlorganisierte PC, noch mehr aber das massive Wachstum der in vielerlei Hinsicht noch radikaleren Sozialistischen Partei Chiles (*Partido Socialista*, PS) sowie das Aufkommen extremer, auch terroristischer Gruppen der Linken¹⁵. Die große Aufmerksamkeit des Westens für

¹³ Schon ein Jahr zuvor hatte der knappe Wahlsieg des konservativen Jorge Alessandri (31,2%) vor dem Sozialisten Salvador Allende (28,5%) in den chilenischen Präsidentschaftswahlen Sorgen geweckt; vgl. Ricardo Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile 1925–1973*, Santiago de Chile 1984, S. 108.

¹⁴ Die wohl bekannteste Zusammenfassung der strukturellen Probleme der chilenischen Wirtschaft, in: Aníbal Pinto Santa Cruz, *Chile, un caso de desarrollo frustrado*, Santiago de Chile 1959.

¹⁵ Vgl. auch Paul W. Drake, *Socialism and Populism in Chile, 1932–1952*, Urbana u. a. 1978, S. 275.

diese Vorgänge erklärte sich durch das mit Westeuropa vergleichbare Parteiensystem und die gute internationale Vernetzung chilenischer Politiker¹⁶. Der Zeitraum zwischen 1960 und 1973 wird in der chilenischen Historiografie als Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen, des Aufbruchs und der politischen Polarisierung begriffen, welche mit dem Militärputsch von 1973 ihren Höhepunkt erreichte. Zuvor suchten demokratische gewählte Regierungen die politische Stagnation und die sozialen Spannungen auf paradigmatisch sehr unterschiedliche Weisen zu lösen: Der unabhängige Konservative Jorge Alessandri (1958 bis 1964), der Reformler und Christdemokrat Eduardo Frei Montalva (1964 bis 1970) und der Sozialist Salvador Allende (1970 bis 1973).

Auch für die Außenpolitik der beiden deutschen Staaten markierten die beginnenden 1960er Jahre einen Einschnitt: Der Mauerbau stabilisierte die SED-Diktatur und erlaubte ihr so die bereits angesprochene, offensivere Außenpolitik. Wie Münger feststellt, war mit der politischen Beruhigung und der territorialen Verfestigung der europäischen Nachkriegsordnung die Berlin- und Deutschlandfrage zugunsten der Entwicklungen in der Dritten Welt „endgültig vom Zentrum des Kalten Krieges an dessen Peripherie gerückt worden“¹⁷. Das Interesse verschob sich von Berlin als vormals „gefährlichstem Ort der Welt“ (Kempe) hin in die Dritte Welt und nach Lateinamerika, das durch Kennedy zur nun „gefährlichsten Region der Welt“ (Rabe) erkoren wurde¹⁸.

Die neue politische Situation forderte von beiden deutschen Staaten in Lateinamerika neue Herangehensweisen und eine bedeutende Ausweitung der eingesetzten Ressourcen. Kennedys „Allianz für den Fortschritt“ und die Erkenntnis Washingtons, dass man nicht alleine für die Entwicklung Lateinamerikas sorgen könne, drängten Bonn in diese Richtung: Von der reich gewordenen Bundesrepublik erwarteten die USA und andere westliche Staaten ein größeres Engagement zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt oder wie Heide-Irene Schmidt schreibt: „Germany's large surplus invited pressures on all fronts.“¹⁹ Dies implizierte allerdings nicht nur Pflichten, sondern eröffnete auch neue politische Möglichkeiten und Potenziale. Diese wurden jedoch nicht sofort ergriffen: Außenminister von Brentano musste dem weiterhin skeptischen Adenauer versichern, dass es sich bei der Entwicklungshilfe nicht um die Realisierung von „romantische[n] oder sentimentale[n] Vorstellungen“ han-

¹⁶ Vgl. Joaquín Fernandois, ¿Peón o actor? Chile en la Guerra Fría (1962–1973), in: Estudios Públicos 72 (1998), S. 149–171.

¹⁷ Christof Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn 2003, S. 360.

¹⁸ Vgl. Frederick Kempe, Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt, München 2011, sowie Stephen G. Rabe, The most dangerous area in the world. John F. Kennedy confronts Communist revolution in Latin America, Chapel Hill/London 1999. Der Terminus „Dritte Welt“ wird hier in einem politischen, auf die Blockfreiheit bezogenen Sinn benutzt.

¹⁹ Heide-Irene Schmidt, Pushed to the Front: The Foreign Assistance Policy of the Federal Republic of Germany, 1958–1971, in: Contemporary European History 12 (2003), Nr. 4, S. 473–507, hier S. 479.

dele. Vielmehr müsse sich die Bundesregierung darüber im Klaren sein, dass „wir in Afrika, in Asien und nicht zuletzt auch in Südamerika in einem harten Kampf mit dem Weltkommunismus stehen, der die wirtschaftliche Notlage und soziale Unordnung in diesen Bereichen gerne und erfolgreich dazu benutzen will, um die westliche Welt zu überspielen und Stützpunkte zu errichten; die ersten Ansätze sehen wir ja in Kuba, im Kongo, in Ägypten und auch in Indonesien.“²⁰

Bundestagspräsident Gerstenmaier war unter den ersten deutschen Politikern, die in den Tagen nach einer schweren Erdbebenkatastrophe am 22. Mai 1960 Hilfsprogramme der Bundesregierung forderten und private Spenden für ein „Deutsches Hilfswerk für Chile“ bewarben²¹. Zusammen mit dem seit 1959 amtierenden Botschafter Hans Strack drängte Gerstenmaier auf eine möglichst schnelle Umsetzung der Hilfsmaßnahmen, da das „deutschfreundlichste Land der Welt“ diese moralisch verdiene und von der Bundesrepublik erwarte²². Die Zahlungen der Bundesregierung wurden im Laufe der ersten Wochen nach Bekanntwerden der Katastrophe von 0,5 zunächst auf 10 Mio. und bis 1962 in Form von Kapitalhilfen auf 100 Mio. DM erhöht²³.

Dem sich technokratisch-überparteilich gebenden Präsidenten Alessandri traute man in Bonn die Überwindung der Stagnation zu. Ein Ausdruck des Vertrauensvorschlusses, den man ihm entgegenbrachte, waren Kreditzusagen in Höhe von insgesamt 300 Mio. DM²⁴. Der Staatsbesuch Heinrich Lübkes 1964, der in der Spätphase der Präsidentschaft Alessandris stattfand, war der protokollarische Höhepunkt der Beziehungen. In den Unterhaltungen mit Lübke merkte der chilenische Präsident an, er bedauere, dass keiner der Präsidentschaftskandidaten der „jetzigen Regierungstendenz“ entspreche. Angesichts der Wahl zwischen Allende und Frei hoffe er jedoch auf einen Sieg des Christdemokraten²⁵. Anschließend traf sich Lübke auch mit Frei²⁶. Bei diesem Gespräch versäumte Frei

²⁰ Brentano in einem Brief an Adenauer vom 23.3.1961, FN 8 zu Dokument Nr. 227, in: Adenauer. Briefe 1959–1961 (Rhöndorfer Ausgabe), hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Paderborn 2004, S. 511.

²¹ PA/AA, B 2 / 77, S. 158 f., Aufzeichnung „Hilfe für die Erdbebenkatastrophe in Chile“, 27.5.1960.

²² Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), Bestand Eugen Gerstenmaier, Sign. 01–210, Faszikel 085/2, „Bundestagspräsident Gerstenmaier: Aufruf zur Hilfe für Chile“, Manuskript des Süddeutschen Rundfunks, 30.5.1960.

²³ Damit war die Bundesrepublik nur hinter den USA und gleichauf mit Kanada unter den größten Geldgebern. Kabel von Brentano an Botschaft Santiago, 10.6.1960, in: PA/AA, B 2 / 77, Bl. 180; vgl. auch 109. Kabinettsitzung am 10.6.1960, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1960, bearb. von Ralf Behrendt und Christoph Seemann, Bd. 13, München 2003; zur Aufstockung auf 100 Mio. DM siehe Mitteilungen der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer, September 1970, No. 240, S. 6, in: Archiv der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer, Santiago, sowie teilweise im Ibero-Amerikanischen Institut Berlin.

²⁴ PA/AA, B 33 / 260, Bl. 10, Entwurf einer Instruktion für Botschafter Strack, AA, 22.10.1959.

²⁵ PA/AA, B 33 / 308, unpaginiert, Fernschreiben Buenos Aires (gez. Jansen/Mohr) an AA, Nr. 42, 4.5.1964.

²⁶ Ebenda, unpaginiert, Aufzeichnung „Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Chile vom 29.4. bis 4.5.1964“, Botschaft Santiago de Chile an AA, 12.5.1964, S. 2 u. S. 5.

es nicht, überdeutlich darauf hinzuweisen, dass es nur durch die Unterstützung des Westens und insbesondere der Bundesrepublik möglich sein werde, dass Lateinamerika nach dem kubanischen Negativbeispiel nun eine „positive Erfahrung mit der christlichen Demokratie in Chile mache, wo gezeigt werden soll, dass Demokratie und wirtschaftlicher Fortschritt miteinander vereinbar sind“²⁷. In dieser und weiteren Verhandlungen zeigte sich, dass es Frei aufgrund seines reformistischen Programm, das unter dem klangvollen Motto „Revolution in Freiheit“ firmierte, der hervorragenden internationalen Vernetzung seiner Partei und nicht zuletzt wegen seines Charismas sehr effektiv möglich war, „auf den zarten Saiten des nordamerikanischen und europäischen Gewissens zu spielen“²⁸. Dass die Programmatik der PDC wichtigen Teilen der Union zu weit links war, weil sie einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus vertrat, sollte sich erst noch herausstellen. Von der Bedeutung einer zukünftigen christdemokratischen Regierung überzeugt, willigte Lübke in einem Akt präsidialer Willkür in die von Alessandri und Frei vorgetragenen Bitten ein, angesichts der schlechten Finanzlage Chiles Hilfgelder in Höhe von 70 Millionen DM, die für konkrete Projekte eingeplant gewesen waren, in freie Kredite umzuwandeln, um so der PDC eine bessere Ausgangsbasis zu verschaffen²⁹. Trotz des Unwillens über diese Eigenmächtigkeit Lübkes folgte man im Bundeskabinett diesem mündlich gegebenen Versprechen. Tatsächlich erzielte Frei im September 1964 einen überragenden Wahlsieg mit 55,6 Prozent der Stimmen³⁰. Freis Europareise 1965 wurde ein großer Erfolg. Keinem chilenischen Präsidenten vor ihm war so viel Aufmerksamkeit zuteil geworden³¹. Der CSU-Politiker Hermann Görgen bezeichnete die chilenische Christdemokratie als „ein lebenswichtiges Experiment der westlichen Welt“. Frei sei dank seines Sozialprogramms, zu dem die konservativen Oberschichten nicht fähig gewesen seien, ein „wirksamer Gegenspieler Fidel Castros in Lateinamerika“. Den Erfolg der PDC schrieb Görgen der geschickten Besetzung der zentralen Themen zu, was jedoch eine hohe Erwartungshaltung erzeuge. Frei sei es gelungen, „mit

²⁷ Ebenda, unpaginiert, „Dolmetscheraufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem chilenischen Präsidentschaftskandidaten Frei“, 1. 5. 1964.

²⁸ Fermandois, *Mundo y fin del mundo*, S. 186.

²⁹ PA/AA, B 33 / 308, unpaginiert, Aufzeichnung „Besprechung des Herrn Bundespräsidenten mit Präsident Alessandri und Außenminister Philippi vom 2. 5. 1964“ (gez. Dr. Jansen), handschriftliche Notizen auf der Rückseite. 21 Mio. DM des Gesamtbetrages projektgebundener Mittel wurden der Regierung Alessandri als Soforthilfekredit zur Verfügung gestellt; PA/AA, B 33 / 404, unpaginiert, „Chile. Gewährung weitere Entwicklungshilfe“, Entwurf einer Kabinettsvorlage des AA, 18. 2. 1965, S. 2. Laut Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), Neef, sprächen „zwar keine wirtschaftspolitischen Gründe für diese Maßnahme“, Erhard wolle jedoch „in Anbetracht des politischen Gewichts nicht widersprechen“; Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesarchiv, 127. Kabinettsitzung am 19. 6. 1964, „Kapitalhilfe für Chile“. Online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1964k/kap1_2/kap2_26/para3_8.html [18. 5. 2011].

³⁰ Vgl. Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile*, S. 110.

³¹ Der britische „Guardian“ feierte Frei als „de Gaulle Lateinamerikas“. Der Vergleich mit Frankreichs Präsidenten bezog sich u. a. auf die Innenpolitik, das kritische Verhältnis zu den USA, die dezidierte Unabhängigkeit in Fragen der internationalen Politik sowie die Betonung des „Dritten Weges“; vgl. The de Gaulle of Latin America, in: *The Guardian* vom 12. 7. 1965.

einem gemäßigten, keineswegs unproblematischen Linksprogramm die antikomunistische Fahne aus den Händen der Konservativen und die antiimperialistische und antiligarchische Fahne aus den Händen der Kommunisten zu reißen“³².

Für die chilenischen Regierungen der 1960er Jahre, besonders aber für Frei, ergaben sich in mehrfacher Hinsicht günstige Bedingungen für den Erhalt bundesdeutscher Entwicklungsgelder: Die Angst vor einer marxistischen Bedrohung, zusammen mit der beginnenden Institutionalisierung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe und der bekannten Sensibilität Bonns für die Aktivität der DDR, eingerahmt von der neuen Schwerpunktsetzung der USA im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt“, stellten im Zusammenwirken eine günstige Großwetterlage dar, in deren Folge dem Land am Pazifik mittelfristig weit überproportional Finanzmittel und technische Hilfen zur Verfügung gestellt wurden³³. Auch das Fehlen traditioneller, postkolonialer Partnerländer der Bundesrepublik wirkte sich vorteilhaft aus: Bis 1968 rangierte Chile bei einer Bevölkerungszahl von gerade einmal 9,5 Mio. (Stand 1970) mit insgesamt 253 Mio. DM empfangener Mittel auf dem sechsten Platz weltweiter bundesdeutscher Kapitalhilfen³⁴. Brasilien (1970: 96 Mio. Einwohner) folgte mit 191 Mio. DM auf dem zwölften Platz, Peru (1970: 13,2 Mio. Einwohner) belegte mit 100 Mio. DM den 19. Rang³⁵. Somit war Chile in Lateinamerika sowohl in absoluten Zahlen und noch deutlicher im Pro-Kopf-Verhältnis unangefochtener Spitzenreiter. Auch über den längeren Zeitraum von 1950 bis 1982 gesehen stand das Land in der bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit über 535 Mio. DM innerhalb Lateinamerikas (trotz der während der Diktatur vorgenommenen Mittelkürzung) auf dem vierten Platz, nur knapp hinter wesentlich bevölkerungsreicheren Staaten wie Brasilien, Peru und

³² Hermann C. Görgen, Chile – ein lebenswichtiges Experiment der westlichen Welt, in: Echo der Zeit vom 18. 7. 1965, S. 3f.

³³ Speziell im Falle Chiles regten die USA größere bundesdeutsche Hilfen an; vgl. PA/AA, AV Neues Amt / 3998, unpaginiert, „Politischer Jahresbericht für Chile 1962“, Botschafter Strack an AA, 21. 1. 1963, S. 12. Die USA selbst förderten während der 1960er Jahre Chile ebenfalls überproportional; vgl. Albert L. Michaels, The Alliance for Progress and Chile's 'Revolution in Liberty', 1964–1970, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs 18 (1976), Nr. 1, S. 77. Washington überwies über eine Milliarde US-Dollar an Hilfgeldern, womit Chile das am höchsten geförderte Land Südamerikas war; vgl. Rabe, Most dangerous area, S. 112. Chiles vorteilhafte Position als Modellfall beschreibt auch Botschafter Strack, in: PA/AA, B 33 / 329, unpaginiert, Bericht „Chile und das Bündnis für den Fortschritt“, Botschaft Santiago de Chile, gez. Strack an AA, 22. 4. 1963, S. 1.

³⁴ Davor rangierten Indien, Pakistan und andere bevölkerungsreiche Staaten Südasiens. Eine Übersicht der in Chile durchgeführten Projekte und Summen, in: Mitteilungen der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer, September 1970, No. 240, S. 6 (wie Anm. 23).

³⁵ Vgl. Horst Dumke/Albrecht Kruse-Rodenacker, Kapitalhilfe. Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen, Berlin 1970, S. 109; Schmidt, Pushed to the front, S. 501. Bevölkerungsdaten nach Jorge A. Brea, Population Dynamics in Latin America, in: Population Bulletin, No. 58, H. 1, 2003, Tabelle 1, S. 7.

Kolumbien³⁶. Bereits 1963 wurden in Chile vier technische Projekte, ab Juni 1965 ein fünftes betrieben, bei denen insgesamt 39 bundesdeutsche Techniker und Entwicklungshelfer eingesetzt waren. Im Juli 1965 waren weitere Projekte mit insgesamt 14 zusätzlichen Stellen genehmigt³⁷. Das Land war unter den weltweit ersten Antragstellern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)³⁸.

Mehr noch als die Quantität der offiziellen Entwicklungshilfe gibt das Engagement parteinaher Stiftungen Auskunft über die qualitative Erweiterung der Hilfe für Chile³⁹. Hierbei sticht die intensive christdemokratische Kooperation heraus, an der grenzüberschreitend westeuropäische und lateinamerikanische Akteure beteiligt waren, weshalb man tatsächlich von einem transnationalen Projekt sprechen kann⁴⁰. Dabei war die Verbindung zwischen der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zur chilenischen Christdemokratischen Partei (PDC) bis zum Staatsstreich von 1973 die intensivste überseeische Zusammenarbeit⁴¹. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Rolle einzelner Protagonisten: Die CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Gewandt und Bruno Heck waren nicht nur zentrale Figuren bei der Gründung der KAS-Auslandsarbeit, dem Institut für Internationale Solidarität (IIS), sondern auch bei dessen schwerpunktmäßiger Ausrichtung auf Chile (und in geringerem Ausmaß auf Venezuela)⁴². Trotz der offensichtlichen

³⁶ Entwicklungspolitik. Jahresbericht 1982. Erweiterte Textfassung mit Schaubildern und Tabellen, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn 1983, S. 56.

³⁷ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, B 2 / 108, Mappe 3, Bl. 42–44, „Deutsche Entwicklungsvorhaben in Chile“, in: „Staatsbesuch des chilenischen Präsidenten Frei vom 19.7.–22.7.1965“, Informationsmappe.

³⁸ PA/AA, B 33 / 329, unpaginiert, Hausmitteilung „Deutscher Entwicklungsdienst ‚Lernen und Helfen in Übersee e.V.‘“, AA, Referat III B 1 (802), an mehrere Referate des AA, 16.7.1963. Der DED betrieb zwischen 1965 und 1974 Entwicklungsprojekte in Chile. DED (Hrsg.), Statusbericht 2003, Bonn 2003, S. 269.

³⁹ Die Stiftungen gesellten sich mit ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit in Chile zu den bereits vor Ort befindlichen deutschen Kirchen, die soziale Projekte betrieben. Nach Henning von Vieregge, Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1977, S. 62f., war die Einbindung der politischen Stiftungen in die Entwicklungspolitik nicht selbstverständlich, sondern der politischen und organisatorischen Schwäche des 1961 gegründeten BMZ geschuldet.

⁴⁰ Neben christdemokratischen Parteien in Frankreich, Belgien, der Bundesrepublik und Italien förderte eine Vielzahl katholischer Institutionen die chilenische Christdemokratie.

⁴¹ Vermittelt wurden die Kontakte zwischen lateinamerikanischen Christdemokraten und dem KAS-Vorläufer, der Politischen Akademie Eichholz, durch den belgischen Generalsekretär des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften Vanistendael; vgl. Schneider, Schauf, S. 139. Auch belgische Jesuiten wirkten zwischen 1957 und 1970 auf Bitten des chilenischen Episkopats maßgeblich an der Basisarbeit der PDC mit, die sich am „franco-belgischen Modell“ des politisch-sozialen Katholizismus orientierte; vgl. Andrea-Isa Moews, Eliten für Lateinamerika. Lateinamerikanische Studenten an der Katholischen Universität Löwen in den 1950er und 1960er Jahren, Köln u. a. 2002, S. 37ff., S. 208–210 u. S. 267f., sowie Alan Angell, Politics and the labour movement in Chile, London 1972, S. 178.

⁴² Adenauer musste von der Schwerpunktsetzung Lateinamerika überzeugt werden und ebenso davon, dass der Begriff Solidarität keine sozialistischen Anklänge habe; vgl. Schneider, Schauf, S. 100f. u. S. 140f.

programmatisch-ideologischen Differenzen zwischen den Unionsparteien und der PDC gelang es, die Unterstützung der Union für die PDC sicherzustellen und diese massiv zu fördern⁴³. Materielle Leistungen bildeten nur einen Teil der Förderung, welche die PDC aus der Bundesrepublik erfuhr. Beiträge ideeller Natur erbrachten die fünf hauptamtlichen Mitarbeiter der KAS in Santiago und ihr nahe stehender Organisationen vor allem auf dem Gebiet der Parteiorganisation und der gesellschaftlichen Arbeit. Nicht nur angesichts des überzeugenden Wahlsiegs der PDC ist allerdings anzuzweifeln, dass, wie der *Spiegel* vermutete, die Hilfen der „rheinisch geschulten Frei-Kreuzzügler“ ausschlaggebend dafür waren, dass die „erste legale Machtübernahme eines kommunistischen Regimes in Amerika“ verhindert worden sei⁴⁴.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) war die Ausgangslage in Chile weniger günstig. Die chilenische Sozialdemokratie drohte durch den Aufstieg der marxistischen Linken marginalisiert zu werden, und auch in den Gewerkschaften wurden moderate Stimmen an den Rand gedrängt. In den kleineren, nicht-marxistischen Gewerkschaften wurden intensive persönliche Machtkämpfe ausgetragen, was einen FES-Mitarbeiter zu dem Urteil veranlasste, es sei „unbestreitbar, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse Chiles zu den problematischsten und zugleich deprimierendsten von ganz Lateinamerika gehören“⁴⁵. Die aufstrebende PS grenzte sich scharf von der europäischen Sozialdemokratie ab, die ideologischen Entwicklungen in der deutschen Sozialdemokratie nach Godesberg und in der chilenischen Linken liefen also konträr. Gemildert wurde die Situation durch programmatische Überschneidungen zwischen SPD und PDC: Zwischen beiden gab es bedeutsame Schnittmengen, so dass gute Verbindungen entstanden, wenn auch weniger auf der institutionalisierten Ebene der Parteien, als in Form von informellen Kontakten. Das Engagement der deutschen Sozialdemokratie wie auch ihrer italienischen (PSDI, Saragat) und britischen Spielarten (Labour) entsprach dem dezidierten Wunsch Präsident Frei⁴⁶. KAS wie FES engagierten sich in gesellschaftspolitischen Bereichen und in der Gewerkschaftsarbeit, wo US-Organisationen „in dem zur Zeit sehr antiamerikanischen Chile“ nicht produktiv handeln konnten⁴⁷. In einer noch schwierigeren Situation als die FES

⁴³ Frei politische Positionierung zwischen den „Reaktionären ohne Gewissen“ und den „Revolutionären ohne Kopf“ wurde – die vermeintlichen regionalen Umstände mit einbeziehend – als passend zu den eigenen Zielen deklariert. Wahlkampfansprache Frei, publiziert in: *El Mercurio* vom 1.9.1964, zit. nach Simon Collier/William F. Sater, *Historia de Chile*. 1808–1994, Cambridge u. a. 21999, S. 267.

⁴⁴ „Chile: Präsidentenwahl – Hilfe aus Bonn“, in: *Der Spiegel* vom 16.9.1964, S. 94f.

⁴⁵ Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdsD), DGB-Archiv, DGB-Bundesvorstand, Internationale Abteilung, 5/DGAJ000549, unpaginiert, Brief Dieter Wagner [Adressat vermutlich FES-Zentrale Bonn], September 1964.

⁴⁶ PA/AA, B 33 / 402, unpaginiert, Aufzeichnung „Politische Ergebnisse des Staatsbesuches des chilenischen Präsidenten Frei“, AA, 16.8.1965, S. 6f.

⁴⁷ Ibero-Amerikanisches-Institut Berlin, Nachlass Hirsch-Weber, N-0086 b 3, Bl. 29, Wolfgang Hirsch-Weber an Günter Grunwald, FES Bonn, 4.2.1964. Hirsch-Weber, der erste Repräsentant der FES in Chile, zitierte an dieser Stelle die Äußerungen des „labor attaché“ der US-Botschaft in Santiago, Walsh.

befand sich die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNST): Die chilenische Liberale Partei bewegte sich in ihrer ideologischen Positionierung hin zu den Konservativen, weshalb man das 1964 begonnene Engagement Ende der 1960er Jahre einstellte⁴⁸.

Die politischen Stiftungen profitierten in ihrer Arbeit einerseits vom hohen Ansehen der Bundesrepublik und andererseits vom nichtstaatlichen Charakter ihrer Organisationen. Mit der wachsenden politischen Polarisierung und der misstrauischen Überwachung durch die marxistische Linke wurde die Stiftungsarbeit jedoch vom Vorwurf der Einmischung in innerchilenische Angelegenheiten überschattet⁴⁹. Da bundesdeutsche Institutionen in unterschiedlicher Form und Intensität mit den USA zusammenarbeiteten und in der Förderung Freis ein starkes gemeinsames Interesse hatten⁵⁰, verursachten die heftigen Attacks gegen Washington auch in Bonn Unbehagen. Im AA ging man deshalb dazu über, in Lateinamerika alle „Projekte auf ihre möglicherweise bedenklichen Konsequenzen für unsere auswärtigen Beziehungen zu überprüfen“ und beteiligte „Stellen ausserhalb des Auswärtigen Amtes“ dementsprechend zu unterrichten⁵¹. In der PDC war man sich ohnehin der Sprengkraft ausländischer Förderung bewusst, wie dies Freis dünnhäutige Reaktion auf entsprechende Nachfragen nahe legt: Während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik befragt, ob seine Partei Unterstützungszahlungen von der Union erhalten habe, verweigerte er erregt die Antwort und sprach von einer „ungeheuerlichen Unterstellung“ und einer „Beleidigung Chiles und des chilenischen Staatspräsidenten“⁵².

Das Augenmerk des AA richtete sich daher auf das Auftreten der KAS in Chile und den omnipräsenten Abgeordneten Gewandt. Tatsächlich ließen die Angriffe gegen KAS und FES aus sozialistischen und kommunistischen Medien nicht lange auf sich warten. Das 1968 erschiene Buch *Chile invadido* des Publizisten Eduardo Labarca fasst die Vorstellung der chilenischen Linken zusammen, ihr Land sei Opfer einer massiven, von den USA orchestrierten Durchdringung durch Regierungsstellen und Organisationen westlicher Staaten geworden, an der sich die Bundesrepublik prominent beteiligt habe, um die Interessen der chilenischen

⁴⁸ Chile gehörte zu den ersten Auslandsvertretungen der FNST. Vgl. Jahresbericht 1968, Bad Godesberg [1969], S.9. Die 1967 gegründete CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung war erst ab 1978 in Chile vertreten.

⁴⁹ Ein Markstein dieser Entwicklung war das Bekanntwerden des so genannten Project Camelot. Bei diesem Forschungsprojekt, das die US-amerikanische Research and Development (RAND) Corporation 1964 und 1965 im Auftrag des Pentagon in Chile durchführte, sollten das Bürgerkriegspotential sowie mögliche Gegenmaßnahmen des Militärs gegen einen Umsturzversuch durch linke Kräfte überprüft werden.

⁵⁰ Vgl. Edward Korry, *Los Estados Unidos en Chile y Chile en los Estados Unidos. Una retrospectiva política y económica (1963–1975)*, in: Estudios Públicos, No. 72, Frühjahr 1998, S. 17–74, hier S. 65. Korry war von 1967 bis 1971 US-Botschafter in Chile.

⁵¹ PA/AA, B 33 / 380, unpaginiert, „Lateinamerikanische Reaktionen auf ein nordamerikanisches Studienprojekt in Chile“, Wolf, AA an Referate des AA, 20. 8. 1963.

⁵² „Präsident Frei fühlte sich beleidigt. Zwischenfall auf Pressekonferenz – „Ungeheuerliche Unterstellung““, in: General-Anzeiger, Bonn vom 22. 7. 1965.

Arbeiterklasse zu sabotieren⁵³. Die Kritik an der Bundesrepublik war zwar nicht ausschließlich auf Gewandt fixiert, jedoch war „der Dicke mit dem Geld“, wie er von Labarca und der Linkspresse titulierte wurde, der Fall mit der größten Öffentlichkeitswirksamkeit⁵⁴, auch weil Gewandts Auftreten nicht eben dem eines unauffälligen politischen Netzwerkers entsprach⁵⁵. Sein oberstes Ziel war es, die PDC zu einem Bollwerk gegen den Marxismus zu machen. Positionen des AA, die ihm in dieser Hinsicht nicht dienlich erschienen, kritisierte er vehement und versuchte hinter den Kulissen selbst Außenminister Gerhard Schröder zu beeinflussen⁵⁶. Im AA empfahl man verärgert größere Zurückhaltung. Ein brisanter *Spiegel*-Artikel vom März 1965⁵⁷ habe „inzwischen bei der gesamten Linkspresse Lateinamerikas Eingang gefunden und diene [...] als Beweis für deutsche Einmischung in innere lateinamerikanische Angelegenheiten. Der höchst unglückliche Artikel von Herrn Gewandt über seinen Freund Frei sei geeignet, diesen Eindruck weiter zu erhärten.“⁵⁸

Neben den Mitteln der politischen Stiftungen, die vom BMZ für langfristige Projekte der Stiftungsarbeit („Gesellschaftspolitische Erziehung in den Entwicklungsländern“) vergeben wurden, wurden zur Unterstützung der PDC unter dem Haushaltstitel „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland“ zur Verfügung gestellte Gelder verwendet. 1963 und 1964 führte das IIS mit diesen Geldern ausschließlich Maßnahmen in Lateinamerika durch, wobei der größte Einzelposten in Höhe von 144.000 DM (von insgesamt 319.000 DM) 1964 für Chile verwandt wurde⁵⁹. Diese Beträge wurden jedoch deutlich übertroffen von den Summen, die verdeckt vergeben wurden: Eine IIS-Tochter, das Büro für Internationale Soziale Hilfe (BISH), unterstützte 1964 PDC-Projekte mit 4

⁵³ Vgl. Eduardo Labarca Goddard, Chile invadido. Reportaje a la intromisión extranjera, Santiago de Chile 1968, hier S. 86.

⁵⁴ Vgl. beispielsweise „Otra visita preelectoral del alemán de las platas. Afianzan la trilogía iglesia – DC chilena – Bonn“, in: El Siglo vom 6. 2. 1965.

⁵⁵ Einem größeren chilenischen Publikum wurde Gewandt im Wahlkampf 1964 bekannt, als er auf einer Wahlkampfveranstaltung als vorletzter Redner direkt vor Frei sprechen durfte.

⁵⁶ Beim Besuch einer PDC-Delegation im AA, bei der diese das Regierungsprogramm erläuterte und Wünsche nach finanzieller Unterstützung äußerte, trat Gewandt quasi als Teil der chilenischen Seite auf. PA/AA, B 33 / 328, unpaginiert, Aufzeichnung „Gespräch einer Abordnung der Christlich-Demokratischen Partei Chiles mit Herrn Staatssekretär Lahr am 8. Oktober 1964“, S. 3f. Gewandt versuchte anlässlich des Staatsbesuchs Freis, das Abschlusskommuniqué um das Versprechen weiterer Kapitalhilfe zu erweitern, in: PA/AA, B 33 / 402, unpaginiert, Fernschreiben MdB Gewandt an Außenminister Gerhard Schröder, 21. 7. 1965.

⁵⁷ Vgl. „Chile. Entwicklungshilfe. Lieber Heini“, in: Der Spiegel vom 17. 3. 1965, S. 116–118.

⁵⁸ PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, VLR Dr. Röhrke, Vermerk über eine Unterhaltung mit einem Vertreter der KAS, Staatssekretär Thediek, „Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südamerika“, 20. 9. 1965. Darin wird der Leitartikel in der chilenischen Tageszeitung „La Nación“ erwähnt, in dem Gewandt von seinem „Freund Eduardo Frei“ sprach.

⁵⁹ Hinzu kamen weitere nicht länderspezifische Maßnahmen. PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, Memorandum „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland durch das Institut für Internationale Solidarität“, 26. 8. 1964.

Mio. DM⁶⁰. Die Gelder hierzu stammten zum größeren Teil aus dem Haushalt des BMZ, zu einem kleineren aus dem AA. Es ist jedoch nicht bekannt, ob in den folgenden Jahren weitere Zahlungen des IIS oder des BISH an die PDC oder ihr nahestehende Organisationen gingen⁶¹. Wie der *Spiegel* berichtete, habe angeblich auch die katholische Kirche in der Bundesrepublik „mehrere Millionen Mark“ in Projekte belgischer Jesuiten kanalisiert, welche gesellschaftspolitische Maßnahmen der PDC maßgeblich konzipierten und unterstützten⁶².

Von großer Bedeutung war Gewandts Einsatz auch für die Kredite, die als Folge des Besuchs des Bundeswirtschaftsministers Kurt Schmücker (CDU) in Santiago de Chile (5. bis 8. Juni 1966) vergeben wurden, indem Gewandt Vertretern der chilenischen Regierung detaillierte Informationen darüber zukommen ließ, wie die Kredite am besten zu erlangen seien, und er gleichzeitig gegenüber Schmücker als Fürsprecher der PDC auftrat. Der Botschafter Chiles in der Bundesrepublik betonte, die Reise des Bundeswirtschaftsministers sei „maßgeblich durch den Abgeordneten Gewandt gefördert worden“, dessen Einfluss auch „entscheidend bei der Festlegung der Reiseroute des Ministers in Südamerika“ gewesen sei⁶³. Mit dem Gesamtpaket der Unterstützungsmaßnahmen wollten die deutschen Christdemokraten dem Internationalismus der Linken ein christdemokratisches Netzwerk gegenüberstellen. Dadurch sollten, so der IIS-Mitgründer Peter Molt, für die deutsche Politik „wichtige internationale Querverbindungen geschaffen werden, die die offizielle Außenpolitik aus der Natur der Sache heraus nicht vermitteln kann“, um so „die von uns unterstützten lateinamerikanischen Kräfte aus ihrer nationalen Isolierung“ herauszuführen und sie zur Abwehr marxistischer Strömungen zu befähigen⁶⁴.

Parteibeziehungen waren auch für die Beziehungen der DDR zum politischen Chile das Mittel der Wahl, wenn auch teils bedingt durch die diplomatische Machtlosigkeit des ostdeutschen Staates. Die SED pflegte intensive Beziehungen

⁶⁰ PA/AA, B 33 / 405, unpaginiert, „Volkserziehungsprogramm der Regierung Frei“, Botschaft Santiago de Chile, gez. von Nostitz an AA, 17. 12. 1964, dort die handschriftliche Notiz Meyer-Lohses.

⁶¹ Mutmaßungen über deren ungefähre Höhe können nur anhand des Etats des IIS angestellt werden, der von etwa 4,3 Mio. DM im Jahr 1964 auf 30 Mio. DM im Jahr 1971 stieg. PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert. Vgl. zu 1964: „Tätigkeit gesellschaftspolitischer Institute in Lateinamerika“, AA, Abt. IB2, gez. Voigt an Botschaft Santiago de Chile, 15. 4. 1965.

⁶² Vgl. „Chile. Präsidentenwahl. Hilfe aus Bonn“, in: Der Spiegel vom 16. 9. 1964, S. 96. David Mutchler beschreibt die vermeintlich intensiven finanziellen Verbindungen zwischen den katholischen Hilfswerken Misereor und Adveniat zu jesuitischen Sozialprojekten in Chile, die wiederum eng mit antikommunistischen Zielsetzungen und der Förderung der Kandidatur Eduardo Freis zusammen hingen. Er liefert jedoch leider keine Quellenbelege. Vgl. David E. Mutchler, *The church as a political factor in Latin America. With particular reference to Colombia and Chile*, New York/London 1971, S. 256, S. 258 u. S. 260.

⁶³ So habe er „auf Bitten Gewandts“ ein an Schmücker zu richtendes Memorandum zu Fragen der Förderung der chilenischen Wirtschaft ausgearbeitet. ARREE, Embajada Alemania, 1966, Oficios Reservados, unpaginiert, Brief Botschafter Pérez de Arce, Chilenische Botschaft, Bonn an MRE, Santiago de Chile, Confidencial No. 193/25, 2. 5. 1966.

⁶⁴ PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, Memorandum „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland durch das Institut für Internationale Solidarität“, 26. 8. 1964.

mit der moskautreuen PC und förderte sie. Nachdem bereits ein Delegationsbesuch bei Ulbricht einen hervorragenden Eindruck von der Linientreue der chilenischen Genossen hinterlassen hatte, war man im ZK hochofrend darüber, dass die PC trotz der starken politischen Zugkraft der kubanischen Revolution weiterhin auf einem moskautreuen Kurs blieb und öffentlich bekundete, dass sie auch die chinesischen Positionen strikt ablehne⁶⁵. Unter den Linksparteien wurde die PC zum wichtigsten Partner der SED. Zusammen mit der KPdSU und weiteren KPs der Ostblockstaaten gewährte sie der PC im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1970 „angesichts der großen Bedeutung, die diese Wahlen für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung in Chile und Lateinamerika“ ihrer Auffassung nach hatten, finanzielle Unterstützung⁶⁶. Auch aus dem „Internationalen Hilfsfond für Arbeiterorganisationen der Linken“, der vom ZK der KPdSU gesteuert wurde, flossen den chilenischen Kommunisten Gelder zu⁶⁷. 1966 beliefen sich die Subsidien auf 300.000, 1970 auf 400.000 und 1973 auf 645.000 US-Dollar⁶⁸. Ein wichtiges Kooperationsfeld zwischen den Parteien war auch die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die PC unterrichtete die Ost-Berliner Genossen über die innenpolitische Entwicklung Chiles sowie die Möglichkeiten, den Einfluss der DDR dort zu vergrößern. Die SED revanchierte sich unter anderem durch umfangreiche Lieferungen von Druckereiausrüstungen, die ab 1962 in regelmäßigen Abständen, verbilligt und mit langen Zahlungsfristen an die PC geliefert wurden⁶⁹. 1965 wurde ein Korrespondent der Parteizeitung *El Siglo* nach Ost-Berlin und ein Mitarbeiter des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes nach Santiago entsandt⁷⁰. Die Standpunkte der DDR in innerdeutschen Fragen wiederholte die PC öffentlich und wortgetreu. Durch die reibungslose Zusammenarbeit wurden die Partebeziehungen zur zentralen Grundlage für die DDR-Führung und das Handeln aller ihrer Organe in Chile.

⁶⁵ Titel der Ausgabe der Parteizeitung *El Siglo* vom 9. 7. 1963: „Posiciones del PC de China están en pugna con el marxismo“ [„Positionen der KP Chinas stehen im Kampf mit dem Marxismus“].

⁶⁶ Eine Zahlung von 25.000 US-Dollar wurde geleistet, auf eine bereits gelieferte Druckereimaschine ein Nachlass von 30.000 Valutamark (VM) gewährt. Bundesarchiv (künftig: BArch), SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 712, Protokoll einer Unterredung der Politbüro-Mitglieder Markowski und Honecker (3. 3. 1970), Beschluss des ZK vom 5. 6. 1970 sowie Vorlage für das Sekretariat des ZK, 21. 7. 1970.

⁶⁷ Einzahler dieses Fonds waren die KPs der meisten osteuropäischen Staaten (Jugoslawien, sowie ab 1973 Rumänien, zahlten nicht ein). Der Beitrag der SED betrug zu den drei verzeichneten Terminen je 200.000 US-Dollar (1966, 1970) beziehungsweise 350.000 US-Dollar (1973). Der so entstandene Betrag wurde insbesondere an kommunistische Parteien in aller Welt ausgezahlt. Vgl. Olga Ulianova/Eugenia Fediakova, Chile en los archivos de la URSS, in: Estudios Públicos, No. 72, Frühjahr 1998, S. 397–402.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ 1962 wurde die erste Druckmaschine geliefert, 1963 wurde eine Rotationsmaschine zum Buchdruck in Begleitung eines DDR-Technikers geschickt, 1966 eine weitere Druckmaschine. Diverse Dokumente in: BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 711.

⁷⁰ Vgl. Karlheinz Möbus, Die DDR und Chile entdecken sich, in: Gotthold Schramm (Hrsg.), Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September, Berlin 2005, S. 36.

Weitaus distanzierter war das Verhältnis zur PS und ihrem Spitzenkandidaten Salvador Allende. Die in den 1960er Jahren sprunghaft gewachsene Sozialistische Partei war hinter der PDC zu Chiles zweitgrößter Partei aufgestiegen, ideologisch jedoch schwer einzuordnen. Zwar wurde von vielen ihrer Politiker eine marxistische Diktion benutzt und der revolutionäre Kampf propagiert, jedoch war sie im Kern eine populistische und stark personalistische Partei, die einem eklektischen Sozialismus folgte. Linksnationalistische Diskurse und die verbale Annäherung an die Systeme in Kuba und der Volksrepublik China waren Merkmale der PS. Entgegen der nach 1973 einsetzenden öffentlichen Heroisierung war daher das Verhältnis der SED zu Allende und seiner Partei bestenfalls reserviert. Als das Politbüro-Mitglied Hermann Matern im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1970 schrieb, Allende sei ein „zwiespältiger Charakter“ und der „schlechteste Kandidat der Linken“, war dies keine Einzelmeinung, vielmehr hatte diese Haltung innerhalb der SED Tradition⁷¹. 1967 notierte man in der Abteilung Internationale Verbindungen, Allende trete „mit kubanischen Auffassungen hervor. Im Grunde genommen trägt die Haltung Allendes karrieristische Züge.“⁷² Seiner Partei warf man fehlende ideologische Stringenz und falsche Standpunkte vor. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings und der darauffolgenden scharfen Verurteilung der Invasion durch die PS häuften sich verheerende Beurteilungen; das Verhältnis befand sich auf einem Tiefpunkt.

Obwohl sich also wichtige Teile der politischen Beziehungen beider deutscher Staaten zu Chile abseits der Diplomatie abspielten, war auch diese nicht ohne Bedeutung, wenn auch zunächst weniger dynamisch. Die Regierung Alessandri war klar westorientiert: In VN-Gremien und Unterorganisationen votierte Chile stets im Sinne des Bonner Alleinvertretungsanspruchs. Zwischenstaatliche Kontakte zur DDR wurden abgelehnt⁷³. Dass diese für die Bundesregierung günstigen Zustände nicht ewig anhalten würden, wurde unter seinem Nachfolger Eduardo Frei deutlich: Ein zentraler Punkt dessen Programms war die außenpolitische Emanzipation Chiles außerhalb des „Fahrwasser[s] der USA“⁷⁴, die mit dem schnellen Aufbau diplomatischer Beziehungen zu den wichtigsten Staaten Osteuropas – mit Ausnahme der DDR – demonstriert wurde⁷⁵. Anlässlich des Staatsbesuchs Walter Ulbrichts in Ägypten 1965 vermerkte man im chilenischen Außenministerium, dass „es sich einmal mehr bewiesen habe, dass der Buchstabe und der

⁷¹ BArch, SAPMO, Bestand Politbüro, DY 30 / JIV/2 / 2J / 2803, unpaginiert, Bericht über die Teilnahme einer ZK-Delegation am XIV. Parteitag der PC, 23.-30. 11. 1969

⁷² BArch, SAPMO, Bestand ZK der SED, DY 30 / IV A 2/20 / 724, Schreiben der AIV vom 10. 11. 1967.

⁷³ ARREE, Alemania 1962, Ofcios confidentiales recibidos y enviados, unpaginiert, „Próxima visita del Ministro señor Scheel a Chile“, Botschaft Bonn, Geschäftsträger Higinio González an MRE, 7. 8. 1962, S. 2.

⁷⁴ BArch, DDR, DE I / VS II / 12056, Bl. 65–66, Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Chile, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 8. 9. 1964.

⁷⁵ Schon am 24. 11. 1964 wurden Botschafter mit der UdSSR ausgetauscht, 1965 folgten Polen, die ČSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien.

Geist der Hallstein-Doktrin aufgehört haben zur internationalen Realität zu passen, und dass ihre Überprüfung ein Imperativ ist, den die Bonner Regierung in naher Zukunft angehen muss⁷⁶. Es muss festgehalten werden, dass trotz der Sanktionen, die die genannte Doktrin auferlegen will, um die so genannte Deutsche Demokratische Republik total zu isolieren, viele Staaten – darunter Alliierte Bonns wie Frankreich und Großbritannien – mit Ostdeutschland aktiven Handel auf Basis von Verträgen betreiben oder mit diesem Land konsularische Vertretungen ausgetauscht haben.“⁷⁷

Frei hatte zwar klargestellt, dass unter seiner Regierung nicht mit einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu rechnen sei, jedoch erhöhte sich für den ostdeutschen Staat mit der christdemokratischen Regierung deutlich der Spielraum für Kontakte unterhalb der Regierungsebene. Auf dem Gebiet der Kultur, des Parlamentarier austauschs und der Wirtschaftsbeziehungen versuchte die SED-Führung in Chile einen „Fuß in die Tür“ zu bekommen. In Bonn blieb dies nicht unentdeckt. 1964 berichtete das bundesdeutsche Konsulat in Concepción von der „Überschwemmung des Südens mit SBZ-Propagandamaterial“. Der dortige Konsul beklagte außerdem, „dass die Tatsache der massiven [bundes]deutschen Hilfe für Chile der Masse der Bevölkerung praktisch unbekannt“ sei⁷⁸. Aus dieser und anderen Meldungen fügte sich im AA das Bild einer DDR-Kampagne zusammen, die Bonns Engagement zu entwerten drohe. Die Vorstellung einer möglichen Gewinnung der Deutschchilenen für die DDR – welche sich, so Botschafter von Nostitz, unklar darüber seien, „welche Haltung sie gegenüber dem Osten, insbesondere der Sowjetzone einnehmen sollen“⁷⁹ – gab den Vorgängen zusätzliche Brisanz. Für Aufregung sorgten kulturpolitische Maßnahmen, etwa die Pläne des Jahres 1962 für eine Ausstellung über die Bundesrepublik, deren als abwertend eingestufte Konzeption den Widerspruch der Bonner Vertretung auslöste⁸⁰, die im gleichen Jahr durchgeführte DDR-Anden-Feuerland-Expediti-

⁷⁶ Zu Ulbrichts Ägypten-Reise siehe Rainer A. Blasius, „Völkerfreundschaft“ am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser, in: VfZ 46 (1998), S. 747–805.

⁷⁷ ARREE, Consulado de Hamburgo, Alemania, 1965, Oficios Confidenciales, unpaginiert, Brief „Acusa recibo de informes sobre conflicto germánico-arabe“, MRE an chilenischen Geschäftsträger in Bonn, 31.5.1965.

⁷⁸ PA/AA, AV Neues Amt / 4000, unpaginiert, „Vertretungen der SBZ in Ländern ausserhalb des kommunistischen Bereichs und Kulturpolitischer Jahresbericht 1964“, Konsulat Concepción, gez. T. Ramelow an Botschaft Santiago de Chile, 21.12.1964; PA/AA, B 33 / 294, unpaginiert, Bericht „SBZ-Propaganda in Südchile“, Konsulat Concepción, gez. Ramelow an AA, 10.11.1964.

⁷⁹ PA/AA, B 33 / 400, unpaginiert, „Einstellungen der Deutschstämmigen in Chile zur deutschen Frage. Unsere Gegenmaßnahmen gegen verstärkte Aktivität der SBZ“, Botschafter von Nostitz an AA, 12.7.1965, S.2.

⁸⁰ ARREE, Alemania – Misión Residente, 1962, Notas, unpaginiert, Brief Deutsche Botschaft, gez. Wallichs an MRE, Miguel Echeñique, 10.9.1962.

on, geplante Freundschaftsspiele der DDR-Fußballnationalmannschaft 1965⁸¹ sowie der Auftritt einer DDR-Equipe bei der Ski-WM 1966 in Portillo. Für das AA war es unannehmbar, dass die Flagge und Hymne der DDR gleichberechtigt neben die bundesdeutschen Staatssymbole gestellt werden könnten, was letztlich auch verhindert wurde⁸². Die Tatsache jedoch, dass sich Vertreter des linken PDC-Flügels im Sinne einer politisch-moralischen Äquivalenz der beiden deutschen Staaten äußerten, war für Bonn ein Alarmsignal⁸³.

Der neue Anlauf, den die DDR in Chile nahm, war – im Rahmen des zu Erwartenden – erfolgreich: Frei machte seine mündlich gegebene Ankündigung wahr, und am 1. Mai 1966 konnte die DDR ihre offizielle Handelsvertretung in Santiago eröffnen⁸⁴. Politisch waren von Frei jedoch keine weiteren Zugeständnisse zu erlangen, weshalb der Plan, die Kompetenzen der Handelsvertretung schrittweise auszuweiten, scheiterte⁸⁵. Der Leiter der Handelsvertretung fasste die Situation 1970 ernüchtert zusammen. Auf den Vorschlag des Ministeriums für Außenwirtschaft (MAW), noch vor den Präsidentschaftswahlen eine Delegation nach Santiago zu schicken, antwortete er: „Der sowjetische Botschafter Alexejew gab zu bedenken, ob es richtig ist, eine solche Delegation gegenwärtig nach Chile zu holen. Linie der sowjetischen Genossen ist es, mit der gegenwärtigen Regierung nichts weiter zu unternehmen, da außer Ablehnungen und Geschwätz nichts herauskommt.“⁸⁶

Diese Worte spiegelten wider, dass sich während Freis Amtszeit dessen Bewertung durch die SED gewendet hatte: Hatte man das Programm Freis 1964 noch als „relativ fortschrittlich“⁸⁷ beurteilt, so gab man die außenpolitisch motivierte Zurückhaltung sukzessive auf. Mit einigem Wohlwollen wurde vermerkt, dass Freis Politik unter dem Druck der gesellschaftlichen Spaltung zu scheitern drohe, was

⁸¹ Die Absage des Spitzenvereins Colo-Colo führte das „Neue Deutschland“ auf Bestechung durch den bundesdeutschen Botschafter zurück. Vgl. „920 000 DM für Fußballskandal. Bonns Botschafter überreichte in Chile die Schecks“, in: Neues Deutschland vom 8. 1. 1965.

⁸² ARREE, Notas Verbales Alemania 1966, unpaginiert, Memorandum über die Frage der Flagge und Hymne der DDR bei der Ski-WM 1966 in Chile, Deutsche Botschaft an MRE, 13. 7. 1966, sowie ACDP, Bestand Heinrich Gewandt, Sign. 01-779, Faszikel 002/3, unpaginiert, Telegramm Raul Troncoso C., Ministro Secretario de Gobierno an MdB Heinrich Gewandt, [5. 7. 1966]

⁸³ Text und Randbemerkungen des Berichts „Chile und Beziehungen zum Ostblock“, Botschaft Santiago de Chile an AA, 26. 8. 1965, in: PA/AA, B 33 / 405.

⁸⁴ BArch, DDR, DL2 / 6261, Prognose der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit Chile bis zum Jahre 1980, 1969 [ohne exaktes Datum, höchstwahrscheinlich August].

⁸⁵ Zum stufenweisen Vorgehen vgl. Werner Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, S. 34–39.

⁸⁶ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 712, Bl. 98–99, Brief Harry Spindlers an Friedel Trappen, 24. 6. 1970.

⁸⁷ PA/AA, MFAA C 3335, Bl. 53, „Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Chile“, 8. 9. 1964.

ihrem „bürgerlichen Reformismus“ geschuldet sei⁸⁸. Zweifellos hatten die sich wandelnden Einschätzungen der PC maßgeblichen Einfluss auf diese neue Beurteilung: Da die politische Polarisierung die Linke zu stärken schien, wurde auch die PC intransigenter. Obwohl die SED der PS und ihrem Kandidaten weiterhin skeptisch gegenüber stand, entschloss man sich unter diesen Umständen, die *Unidad Popular* (UP) zu unterstützen⁸⁹.

Das Ende der großen Koalition in Bonn 1969 schreckte die PDC nur kurz auf. Zu ihrer Erleichterung stellte sich heraus, dass die sozialliberale Koalition Chile ähnlich freundschaftlich behandelte wie die Regierungen mit CDU-Beteiligung und insbesondere die Entwicklungshilfe in noch höherem Maße als bedeutsam für die außereuropäischen Beziehungen betrachtete⁹⁰. Weder Willy Brandt noch seine Partei machten sich zwar Illusionen darüber, dass die PDC inhaltlich und ideologisch links von der SPD stand⁹¹, jedoch entsprach sie auf dem Feld der internationalen Politik – in der die Linie der Parteispitze dominierte – weitgehend den Idealvorstellungen der Bundesregierung eines reformorientierten Dritte-Welt-Landes. Im AA war man sich darüber im Klaren, dass die Distanzierung Freis von den USA und seine Annäherung an die sozialistischen Staaten primär innenpolitischem Kalkül geschuldet war⁹². Frei und sein Außenminister Valdés äußerten sich erleichtert darüber, dass die sozialliberale Koalition die Überbetonung der deutschen Frage zugunsten „allgemeiner internationaler Probleme“ neu gewichtet habe⁹³. Aus den Veränderungen in Bonn erwuchsen also für Frei keine Nachteile; der Besuch Außenministers Brandts in Santiago de Chile im Oktober 1968 verlief betont freundschaftlich⁹⁴. Brandts Wille, die Probleme der Dritten Welt an sich ernst zu nehmen und die Haltung gegenüber deren Staaten nicht primär von ihren Positionen im Blockkonflikt abhängig zu machen, stellte einen für die Bundesregierung neuen Akzent dar. Nach seiner Rückkehr notierte Brandt, er sei „beeindruckt [...] von dem großen Kapital an good will, welches wir Deutsche

⁸⁸ PA/AA, MfAA A16365, S.61, Information der 6. Außereuropäischen Abteilung des MfAA zum Ausgang der Parlamentswahlen in Chile.

⁸⁹ Spätestens nach einem intern scharf verurteilten Interview mit Tomić, in dem dieser die Frage nach Beziehungen zur DDR offen ließ, wandte sich die SED von ihm ab. BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 724, Bl. 183–185, Interview des PDC-Kandidaten Radomiro Tomić mit einem Journalisten des Deutschen Fernsehfunks am 22.6.1970.

⁹⁰ Brandt kannte Frei von dessen Besuch in West-Berlin 1965, wo Brandt zu dieser Zeit als Regierender Bürgermeister amtierte.

⁹¹ ARREE, Embajada Alemania, 1966, Oficios Reservados, unpaginiert, Brief Botschafter Pérez de Arce an MRE, Confidencial No. 283/39, 12.7.1966, S.2.

⁹² Lahn sprach von den „Ost-Staaten, zu denen Präsident Frei in gewissem Sinne demonstrativ gute Beziehungen pflegt, um sich die Stimmen der [...] Kommunisten für seine Reformpläne zu sichern.“ ACDP, Bestand Heinrich Gewandt, Sign. 01–779, Faszikel 002/1, unpaginiert, Staatssekretär Lahn, AA an MdB Gewandt, 30.12.1966.

⁹³ PA/AA, B 33 / 588, unpaginiert, Bericht „Erfahrungen und Eindrücke der Südamerikareise vom 17. bis 26.10.1968“, Außenminister Brandts vor dem Auswärtigen Ausschuss, 22.11.1968, S.1.

⁹⁴ Frei verband mit Brandt persönliche Sympathie, Bewunderung für die Ostpolitik und das Vorhaben erweiterter Nord-Süd-Beziehungen. Dies schlug sich in der Berufung Freis in Brandts 1977 gegründete Nord-Süd-Kommission nieder.

dort haben. Meine Reise hat mich davon überzeugt, dass wir unser Möglichstes tun sollten, dieses politische Kapital zu erhalten und zu vermehren.“⁹⁵ Er äußerte sich jedoch auch skeptisch hinsichtlich der Stabilität Chiles. Ebenso lapidar wie weitsichtig prognostizierte er: „Das geht alles noch mehr als einmal durch die Mühle. [...] In Chile müßten wir uns noch auf große Überraschungen gefaßt machen. Unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit [dem PDC-Präsidentschaftskandidaten] Senator Tomić vertrat [Brandt] die Ansicht, daß mit der Möglichkeit einer Koalition zwischen den Christdemokraten und den Kommunisten zu rechnen sei.“⁹⁶

Allendes Chile und die beiden deutschen Staaten

Viel mehr jedoch als durch ein solches Bündnis sollte das Verhältnis zwischen Bonn und Santiago im September 1970 durch Allendes Sieg an den Wahlen erschüttert werden: Die UP gewann die Präsidentschaftswahlen knapp vor dem als Kandidat der Rechten angetretenen Ex-Präsidenten Alessandri, Tomićs Linkskurs wurde abgestraft⁹⁷. Die Wahl Allendes und seine Bestätigung im Kongress erzeugten bei seinen Gegnern Angst und Schrecken, denn nach Allendes Worten habe Chile nichts weniger als den Klassenkampf und „die revolutionäre Transformation“ seines „gegenwärtigen bourgeoisen Staates“ zu erwarten⁹⁸. Der KAS-Vertreter Dieter Nohlen vertrat etwas nüchterner die Auffassung, dass die UP angesichts ihrer knappen Mehrheit zwar keine „bedingungslose Durchsetzung marxistisch-leninistischer Prinzipien“ erreichen könne, jedoch mit Sicherheit eine „eminent antikapitalistische und antiimperialistische Politik“ betreiben werde⁹⁹.

Für die DDR eröffnete sich nun die Chance, inmitten der Verhandlungen des Grundlagenvertrags die diplomatische Anerkennung und somit einen wichtigen politischen Sieg zu erringen. Man erinnerte sich an Allendes 1969 gemachte und im Juni 1970 wiederholte Ankündigung, die DDR im Falle eines Wahlsiegs anerkennen zu wollen¹⁰⁰. Für die UP handelte es sich dabei jedoch um ein schwer kalkulierbares politisches Risiko: Die DDR war ein bis dahin faktisch weitgehend

⁹⁵ PA/AA, B 33 / 588, unpaginiert, Konzept für einen Brief Brandts an Gewandt, o.D. [Oktober 1968].

⁹⁶ Ebenda, unpaginiert, Vermerk „Lateinamerikareise des Herrn Bundesministers“, 22. 11. 1968.

⁹⁷ Der immer noch populäre Frei durfte nicht direkt wieder gewählt werden, und dem Kandidaten der PDC-Linken, Tomić, vertrauten die bürgerlichen Wähler nicht. 36,6% stimmten für die Unidad Popular, 34,9% für Jorge Alessandri und 27,8% für Tomić. Vgl. Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile*, S. 112.

⁹⁸ Régis Debray, *Conversations with Allende. Socialism in Chile*, London 1971, S. 81 f.

⁹⁹ ACDP, Bestand CDU-Bundespartei, Sign. 07-001, Faszikel 11007, unpaginiert, Bericht „Volksfrontwahlsieg in Chile“, Dieter Nohlen an IIS, 7. 9. 1970, S. 8 u. S. 11.

¹⁰⁰ ARREE, Embajada Alemania, 1969, Oficios Ordinarios, unpaginiert, Dossier „Referencias a Chile en la prensa alemana“, Botschaft Pérez de Arce, Bonn an MRE, 23. 5. 1969, sowie BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 20 / 712, unpaginiert, DFF-Interview mit Salvador Allende vom 15. 6. 1970.

unbedeutender Partner; auf der Ebene supranationaler Organisationen war der ostdeutsche Staat nicht vertreten. Die Bundesrepublik hingegen war nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner und auch politisch einer der wichtigsten Staaten Westeuropas. Jedoch war für den chilenischen Präsidenten, die PC und Teile der chilenischen Linken die DDR ein Bezugspunkt von wachsender Bedeutung, was sich aus dem Interesse für vermeintlich gemäßigte Modelle des Sozialismus wie auch aus der chilenischen Germanophilie erklärte¹⁰¹. Diese komplexe Ausgangslage erlaubte eine Vorahnung auf das folgende monatelange Tauziehen zwischen Bonn, Ost-Berlin und Santiago in der Anerkennungsfrage. In Bonn war man zunächst pessimistisch: Am 9. Oktober, zwei Wochen vor dem Amtsantritt Allendes, berichtete Botschafter Horst Osterheld, dass es sehr fraglich sei, Allende zu einer Änderung seiner Haltung bewegen zu können. Weiter schrieb er: „Ganz aussichtslos ist unsere Lage aber nicht. [...] Vielleicht kann man ihn [Allende] zu einer Modifizierung bringen. [...] [Ein Erfolg] wäre für unsere Position in Chile wichtig, denn die DDR würde sonst unsere besten Entwicklungsprojekte, Schulen usw. wahrscheinlich einfach zu übernehmen suchen, die Stiftungen vertreiben und gegen die Botschaft eine Verleumdungskampagne führen.“¹⁰²

Bonn machte Santiago deutlich, dass die Hallstein-Doktrin nicht mehr vollumfänglich angewendet werden würde, man sich jedoch als Entgegenkommen die Verschiebung der Anerkennung, am besten jedoch eine nur schrittweise „mit den Fortschritten im innerdeutschen Dialog“ verknüpfte Aufwertung der DDR erhoffte. Weiter bat man darum, diplomatische Beziehungen erst „nach einem endgültigen Ergebnis dieses Dialogs“ einzugehen. In den Gesprächen mit dem chilenischen Präsidenten hob Osterheld – um den innerkoalitionären Druck auf Allende wissend – die Verständigung mit der Sowjetunion als wichtiges Ziel der Ostverträge hervor¹⁰³. Allende, der trotz seines populistischen Diskurses ein erfahrener Realpolitiker war, ging auf das Angebot ein und ließ indirekt über die französische Botschaft bei der Bundesregierung anfragen, wie lange ein Aufschub wahren solle¹⁰⁴. Da die Antwort hierauf vom schwer kalkulierbaren Fortgang der deutsch-deutschen Gespräche abhing, versuchte man im Bundeskanzleramt so viel Zeit wie möglich zu gewinnen. Emissäre wie der CDU-Parlamentarier Walter Leisler Kiep versuchten in Santiago eine „überstürzte“ Anerkennung der DDR zu verhindern¹⁰⁵.

Am 11. Dezember 1970 kam es in Bonn zu einem Treffen des von Allende entsandten Sonderbotschafters und VN-Diplomaten Hernán Santa Cruz mit Bundes-

¹⁰¹ Das Interesse der UP fanden unter anderem die sozialen Sicherungssysteme, das Schulwesen sowie das System der Blockparteien, welches durch die SED als „Mehrparteiensystem“ präsentiert wurde.

¹⁰² PA/AA, B 150 / 213, Bl. 7057f, Fernschreiben Osterheld an AA, 9. 10. 1970.

¹⁰³ PA/AA, B 150 / 215, Bl. 7653–55, Fernschreiben Osterheld an AA, 27. 10. 1970.

¹⁰⁴ PA/AA, B 150 / 216, Bl. 7879–81, Von AA an Botschaft Santiago weitergeleitetes Fernschreiben der Botschaft Paris, 2. 11. 1970.

¹⁰⁵ Durch Kieps Besuch sei in Chile „Sympathie für [die] Ostpolitik der Bundesregierung“ geschaffen worden, weshalb die Anerkennung zumindest auf Januar 1971 verschoben worden sei. PA/AA, B 150 / 218, Bl. 8809 f, Fernschreiben Osterheld an AA, 24. 11. 1970.

kanzler Brandt. Dabei legte Santa Cruz Brandt in groben Zügen das UP-Programm dar und versuchte diesem einen gemäßigt-sozialdemokratischen Anstrich zu geben. Brandt entgegnete, er sei gegen die Anerkennung der DDR vor Abschluss der deutsch-deutschen Verhandlungen, die westdeutsche Öffentlichkeit werde eine schnelle Anerkennung als „unfreundlichen Akt“ werten. Jedoch werde sich „die Welt nicht aufhören zu drehen“. Wenn Santiago dies auf Grund des „Drucks der eigenen Wählerbasis“ tun müsse, so könne es dabei ja auch schrittweise vorgehen¹⁰⁶. Jedoch war die Aufschub-Strategie nicht unbegrenzt fortsetzbar, obendrein waren deutliche Unterschiede im Engagement der Vertreter der Bundesregierung erkennbar, etwa als in den letzten Januartagen 1971 der Staatssekretär im BMZ, Karl-Heinz Sohn (SPD) Santiago de Chile besuchte. Gegenüber dem UP-freundlichen Sohn¹⁰⁷ ging Allende in die Offensive: Den Zeitpunkt der Anerkennung „könne man [...] nicht vom Fortgang der innerdeutschen Gespräche abhängig machen – zumal deren Ende nicht abzusehen sei – sondern nur vom chilenischen Interesse“¹⁰⁸. Die Unterredung endete damit, dass Allende betonte, er hätte die DDR „sofort anerkannt, wenn in Bonn die CDU regiert hätte, diesen Schritt habe man bisher aus Rücksicht auf die Bundesregierung und Bundeskanzler Brandt unterlassen. Seinerzeitige Unterstützung Wahlkampfes Frei durch die CDU [...] sei nicht vergessen.“¹⁰⁹

Diese Äußerung bestätigt die symbolische Bedeutung der DDR-Anerkennung. Trotz selbstbewusster Worte wie dieser war jedoch die Nervosität aller Beteiligten in diesem politischen Dreiecksverhältnis beträchtlich und steigerte sich zu aus heutiger Sicht kurios anmutenden Erwartungshaltungen, wie dies die Überlegungen zur Wahl des Anerkennungstermins illustrieren: In der bundesdeutschen Botschaft erwartete man diesen noch in der zweiten Märzhälfte, da die UP glaube, damit vor den Kommunalwahlen am 4. April 1971 „Gewinne erzielen zu können“¹¹⁰, eine Interpretation die natürlich auch die DDR nach außen vertrat. Eigentlich vermutete man in Ost-Berlin jedoch, dass die UP negative Konsequenzen für die Wahlen befürchte und deshalb verzögere. Innerhalb der UP wiederum begann ein Tauziehen zwischen den Befürwortern und dem Sowjetblock eher abgeneigten Kräften in der PS und der sozialdemokratischen *Partido Radical*. Ganz offensichtlich war man sich innerhalb der Koalition über die Konsequenzen

¹⁰⁶ „Minuta de una conversación entre el Canciller Federal y el Embajador Especial de Chile, señor Santa Cruz“, Bonn, 11. 12. 1970, in: ARREE, Embajada Alemania, 1970, Oficios Reservados; vgl. Joaquín Fernando, Del malestar al entusiasmo. La reacción de Bonn ante el gobierno de la Unidad Popular 1970–1973, in: Boletín de la Academia Chilena de la Historia, Vol. 117 (2008), Nr. 1, S. 33–67, hier S. 46.

¹⁰⁷ Osterheld vermerkte, Sohn habe nicht nur die Beibehaltung der Entwicklungshilfe sondern sogar deren Ausweitung versprochen. Sohn nahm während seines Aufenthalts in Santiago auch am Parteitag der PS teil, der sich an die Verhandlungen anschloss. Vgl. Horst Osterheld, Der Kampf um die Deutschlandpolitik in Chile 1970/71. Mein Rücktritt als Botschafter, in: Ulrich Schlie (Hrsg.), Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998), Wien 2006, S. 165.

¹⁰⁸ PA/AA, B 150 / 222, Bl. 852f., Fernschreiben Osterheld an AA, 29. 1. 1971.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ PA/AA, B 150 / 223, Bl. 1292–94, Fernschreiben Osterheld an AA, 15. 2. 1971.

der Anerkennung unsicher¹¹¹. Letztlich setzte sich die Sichtweise durch, die Anerkennung erst kurz nach den Kommunalwahlen bekannt geben zu wollen. Bonns Zusicherung, auch bei Anerkennung vor dem Grundlagenvertrag keine Maßnahmen gegen Chile zu treffen, wurde von Allende mit der Zusage belohnt, in Lateinamerika die Anerkennung der DDR nicht explizit zu propagieren¹¹².

Die Reaktion Bonns auf die Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Chile und der DDR fiel demnach äußerlich frostig aus, ohne allerdings tief greifende Konsequenzen nach sich zu ziehen. Am Kabinettschisch schlug Außenminister Scheel vor, die Bundesrepublik müsse zwar „sichtbar reagieren“, um „andere Länder von der Anerkennung der DDR in der gegenwärtigen schwierigen Phase unserer Politik abzuhalten“ und um bei diesen „nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als sei ihre freundschaftliche Haltung uns gegenüber irrelevant“, jedoch solle es sich dabei um symbolische Maßnahmen handeln, Chile solle „nicht ‚bestraft‘ werden“ und die Bundesrepublik „in der Form keine unnötige Härte zeigen“¹¹³. Am Tag nach der Anerkennung flog Botschafter Osterheld nach Bonn¹¹⁴. In der Bundeshauptstadt versuchte er, Scheel zu den angedachten „sichtbaren Maßnahmen“ zu bewegen, jedoch war sowohl der Staatssekretär im Kanzleramt Egon Bahr als auch das BMZ der Auffassung, nicht nur keine weiteren Maßnahmen treffen zu müssen, sondern sogar die Zuwendungen für Chile maßvoll auszubauen¹¹⁵.

Im SED-Politbüro wertete man die Anerkennung als Sieg über eine „Brandt/Scheel-Doktrin der Diskriminierung und Nichtanerkennung der DDR“, die nun „vor aller Welt sichtbar – und zum ersten Mal durch ein Land des südamerikanischen Kontinents – eindeutig zurückgewiesen wird“¹¹⁶. In der DDR-Presse wurde „das erstmalige Erscheinen des schwarzrotgoldenen Standers mit Zirkel und Ährenkranz vor dem Regierungspalast eines der größten Länder des südamerikanischen Subkontinents“ gefeiert¹¹⁷. Mit den Regierungsbeziehungen begann eine Phase umfangreicher Kooperation. Bereits im April wurde im ZK als Ziel der Beziehungen die „enge politische Zusammenarbeit mit der Regierung der Unidad Popular“ definiert¹¹⁸. Diese Kooperation sollte primär darin bestehen, den „chilenischen Weg zum Sozialismus“ durch wirtschaftliche und technische Hilfen zu flankieren.

¹¹¹ PA/AA, B 150 / 226, Bl. 2300 f., Fernschreiben Osterheld an AA, 26. 3. 1971.

¹¹² Vgl. Karl Moersch, Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a. M. 1978, S. 265.

¹¹³ PA/AA, B 150 / 228, Bl. 2808–10, Kabinettsvorlage „Anerkennung der DDR durch Chile“, gez. Gehlhoff, 16. 4. 1971.

¹¹⁴ Vgl. Osterheld, Kampf um die Deutschlandpolitik, in: Schlie (Hrsg.), Osterheld, S. 168.

¹¹⁵ Osterheld, der als Vertrauensmann Kiesingers nicht mehr über viel Rückhalt im AA verfügte, trat am 21. April zurück. Vgl. ebenda, S. 169 ff.; ähnlich Stephanie Salzmann, Horst Osterheld als Botschafter in Chile 1970/71, in: Schlie (Hrsg.), Osterheld, S. 151.

¹¹⁶ PA/AA, MfAA, C 3335, S. 18, Vorlage für das Politbüro vom 1. 4. 1971.

¹¹⁷ Max Kahane, Beseelt von freundschaftlichen Gefühlen. Verwirklichung eines Programms, in: Horizont (April 1971), Nr. 16, S. 14.

¹¹⁸ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 726, Mitteilung des MfAA vom 20. 4. 1971.

Die „Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit“ (WTZ) und Kredithilfen waren die Hauptinstrumente der DDR zur Stützung der UP. Im Sommer 1971 wurden erstmals 30 Experten durch das MAW nach Chile entsandt. Sie sollten einen „Beitrag zur Festigung der Staatsmacht der Unidad Popular“ leisten und bei der „Vermittlung von Erfahrungen der DDR bei der Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und beim Aufbau des Sozialismus“ helfen¹¹⁹. Ähnliche Programme setzten auch Ungarn und die UdSSR auf¹²⁰. Zwischen der DDR und Chile wurden ein Handelsabkommen, ein Abkommen über WTZ sowie Vereinbarungen über Kooperation auf dem Gebiet des Kupferbergbaus, in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion getroffen¹²¹. Zusätzlich wurde im Dezember 1971 die Entsendung von zwei Experten „auf dem Gebiet der Volkswirtschaftsplanung“ beschlossen, was ein „persönlicher Wunsch Allendes“ sei¹²². Man kann davon ausgehen, dass sich insgesamt maximal 30 DDR-Experten gleichzeitig im Land befanden¹²³. Die Kreditvergabe wurde von der DDR im Gegensatz zur UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten nur zögerlich angewandt. Das Politbüro beschloss im Februar 1971, man solle gegenüber den Staaten Lateinamerikas generell „nicht von einer Erhöhung der Regierungskredite zur Erweiterung der ökonomischen Beziehungen“ ausgehen¹²⁴. Während sich also die DDR zurückhielt, erteilten andere Ostblockstaaten bis Ende 1971 Kredite in Höhe von insgesamt 182 Mio. US-Dollar für Chile¹²⁵. Die 1972 immer kritischere finanzielle Situation des Landes veranlasste die DDR jedoch, nun ebenfalls Kredite zu vergeben, auch da Exporte „nur über Kreditangebote möglich“ seien¹²⁶.

¹¹⁹ BArch, DDR, Bestand MAW, DL2/6261, „Direktive über die Regierungsverhandlungen zum Abschluß von Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über den Handel mit der Republik Chile“, 12. 7. 1971.

¹²⁰ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 729, Aus einer mündlichen Information der Botschaft der Ungarischen VR in der DDR, 8. 6. 1971. Vgl. auch Isabel Turrent, *La Unión Soviética en América Latina. El caso de la Unidad Popular chilena, 1970–1973*, México D.F. 1984, S. 125.

¹²¹ Eine gemischte Kommission überwachte die Fortschritte und erstattete Bericht. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6262, Mehrere Vertragswerke zwischen der DDR und Chile, 27. 7. 1971.

¹²² BArch, DDR DL 2 / 6271, Bericht der Regierungsdelegation der DDR, 22. 12. 1971.

¹²³ Am 11. 9. 1973 waren 18 Experten in staatlichen Betrieben und der öffentlichen Verwaltung tätig, 27 chilenische Praktikanten befanden sich in der DDR. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973. 1973 wurde von 25 DDR-Experten in Chile gesprochen; vgl. República de Chile (Hrsg.), *Memoria del Ministerio de Relaciones Exteriores, correspondiente al año 1973*, Santiago de Chile 1979, S. 17.

¹²⁴ BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1324, S. 47, Protokoll der Politbüro-Sitzung am 9. 2. 1971; zu Krediten vgl. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹²⁵ Nur die DDR, Rumänien und Jugoslawien hatten sich bis dahin nicht beteiligt. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6271, „Die Entwicklung der inneren und äusseren Finanzsituation Chiles“, Bericht der handelspolitischen Abteilung der Botschaft Santiago vom 3. 1. 1972. Es handelte sich dabei um langfristige Kredite zwischen 3 und 10 Jahren Laufzeit, die größtenteils projektgebunden waren.

¹²⁶ Damit wurde die ursprüngliche Konzeption, bis 1975 keine Kredite zu geben, verworfen.

Mit Stand vom 11. September 1973 waren von den insgesamt vergebenen 49 Mio. USD 28 Millionen abgerufen worden¹²⁷. Die Kredite hatten zur Folge, dass der bilaterale Handel deutlich gesteigert werden konnte¹²⁸.

Während Allende für seinen Kurs auf die ökonomische Unterstützung durch die sozialistischen Staaten vertraute¹²⁹, bestand auf Seiten der DDR die Befürchtung, von den chilenischen Behörden und der UP gegen den Westen ausgespielt zu werden. Daher forderte das MfAA die Botschaft auf, den „chilenischen Partnern klarzumachen, was die DDR kann und was sie nicht kann“¹³⁰. Die Zielsetzung Moskaus war es, Chile langfristig als von den Linkskräften dominierten Staat zu etablieren, um so die Dominanz der USA in Lateinamerika zu untergraben, jedoch keinesfalls ein massiv zu alimentierendes „zweites Kuba“ zu erzeugen. Diese pragmatische Zielvorstellung lag weit entfernt von den Illusionen Allendes und großer Teile der UP, die eine tief greifende Transformation des Staates mit Hilfe des „großen Bruders“¹³¹ Sowjetunion, die Eingliederung Chiles in den RGW und umfangreiche Subventionierungen erwarteten. Ebenso weit entfernt lag Moskaus Zielsetzung allerdings auch von westlichen Befürchtungen, die UdSSR verfolge konkrete militärstrategische Ziele.

Das Verhältnis der SED zur PS und Allende verbesserte sich mit Beginn der UP-Regierung, die 1971 einige Erfolge feiern konnte. Dass aber immer noch Vorbehalte gegenüber der PS bestanden, zeigte der Besuch von Außenminister Clodomiro Almeyda: „In den gesamten Darlegungen äußerte sich Minister Almeyda nicht zu Fragen der Beziehungen mit der DDR und auch nicht zu Problemen der BRD, Westberlin, der Brandt-Regierung, der sogenannten Ostpolitik usw., für die er in anderen Ländern wiederholt ein besonderes Interesse bekundet hatte [...]. In seinen Hinweisen über die Haltung ‚Westeuropas‘ im allgemeinen zeigten sich offenbar gewisse Illusionen bezüglich der Politik der Brandt-Regierung.“¹³²

¹²⁷ BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹²⁸ Im bis dahin erfolgreichsten Handelsjahr 1967 war ein Gesamtvolumen von 4,8 Mio. VM erzielt worden. Dieses Niveau wurde erst 1971 wieder erreicht (4,8 Mio. VM entsprechend ca. 0,01% des Gesamthandelsvolumens der DDR), 1972 erhöhte es sich auf 25 Mio. VM (0,05%), 1973 bis auf 101,2 Mio. VM (0,19%). BArch, DDR, DE2 / 21067, „Außenhandel der DDR nach Ländergruppen und Ländern“, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Außenhandel, Ausgabe 1976, o.O. [Berlin-Ost]. Angesichts dieser Zahlen bestehen Zweifel an Emmerlings hoher Gewichtung des Außenhandels für die Chile-Beziehungen. Vgl. Emmerling, DDR und Chile, S. 191 u. S. 482.

¹²⁹ Vgl. Joaquín Fernandois, Chile y el mundo 1970–1973. La política exterior del gobierno de la Unidad Popular y el sistema internacional, Santiago de Chile 1985, S. 356.

¹³⁰ PA/AA, MfAA, C3323, S. 233, Stellvertretender Minister Stibi an Geschäftsträger Fries, 22. 7. 1971.

¹³¹ Diese von Allende für die UdSSR verwendete Formulierung irritierte wegen ihrer orwellischen Anklänge; vgl. Fernandois, Chile y el mundo, S. 356 u. S. 366. Die kurze Regierungszeit Allendes erschwerte eine genaue Evaluierung der Zielvorstellungen der Sowjetunion in Chile.

¹³² BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 729, Bl. 10–16, Kurzinformation der AIV zum Treffen Almeyda-Winzer, 9. 6. 1971.

Ab Mitte 1972 geriet die ultrakeynesianische Politik Allendes zusehends in die Krise, innenpolitische Spannungen und gewalttätige Zusammenstöße nahmen ungebremst zu und zwischen den UP-Parteien taten sich tiefe Gräben auf. In einem Gespräch mit Hermann Axen im Juli 1972 resümierte der stellvertretende Generalsekretär der PC die „Kampfbedingungen in Chile [würden] mit jedem Tag komplizierter und schärfer“. Er betonte, dass sich durch die „teilweise ultralinke Politik [...] ein großer Teil der Mittelschichten und der Kleinbauern [...] von der Regierung [abwenden]“¹³³.

Die Bonner Erwartungen an die Regierung Allende waren ohnehin sehr begrenzt. Enteignungen bundesdeutscher Landbesitzer und Firmen verschlechterten das bilaterale Verhältnis. Der komplette Abbruch finanzieller Leistungen stand zwar nicht im Raum, jedoch wurde diskutiert, ob sie zukünftig beibehalten, ausgebaut oder reduziert werden sollten¹³⁴. In den Bundesministerien ergab sich hierzu ein uneinheitliches Meinungsbild. So wurden etwa die Hermesbürgschaften für Exporte nach Chile nach zunächst kompletter Streichung 1971 in Folge der Umschuldung 1972 auf Geschäfte bis 250.000 DM beschränkt¹³⁵. Vom BMZ weitergeführt wurden die laufenden Projekte der Entwicklungshilfe, drei neue Projekte der Kapitalhilfe in einem Volumen von knapp drei Millionen DM wurden 1971 und 1972 gebilligt und Bundesmittel für die kirchliche Entwicklungshilfe bereitgestellt¹³⁶. Allerdings wurden „fest eingeplante und informell in Aussicht gestellte Neuzusagen eingefroren“¹³⁷.

Wie war diese insgesamt gemäßigte Reaktion zu erklären? Zweifellos fand zwischen Bundeskanzleramt und BMZ eine Abwägung über deutlichere Sanktionen statt. Anhand der Quellen ist zu erkennen, dass das gewandelte Bild der Nord-Süd-Beziehungen der frühen 1970er Jahre, die sich abzeichnende Symbolhaftigkeit Chiles und die geringe strategische Bedeutung des Landes entscheidende Beiträge zur insgesamt permissiven Haltung der Bundesregierung waren. Die SPD-Linke hatte ein Interesse, die marxistische UP vor dem bundesdeutschen Publikum als reformorientiert und gemäßigt darzustellen, um so die Chile-Politik als kongruent mit den außenpolitischen Zielen der Bundesrepublik erscheinen zu

¹³³ Ebenda, DY 30 / J IV 2/2J / 4232, unpaginiert, AIV, „Information Nr. 90/72 für das Politbüro“, 31. 7. 1972.

¹³⁴ Die USA hatten zwar ihre Entwicklungshilfe gekürzt, bereits getätigte Kreditzusagen jedoch eingehalten; vgl. Rüdiger Marco Booz, „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1994, S. 148 ff.

¹³⁵ Wobei das BMWi mit dieser Maßnahme weniger auf die Anerkennung der DDR als auf die Devisenlage und die schlechten Investitionsbedingungen reagierte; AdsD, Bestand Hans Mathöfer, Nr. 052, unpaginiert, Brief MdB Harry Tallert an Hans Mathöfer, 15. 12. 1971; vgl. auch Carlos Barrenechea, Bundesrepublik und Chile. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Chile während der Regierungen Frei, Allende und Pinochet, Köln 1984, S. 141, S. 206 u. S. 216.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 141 f., und AdsD, Bestand Hans Mathöfer, Nr. 0400, unpaginiert, „Entwicklungswichtige Vorhaben der Kirchen, die aus Bundesmitteln gefördert werden“ [vermutlich 1975].

¹³⁷ Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006, S. 191 u. S. 260.

lassen. Neben Staatssekretär Sohn und seinem Dienstherrn Erhard Eppler, Minister im erstarkten BMZ zwischen 1968 und 1974, traten Vertreter des DED und besonders der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Hans Matthöfer, als Verteidiger der *Unidad Popular* in Erscheinung¹³⁸. Der neue Botschafter Lothar Lahn war der UP gegenüber zumindest offen eingestellt, weshalb sein Gegenpart Federico Klein sich von ihm einen ausgleichenden Einfluss auf das skeptische AA erhoffte¹³⁹. Trotz der offenkundigen ideologischen Diskrepanzen setzte sich somit an der Spitze der SPD eine neutrale bis leicht positive Haltung gegenüber der UP durch¹⁴⁰. Im AA war man Ende 1971 zu einem distanzierten *modus vivendi* gelangt, auch deshalb, weil nicht alle Befürchtungen, wie etwa jene einer Propagandaschlacht der DDR in Chile oder der Übernahme bundesdeutscher Einrichtungen, eingetroffen waren¹⁴¹. Dem chilenischen Botschafter gab das AA zur Auskunft, man gehe davon aus, dass die Beziehungen „korrekt und normal, jedoch nicht zwangsläufig freundschaftlich“ verlaufen würden¹⁴². Auch von chilenischer Seite war der ideologische Graben zwischen den Regierungen nur provisorisch aus Gründen der Nützlichkeit überbrückt worden¹⁴³.

Die letzten Monate der UP-Regierung ließen für beide deutsche Staaten die sinnvolle Gestaltung ihrer Beziehungen kaum noch zu, da sich die chaotische innenpolitische Situation immer weiter verschärfte und Allende vollauf beschäftigt war, diese zu kontrollieren. Die UP-Regierung hatte ihre Bitten um finanzielle Hilfe seit 1972 intensiviert. Der Dichter, Literaturnobelpreisträger und Kommunist Pablo Neruda beschrieb sein Land als ein „stilles Vietnam“¹⁴⁴, das dringend Hilfen in seinem Kampf gegen den westlichen Imperialismus benötige. Die wichtigsten

¹³⁸ Zur Aufwertung des BMZ ab Februar 1971 vgl. Erhard Eppler, *Wenig Zeit für die Dritte Welt*, Stuttgart u. a. 1971, S. 96 ff. Zum DED vgl. Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt*, S. 268 ff. Zu Matthöfers Begeisterung für Allende vgl. Fernandois, *Del malestar al entusiasmo*, S. 58, und Werner Abelshauser, *Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer*, Bonn 2009.

¹³⁹ Vgl. Fernandois, *Del malestar al entusiasmo*, S. 52.

¹⁴⁰ An dieser Unterstützung waren Zeitgeist und Linksruck innerhalb der SPD abzulesen. Bei den Jungsozialisten und dem der Partei nahestehenden DGB steigerte sie sich bis hin zu einer noch wenige Jahre früher undenkbarer Solidarisierung.

¹⁴¹ Vgl. Lothar Lahn, *Chile unter Allende. Persönliche Eindrücke und Erfahrungen aus meiner Botschafterzeit*, in: Titus Heydenreich, *Chile. Geschichte, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1990, S. 70, der die Haltung Brandts und Scheels gegenüber der UP als skeptisch, abwartend und kühl charakterisiert.

¹⁴² Die Bundesregierung müsse die Beziehungen so führen, dass das Verhalten der UP keine Vorbildfunktion entfalte. ARREE, *Embajada Alemania, 1971, Oficios Confidenciales*, unpaginiert, Bericht „Entrevista sostenida con secretario de Estado Paul Frank“, Confidencial No. 173/22, Botschafter Klein am MRE, 29. 4. 1971.

¹⁴³ Dem neuen Botschafter in Bonn wurde geraten, engen Kontakt zu Studentenorganisationen und den Jungsozialisten zu halten, sowie dem vermeintlich wachsenden Neonazismus nachzuspüren. ARREE, *Embajada Alemania, 1971, Oficios Confidenciales*, unpaginiert, „Instrucciones para el embajador de Chile en la República Federal de Alemania“, 17. 3. 1971.

¹⁴⁴ Aus einem Grußwort Nerudas zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Juli und August 1973 in Ost-Berlin, zit. nach Lateinamerika – Kontinent im Aufbruch. Horizont-Gespräch mit Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, in: *Horizont* (1973), Nr. 38, S. 3.

potentiellen Geber reagierten jedoch zurückhaltend. Im November 1972 besuchte PC-Generalsekretär Luis Corvalán die DDR, um bei Erich Honecker persönlich um weitere Unterstützung zu werben. Zwar versprach dieser, die Vorschläge zu prüfen¹⁴⁵, jedoch erfüllte sich weder der Wunsch nach einem Großkredit noch die Einführung des devisenneutralen Clearinghandels¹⁴⁶. Stattdessen half die DDR mit den so genannten Solidaritätslieferungen aus¹⁴⁷. Am 23. Oktober 1972 wurde eine erste Spende beschlossen¹⁴⁸, das Gros der Lieferungen erfolgte jedoch 1973. In einer Unterredung mit Corvalán bezeichnete Honecker die Funktion der Lieferungen als primär psychologisch, sie sollten „dazu beitragen [...] die Stimmung und das Feste [sic] Bewusstsein zugunsten der Unidad Popular unter den Menschen Chiles weiter zu festigen“¹⁴⁹. Am 25. Januar lief der Frachter „Ferdinand Freiligrath“ in den Hafen von Valparaíso ein, im Mai folgten weitere Spenden¹⁵⁰. Drei weitere Frachter mit insgesamt 8423 Tonnen „Solidaritätsgütern“ legten Ende August und Anfang September 1973 in chilenischen Häfen an¹⁵¹. Zur feierlichen Übergabe am 29. August kamen das Politbüro-Mitglied Erich Mückenberger und Botschafter Harry Spindler nach Valparaíso¹⁵². Letztlich hatten diese Maßnahmen jedoch keinen maßgeblichen Einfluss auf die Versorgungssituation. Angesichts der Tatsache, dass die UdSSR Chile 1973 – gemessen an ihrem finanziellen Engagement – schon weitgehend abgeschrieben hatte, kann nicht daran gezweifelt werden, dass auch Ost-Berlin um die verworrene Lage wusste. Die Solidaritätslieferungen waren dennoch keine Fehlinvestitionen: Die SED fand in der so genannten Solidaritätsbewegung zwar auch ein Instrument, um der UP-Regierung Hilfe zu leisten, vor allem aber war die staatlich gelenkte Chile-Solidarität

¹⁴⁵ BArch, SAPMO, DY 30 / IV 2/20 / 102, unpaginiert, Information für das Politbüro, 28. 11. 1972.

¹⁴⁶ Der enttäuschende Ausgang der Verhandlungen Allendes in Moskau (der Kredit über 20 Mio. USD blieb weit unter den Erwartungen) und Almeydas in Peking (es wurde lediglich ein zinsloser Kredit über 4,5 Millionen Rubel vergeben) sorgten für Frustration und Ernüchterung. Der ostdeutsche Kredit von fünf Millionen USD konnte das Gesamtbild nicht verbessern, er blieb weit hinter den erwarteten 35 Mio. USD zurück. BArch, DDR, DL 2 / 6289a, „Bericht über die Verhandlungen der Gemischten Kommission zum Handels- und WTZ-Abkommen DDR-Chile vom 29. 1. 1973–5. 2. 1973 in Santiago de Chile“.

¹⁴⁷ Anlass war die kritische Versorgungssituation, denn schon ab Mitte 1972 musste Chile wichtige Lebensmittel des täglichen Bedarfs importieren.

¹⁴⁸ Sie enthielt Konserven im Wert von 600.000 Mark. BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2J / 4365, Büro des Ministerrates, „Beschluss über eine Solidaritätsspende der DDR für die Republik Chile“, 23. 10. 1972.

¹⁴⁹ BArch, SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, S. 22, Protokoll einer Unterredung vom 27. 1. 1973.

¹⁵⁰ Vgl. Jürgen Schaich, Ein großer Tag in Valparaíso, in: Horizont (1973), Nr. 7, S. 10.

¹⁵¹ Bei der Ladung handelte es sich überwiegend um Lebensmittel sowie Medikamente. Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), Zentralstelle, MfS HA XIX, Nr. 2781, B. 12f., „Hochseehandelschiffe der DDR in den Hoheitsgewässern der Republik Chile“, 11. 9. 1973. Insgesamt lieferte die DDR Spenden im Wert von 42 Mio. VM nach Chile. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹⁵² Vgl. „Solidaritätssendungen der DDR an Chile übergeben“, in: Neues Deutschland vom 30. 8. 1973, S. 1.

eine öffentliche Geste von hohem propagandistischem Wert, die unabhängig vom Schicksal der UP sowohl der Außendarstellung nutzte als auch innenpolitisch wertvoll war, da die chilenische Revolutionsexotik auch kritische und politikferne Bevölkerungsteile der DDR erreichte. Für die UP konnten äußere Hilfen jedoch nichts mehr an der Lage ändern. Am 11. September 1973 putschten alle drei Waffengattungen und die Polizei gegen „die Regierung Allende, die Demokratie und die Herrschaft des Rechts“¹⁵³.

Pinochets Chile als Realität und „Glaubensartikel“

Wie schon die Spätphase der Regierung Allende, so stellte auch der Beginn der Pinochet-Diktatur für die DDR eine exzellente Möglichkeit dar, ihren Standpunkt auszudrücken und ihr Selbstbild demonstrativ in Szene zu setzen. So war die Aufnahme von etwa zweitausend chilenischen Sozialisten und Kommunisten neben solidarischer Verbundenheit zweifellos auch von taktischen Überlegungen motiviert¹⁵⁴. Im September 1973 konnte Ost-Berlin wenige Tage nach dem Eintritt in die Vereinten Nationen mit dem Abbruch der Beziehungen zu Santiago Entschlossenheit und die neu gewonnene Souveränität demonstrieren. Dass es sich dabei nicht um einen vollständigen Boykott handelte, illustriert die Fortführung der Handelsbeziehungen. So wurde dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Oktober 1973 lapidar mitgeteilt: „Nach dem Militärputsch in Chile wurde seitens der Regierung der DDR beschlossen, den Außenhandel [...] mit Chile weiterzuführen. Maßgeblich für die Entscheidung [...] war die Tatsache, dass die DDR mit mehreren ähnlich gelagerten Staaten Handelsbeziehungen unterhält; Chile für die Importversorgung der DDR mit wichtigen Rohstoffen eine besondere Rolle spielt [...]. Die Regierung der DDR hat entschieden, daß 8 Mitarbeiter des Ministeriums für Außenwirtschaft [...] als ständige Vertretung in Chile verbleiben...“¹⁵⁵

Pikanterweise erreichte der Handel zwischen der DDR und Chile seine höchsten Volumina in den Jahren 1973, 1974 und 1975¹⁵⁶. Da die Handelsbeziehungen, deren oberste Maxime es war, keine Devisenverluste zu erleiden¹⁵⁷, dem öffentlich gemachten Anspruch schärfster Gegnerschaft zur Pinochet-Diktatur diametral

¹⁵³ Alan Angell, *Chile de Alessandri a Pinochet. En busca de la utopía*, Santiago de Chile 1993, S. 85.

¹⁵⁴ Die DDR war Hauptaufnahmeland für chilenische Polit-Exilanten im Ostblock. Plausibel erscheint in diesem Zusammenhang die von dem damaligen PC-Mitglied und Autor José Rodríguez Elizondo vertretene These, man habe die relativ hoch entwickelte DDR deshalb gewählt, um den Exilanten ein möglichst positives Bild des real existierenden Sozialismus zu vermitteln. Zur selektiven Auswahl der Flüchtlinge vgl. Jost Maurin, *Die DDR als Asyl-land. Flüchtlinge aus Chile 1973–1989*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 814–831.

¹⁵⁵ BStU, Zentralarchiv, MfS HA XVIII, Nr. 7477, Bl. 2, „Handel der DDR mit Chile“, 25. 10. 1973.

¹⁵⁶ Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: *Statistisches Jahrbuch Außenhandel*, Ausgaben 1962, 1963, 1964, 1967, 1968, 1970, 1975, 1976 u. 1978. BArch, Bestand DDR, Sign. DE2 / 22370, 31240, 21067 u. 30329.

¹⁵⁷ BStU, Zentralarchiv, MfS HA XVIII, Nr. 7477, Bl. 4, „Handel der DDR mit Chile“, 25. 10. 1973.

widersprachen, wurde großer Wert auf deren Geheimhaltung gelegt. Erst der Druck der internationalen Berichterstattung ab Ende 1974 sorgte dafür, dass der Handel zeitweilig reduziert wurde¹⁵⁸. Eine Handelsvertretung der DDR blieb bestehen, wobei sich deren Personal auch in der Nachrichtenübermittlung zwischen den Linksparteien im Untergrund und den im Ostblock exilierten Parteispitzen betätigte¹⁵⁹.

In Ost-Berlin stellte man sich 1974 bald auf den langfristigen Verbleib der chilenischen Emigranten ein und schuf dazu politische und Verwaltungsstrukturen. Das „Büro Antifaschistisches Chile“ (*Chile Antifascista*) wurde als Anlaufstelle für die Emigranten in allen Fragen der „Eingliederung und Betreuung“ geschaffen, es diente gleichzeitig der politischen Beurteilung der Emigranten durch linientreue Chilenen und Agenten des MfS¹⁶⁰. Auch das Auslandssekretariat der PS und das Exekutivbüro der UP im Ausland hatten ihren Sitz in Ost-Berlin, weshalb die Spitzen des chilenischen Exils regelmäßige Gäste an der Spree waren¹⁶¹. Mit ihnen besprach die SED-Führung nicht nur Fragen der Bekämpfung der Junta – die Möglichkeiten dazu waren angesichts der Stabilität des Pinochet-Regimes begrenzt. Thema intensiver Diskussionen waren insbesondere die Brüche, die innerhalb der PS nach dem Fehlschlag des „chilenischen Wegs zum Sozialismus“ entstanden, wobei die SED die Situation zur Beeinflussung des zukünftigen Kurses der Sozialisten zu nutzen suchte. Sie stellte sich hinter den marxistisch-leninistischen Flügel um den ehemaligen Außenminister Almeyda, indem sie ihn gegen seinen Konkurrenten Carlos Altamirano verteidigte, Almeyda die Inhalte vertraulicher Gespräche Honeckers mit Altamirano zukommen ließ und ab 1977 nur noch den Almeyda-Flügel finanziell unterstützte¹⁶².

Auswirkungen hatten die Diskussionen zwischen Honecker und den Parteispitzen der UP auch für die Strategie des Ostblocks gegenüber der Dritten Welt: Mittelfristig bewirkten die Ereignisse in Chile ein Umdenken in der Frage revolutionärer Gewalt, was sich entscheidend auf die spätere Unterstützung militanter Gruppen auswirken sollte¹⁶³. In Gesprächen mit exilierten Spitzenpolitikern

¹⁵⁸ Laut Emmerling, DDR und Chile, S.299, wurden in den 1980er Jahren durch die „Kommerzielle Koordinierung“ der DDR erneut umfangreiche Kupferexporte aus Chile durchgeführt.

¹⁵⁹ Wie noch genauer auszuwertende Akten der BStU belegen, wurden wenigstens zwischen 1975 und 1980 durch den MfS und andere Dienste des Ostblocks in Chile solche Verbindungen aufrechterhalten.

¹⁶⁰ BStU, MfS HA II / 19, Nr. 14298, Bl. 199, und Maurin, Die DDR als Asylland, S.829f.

¹⁶¹ BStU, Zentralstelle, MfS HA II, Nr. 28986, Bl. 7, „Haupt Gesichtspunkte für die politisch-operative Arbeit auf dem Gebiet des Schutzes, der Sicherung und der abwehrmäßigen Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration“, 15. 4. 1977.

¹⁶² Dufner, Chile, S.93. Die Spannungen innerhalb der PS führten im April 1979 zur Spaltung der Partei und zum Ausschluss Altamiranos.

¹⁶³ Es ist anzunehmen, dass Moskau entscheidend an diesen Diskussionen beteiligt war, was jedoch anhand der DDR-Quellen noch nicht vollends geklärt werden kann. Die Entwicklung des Ostblocks hin zur Förderung des bewaffneten Kampfs fand ihre praktische Umsetzung und ihren Höhepunkt in den mittelamerikanischen Konflikten der 1980er Jahre. Vgl. Brands, *Latin America's Cold War*, S. 181 ff.

räumte Honecker ein, dass „bestimmte Einsichten und Maßnahmen zur bewaffneten Abwehr der Konterrevolution zu spät“¹⁶⁴ gekommen seien. Mit Chile seien „wertvolle Lehren für die Bewegungen auch in den anderen kapitalistischen Ländern verbunden. [...] Die Notwendigkeit der Gewalt der Bourgeoisie zu begegnen, stellt der revolutionären Bewegung die Aufgabe, sowohl einen friedlichen als auch einen nichtfriedlichen Weg zum Sozialismus ins Auge zu fassen.“¹⁶⁵

Militärische Aktionen wurden in Folge des 11. Septembers 1973 als eine „spezifische Kampfform in der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfes“¹⁶⁶ in Betracht gezogen. Bald richteten Exilchilenen Bitten an die SED, an der Ausbildung von Kämpfern mitzuwirken, diese scheint zunächst aber schwerpunktmäßig in Kuba und der UdSSR geleistet worden zu sein¹⁶⁷. Bereits kurz nach dem Putsch wurde in der DDR die ideologische und militärtheoretische Ausbildung chilenischer Sozialisten und Kommunisten durchgeführt¹⁶⁸. Obwohl die Quellenlage sehr schlecht ist¹⁶⁹, existiert jedoch zumindest für 1989 noch ein Nachweis für die militärische Ausbildung chilenischer Kämpfer in der DDR¹⁷⁰.

In der Bundesrepublik erzeugte der Putsch ein großes Echo, sowohl in den Medien, in der Solidaritätsbewegung und bis in die höchsten Ebenen der Politik. Chile wurde in kürzester Zeit von einem Thema eines relativ begrenzten Kreises von Spezialisten in Politik, Wirtschaft, und Entwicklungsfragen würden zu einem Subjekt breiten öffentlichen Interesses, aber auch zu einer instrumentalisierten

¹⁶⁴ BArch, SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, S.112, Einschätzung der AIV „zur Lage in Chile“, 28. 11. 1973.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Wolfgang Baatz, Zur Rolle militärischer Gewalt bei Sicherung der Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien, in: Afrika, Asien, Lateinamerika, 2/1976, S. 209–222, hier S. 210.

¹⁶⁷ Chilenische Kommunisten teilten der SED im Oktober 1973 mit, dass der Wunsch bestehe, einige „vertrauenswürdig[e] Genossen [...] in der nächsten Zeit mit Unterstützung der entsprechenden Stellen der sozialistischen Länder militärisch“ auszubilden. BArch, SAPMO, DY 30 / JIV/2 / 2J / 4947, Information Nr. 64/73 für das Politbüro, 12. 10. 1973. Im November kamen das ZK-Mitglied Markowski und der stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Kuskow, überein, man solle eine „reale Massenbasis für Aktionen im Lande selbst schaffen, auf deren Grundlage die Bildung von Kampfabteilungen möglich ist.“ BArch SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, Bl. 62, „Bericht über Konsultation mit der KPdSU zur Gegenwärtigen Lage in Chile“, AIV, 21. 11. 1973.

¹⁶⁸ Diese fanden in der „Sonderschule beim ZK der SED“ im brandenburgischen Kleinmachnow statt.

¹⁶⁹ Laut Auskunft der BStU wurden die Unterlagen der für die so genannte „Spezialausbildung“ zuständigen Abteilung XXII des MfS 1989 weitgehend vernichtet.

¹⁷⁰ Ein Dokument der HA XXII vom 4. 8. 1989 erwähnt einen „Lehrgang zur Ausbildung von Führungskadern der SP Chile für den illegalen bewaffneten Kampf“ mit 14 Teilnehmern von März bis Juni 1989, in: BStU, MfS – HA XXII, Nr. 5541/9, Anlage 7, „Stellvertreter des Leiters für militärisch-operative Terrorabwehr“, „Einschätzung [...] zur Erfüllung der Plan- und Kampfaufgaben“. Am 7. 9. 1986 fand in Chile das bis dahin professionellste Attentat gegen Pinochet statt, dem der Diktator nur knapp entkam. Ob dabei auch in der DDR geschulte Kräfte zum Einsatz kamen, ist jedoch unklar.

Projektionsfläche politischer Konflikte¹⁷¹. In den ersten Tagen nach dem Putsch dominierten in den deutschen Parteien noch Äußerungen, die zwar den Tod Allendes bedauerten, jedoch zugleich Erleichterung über das Ende einer als unfähig bis gefährlich begriffenen Regierung und Verständnis für ihre Absetzung äußerten¹⁷². Dieser Linie schlossen sich nicht nur konservative Medien und Unionspolitiker sondern auch Vertreter der FDP und des rechten Flügels der SPD an¹⁷³. Dahinter stand auch die Annahme, es in Chile mit einer kurzzeitigen und apolitischen Militärherrschaft zu tun zu haben.

Als prägnantes Beispiel für den schlagartigen Wandel Chiles vom Spezialisten zum Massenthema, die moralische Empörung wie auch dessen Instrumentalisierung in und für die Bundespolitik kann die Reaktion auf den Besuch Bruno Hecks in Santiago gelten. Im Oktober 1973 besuchte der CDU-Generalsekretär und Leiter der KAS das Land. Nach politischen Gesprächen und einem Besuch im Nationalstadion äußerte er sich zur Lage der dort eingesperrten Gefangenen: Die Verpflegung sei „eintönig“, die Unterbringung „ausgesprochen schlecht“, jedoch würden die Insassen „ordentlich behandelt“, Vergleiche mit „KZ-Verhältnissen in Hitler-Deutschland“ seien daher unangemessen. Bei kaltem Wetter sei das Leben im Stadion „unerträglich und scheußlich“, bei „sonnigem Wetter“ jedoch „recht angenehm“¹⁷⁴. Diese letzte Anmerkung verfehlte ihre Wirkung nicht und eine Welle der Empörung ergoss sich über Heck. Konnte man Heck für seinen illusionären Glauben an die Rechtstreue der Junta und sein Wohlwollen für das

¹⁷¹ Dies illustrieren auch die sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den prominent beteiligten K-Gruppen. Vgl. Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg, in: Peter Imbusch/Dirk Messner/Detlef Nolte (Hrsg.), *Chile heute. Politik. Wissenschaft. Kultur*, Frankfurt a. M. 2004, S. 837–857.

¹⁷² SPD und CDU stützten sich dabei auf die Urteile der Vertreter „ihrer“ Stiftungen vor Ort. Die ökonomische, soziale und innenpolitische Krise Chiles vor dem Putsch war derart eskaliert, dass dem Militär die Macht tatsächlich fast „in die Arme fiel“ und breite Bevölkerungsschichten dies anfänglich guthießen. Vgl. Carlos Huneeus, *El Régimen de Pinochet*, Santiago de Chile 2002, S. 79–87.

¹⁷³ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte durch ihren Vorsitzenden Karl Carstens, der Tod Allendes sei ein „tragisches Symbol“ für die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie. Bundeskanzler Brandt bekundete sein Mitgefühl angesichts der Vorgänge in Chile und äußerte, er hoffe auf eine baldige Rückkehr zur Demokratie. ARREE, Embajada RFA, 1973, Oficios Ordinarios, Recibidos, unpaginiert, Bericht „El golpe de estado en Chile en los medios políticos y de comunicaciones de la RFA“, Geschäftsträger Pablo Valdés an MRE, 21.9.1973. Kritik an der positiven Bewertung der Regierung Allende in Teilen der SPD äußerte unter anderem SPD-MdB Friedrich Beermann. Er verwies auf das Votum des chilenischen Parlaments gegen Allende vom August 1973. AdsD, Bestand Bruno Friedrich, 1/BF AA001189, unpaginiert, Beermann an MdB Bruno Friedrich, 24.9.1974, Anlage 5. Der Propst der evangelischen Kirche in Chile und spätere Diktaturgegner Frenz (1933–2011) äußerte sich zunächst ebenfalls positiv über den Putsch. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Bestand EKD, Sign. EZA 2/17611, Bericht Helmut Frenz vom 15. September. Später meinte Frenz bedauernd, die Angst vor dem Bürgerkrieg habe ihn zu seiner „äußerst reaktionären“ Meinungsäußerung bewogen. Interview des Autors mit Helmut Frenz, Santiago de Chile, 27.5.2009.

¹⁷⁴ ACDP, Bestand Bruno Heck, Sign. 01-022, Faszikel 025/2, unpaginiert, DPA-Meldung [138/133], „Heck [...] Gespräche mit Stadion-Häftlingen“, 17.10.1973.

Vorgehen der Militärs kritisieren, so war doch der Vorwurf, er habe die Menschenrechtsverletzungen pauschal gutheißen wollen, schwerlich haltbar. Auf beiden Seiten wurden in der polarisierten Diskussion jedoch sachliche Argumente über den Hergang des Putsches kaum noch gehört, stattdessen Chile zum Sinnbild erhoben: Vertreter der SPD-Linken argumentierten, die Bundeswehr berge in sich ein ähnliches Putschpotential¹⁷⁵. Die Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul zog Parallelen zur Bundesrepublik, wo angeblich zur Verhinderung „sozialistischer Veränderungen“ der „Einsatz von Bundeswehr gegen Arbeiter [...] bereits geprobt“ werde¹⁷⁶. Gemessen an den Äußerungen aus dem Spektrum der Chile-Solidaritätsbewegung und insbesondere der beteiligten K-Gruppen waren dies noch moderate Töne. Aus Sicht der Junta beobachtete zu Beginn des Jahres 1974 die Kulturattachée und spätere Botschafterin in Bonn, Lucía Gevert, vorausschauend folgende Situation: „Das negative Bild, das die Presse [...] in den ersten Tagen des Septembers [1973] in der öffentlichen Meinung erzeugt hat, wird sehr schwierig zu tilgen sein. Der Eindruck war machtvoll und jetzt hat sich bei dem Thema eine Art von Erschöpfung ergeben [...]. Unter diesen Umständen wird es schwierig sein, das negative Chile-Bild zu löschen, denn das Interesse für das was dort passiert, hat nachgelassen.“¹⁷⁷

Erwähnt werden sollte, dass in der bundesdeutschen Diskussion auch die DDR eine gewisse Rolle spielte. Aus Sicht der SED ergab sich die günstige Situation, dass die in der DDR staatstragende Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik eine staatskritische Bewegung war, weshalb man sie nach Kräften förderte¹⁷⁸. Ein Beispiel hierfür waren die „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ 1976, die maßgeblich durch die SED organisiert und finanziert wurden, um – mit dem Starjuristen Friedrich Karl Kaul und anderen DDR-Experten bestückt – den ‚faschistischen‘ Charakter der chilenischen Diktatur sowie die vermeintliche Komplizenschaft und Wesensverwandtschaft der Bundesrepublik nachzuweisen¹⁷⁹. Auch wirkte die gegen die Junta gerichtete Kampa-

¹⁷⁵ Vgl. Jakob Moneta/Erwin Horn/Karl-Heinz Hansen (Hrsg.), *Bundeswehr in der Demokratie – Macht ohne Kontrolle?*, Frankfurt a. M./Köln 1974; Lutz Mez, *Schlußfolgerungen aus dem Putsch in Chile für westdeutsche Verbände und Parteien*, in: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. V (1976), S. 116–126.

¹⁷⁶ AdsD, Bestand Hans-Jürgen Wischnewski, Sign. 600, unpaginiert, Heidemarie Wieczorek-Zeul, ...Chile steht nicht allein, in: *Der Sozialdemokrat. Mitteilungen der Jungsozialisten*, Aufzeichnung einer Rede in Frankfurt a. M. am 15.9.1973.

¹⁷⁷ ARREE, Embajada RFA, 1974, *Oficios Confidenciales.*, unpaginiert, Bericht „Respuesta resutalex 231“, Geschäftsträger Valdés an MRE, 4.1.1974.

¹⁷⁸ Vgl. insbesondere Hans-Werner Bartsch (Hrsg.), *Chile. Ein Schwarzbuch*, Köln 1974, welches verdeckt subventioniert und mit Bildmaterial unterstützt worden war. Weiter wurde die SED-spezifische Chile-Darstellung intensiv über die MfS-finanzierte Zeitschrift „Konkret“, den Berliner „Extra-Dienst“ und die ebenfalls in West-Berlin erscheinende Schrift „Chile combatiente“ in den Westen transportiert. Vgl. ARREE, Embajada Alemania, 1975, *Oficios y Aerogramas Ordinarios*, unpaginiert, Brief „Envío de ‚Chile combatiente‘“, Botschafter Irrarázaval an MRE, 26.3.1975.

¹⁷⁹ Vgl. BArch, SAPMO, DY 30 / IV B 2/20 / 439, Bd. 4, S.14–17. Dokument des ZK, „Faktenmaterial zur Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk in der DDR“ [ohne Datum, 1976].

gne der Ostblockstaaten in den Vereinten Nationen gegen Bonn¹⁸⁰. Die Bundesrepublik sah sich hier dem Dilemma ausgesetzt, die Menschenrechte in Chile einerseits nicht den sozialistischen Staaten zu überlassen, andererseits sich jedoch auch nicht vor deren Karren spannen zu lassen.

Auch konservativ gewendet konnte Chile als politischer „Glaubensartikel“¹⁸¹ gebraucht werden, etwa durch und rund um den Chile-Besuch Franz Josef Strauß‘ 1977, der den designierten bayerischen Ministerpräsidenten auch zu Augusto Pinochet führte¹⁸². Die kalkulierte und mehrheitlich negative Reaktion auf Strauß‘ Reise, so der CSU-Vorstand, „beweise eine für die deutsche Politik lebensgefährliche Blindheit auf dem linken Auge“¹⁸³. Die Reise schärfte Strauß‘ Profil nicht nur in der Bundespolitik sondern auch gegenüber seinem Konkurrenten Helmut Kohl. All diese Beispiele illustrieren den dichotomischen und verhärteten Charakter der Diskussionen über Chile, der den Blick für echte Handlungsspielräume verdeckte und das Thema zu einer Projektionsfläche für unzählige Profilierungen und sachfremde Instrumentalisierungen werden ließ.

Über diese verzerrte Wahrnehmung sollte die tatsächlichen Dimension der Beziehungen nach 1973 nicht vergessen werden, etwa dass in der Bundesrepublik um die 4000 Chilenen Aufnahme fanden¹⁸⁴. Wie ehemalige chilenische Oppositionspolitiker betonen, spielte während der Diktatur die Unterstützung durch die bundesdeutschen politischen Stiftungen eine sehr bedeutsame Rolle für den Erhalt und die programmatische Erneuerung ihrer Parteien¹⁸⁵. Die zwischenstaatlichen Beziehungen jedoch verödeten: Das öffentliche Bild der Pinochet-Diktatur als Pariah der Weltgemeinschaft verfestigte sich in der Weise, wie Gevert dies prognostiziert hatte, und führte dazu, dass die Bundesregierung sich für jegliche Kontakte rechtfertigen musste. Nachdem die sozialliberalen Koalitionsparteien den anfangs diskutierten Abbruch der diplomatischen Beziehungen verworfen hatten, konzentrierte sich die Diskussion auf Fragen der Umschuldung, der Kreditvergabe und der Entwicklungshilfe. Eppler und Matthöfer vertraten die Position, sämtliche Finanzbeziehungen zu kappen, was das AA ablehnte¹⁸⁶. Auf Initiati-

¹⁸⁰ Vgl. Moses Moskowitz, *The Roots and Reaches of United Nations Actions and Decisions*, Alphen/Rockville 1980, Kapitel IV.

¹⁸¹ Vgl. Anton Sterzl, *Glaubensartikel Chile*, in: *Bonner Rundschau* vom 9. 12. 1977.

¹⁸² Die Auseinandersetzung um Chile fand auch als Machtkampf innerhalb der Unionsparteien statt; Archiv für Christlich-Soziale Politik (künftig: ACSP), NL Strauß, Sign. PV/10076, Strauß an Kohl, 9. 10. 1973.

¹⁸³ „CSU will mit ‚erfolglosen Tabus‘ brechen. Gegen einseitige Festlegung auf CDU-Kanzlerkandidaten/ Beifall für Chile-Reise“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 12. 1977.

¹⁸⁴ Vgl. Irmtrud Wojak/Pedro Holz, *Chilenische Exilanten in der Bundesrepublik Deutschland (1973–1989)*, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), *Exile im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 175.

¹⁸⁵ So etwa für die KAS; vgl. Patricio Aylwin Azócar, *El reencuentro de los demócratas. Del golpe al triunfo del No*, Santiago de Chile u. a. 1998, S. 31 ff. u. S. 92 f., für die FES vgl. Andreas Wille u. a., *Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in wichtigen Schwellenländern. Chile, Indien, Südafrika*, Bonn 2009, S. 26 ff.

¹⁸⁶ Diese Position war angreifbar, da sie an den Beginn der UP erinnerte, in der beide den unpolitischen Charakter der Finanzbeziehungen besonders betont hatten. AdsD, Bestand

ve des BMZ wurde eine Woche vor dem Putsch eine vertraglich zugesagte Kredittranche in Höhe von 21,1 Mio. DM auf Eis gelegt. Im AA bezweifelte man, dass der Kredit tatsächlich, wie vom BMZ behauptet, an die Beendigung der Umschuldungsverhandlungen 1974 gebunden sei, zumal sich das BMZ auch nach der Beendigung der umstrittenen Umschuldungsverhandlungen weigerte, die Gelder auszuzahlen¹⁸⁷. Die letzte Auszahlung und leichte Bremsung der schärfsten Junta-Gegner bedeutete aber nicht, dass die Finanzbeziehungen das vorherige Maß zurückerlangen sollten. So unterrichtete Ministerialdirektor Lahn den chilenischen Botschafter im Juni 1975, dass auch nach der erfolgreichen Beendigung der Umschuldungsverhandlungen keine neuen Kredite angedacht seien¹⁸⁸. Im AA war man unzufrieden über die mittlerweile quasi eingefrorenen Beziehungen und versuchte vergeblich, die Politik der „doppelten Standards“ zu durchbrechen¹⁸⁹. Der zuständige Ministerialdirektor bemängelte noch im August 1979, die Beziehungen befänden sich seit 1973 „auf einem künstlich gedrosselten Niveau“. Das Land sei Opfer einer maßlosen „generellen Verurteilung“. Angesichts der verbesserten innenpolitischen Lage solle daher – insbesondere im Bereich der Wirtschaft und der Entwicklungshilfe, die der Bevölkerung zu Gute komme – „schrittweise und behutsam“ die bisher „restriktive Haltung“ gelockert werden, auch da man so den „liberalen Kräften Hilfestellung“ geben könne¹⁹⁰. Die Ministerien konnten sich jedoch nicht auf eine gemeinsame Position gegenüber Santiago verständigen. Im Schatten dieses Stillstandes wucherten statt dessen unerfreulicher Dogmatismus ebenso wie unselige Kumpaneien bundesdeutscher Botschafter mit der Pinochet-Diktatur¹⁹¹.

Hans Matthöfer, Sign. 133, unpaginiert; Interview Matthöfers mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 17. 10. 1973.

¹⁸⁷ PA/AA, Zwischenarchiv / 100594, unpaginiert, Brief „Chile-Kapitalhilfe“, VLR Schönfeld, AA, an MD Fischer, Bundeskanzleramt, 25. 10. 1974.

¹⁸⁸ Stattdessen präsentierte er die neue entwicklungspolitische Linie der Bundesregierung, die sich auf die Hilfe einiger weniger Entwicklungsländer konzentrieren sollte, die entweder politisch besonders bedeutsam oder aber besonders arm waren. ARREE, Embajada Alemania, 1975, Oficios reservados, unpaginiert, Bericht „Entrevista con Director Político Dr. Lothar Lahn“, Botschafter Irrarázaval an MRE, 5. 6. 1975. In dem Gespräch erklärte Lahn, die Bundesregierung sehe ein mündliches Versprechen über die 45 Mio. DM Kapitalhilfe als nicht rechtlich bindend an.

¹⁸⁹ Gespräch Genschers mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, 11. 5. 1979, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1979, bearb. von Michael Ploetz und Tim Szatkowski, München 2010, hier Bd. 1, Dok. 131, S. 594.

¹⁹⁰ Aufzeichnung des MD Meyer-Landrut, 10. 8. 1979, in: AAPD 1979, hier Bd. 2, Dok. 222, S. 1066–1072, Zitate S. 1066, S. 1071 u. S. 1072.

¹⁹¹ Vgl. Dieter Maier, „Äußerste Zurückhaltung“ – die Colonia Dignidad und die deutsche Diplomatie 1961–1978. Eine Akteneinsicht im Auswärtigen Amt Berlin, online unter: <http://www.menschenrechte.org/lang/de/lateinamerika/colonia-dignidad-deutsche-diplomatie> [31. 3. 2012], passim.

Fazit

Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Chile während der 1960er und 1970er Jahre waren intensiv, vielgestaltig und dynamisch, wobei viele der außerhalb der bilateralen politischen Ebene liegende Kontakte hier nur angedeutet werden konnten. Die 1960er Jahre waren dabei gekennzeichnet durch die Infragestellung der zuvor unangefochtenen Dominanz der Bundesrepublik und durch die Politisierung der bis dahin quasi unumstrittenen Beziehung – eine Tendenz, die die DDR durch vielfältige Kontakte indirekt unterstützen konnte. Insbesondere die sich paradigmatisch voneinander abgrenzenden chilenischen Regierungen unter Frei, Allende und Pinochet forderten die beiden deutschen Staaten in sehr unterschiedlicher Weise heraus, wobei die Regierungen Frei und Allende besonders von den deutschen Exponenten des Systemkonflikts profitierten: Die Bundesrepublik und die DDR wirkten jeweils prominent an der Förderung der christdemokratischen „Revolution in Freiheit“ beziehungsweise Allendes „chilenischen Weg zum Sozialismus“ mit. Angesichts der aufgewandten Ressourcen wie auch der längerfristigen Folgen der Beziehungen muss Chile daher als ein Schwerpunkt in den Lateinamerikabeziehungen Bonns wie Ost-Berlins angesehen werden.

Hinsichtlich der – ohnehin anzuzweifelnden – Möglichkeit zur Beeinflussung von Entwicklungspfaden von außen waren beide deutsche Staaten sicher nicht entscheidend für das Schicksal Chiles. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR mussten mit Bedauern erkennen, dass ihre wie auch die Möglichkeiten ihrer jeweiligen internationalen Partner zu entscheidender Einflussnahme begrenzt waren, was letztlich die These der neueren Forschungen zum Kalten Krieg bestätigt, die den lokalen politischen Kräften in den Entwicklungsländern selbst entscheidende Bedeutung beimessen. Dennoch verdienen die eigenständigen Ansätze beider deutscher Staaten gegenüber Chile eine differenzierte Betrachtung jenseits eines reinen „Vasallentums“ in ihren jeweiligen Blöcken.

Die Beziehungen während der Spätphase der Regierung Allende und der Diktaturzeit waren in beiden deutschen Staaten von Sichtweisen beeinflusst, die bis heute unser Bild von Chile und den Beziehungen prägen. Die Erfahrungen des Jahres 1973 als historischem Fluchtpunkt verdeckten dabei oft die Intensität und Vielfältigkeit politischer Beziehungen, die zwischen den beiden deutschen Staaten und Chile vor dem Putsch wie auch nach dem Abklingen der ersten Empörung über die Diktatur herrschten und die für den Andenstaat und seine Politiker bis heute Bedeutung haben.

■ Theodor Eschenburg ist nicht der erste IfZ-Repräsentant, der wegen seiner Vergangenheit in die Kritik geriet; vor ihm standen bereits Martin Broszat und Hans Rothfels im Zentrum leidenschaftlicher Debatten. Das Institut für Zeitgeschichte bemüht sich seit langem um einen offenen Umgang mit solchen „Fällen“. Hans Woller und Jürgen Zarusky, die beiden hauptverantwortlichen Redakteure der Vierteljahrshefte, nehmen deshalb den jüngst publizierten Beitrag von Udo Wengst über Eschenburg genau unter die Lupe. Ihr Appell für eine kritische Revision der alten Eschenburg-Bilder ist zugleich ein Plädoyer für ein umfassendes Forschungsprojekt zur Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte. ■

Hans Woller und Jürgen Zarusky

Der „Fall Theodor Eschenburg“ und das Institut für Zeitgeschichte

Offene Fragen und neue Perspektiven

Theodor Eschenburg (1904–1999), einer der großen Intellektuellen der alten Bundesrepublik, wird seit 2011 von seiner Vergangenheit eingeholt. Damit ist – neben Hans Rothfels (1891–1976) – auch der zweite Gründervater und langjährige Herausgeber der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ins Gerede gekommen – mit den üblichen Begleiterscheinungen eines zuweilen sogar giftigen Behauptungs- und Deutungsstreits, die der Urteilsbildung kaum dienlich sind. Udo Wengst, der frühere stellvertretende Direktor des IfZ und zukünftige Biograf Eschenburgs, versuchte im Juliheft, Klarheit zu schaffen. Er warf dabei aber so viele Fragen auf, dass sein Beitrag nicht unbeantwortet bleiben kann. Schließlich berühren diese Fragen die Geschichte der Vierteljahrshefte und des Instituts für Zeitgeschichte, deren Glaubwürdigkeit tangiert wäre, wenn sie sich einer kritischen Debatte ihrer Vergangenheit verschließen würden¹.

Von Rothfels zu Eschenburg

Diese Debatte ist nicht neu, sie hat eine längere Geschichte, in der die Diskussion über Hans Rothfels eine gewisse Wende markiert. Als der eigentliche Macher der VfZ um 2000 wegen seiner nationalistischen und antidemokratischen Haltung in der Weimarer Republik in die Kritik geriet, war es nicht ganz leicht, seine Biografie in den VfZ, in „seiner“ Zeitschrift also², zum Gegenstand einer kritischen Debatte zu machen und 2003 in den Mittelpunkt einer wissenschaftlichen Tagung

¹ Vgl. Udo Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“. Zum Problem der historischen Urteilsbildung, in: VfZ 61 (2013), S. 411–440.

² Zu den Vierteljahrsheften vgl. Hermann Graml/Hans Woller, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: VfZ 51 (2003), S. 51–87.

zu rücken³. Wie denn auch? Einige Kollegen kannten Rothfels noch persönlich und bewunderten ihn. Andere waren mit seinem Mythos aufgewachsen und dachten nicht im entferntesten daran, die Integrität des jüdischen Emigranten und Remigranten in Zweifel zu ziehen. Für fast alle aber war klar: Hans Rothfels stand für die Gründung der deutschen Zeitgeschichte aus dem Geist der Vergangenheitsbewältigung, für ihre internationale Rehabilitierung und nicht zuletzt für die Erfolgsgeschichte des IfZ, die – wie er selbst – nun plötzlich auf dem Prüfstand war. Die Studien, die Rothfels und die Frühgeschichte des Instituts in einem kritischen, manchmal auch schiefen Licht zeigten⁴, sorgten in der Leonrodstraße für beträchtliche Irritationen. Die Abwehrreaktion der ersten Stunde wich aber dann doch rasch der Einsicht, dass man sich nicht taub stellen durfte, und schließlich der Entschlossenheit, die eigene Geschichte unter die Lupe zu nehmen, sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen seien.

Die Rothfels-Tagung von 2003 war der erste Schritt, weitere ließen nicht allzu lange auf sich warten. Zu nennen ist hier die kritische Durchleuchtung des großen Institutsprojekts zur deutschen Justiz im Nationalsozialismus, das unter keinem guten Stern stand. Es resultierte nicht primär aus eigenem Bedürfnis nach Aufklärung, sondern war vielmehr eine Antwort auf die „Blutrichter“-Kampagnen der DDR. Seine Durchführung lag in den Händen von Juristen, die in der NS-Zeit zum Teil selbst im Justizapparat gearbeitet hatten⁵. Projektleiter war Hermann Weinkauff, ein früherer Reichsgerichtsrat⁶, einer der Autoren Walter Wagner, der 1935 für drei Monate bei der Anklagebehörde des Volksgerichtshofes tätig gewesen war – am selben Gericht, über das er nun ein Buch verfasste, das zum Grund-

³ Vgl. Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000; Heinrich August Winkler, Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“, in: VfZ 49 (2001), S. 643–652; Ingo Haar, Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler, in: Ebenda 50 (2002), S. 497–505; Heinrich August Winkler, Geschichtswissenschaft oder Geschichtsklitterung? Ingo Haar und Hans Rothfels: Eine Erwiderung, in: Ebenda 50 (2002), S. 635–652; Johannes Hürter/Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

⁴ Vgl. vor allem Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003; Sebastian Conrad, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960, Göttingen 1999, S. 220–232.

⁵ Eine „starke Tendenz zur Selbstrechtfertigung in den Forschungen“ sei aus diesem Grund „unvermeidlich“ gewesen, schrieb schon 1980 nicht ausschließlich mit Blick auf das IfZ-Projekt der Rechtshistoriker Hans Hattenhauer im Vorwort zu dem IfZ-Kolloquienband „NS-Recht in historischer Perspektive“, München 1981, S. 7–10, hier S. 7.

⁶ Zu Weinkauff vgl. Daniel Herbe, Hermann Weinkauff (1894–1981). Der erste Präsident des Bundesgerichtshofs, Tübingen 2008; zu seiner Rolle am Reichsgericht: Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Der Bundesgerichtshof – Justiz in Deutschland –, Berlin 2005, S. 36–74; kritisch zu Weinkauffs Justizstudie: Claudia Fröhlich, Restauration. Zur (Un-)Tauglichkeit eines Erklärungsansatzes westdeutscher Demokratiegeschichte im Kontext der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in: Stephan Alexander Glienke/Volker Paulmann/Joachim Perels (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 17–46, hier S. 36 f.

lagenwerk wurde und 2011 wegen seiner beeindruckenden dokumentarischen Basis eine Neuauflage erfuhr, obwohl es durchaus seine spezifischen Blindstellen hat⁷. Der Band über die Militärjustiz aus der Feder des einstigen Luftwaffenrichters Otto Peter Schweling fiel so apologetisch aus, dass er nach langem Hin und Her vom wissenschaftlichen Beirat des IfZ abgelehnt wurde⁸.

Von der Selbstprüfung war auch Martin Broszat nicht ausgenommen. Er geriet 2003 in die Schlagzeilen, weil er seit Anfang 1944 in der NSDAP-Mitgliederkartei geführt wurde⁹, und man warf ihm in den letzten Jahren – wiederholt und nicht grundlos – mangelndes Verständnis für die Verfolgtenperspektive bei der Erforschung des Nationalsozialismus vor¹⁰. Broszats Pionierleistungen sind unbestreitbar¹¹, es gibt aber auch in seinem Fall Ambivalenzen, die im IfZ diskutiert wurden und noch immer werden. Die Historisierung der Institutsarbeit hat schließlich in ganz erheblichem Maße von der Verzeichnung und Öffnung des Hausarchivs profitiert, das seit 2002 von jedermann konsultiert werden kann, auch wenn noch nicht alle Bestände gleichermaßen erschlossen sind.

Insgesamt scheint auch das Institut für Zeitgeschichte einem Verlaufsmuster zu folgen, das seit mehr als einem Jahrzehnt überall dort zu beobachten ist, wo NS-Belastungen und personelle Verfehlungen zu konstatieren sind bzw. vermutet werden: eine lange Zeit der Ignoranz, dann reflexhafte Abwehr, wenn erste Verdachtsmomente auftauchen, hierauf zögerliche, mit viel Wenn und Aber verbundene Akzeptanz und schließlich die Bereitschaft, sich den Vorwürfen zu stellen und an ihrer Aufarbeitung mitzuwirken, wobei diese Bereitschaft sich meist erst dann einstellt, wenn mit persönlichen Betroffenheiten nicht mehr zu rechnen ist. Das Institut für Zeitgeschichte entstand ja keineswegs aus dem Nichts, es befand

⁷ Vgl. Jürgen Zarusky, Walter Wagners Volksgerichtshofs-Studie von 1974 im Kontext der Forschungsentwicklung, in: Walter Wagner, *Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat*, erweiterte Neuauflage, München 2011, S. 993–1023.

⁸ Zu dem Konflikt um die Publikation vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Zeitgeschichte, Militärjustiz und Völkerrecht*. Zu einer aktuellen Kontroverse, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979), S. 129–139, und Detlef Garbe, „In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe“. Der Militärstrafrechtler Erich Schwing. Ein deutsches Juristenleben, Hamburg 1989, S. 64 ff.

⁹ Martin Broszat, Direktor des IfZ von 1972 bis 1989, war Mitglied der HJ und wurde seit 1944 als Parteigenosse geführt, ohne dass man sicher sagen könnte, er habe die Mitgliedschaft beantragt und das Mitgliedsbuch erhalten. Vgl. dazu Nicolas Berg, Joseph Wulf, Martin Broszat und das Institut für Zeitgeschichte in den sechziger Jahren, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17. 7. 2002, S. 14; Norbert Frei, *Hitler-Junge*, Jahrgang 1926. Hat der Historiker Martin Broszat seine NSDAP-Mitgliedschaft verschwiegen – oder hat er nichts davon gewusst?, in: *Die Zeit* vom 11. 9. 2003, S. 50; ders. (Hrsg.), Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007. Im Gegensatz dazu vertritt Michael Buddrus die Position, dass es eines persönlichen Antrags bedurfte. Vgl. ders., „War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800–1950“, in: *Geschichte der Germanistik* (2003), H. 23/24, S. 21–26.

¹⁰ Vgl. Berg, *Der Holocaust*, S. 568–615; Saul Friedländer, Ein Briefwechsel, fast 20 Jahre später, in: Frei (Hrsg.), Martin Broszat, S. 188–194; Klaus Kempter, Joseph Wulf. Ein Historikerschicksal in Deutschland, Göttingen 2013, v.a. S. 259–271 u. S. 353–356.

¹¹ Vgl. Frei (Hrsg.), Martin Broszat, *passim*.

sich bei seiner Gründung ebenso wenig im Stand der Unschuld wie andere wissenschaftliche Einrichtungen und Disziplinen, ja wie die ganze Nation, die notwendiger Weise durch viele Fäden mit der Vergangenheit verbunden war; personelle Kontinuitäten, wie im Fall Eschenburg, sind nur einer, vielleicht nicht einmal der wichtigste davon.

Die Tücken der Ambivalenz

Wo man Udo Wengsts Aufsatz in diesem Verlaufsmuster einordnen kann, ist schwer zu sagen. Ein Urteil verbietet sich schon deshalb, weil sein Debattenbeitrag nur eine Kostprobe seiner Eschenburg-Biografie ist, die bald zum Abschluss gebracht werden soll. Hinzu kommt, dass sich Wengst – mit Rücksicht auf sein großes Werk – gewissermaßen selbst im Wege steht, indem er zwei Grundentscheidungen trifft, die seinen Beitrag fast unweigerlich zu einem bloßen Zwischenruf machen: nämlich, erstens, einige für Eschenburg zentrale Themen auszusparen und, zweitens, die Auseinandersetzung mit konkurrierenden Autoren auf später zu verschieben, weil das Pulver ja trocken gehalten werden soll. Dass er diese Autoren (ohne ihre Thesen ausreichend zu referieren) trotzdem in die Schranken weist und dass er zu den eigentlich ausgesparten Themen trotzdem vehement Stellung bezieht, steht auf einem anderen Blatt.

Wengst beschränkt sich so im Wesentlichen auf dreierlei: einen Bericht über die seit 2011 währende öffentliche und wissenschaftliche Debatte über Eschenburg, die Rekapitulation von Eschenburgs publizistischen Rückblicken auf das NS-Regime sowie die Erörterung seines Demokratieverständnisses. Heraus kommt dabei die von neueren Erkenntnissen kaum angefochtene Reproduktion der von Eschenburg selbst stammenden, von seinen Schülern und Verehrern¹² perpetuierten und schließlich im kollektiven Gedächtnis konservierten biografischen Konstruktionen von Eschenburg als Weimarer Demokraten, als NS-Gegner und – nach 1945 – als „Lehrer der Demokratie“ – eine Biografie von solch bemerkenswerter Kohärenz, wie sie im 20. Jahrhundert mit seinen Abstürzen und Abgründen doch wohl kaum möglich war. Alles, was nicht ins Bild passt, wird ausgeblendet¹³ oder

¹² Vgl. dazu beispielsweise Gerhard Lehmbruch, Theodor Eschenburg und die Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift XL (1999), S. 641–652; Jens Hacke, Nationale Traditionen und politische Öffnung nach Westen. Dolf Sternberger und Theodor Eschenburg als Nestoren der deutschen Politikwissenschaft, in: Friedrich Kießling/Bernhard Rieger (Hrsg.), Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 209–224; Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, hrsg. und eingeleitet von Hermann Rudolph, Berlin 1990.

¹³ Ein Beispiel dafür ist die Darstellung der Geschichte der „Quiriten“, eines von Eschenburg initiierten Berliner Debattierclubs, in der sich Wengst auf die Memoiren von Felix Gilbert stützt, um zu beweisen, dass es dort eher liberal und pluralistisch zugegangen sei. Gilberts Schilderungen des für ihn schockierenden geistigen Klimawandels bei den „Quiriten“ Anfang der 1930er Jahre bleiben dagegen unerwähnt. Gilbert berichtet, dass seine Kritik am deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt einen unerwarteten Sturm der Empörung ausgelöst habe: „Ich war ganz verstört; nie hätte ich erwartet, daß in einer Gruppe, die seit mehre-

in seiner Bedeutung heruntergespielt. Versuchungen, Fehler, Ambivalenzen – sie haben keinen Platz.

Dabei ist nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht mehr zu bestreiten, dass das alte Eschenburg-Bild aus seiner wohlwollenden Petrifizierung gelöst werden muss, ohne dass freilich schon klar wäre, was an seine Stelle treten wird. Die Mosaiksteine, die wir haben, ergeben ein widersprüchliches Bild: schwarz, weiß und viel unbestimmtes Grau. Das gilt nicht zuletzt für Eschenburgs Lebensweg vor 1933. War er – wie manche Indizien andeuten – ein nationalistischer Hetzer und Eiferer, gar zeitweilig ein begeisterter Anhänger Hitlers¹⁴? War er, und wenn ja, ab wann, ein Demokrat, ein Liberaler im Fahrwasser Stresemanns – was immer mit solchen Begriffen angesichts der Wandlungsprozesse im deutschen Liberalismus auch gemeint sein mag¹⁵? Oder war Eschenburg ein Rohr im Wind, das sich in stürmischer Zeit einmal in die eine Richtung und einmal in die andere neigte und – ewig schwankend – im Grunde nie zum Stillstand kam¹⁶?

Wengst scheinen sich solche Fragen nicht zu stellen, wie sich insbesondere in seinen Ausführungen über Carl Schmitt und Eschenburg in der Weimar Republik zeigt. Eschenburg bewunderte den berühmten Staatsrechtler, die beiden trafen sich häufig. Ihre Wege, so Wengst, trennten sich aber bereits vor Hitlers Machtergreifung, eine geistige Nähe bestand zwischen den beiden nicht oder, vielleicht präziser, schon Ende 1932 nicht mehr¹⁷. Zeitgenössische Belege gibt es für diese Behauptung nicht. Wengst führt ein wissenschaftliches Gutachten Eschenburgs aus dem Jahr 1954 ins Feld, das über die Beziehungen der beiden Persönlichkeiten vor 1933 freilich wenig besagt, und er verlässt sich auf ein Interview Eschenburgs aus dem Jahr 1983, ohne auch nur mit einer Silbe anzudeuten, dass es mit Zeugnissen in eigener Sache, die obendrein fünfzig Jahre danach entstanden sind, eine gewisse Bewandnis haben kann¹⁸.

Noch mehr Fragen drängen sich mit Blick auf die NS-Zeit auf, die Eschenburg „einigermaßen unlädiert“ überstand¹⁹. Das sagen und schreiben alle, aber woher

ren Jahren bestand und die politische Themen seit jeher völlig gelassen diskutierte, plötzlich eine Linie gezogen werden würde, die bestimmte Ansichten als ‚deutsch‘ qualifizierte und sie von anderen trennte, die als ‚undeutsch‘ verurteilt wurden. Ich ahnte, daß dies ein Vorgeschmack von Kommendem war“. Felix Gilbert, Lehrjahre im alten Europa. Erinnerungen 1905–1945, Berlin 1989, S. 90.

¹⁴ Vgl. Antonina Vallentin, Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee, Leipzig 1930, S. 234.

¹⁵ Vgl. Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 250 f. u. S. 263–272.

¹⁶ Vgl. Anne Rohstock, Kein Vollzeitrepublikaner – die Findung des Demokraten Theodor Eschenburg (1904–1999), in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.), Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 193–210; Rainer Eisfeld, Theodor Eschenburg. Übrigens vergaß er noch zu erwähnen.... Eine Studie zum Kontinuitätsproblem in der Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011), S. 27–44.

¹⁷ Vgl. Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 434 f.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 435.

¹⁹ Hans-Peter Schwarz, Nachruf auf Theodor Eschenburg, in: VfZ 47 (1999), S. 593–600, hier S. 596; ders., Ein Leitfossil der frühen Bundesrepublik – Theodor Eschenburg (1904–1999), in: Hein/Kittel/Möller (Hrsg.), Gesichter der Demokratie, S. 175–192.

wissen sie es? Von Eschenburg selbst. Die Quellen schweigen nämlich, und auch Eschenburg, der angeblich zum „Mentor – zum Erinnerer – geworden [war] in einem Land, dessen Gedächtnis krank war und wo die Menschen nach vielerlei Unbilden am liebsten die Erinnerung verloren haben“²⁰ – auch er war nicht sehr mitteilend. Im Grunde ist sein Leben im Dritten Reich eine große weiße Fläche, auf die sich vieles projizieren lässt – Positives wie Negatives. Von politischen Belastungen war lange kaum die Rede. Eigentlich bestanden sie nur in der Mitgliedschaft im SS-Motorsturm 3/III/3, von der Eschenburg im engeren Kreis wohl schon früh erzählte – mit der Pointe, dass er rasch wieder ausgetreten sei²¹. Ein Beleg dafür findet sich in der SS-Stammrolle freilich ebenso wenig wie ein Hinweis auf weitere Aktivitäten in der SS²².

Schwerer wiegt indes die erst 2011 bekannt gewordene Mitwirkung an einem Arierungsverfahren. Eschenburg erwähnte diesen Vorgang später anscheinend nie, und Udo Wengst, der sich dazu eigentlich nicht äußern will, tut ihn fast schon lässig ab. Eschenburg war in seinen Augen in dem Verfahren nur eine Randfigur, der Besitzer der arisierten Firma habe der Zwangsenteignung zugestimmt, außerdem sei zu berücksichtigen, dass Eschenburg davor und danach freundschaftliche Beziehungen mit Juden gepflegt und Ende der 1930er Jahre sogar eine Villa von einem Juden gekauft habe – zu einem fairen, vielleicht sogar überhöhten Preis, versteht sich. Aus der Tatsache, dass „mit dem Rechtsanwalt Carl Langbehn ein Mann eine maßgebliche Rolle in diesem Verfahren spielte, den Eschenburg kannte und der einer größeren Anzahl von Juden in diesen Jahren die Ausreise ermöglichte“, leitet Wengst ab, dass eventuell eine „neue Interpretation“ des Arierungsfalls Fischbein erforderlich sei, ohne sich offenbar bewusst zu sein, dass die erzwungene Emigration der deutschen Juden in dieser Periode das zentrale Ziel der antisemitischen Politik des NS-Regimes war²³. Auf die Rolle Eschenburgs geht er hingegen nicht ein, da darüber „nur im Gesamtkontext des Lebens von Eschenburg im Dritten Reich geurteilt werden“²⁴ könne. Aber woraus soll sich denn der „Gesamtkontext“ ergeben, wenn nicht aus einer möglichst umfassenden Bestandsaufnahme relevanter Fakten und Ereignisse? Und warum kann man über den Hauskauf ohne Berücksichtigung des „Gesamtkontextes“ schreiben, über den Arierungsfall aber nicht?

Nach allem, was wir wissen, ist das Verhalten Eschenburgs im Arierungsfall Fischbein auch weniger rätselhaft, als es Wengst erscheinen lässt. Eschenburg trat in professioneller Funktion als Leiter einer Prüfungsstelle der Reichsgruppe In-

²⁰ So Theo Sommer, Miterzieher einer ganzen Generation von Journalisten, in: Rudolph (Hrsg.), *Den Staat denken*, S. 108 f.

²¹ Theodor Eschenburg, *Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933–1999*, Berlin 2000, S. 28: „Es war eine Episode, nicht sehr rühmlich, aber ich fühlte mich durch sie auch nicht sehr belastet.“

²² Vgl. Hannah Bethke, Theodor Eschenburg in der NS-Zeit. Gutachten im Auftrag von Vorstand und Beirat der DVPW, S. 12, <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2012/Paperroom/Eschenburg-Gutachten.pdf>.

²³ Vgl. Wengst, *Der „Fall Theodor Eschenburg“*, S. 438.

²⁴ Ebenda, S. 419.

dustrie auf und machte dabei nicht einfach nur am Rande, sondern durchaus initiativ und beflissen mit²⁵. So gab er nicht nur die Empfehlung, Wilhelm Fischbein den Reisepass zu entziehen. Fischbein sollte dadurch daran gehindert werden, im Ausland eine Konkurrenz für sein zur „Arisierung“ anstehendes Unternehmen zu gründen, denn das hätte die erwarteten Exporterlöse für das notorisch devisa-
klamme Reich mindern können. Erst als durch eine Intervention Langbehn deutlich wurde, dass der Passenzug die für den Eigentümerwechsel nötige Zustimmung der britischen Anteilseigner gefährden würde, nahm Eschenburg seine ursprüngliche Empfehlung zurück. Hinzu kommt, dass er – wie erst jetzt bekannt wurde – nicht zögerte, pure Vermutungen und Gerüchte über Fischbeins geschäftliche Pläne zu äußern, die den ohnehin bedrängten Juden in ernste Gefahr brachten; sogar ein Verfahren vor dem Volksgerichtshof wegen Wirtschaftssabotage wäre möglich gewesen. Die von Rainer Eisfeld und Hannah Bethke präsentierten Belege sprechen hier eine eindeutige Sprache²⁶.

Nirgends wurde dabei im Übrigen behauptet, für Eschenburgs Verhalten sei eine antisemitische Einstellung ursächlich gewesen. Es liegt kein triftiger Grund vor, Wengsts mehrfach vorgebrachten Hinweis, der Privatmann Eschenburg habe im Dritten Reich faire, ja sogar freundschaftliche Beziehungen zu Juden unterhalten, zu bezweifeln, nur ist er hier fehl am Platz. Mit der Widerlegung einer Behauptung, die niemand erhoben hat, zielt Wengst am Kern der Sache vorbei, nämlich dass Eschenburg als Verbandsjustitiar und Leiter einer Prüfstelle für Exportkontrolle im Fall Fischbein effizient im Sinne staatlicher Interessen funktioniert hat – auch wenn das bedeutete, einem jüdischen Mitbürger, dem das Leben in seiner Heimat unmöglich gemacht wurde, beim Aufbau einer neuen Existenz im Ausland Steine in den Weg zu legen und ihn im Deutschen Reich festzuhalten, wo sich die Situation für Juden im Herbst 1938 immer schwieriger gestaltete²⁷.

Eschenburg schrieb in seinen Memoiren vermutlich nicht ohne Grund, das Leben in einem totalitären Staat wie dem Dritten Reich habe – auch für ihn – „unweigerlich etwas Deformierendes“ gehabt, man habe „sehr viel Kraft aufwenden“ müssen, „um unbeschädigt daraus hervorzugehen“²⁸. Wengst greift dieses sehr

²⁵ Vgl. Rainer Eisfeld, Theodor Eschenburg (II): „Der innere Widerstand gegen ein totalitäres Regime verlangt eben besondere Verhaltensweisen“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013), S. 522–542.

²⁶ Vgl. vor allem ebenda, S. 535 f., sowie Eisfeld, Eschenburg und Bethke, Gutachten. Udo Wengst lag der zweite Aufsatz von Eisfeld zum Zeitpunkt der Abfassung seines Beitrags noch nicht vor.

²⁷ Vgl. anschaulich dazu die Dokumente 82–123, in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, bearbeitet von Susanne Heim, München 2009, S. 265–362. Eisfeld, Eschenburg (II), S. 538, hat inzwischen belegt, dass Fischbein nach dem Novemberpogrom zwei Monate lang eine Art Untergrundexistenz führen musste und am 15. 1. 1938 schließlich ohne Pass und Geld in die Schweiz floh. Spekulationen, Eschenburg habe eventuell im Zusammenspiel mit Langbehn Fischbein bei der „Ausreise“ geholfen, erweisen sich angesichts dieser Tatsachen als haltlos.

²⁸ Eschenburg, Letzten Endes meine ich doch, S. 38.

weitgehende, aber dann rasch wieder relativierte Bekenntnis nicht auf. Er huscht über die abgründige Ambivalenz, die darin stecken kann, ebenso hurtig hinweg wie über die Geschichte des Lösener-Berichts, die kein Ruhmesblatt ist – weder für Rothfels, noch für Eschenburg und schon gar nicht für die Vierteljahrshefte. Das gesamte Institut gab dem Druck der Bundesregierung in Gestalt des Staatssekretärs im Bundesjustizministerium und IfZ-Kuratoriumsmitglieds Walter Strauß nach: Die VfZ veröffentlichten im Juli 1961 zur Entlastung Hans Globkes einen nachträglich entstandenen Zeugenbericht, der schon damals als tendenziös zu erkennen war²⁹. Eschenburg hat hier protestlos mitgespielt. Dass er einige fast schon peinliche Lobeshymnen von Walter Strauß auf Lösener aus der Einleitung des Berichts strich, sagt in der Sache nichts³⁰. Aus der kommentierenden „Vorbemerkung“ kann man zwar, da hat Wengst recht, eine gewisse Distanz herauslesen, sie gilt aber – anders als er unterstellt – nicht für Eschenburg, sondern einzig und allein für seinen Herausgeberkollegen Rothfels; nicht umsonst ist sie mit „Vorbemerkung des Herausgebers“ überschrieben und mit „H.R.“ unterzeichnet³¹.

Wie Eschenburg über Globke dachte, hatte er schon im März 1961 in der „Zeit“ preisgegeben. Hier griff er zur Verteidigung von Adenauers Staatssekretär ganz tief in die Tasten, was Wengst durchaus konstatiert³². Ihm entgeht aber die subtile (Selbst)Rechtfertigungsstrategie, mit der Eschenburg sich selbst als Gesinnungs-genossen eines widerständigen Globke präsentierte, der nichts anderes im Sinn gehabt habe, als Schlimmeres zu verhindern. Dass Eschenburg in dem „Zeit“-Artikel – ganz nebenbei – Globke und den Exilanten und Widerstandskämpfer Willy Brandt auf eine Ebene stellte, bleibt ebenfalls unbemerkt³³. Rudolf Augstein sah das schon damals deutlicher, als er sich unter dem Pseudonym Moritz Pfeil gegen die durch die deutsche Presse geisternde Gleichsetzung Brandts und Globkes verwahrte: „Willy Brandt hat im Kampf zwischen Demokratie und Unfreiheit auf der richtigen Seite gestanden, Globke auf der falschen.“ Eschenburg hielt dem

²⁹ Vgl. Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 421 f. Lösener behauptet in seinem Bericht, er habe als Rassereferent des Innenministeriums, überraschend nach Nürnberg berufen, eine möglichst milde Variante der Gesetze durchzudrücken versucht. Die Nürnberger Gesetze waren nach dieser Version keine einschneidende Zäsur auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung der Juden, sondern ein Versuch, den Antisemitismus einzuhegen. Die apologetische Tendenz von Löseners Bericht ist in der Forschung besonders eingehend von Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945, Paderborn 2002, S. 113–134, herausgearbeitet worden.

³⁰ Eine offene Frage ist allerdings, warum der aus einer jüdischen Familie stammende Protestant Strauß, der sich unter dem NS-Regime als Rüstungsarbeiter verdingen musste und dessen Eltern ins KZ Theresienstadt deportiert wurden, wo der Vater ums Leben kam, während die Mutter kurz nach der Befreiung starb, sich so vehement für Lösener und Globke einsetzte. Die Strauß-Biografie von Friedemann Utz, Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat, Tübingen 2003, gibt darauf keine Antwort.

³¹ Vgl. die von Hans Rothfels kommentierte und von Walter Strauß eingeleitete Dokumentation „Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung“, in: VfZ 9 (1961), S. 262.

³² Vgl. Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 423 f.

³³ Theodor Eschenburg, Globke im Sturm der Zeiten, in: Die Zeit vom 10. 3. 1961, S. 5.

„Spiegel“-Herausgeber vor, er missverstehe „das Thema gründlich, und, wie mir scheint, absichtsvoll“³⁴.

Vielleicht war Augstein zu kategorisch, als er Globke eine für das NS-Regime typische „Zwei-Schulter-Trägerei“ vorwarf. Es liegen ja durchaus Ernst zu nehmende Zeugnisse dafür vor, dass Globke einzelnen Diskriminierten und Bedrohten geholfen hat, so etwa Eschenburgs Freund Herbert Engelsing³⁵, dessen Eheschließung mit einer „Halbjüdin“ er wohl auch ermöglicht hat³⁶. Wengst hebt, Eschenburg zitierend, Engelsings Begründung für seinen schon 1933 erfolgten Eintritt in die NSDAP hervor: „Man müsse sich einem solchen Regime äußerlich anpassen, um die eigene Substanz zu wahren.“³⁷ Was immer man von solchen nachträglichen Zeugnissen halten mag – Udo Wengst hätte vielleicht doch nicht nur Eschenburgs Vorwort zu den Erinnerungen von Engelsings Frau erwähnen sollen, sondern auch deren Schilderung des engen Verhältnisses, das sie und ihr Mann zu Harro und Libertas Schulze-Boysen sowie Adam und Greta Kuckhoff unterhielten. Diese Schlüsselfiguren der von ihren Verfolgern als „Rote Kapelle“ etikettierten Widerstandsgruppe machten keinen Hehl aus ihrer Feindschaft gegen das NS-Regime. Die Engelsings waren in deren oppositionelle Aktivitäten nicht einbezogen, sie sangen aber bei Harro Schulze-Boysens 30. Geburtstag am 2. September 1939, einen Tag nach dem Angriff auf Polen, die Marseillaise und die polnische Nationalhymne mutig mit³⁸. Eschenburg hingegen hatte, wie Wengst ebenfalls anführt, zwei Jahre zuvor die Feier des 50. Geburtstags von Ernst Rowohlt schleunigst verlassen, als für sein Gefühl allzu scharfe regimekritische Reden geführt worden waren. „Nicht aufzufallen und schon gar nicht zu provozieren“, so Eschenburg selbst, sei seine Devise gewesen³⁹.

Diese Beispiele machen eines deutlich: Freiräume, die durch äußerliche Anpassung entstanden, konnte man so oder so oder gar nicht nutzen. Eschenburg zog sich bei Rowohlt zurück, während er in vielen anderen Fällen vielleicht standhaft blieb. Wengst scheint solche Fälle zu kennen, er lässt den Leser aber nicht an seinem Wissen teilhaben, sondern erklärt Eschenburg kurzerhand zum politischen „Gegner der Nationalsozialisten“⁴⁰. Widerständigkeit, Resistenz, widerwillige Loyalität, erzwungene Gefolgschaft, die Ausnahmen und Freundschaftsdienste kennt – das breitgefächerte und schwer zu entwirrende Verhaltensrepertoire der Bürger des Dritten Reichs fließt so zu einer diffusen Einheit unter dem Vorzei-

³⁴ Moritz Pfeil (i.e. Rudolf Augstein), Globke und andere Deutsche, in: Der Spiegel vom 22.3.1961, S. 18.

³⁵ Vgl. Ingeborg Malek-Kohler, Im Windschatten des Dritten Reiches. Begegnungen mit Filmkünstlern und Widerstandskämpfern (mit einem Vorwort von Theodor Eschenburg), Freiburg i. B. 1986, S. 152 u. S. 190.

³⁶ Vgl. ebenda, Vorwort Theodor Eschenburg, S. 10. Engelsing und Globke waren Schulkameraden gewesen.

³⁷ Ebenda, und Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 427.

³⁸ Vgl. Malek-Kohler, Windschatten, S. 180 f.

³⁹ Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 428.

⁴⁰ Ebenda, S. 439.

chen der NS-Gegnerschaft zusammen, die von Willy Brandt über Globke und Engelsing bis Eschenburg reicht.

Dass die Vierteljahrshefte und ihre Herausgeber Hans Globke in Schutz nahmen, mag man – wenn man will – zur Not verstehen; schließlich war Globke damals Gegenstand einer wütenden Kampagne der DDR, der jedes Mittel recht war, um Adenauers Staatssekretär zu treffen und politisch zu vernichten. Warum aber hielt Eschenburg an dieser Linie noch 1973 fest, als er einen Nachruf auf Globke verfasste und einmal mehr die Legende verbreitete, dieser habe mit seinem Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen „Schlimmeres verhindern“ wollen? Wengst rezipiert hier zwar den Befund der jüngeren Forschung, dass der Stuckart-/Globke-Kommentar zur Ausweitung und Verschärfung der strafrechtlichen Verfolgung wegen sogenannter „Rassenschande“ geführt hat. Er zieht daraus aber ebenso wenig Konsequenzen wie aus der Tatsache, dass es Eschenburg 1973 längst besser hätte wissen müssen, hatte Hannah Arendt Globkes Milderungslegende doch bereits 1964 in ihrem breit rezipierten Buch „Eichmann in Jerusalem“ zerplückt⁴¹.

Doch Eschenburg hat auch Protagonisten des Dritten Reichs ganz anderen Kalibers Leumundszeugnisse ausgestellt (und in der „Zeit“ einen Publikationsort dafür gefunden), so insbesondere im Jahre 1977 dem von 1932 bis 1945 amtierenden Finanzminister Schwerin von Krosigk⁴². Wengst übersieht nicht, dass Eschenburg hier eine Art Stellvertreterdebatte über seine eigene Vergangenheit führte, reichlich unbekümmert um historische Fakten und Erkenntnisse agierte und durchaus apologetische Töne anschlug. Er fragt aber nicht weiter: Wie vertrugen sich diese Töne mit seiner Rolle als Herausgeber und Repräsentant einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, die doch ganz anderen Maßstäben verpflichtet waren? Weshalb ging Eschenburg überhaupt so weit und sprang sogar für hochrangige Repräsentanten des NS-Regimes wie den Reichsfinanzminister in die Bresche, der in Nürnberg nicht umsonst verurteilt worden war?

An der Oberfläche bleibt Wengst auch im letzten Teil, dem er den ambitionierten Zwischentitel „Demokratie oder Diktatur?“ gegeben hat. Es geht ihm hier um das Demokratieverständnis von Eschenburg. Dabei begnügt er sich aber mit einigen Hinweisen auf eine 1968 erhobene Forderung Eschenburgs nach einer „Diktatur“ auf Zeit⁴³, damit „die zuvor von Regierung und Opposition angerichtete ‚Sauerei‘ wieder aufgeräumt werden könne“⁴⁴. Auch Wengst findet es erstaunlich, „mit welcher Unbefangenheit er [Eschenburg] den Diktaturbegriff benutzte“⁴⁴. Dennoch bringt er ihm viel Verständnis entgegen; Eschenburg habe nie an die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und nie in diktato-

⁴¹ Vgl. Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1964, S. 165f.

⁴² Vgl. Theodor Eschenburg, *Rückblick auf die Diktatur. Schwerins Erinnerungen: Der Etatfetischist als begabter Erzähler*, in: *Die Zeit* vom 17.6.1977, S. 11.

⁴³ Zit. nach Wengst, *Der „Fall Theodor Eschenburg“*, S. 429.

⁴⁴ Ebenda, S. 431.

rischen Kategorien gedacht. Wie er aber überhaupt zu dieser abwegigen Forderung kam, ob sie ein einmaliger Ausrutscher blieb, ob sie von ihm in verträglicherer Dosis auch andernorts erhoben wurde, welchen Demokratievorstellungen er sich verbunden fühlte und welchen Veränderungen diese unterworfen waren, bleibt eine offene Frage, die auch erst beantwortet werden kann, wenn die gesamte publizistische Tätigkeit Eschenburgs geprüft worden ist.

Carl Schmitt, dessen Verfassungslehre Eschenburg noch 1983 als „unsterbliches Buch“⁴⁵ bezeichnete, darf dabei als Stichwortgeber ebenso wenig aus der Analyse verbannt werden wie all die bitteren Erfahrungen in der Endphase der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Der demokratische Verfassungsstaat erschien damals vielen als hilflos und ohne Zukunft, nach der Katastrophe des Nationalsozialismus aber dann doch als wertvolles Gut. Das Nachkriegsprojekt einer wehrhaften Demokratie hat hier ebenso seine Wurzeln wie manche überspitzte Forderung nach Stärkung der Exekutive und wie manche schrille Warnung vor angeblich übersteigerten demokratischen Tendenzen, die in Krisenzeiten nicht nur in konservativen Kreisen fast reflexhaft auftauchten. Auch Eschenburg stand in diesem Lern- und Traditionszusammenhang, auch er musste – allem Anschein nach – erst viel lernen, ehe er in die Rolle eines „Lehrers der Demokratie“ hineinwuchs, die er lange mit ganz spezifischen, vielleicht nicht immer unumstrittenen, gewiss aber noch genauer zu präzisierenden Inhalten füllte.

Wengsts Zwischenruf kann nicht alle diese Aspekte behandeln und nicht alle offenen Fragen beantworten; dafür wird man auf seine umfassend angelegte Biografie warten müssen. Etwas mehr hätte man sich von seinem Beitrag zur aktuellen Debatte über den „Fall Eschenburg“ aber doch erwartet. Das gilt auch für das „Problem der historischen Urteilsbildung“, das Wengst, ungeachtet aller geschichtsphilosophischer Implikationen, auch noch lösen will. Kontextualisierung fordert er, die Protagonisten müssten aus den Zeitumständen heraus verstanden werden – und rennt mit dieser zeitlos richtigen Forderung noch nie verschlossene Türen ein. Kontextualisierung ist aber etwas anderes als blinde Nachsicht, sie erfordert genaues Hinsehen, die Kenntnis und wägende Prüfung der Fakten und nicht zuletzt – als zweite Ebene der Kontextualisierung – die ständige Reflexion über die eigene Standortgebundenheit, die sich im Beitrag von Udo Wengst in pauschalen Urteilen über ungenannte und unbekannte Linke nur allzu deutlich zeigt⁴⁶.

Jenseits der NS-Belastungen

Die Debatte über Eschenburg wird weitergehen. Alles deutet darauf hin, dass sie sich ausweiten und über kurz oder lang die Geschichte des Instituts für Zeitgeschichte betreffen wird⁴⁷. Das Verhalten seiner Mitarbeiter und Repräsentanten in

⁴⁵ So in einem Interview vom 1. 11. 1983, zit. nach ebenda, S. 435.

⁴⁶ Vgl. Wengst, Der „Fall Theodor Eschenburg“, S. 413 u. S. 440.

⁴⁷ Zur Geschichte des Instituts vgl. Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554; Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte und die

der NS-Zeit darf dabei selbstverständlich nicht ausgeblendet werden. So wichtig diese Frage auch ist, die wissenschaftliche Diskussion sollte sich nicht in der Suche nach „Schuldigen“ und „Sündern“ erschöpfen: Der Preis einer solchen Engführung wäre zu hoch und müsste vermutlich mit der kleinen Münze der Enthüllung immer gleicher „Fälle“ bezahlt werden. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie sich das IfZ und generell die neue Disziplin der Zeitgeschichte aus einer komplexen Gemengelage heraus entwickelte, in der Akteure mit äußerst unterschiedlichen Vorprägungen und Biografien in einem gesellschaftlichen Umfeld aufeinander trafen, das der Aufklärung über die NS-Epoche nicht eben förderlich war.

Nötig wäre ein umfassend angelegtes Forschungsprojekt zur Geschichte des IfZ, das vor mehr als 60 Jahren klein und mühselig begann und erst langsam zu dem „Mekka für Zeitgeschichte“ wurde, als das es heute gilt⁴⁸. Dass in dieser Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte vieles, aber keineswegs alles Gold ist, was glänzt, muss nicht umständlich erklärt werden – es versteht sich von selbst und ist dem Institut für Zeitgeschichte auch schon mehrmals ins Stammbuch geschrieben worden⁴⁹. Ob in allen Fällen zu Recht, bedarf der Klärung.

Ein beträchtlicher Teil der Fragen, die dabei aufzugreifen wären, bezieht sich – in weiterer Perspektive als bisher – auf das **Personal**, das nach 1949 im Kuratorium, im wissenschaftlichen Beirat und im Mitarbeiterstab tätig war. Auf welche Erfahrungen blickten die Männer der ersten Stunde zurück? Was trieb sie an? Welche Ziele verfolgten sie? Was ist von Gerüchten zu halten, dass einige Mitarbeiter auf der Gehaltsliste des BND standen? Welchen Erwartungen von Öffentlichkeit und Politik waren sie ausgesetzt? Wie positionierten sie sich im Spannungsfeld von Wissenschaft und Volkspädagogik, die damals groß geschrieben wurde? Wie stand es anfangs um die Professionalität in den Leitungsgremien und vor allem unter den Mitarbeitern? Zeithistoriker waren die wenigsten. Die meisten hatten sich ihre ersten wissenschaftlichen Sporen in früheren Epochen verdient, nicht wenige lernten ihren Beruf in der Praxis. An welchen Vorbildern und wissenschaftlichen Kriterien orientierten sie sich? Woran knüpften sie methodisch an? Wer gab in der vielfach gestaffelten Hierarchie den Ton an? War in den sechziger Jahren auch im Institut ein generationeller Bruch zu konstatieren? Welches Erfahrungsgepäck brachte die zweite Forschergeneration mit? Wie vertrug es sich mit der bereits konsolidierten Praxis der ersten?

Fragen über Fragen, die sich mit Blick auf das **Programm** des Instituts fast beliebig erweitern ließen. Wie wurden die ersten Forschungsprogramme generiert? Wie verhielt es sich mit politischen Einflussnahmen? Der Fall Lösener war anscheinend kein Einzelfall. Bereits 1958 war das Institut für Zeitgeschichte von der

Entwicklung der Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland, in: Ders./Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 1–68; Horst Möller, Das Institut für Zeitgeschichte 1949–2009, in: Ders./Udo Wengst, 60 Jahre Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Geschichte – Veröffentlichungen – Personalien, München 2009, S. 9–100.

⁴⁸ Die Festschrift von Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte, liefert hierfür Grundlagen, kann aber ein systematisch angelegtes Forschungsprojekt nicht ersetzen.

⁴⁹ Vgl. vor allem Berg, Der Holocaust.

Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrem führenden Vertreter Wenzel Jaksch angegriffen worden, weil es die Studie von Boris Celovsky über das Münchener Abkommen publiziert hatte. Beirat und Kuratorium sahen sich damals zu einer öffentlichen Erklärung gegen Versuche veranlasst, „ernste Bemühungen um historische Wahrheitsfindung, ja die Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte selbst, der Zensur außerwissenschaftlicher Organisationen zu unterwerfen“. Wenige Jahre danach wandte sich Staatssekretär Walter Strauß gegen die Publikation der Studie des amerikanischen Historikers Conrad F. Latour über die Südtirol-Politik zur Zeit der „Achse“ 1938 bis 1945, weil er unerwünschte außenpolitische Rückwirkungen befürchtete, wurde dabei aber von Hans Rothfels überspielt, der die Studie in der von ihm und Eschenburg herausgegebenen Schriftenreihe der VfZ brachte⁵⁰.

Viel ist über solche Vorkommnisse noch nicht bekannt. Wir müssen ihnen aber nachspüren und zugleich fragen, welche Themen in diesem politisch aufgeladenen Umfeld Priorität hatten. Was wollte man zuerst wissen und erforschen? Die Ursachen des Scheiterns von Weimar? Die Einschüchterung und den Terror im Dritten Reich? Den Weg in den Krieg und den Enthusiasmus, den die Volksgemeinschaftsverheißung und dann die militärischen Erfolge weckten? Die Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden? Wie weit reichte der Fragehorizont, und hatte er wirklich nur mit dem Erlebnis- und Erfahrungshorizont der Historiker zu tun⁵¹? Warum kam die Erforschung der Judenverfolgung trotz guter Vorsätze nicht voran? Immerhin hatte das Institut 1956 und 1959 dafür Zuschüsse der Rockefeller-Stiftung in Höhe von 38.000 Dollar erhalten⁵², und immerhin hatte Walter Strauß schon 1952 verlauten lassen, dass dieses Thema dem „Bundeskanzler selbst sehr am Herzen“ lag⁵³. Auffallend oft tauchte der Widerstand gegen das NS-Regime – vorwiegend der konservative und militärische – auf der Forschungsagenda auf, was sicherlich auf Hans Rothfels zurückzuführen war, der selbst eine Geschichte des Widerstands⁵⁴ geschrieben hatte und in den fünfziger und sechziger Jahren in den Gremien des Instituts eine dominierende Rolle spielte. War er allein die treibende Kraft oder äußerte sich in dieser Prioritätensetzung ein genereller nationaler Rehabilitierungsversuch, der auch politisch willkommen war?

⁵⁰ Vgl. Jürgen Zarusky, Die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, in: VfZ 51 (2003), S. 89–106, hier S. 93f. Eingehend zur „Celovsky-Affäre“ Josef Becker, Der „Fall Celovsky“ in der Bundesrepublik 1958/59. Zeitgeschichte im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, in: Jürgen Zarusky/Martin Zückert (Hrsg.), Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive, München 2013, S. 441–461.

⁵¹ So Hans Buchheim in: Hans Buchheim/Hermann Graml, Die fünfziger Jahre: Zwei Erfahrungsberichte, in: Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte, S. 69–83, hier S. 70f.

⁵² Vgl. Sybille Steinbacher, Martin Broszat und die Erforschung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: Frei (Hrsg.), Martin Broszat, S. 130–157, hier S. 134.

⁵³ Zit. nach Möller, Das Institut für Zeitgeschichte, in: Möller/Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte, S. 31.

⁵⁴ Vgl. Hans Rothfels, The German Opposition to Hitler. An appraisal, Hinsdale 1948.

Das meiste von den frühen Plänen blieb totes Papier. Die **Praxis** sah anders aus als das Programm, sie wurde vielfach von fehlenden Ressourcen bestimmt⁵⁵. Geld war immer wieder knapp und unsicher, die Zahl der meist prekär beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter gering, während die Anforderungen ständig stiegen. Bedürfnis und Bedarf nach Aufklärung und Orientierung waren groß, nicht zuletzt von Seiten der Justiz, die sich bis heute auf Gutachten des Instituts stützt; das wichtigste war das Gutachten zum Auschwitz-Prozess, das 1965 unter dem Titel „Anatomie des SS-Staates“ als Buch erschien und über Jahrzehnte als Standardwerk galt⁵⁶. An eigenständige Forschung in größerem Stil war daneben aber auch deshalb lange Zeit nicht zu denken, weil die Quellenlage problematisch war.

Man musste sich anders behelfen und tat es, indem man sich auf die Befragung von Zeitzeugen verlegte. Das Institut kam so fast automatisch mit zahlreichen Funktionsträgern des Dritten Reiches in Berührung, die ihre Sicht der Dinge hatten und damit nicht hinter dem Berg hielten. Welche Methoden kamen bei der Befragung zum Einsatz? Wie hoch schätzte man die Glaubwürdigkeit der Zeitzeugen ein? Bildeten sich Netzwerke zwischen Befragern und Befragten, und hatte es Folgewirkungen für die wissenschaftlichen Deutungen in Aufsätzen und Gerichtsgutachten, dass im Institut für Zeitgeschichte bald zahlreiche Generäle, Parteifunktionäre und hohe Beamte – ob mit oder ohne Widerstandsrecord – aus- und eingingen⁵⁷? Die Perspektiven von Opfern des Nationalsozialismus waren den vielfach noch ganz unerfahrenen Forschern hingegen fremd. Man hielt sie für begrenzt und durch zu viele Emotionen getrübt – und bestritt ihren Wert. Auch jüdische Historiker litten unter dieser mangelnden Empathie und Akzeptanz. Joseph Wulf beispielsweise konnte und wollte nicht einsehen, dass man ihn für „subjektiv“ und „ressentimentgeladen“ hielt und warum „deutsche Betroffene, Zeitzeugen oder auch Historiker wie Broszat und Krausnick, ‚affektfreier‘ sein sollten als er“⁵⁸. Der Fall Joseph Wulf ist das sprechendste und das tragischste Beispiel für den damals offenkundig unüberbrückbaren Gegensatz zwischen selbsttestierter nüchterner Wissenschaftlichkeit und dem „mythischen Erinnern“, das man jüdischen Historikern und Zeitzeugen unterstellte. Man verstand einander nicht und redete aneinander vorbei⁵⁹. Selbst der berühmte Briefwechsel zwischen Saul Friedländer und Martin Broszat aus dem Jahr 1988 atmete noch viel von diesem Geist⁶⁰.

⁵⁵ Die beengten Verhältnisse im ersten Institutsgebäude waren 1965 sogar Gegenstand eines „Panorama“-Berichts, den der Moderator, Joachim Fest, mit einem sehr berechtigten Kommentar über die bescheidene Bezahlung der IfZ-Mitarbeiter versah, <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1965/panorama2199.html>.

⁵⁶ Vgl. Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Olten/Freiburg im Breisgau 1965.

⁵⁷ Vgl. z. B. Ulrich Herbert, *Best. Biografische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996, S. 481 f. u. S. 501.

⁵⁸ Kempter, Joseph Wulf, S. 276.

⁵⁹ Vgl. ebenda; Berg, *Der Holocaust*, S. 323–370 u. S. 594–615.

⁶⁰ Vgl. Martin Broszat/Saul Friedländer, *Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“*. Ein Briefwechsel, in: VfZ 36 (1988), S. 339–372; Friedländer, *Ein Briefwechsel, fast 20 Jahre später*, in: Frei (Hrsg.), *Martin Broszat*, S. 188–194.

Insgesamt wissen wir viel zu wenig darüber, in welcher Weise biografische Prä-
gungen damals den wissenschaftlichen Diskurs formatiert und die Grenzen der
historischen Wahrnehmung markiert haben. Es ist Zeit, solche Defizite zu benen-
nen und die angedeuteten Fragen zu stellen, die noch vielfach variiert werden
könnten und sich im Übrigen nicht nur an das Institut für Zeitgeschichte, son-
dern in abgewandelter Form an die gesamte Zunft richten lassen. Der „Fall Eschen-
burg“ ist ein weiteres Indiz für diese Notwendigkeit.

■ Geld stinkt doch, zumal wenn es von Nationalsozialisten stammt. Diese Erfahrung machte auch die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung, die 1983 geerbt hatte und 2012 im „Spiegel“ lesen musste, dass die Erblasser „Alte Kämpfer“ gewesen waren. Was tun? Die Stiftung beauftragte das Institut für Zeitgeschichte, den Dingen auf den Grund zu gehen, was Albert A. Feiber mit größter Umsicht und Akribie auch tat. Das Ergebnis liegt nun vor – es ist so eindeutig, dass die Hanns-Seidel-Stiftung ungesäumt die Konsequenzen zog. ■

Albert A. Feiber

Nützliche Nähe zu Hitler

Das Ehepaar Max und Maria Wutz im Netzwerk „Alter Kämpfer“ – Ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete Mitte November 2012, dass „die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung [...] vom Vermögen zweier Nazis der ersten Stunde“ profitiere, da sie seit 1984 aus dem Nachlass und nach den Vorgaben des Ehepaares Max und Maria Wutz, einer ehemaligen Opernsängerin, einen Volksmusikpreis vererbe¹. Der Spiegel-Bericht fand ein großes Medienecho, zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften aus dem In- und Ausland berichteten über den „Volksmusik-Preis aus Nazi-Erbe“². Neben der Tatsache, dass beide Stifter zu den ersten Anhängern und Unterstützern Hitlers gehörten, und Hinweisen darauf, dass sich im Nachlass einige NS-Devotionalien, darunter ein Blutorden der NSDAP, befunden haben sollen, gab hauptsächlich die Herkunft des millionenschweren Vermögens Anlass zu Spekulationen. Vor allem der rechtmäßige Erwerb des sogenannten „Lichtenberg-Anwesen“ in Assenhausen, das das Ehepaar 1943 vom Bezirksverband Oberbayern gekauft und seither selbst bewohnt hatte, wurde in Frage gestellt.

Aufgrund dieses Medienechos beauftragte die Hanns-Seidel-Stiftung das IfZ mit der Erstellung eines Gutachtens über Max und Maria Wutz. Darin sollte die

¹ Der Spiegel-online vom 10. 11. 2012, S. 35.

² Vgl. „Volksmusik-Preis aus Nazi-Erbe“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. 11. 2012; siehe u. a. auch Münchner Merkur vom 10. 11. 2011; Focus online vom 11. 11. 2012, <http://www.taz.de/!105289/>, RP online vom 11. 11. 2012, <http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/volksmusikpreis-unter-ns-verdacht-1.3064599>, taz.de vom 11. 11. 2012, <http://www.taz.de/!105289/>, stern.de vom 12. 11. 2013, <http://www.stern.de/kultur/musik/goenner-werden-totgeschwiegen-volksmusikpreis-aus-nazi-erbe-finanziert-1924867.html> [jeweils zuletzt abgefragt am 25. 7. 2013]; Der Standard vom 11. 11. 2012; Augsburger Allgemeine vom 12. 11. 2012; Die Welt vom 12. 11. 2012; Südwestpresse vom 13. 11. 2013; The Telegraph vom 13. 11. 2012, <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/germany/9675127/Bavarian-folk-music-prize-under-threat-over-Adolf-Hitler-links.html>; Christ & Welt Nr. 47/2012, <http://www.christundwelt.de/themen/detail/artikel/zitherpartie-mit-brauntönen/> [ebenfalls abgefragt am 25. 7. 2013]; Jüdische Allgemeine vom 15. 11. 2012.

Vergangenheit des Ehepaares Wutz beleuchtet und die Herkunft des der Hanns-Seidel-Stiftung vererbten Vermögens geklärt werden.

I.

Was zunächst nach einer historischen Routine- und Handwerksarbeit aussah, entpuppte sich im Laufe der Zeit als durchaus aufschlussreich. Denn am Beispiel des Ehepaares Wutz lassen sich neue Einblicke in die Frühgeschichte der NSDAP und das Netzwerk der „ältesten alten Kämpfer“³ nach 1933 gewinnen. Diese spielten nach der Machtergreifung zumeist keine herausragende politische Rolle mehr. Nur wenige wie der zeitweilige bayerische Wirtschaftsminister und spätere Tourismus-Staatssekretär im Goebbels-Ministerium, Hermann Esser, oder der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im Münchener Stadtrat, Christian Weber, waren weiterhin in der zweiten oder dritten Reihe politisch aktiv; die meisten hatten sich bereits lange vor der Machtergreifung mehr oder weniger freiwillig ins Privatleben zurückgezogen. Nach 1933 hatten sich aber rund 300 von ihnen, die bereits zwischen 1919 bis 1921 in der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) bzw. frühen NSDAP aktiv gewesen waren, unter Leitung von Rudolf Schüssler, bis 1921 Geschäftsführer der NSDAP und später Leiter von deren Hauptarchiv, zur sogenannten „Sternecker-Gruppe“ zusammengeschlossen – benannt nach dem Sterneckerbräu, der ersten Geschäftsstelle der NSDAP von Dezember 1919 bis Oktober 1921⁴. Prominenteste Mitglieder waren – neben den schon erwähnten Christian Weber und Hermann Esser – Emil Maurice, ehemaliger Chauffeur und Leibwächter Hitlers, Emil Gansser sowie die nach 1933 noch politisch tätigen Gottfried Feder, Ernst Röhm und Rudolf Hess⁵. Dieses Netzwerk im Stil eines „Alumni-Verbandes“ diente nicht nur der Pflege der persönlichen Bindungen und der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen untereinander, sondern auch der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe abseits der Politik. Um in den exklusiven Kreis aufgenommen zu werden, mussten die potentiellen Mitglieder mittels eines Fragebogens umfassend über ihr politisches Engagement für die Bewegung Auskunft geben und Zeugen für ihre Angaben benennen. Das Ehepaar Wutz gehörte zu dieser eingeschworenen Gemeinschaft „Alter Kämpfer“, Maria zählte neben Ilse Heß zu den wenigen weiblichen Mitgliedern⁶.

³ Unter „Alter Kämpfer“ verstand man nach 1933 alle Mitglieder von NSDAP, SA und SS, die vor dem 30. Januar 1933 beigetreten und eine Mitgliedsnummer unter 300.000 hatten; vgl. Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas. Erster Band, Leipzig 1941, s. v. „alter Kämpfer“.

⁴ In einem Nebenzimmer des Sterneckerbräus befand sich vom 22. Dezember 1919 bis Oktober 1921 das erste Büro der NSDAP; vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), NS 26 / 97, Rundschreiben der NSDAP Nr. 10 vom 22. 10. 1921. Die Mitglieder der „Sternecker-Gruppe“ sind allein aus diesem Grund schon zu den frühesten Anhängern Hitlers zu zählen.

⁵ Mitgliederliste der Sternecker-Gruppe, in: BArch, NS 26 / 1373.

⁶ Sowohl Max als auch Maria Wutz füllten den „Fragebogen für die ersten Mitglieder der N.S.D.A.P. (D.A.P.)“ aus, in: BArch, ehem. BDC, PK U 0062; zu Max Wutz siehe auch Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (künftig: IfZ-Archiv), MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28. 5. 1943. Mitgliederliste siehe BArch, NS 26 / 1373.

Sowohl Max als auch Maria Wutz sind heute weitgehend vergessen, obwohl beide wegen ihrer politischen und künstlerischen Tätigkeit im weitesten Sinne „Personen des öffentlichen Lebens“ waren. Folglich finden sich in der Literatur nur wenige Hinweise zu ihnen⁷. Die archivalischen Quellen sind weit gestreut und oftmals nicht mehr vorhanden. Auch der Hanns-Seidel-Stiftung war beim Antritt der Erbschaft die politische Einstellung und historische Rolle der Erblasser nicht bekannt. Daher gab die Stiftung den historisch ergiebigsten Teil des Nachlasses am 25. Juni 1984 „als Beispiel der Berufslaufbahn einer Sängerin nicht ersten Ranges in den zwanziger und dreissiger Jahren“ an die Bayerische Staatsbibliothek ab⁸. Sie behielt neben den ihre Erbschaft betreffenden Notariatsakten lediglich einen relativ unbedeutenden privaten Briefwechsel und Fotos⁹. Dennoch stößt man in zahlreichen Aktenbeständen immer wieder auf Spuren von Max und Maria Wutz, die trotz großer Lücken ein klares Bild des Umfelds und Milieus erkennen lassen, in dem sich das Paar bewegte¹⁰.

II.

Max Wutz wurde am 5. Januar 1891 in München geboren. Nach der Schulzeit absolvierte er eine Ausbildung zum Mechaniker. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs zur bayerischen Armee eingezogen¹¹, war Wutz nach Kriegsende und Revolution kurzzeitig Mitglied im Arbeiterrat von Dingolfing¹², ehe er sich nach eigenen Angaben im Freikorp Epp an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik (April/Mai 1919) beteiligte¹³. Seit Juni 1919 in Starnberg ansässig¹⁴, lernte er vermutlich in dieser Zeit seine spätere Frau, die Starnberger Fischerstocher Maria Ernst (geboren am 19. März 1898) kennen, die er ein dreiviertel Jahr später in München heiratete¹⁵. Wie bei ihrem Mann liegen Kindheit und Jugend von Maria Ernst weitgehend im Dunkeln. Nach ihrer Gesangsausbildung in München und Wien debütierte sie 1930 am Stadttheater Aachen und war von 1935 bis 1942 eine relativ bekannte und erfolgreiche Sopranistin an der Volksoper Berlin, die auch

⁷ Literatur zu Wutz siehe Gutachten über Max und Maria Wutz, Anm. 11 f.

⁸ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz: Abgabevermerk an Handschriftenabteilung vom 25.6.1984. Seither liegt der Nachlass (Umfang: 2 Kisten) in der Staatsbibliothek, ungeordnet, aber frei zugänglich.

⁹ Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung (künftig: HSS-Archiv), Nachlass Wutz Maria und Max.

¹⁰ Neben den beiden Teilnachlässen Wutz in der Hanns-Seidel-Stiftung und der Bayerischen Staatsbibliothek sowie einer Reihe weiterer Archive sind vor allem das Staatsarchiv München und das Bundesarchiv Berlin für das vorliegende Gutachten einschlägig. Eine vollständige Liste der einschlägigen Archive sowie der angefragten Gemeindeverwaltungen und Gerichte findet sich im Anhang des Gutachtens.

¹¹ Stadtarchiv München, PMB W 320, EWK 65/W 320 (Familienbuch).

¹² Stadtarchiv Dingolfing, Chronik zum ersten Weltkrieg.

¹³ BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz“).

¹⁴ Schriftliche Auskunft Stadtarchiv Starnberg vom 20.3.2013.

¹⁵ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz: Heiratsurkunde Standesamt III, München Nr. 621/1920 vom 19.4.1920.

wiederholt im Rundfunk und bei Liederabenden auftrat¹⁶. In der Nachkriegszeit konnte sie allerdings nicht mehr an ihre Erfolge anknüpfen und lebte mit ihrem Mann zurückgezogen in Assenhausen am Starnberger See. Sie starb am 4. Juni 1983 in Miesbach. Wegen ihrer Bühnenkarriere hatte Max bereits 1931 seinen erfolgreichen, 10 Jahre vorher mit finanzieller Unterstützung seiner Frau in München gegründeten Pelzhandel aufgegeben¹⁷. Von seinem 41. Lebensjahr an lebte er fünfzig Jahre lang bis zu seinem Tod am 26. Mai 1981 als „Rentier“.

Über die politische Sozialisation von Max und Maria Wutz geben die vorhandenen Quellen keine Auskunft. Sie scheinen jedoch in ihren politischen Anschauungen perfekt harmonisiert zu haben. Das Paar war bereits seit Anfang der 1920er Jahre Teil des kleinbürgerlichen und Arbeitermilieus, das die Basis der frühen NSDAP in München bildete und größtenteils im Viertel zwischen und um den Viktualienmarkt und Gärtnerplatz zuhause war. Wegen lückenhafter und teilweise widersprüchlicher Quellen muss allerdings offen bleiben, wann und wie sie erstmals mit der DAP / NSDAP in Berührung kamen und Hitler kennenlernten. Vermutlich kamen sie über ihr privates Umfeld mit den völkischen Kreisen in Kontakt. Matthias Schreiber, der Wirt des Münchner Gasthauses Blauer Bock, der Christian Weber als „Rausschmeißer“ in seinem Lokal beschäftigt hatte, war ein Cousin von Max Wutz. In seinem Haus am Sebastiansplatz wohnte das Ehepaar Wutz zwischen 1920 und 1928. Darüber hinaus lebten in der engeren und weiteren Nachbarschaft¹⁸ viele „Alte Kämpfer“ wie Christian Weber¹⁹ oder Emil Maurice²⁰, mit denen das Paar freundschaftlich verkehrte. Weber, der berühmte-berechtigte Münchner Ratsherr, gehörte bis zu seinem Tod 1945 sogar zu ihren engsten Freunden²¹.

Auch die ersten Parteilokale wie der Sterneckerbräu und das Café Neumayr, wo Hitler regelmäßig verkehrte, waren nicht weit²². Mit Dietrich Eckart, der im August 1919 fast gleichzeitig wie sie zur Partei gestoßen war, waren Max und insbe-

¹⁶ Siehe die Sammlung einschlägiger Zeitungsausschnitte über Auftritte von Maria Wutz in ihren Teilnachlässen in der Bayerischen Staatsbibliothek und der Hanns-Seidel-Stiftung.

¹⁷ Abmeldung des Pelzhandels am 14. 12. 1931, in: Stadtarchiv München, PMB W 320 (Gewerbeliste; Nachfolger: Fritz Lechner); IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28. 5. 1943.

¹⁸ Die Privatwohnung des Ehepaares Wutz war im Gebäude des Gasthauses Blauer Bock am Sebastiansplatz 9, die Geschäftsadresse in der Rumfordstraße 40. 1928 zog das Paar privat in das Nebengebäude Rumfordstr. 38, wohin es auch das Geschäft verlagerte.

¹⁹ Im gleichen Haus am Sebastiansplatz.

²⁰ In der Rumfordstraße, vgl. Staatsarchiv München, Pol.Dir. 10.148.

²¹ Auf der Feier zum 50. Geburtstag Webers 1933 trat Maria, aus Dessau angereist, als Sängerin auf; vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 26. 8. 1933, S. 15; dies brachte Maria Wutz mit der Erwähnung in Herbert Rosendorfers Roman „Die Nacht der Amazonen“, München 1920, S. 162, auch „literarische Ehren“ ein. Noch im Krieg ging Weber im Haus Wutz ein und aus; Staatsarchiv München, SpKA K 3733: Wutz, Max (Bestätigung an Eides statt Alois Kobenter vom 15. 4. 1946).

²² Bericht über „Die Entstehung der ersten Entwicklungsjahre der NSDAP“, in: Staatsarchiv München, Pol.Dir. 6708; vgl. auch Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 205 f.; Anna Maria Sigmund, Des Führers bester Freund. Adolf Hitler, seine Nichte Geli Raubal und der „Ehrenarier“ Emil Maurice, eine Dreiecksbeziehung, München 2003, S. 19 f.

sondere Maria²³ in besonderer Weise verbunden. Nach seinem frühen Tod am 23. Dezember 1923 in Berchtesgaden übernahm das Ehepaar Wutz die Kosten für die Todesanzeigen²⁴. Maria Wutz erhielt ihre Gesangsausbildung in München von Major Hans Streck, der als ehemaliger Adjutant Ludendorffs zu den Vorbereitern und Teilnehmern des Hitler-Putsches²⁵ gehörte und später auch Hitlers Nichte Geli Raubal zu seinen Schülerinnen zählte²⁶. Mindestens bis Mitte der 1930er Jahre pflegte das Paar über die Sternecker-Gruppe hinaus einen mehr oder weniger intensiven Kontakt mit anderen Mitgliedern des Münchner Kreises um Hitler wie Max Amann, den Familien Bruckmann und Bechstein oder Hitlers Schwester Angela Raubal in Berchtesgaden²⁷. Darüber hinaus waren sie aus den Anfangsjahren der NSDAP mit vielen weiteren NS-Größen wie Philipp Bouhler, dem späteren Chef der Kanzlei des Führers, oder Wilhelm Ohnesorge, dem Gründer der ersten NSDAP-Ortsgruppe außerhalb Bayerns in Dortmund und späteren Reichspostminister, persönlich bekannt²⁸.

III.

Max Wutz zählt als einer der „ergebenen Hitleranhänger“ (Ernst Hanfstaengl)²⁹, der „längere Zeit Begleitmann Hitlers“³⁰ war, zum Prototyp der „alten Kämpfer“ der ersten Stunde. Dennoch ist seine tatsächliche politische Rolle schwer zu fassen. Er war in der Anfangszeit der NS-Bewegung bei vielen Aktivitäten und Veranstaltungen dabei, scheint sich aber bewusst im Hintergrund gehalten und darauf geachtet zu haben, keine Spuren zu hinterlassen³¹. In den zeitgenössischen Akten

²³ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz: Brief Wüstinger an Maria Wutz, 15. 7. 1936.

²⁴ BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz“).

²⁵ Vgl. Sabine Weiberg, Der „Hitler-Putsch“, in: München – »Hauptstadt der Bewegung«. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, hrsg. von Richard Bauer u. a., Neuausgabe Wolfratshausen 2002, S. 114; siehe auch John Dornberg, Der Hitler-Putsch. 9. November 1923, München 1983, passim; Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, hrsg. und kommentiert von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneider, Bde. 1 u. 2, München 1997–1998, 2. Verhandlungstag vormittags; 5. Verhandlungstag vormittags.

²⁶ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz; vgl. Sigmund, Des Führers bester Freund, S. 144; dies., Die Frauen der Nazis, Wien 1998, S. 144f. (Geli Raubal).

²⁷ Im Nachlass von Maria Wutz findet sich eine maschinenschriftliche Adressenliste mit den Privatadressen zahlreicher „alter Kämpfer“ und prominenter Unterstützer Hitlers, in: Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz; die Liste enthält auch Namen zahlreicher Kammersänger und Oberspielleiter am Staatstheater München.

²⁸ BArch, ehem. BDC, PK H 204.

²⁹ Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München/Zürich 1980, S. 51.

³⁰ BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz“); siehe auch Völkischer Beobachter, Ausgabe A, vom 27./28. 8. 1933.

³¹ Bereits der Zeitpunkt seines Eintritts in die DAP/NSDAP war vor 1945 umstritten. Nach eigener Aussage von 1933 waren sowohl Max als auch Maria Wutz seit 1919 Mitglied der DAP (BArch, ehem. BDC, PK U 0062, „Fragebogen Max Wutz; Maria Wutz“); diese Angabe im

wird Wutz allenfalls namentlich erwähnt, zumeist aber fehlt sein Name in den einschlägigen Dokumenten, auch wenn seine Beteiligung durch andere Quellen belegt ist³². Dabei ist seine politische Rolle durchaus von einer gewissen historischen Bedeutung. Denn Max Wutz gehörte auf dem Höhepunkt der Parteikrise im Sommer 1921, als Hitler im Machtkampf mit anderen Strömungen demonstrativ aus der Deutschen Arbeiterpartei ausgetreten war, zu dessen maßgeblichen Unterstützern. Zusammen mit seinem Freund Christian Weber und anderen hatte er zu der entscheidenden Mitgliederversammlung am 29. Juli 1921 im Hofbräuhaus eingeladen, auf der Adolf Hitler zum 1. Vorsitzenden der NSDAP gewählt wurde; er selbst war als „2. Kassier“ Mitglied der ersten Parteileitung³³, schied allerdings aus unbekannten Gründen bereits ein halbes Jahr später im Unfrieden aus dem Parteivorstand aus³⁴. Auch nach der Niederlegung seines Parteiamentes zeigte sich Wutz als glühender Hitler-Anhänger³⁵ und beteiligte sich an diversen Aktivitäten der NSDAP³⁶, so auch am Putsch vom 8./9. November 1923³⁷.

Max Wutz war mit seinen Freunden Christian Weber und Emil Maurice auch an politischen Straftaten beteiligt und wurde wohl auch mehrmals verhaftet und verurteilt³⁸. Wie bei seinen legalen parteipolitischen Aktivitäten gibt es dazu Hinweise, aber fast keine handfesten Beweise, da die meisten einschlägigen Akten fehlen bzw. Wutz in den überlieferten Akten nicht erwähnt wird³⁹. So war er am Mordanschlag auf den SPD-Landtagsabgeordneten Erhard Auer am 26. Oktober

„Sternecker-Fragebogen“ wurde vom Sachbearbeiter des Braunen Hauses jedoch dahingehend korrigiert, dass beide erst am 28. 1. 1921 mit der alten Mitgliedsnummer 2754 (Max) bzw. 2753 (Maria) der NSDAP beigetreten seien. Da der Name Wutz in allen Quellen der DAP/NSDAP vor 1921 fehlt, scheint das Paar der Partei tatsächlich erst 1921 beigetreten zu sein; siehe dazu Gutachten S. 6 f.

³² Die Gestapo fertigte 1943 ein Dossier über Max Wutz an, in dem sie seine Aktivitäten für die NSDAP zusammenstellte. Man kann davon ausgehen, dass die dortige Auflistung den Tatsachen entspricht, auch wenn sie nicht durch weitere Akten belegt sind; IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28. 5. 1943.

³³ BArch, NS 26 / 97, Rundschreiben der NSDAP Nr. 4 vom 10. 9. 1921; abgedruckt in: Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. v. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 480; Staatsarchiv München, Pol. Dir. 6778; Völkischer Beobachter vom 4. 8. 1921, S. 3.

³⁴ BArch, NS 26 / 97, Rundschreiben der NSDAP Nr. 21 vom 4. 2. 1922, abgedruckt in: Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, S. 567.

³⁵ Als im März 1922 Hitler als staatenlosem Ausländer die Ausweisung aus Bayern drohte, initiierte Wutz, wieder zusammen mit Weber, eine Protestaktion gegen die bayerische Staatsregierung; IfZ-Archiv, MA 734 Rolle 1, Bl. 1 f.

³⁶ IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28. 5. 1943.

³⁷ Ebenda. Auch hier wird Wutz weder in den einschlägigen Akten (siehe Der Hitler-Prozess 1924; IfZ-Archiv, Fa 523 [Urteil Volksgesicht München I gegen Berchtold Josef und 39 Genossen vom 28. April 1924]), noch in den Berichten zum Hitler-Putsch aus der Perspektive der Polizei (Staatsarchiv München, Pol. Dir. 6709) bzw. der Putschisten (BArch, NS 26 / 100) erwähnt.

³⁸ Auflistung der Gestapo vom 28. 5. 1943, in: IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1; in seinem Fragebogen rühmte sich Wutz „wiederholt verhaftet verurteilt und auch bestraft“ worden zu sein; BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz“).

³⁹ Auch bei Christian Weber, der angeblich in 152 Fällen wegen politischer Straftaten angeklagt wurde, ist nur ein Bruchteil der Gerichtsakten überliefert; vgl. Thomas von Berg, Korrupti-

1921 beteiligt und störte gemeinsam mit Christian Weber und Emil Gansser, einem der wichtigsten Geldvermittler Hitlers in der Frühphase der Partei⁴⁰, den Besuch von Reichspräsident Friedrich Ebert am 12. Juni 1922 in München. Während Wutz in den Prozessakten zu Auer nicht genannt wird⁴¹, wurde er im Ebert-Prozess am 21. August 1923 als Hauptangeklagter in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 80 RM verurteilt⁴².

Trotz dieser Verurteilung steht Max Wutz bei der Affäre Ebert bis heute so sehr im Schatten von Emil Gansser und Dietrich Eckart, dass er in der einschlägigen Literatur dazu überhaupt nicht erwähnt wird⁴³. Dabei weist gerade diese Affäre mit all ihren Protagonisten auf ein bislang wenig bekanntes Beziehungsgeflecht alter Kämpfer hin, das bis zum Ende des Dritten Reiches existierte und in dessen Mittelpunkt Wutz und Gansser sowie die nicht zur Sternecker-Gruppe gehörende Claire von Abegg stehen.

Nach dem Ebert-Besuch in München begann Dietrich Eckart eine publizistische Hetzkampagne⁴⁴, in deren Folge er vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen Beleidigung des Reichspräsidenten angeklagt wurde. Auf Anraten von Christian Weber, der in Berchtesgaden eine Jagd gepachtet hatte, tauchte Eckart dort inkognito als Dr. Hoffmann unter, zunächst am Obersalzberg in der Pension Moritz (Platterhof), später, als die Polizei ihm auf die Spur gekommen war, im Göllhäusl auf dem Vorderbrand⁴⁵. Dieses, auf 1.200 m gelegene Haus, um das sie von 1923 bis 1935 einen Prozess gegen Bruno und Elisabeth Büchner, die Besitzer des Plat-

on und Bereicherung. Politische Biographie des Münchner NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Christian Weber (1883–1945), München 2003, S. 22f.

⁴⁰ Staatsarchiv München, Pol.Dir. 6784; vgl. Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919–1922, Hamburg/Berlin 1962, S. 185; ausführlich im Gutachten S. 21–28.

⁴¹ Staatsarchiv München, Pol.Dir. 10172. Seine Teilnahme ist durch den Gestapo-Bericht vom 28. 5. 1943 belegt; IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1.

⁴² BArch, R 1507 / 545; in den Akten des Staatsarchivs München, Pol.Dir. 10172, Pol. Dir. 10148, findet sich zur Störung des Ebert-Besuches dagegen kein Hinweis auf Wutz.

⁴³ Vgl. Niels H. M. Albrecht, Die Macht einer Verleumdungskampagne: antidemokratische Agitationen der Presse und Justiz gegen die Weimarer Republik und ihren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom „Badebild“ bis zum Magdeburger Prozeß, Diss. Universität Bremen 2002, S. 241–250 u. S. 313–332.

⁴⁴ Nach dem Artikel „Er kam, sah und siegte“ von Dietrich Eckart im Völkischen Beobachter vom 14. 6. 1922, zit. nach Albrecht, Die Macht einer Verleumdungskampagne, S. 246, verklagte Ebert auch Gansser wegen Beleidigung; die Affäre zog sich über mehrere Monate hin, bis Ebert den Strafantrag gegen Gansser 1924 zurückzog; BArch, NS 26 / 1318, Zeitungsausschnittsammlung über Ebert-Prozeß von Gansser; BArch, R 1507 / 2413, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Materialsammlung über Einzelpersonen: Ganßer, Emil; Albrecht, Die Macht einer Verleumdungskampagne, S. 241–250 u. S. 313–332.

⁴⁵ Vgl. auch Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980, S. 204; Albert Reich, Dietrich Eckart. Ein deutscher Dichter und Vorkämpfer der Völkischen Bewegung, München 1933, S. 114–117.

terhofs führte⁴⁶, stellte ihm die Baronin Claire von Abegg zur Verfügung⁴⁷. Wie Wutz gehört sie zu den wenig bekannten frühen Anhängern und Förderern Hitlers⁴⁸. 1874 in Berlin geboren, entstammte sie der friesischen Adels- und Militärfamilie von Frerichs⁴⁹ und wohnte seit längerem in einem alten Anwesen in Bischofswiesen, das seither in Anspielung auf ihre Herkunft „Friesenhof“ hieß⁵⁰. Ihr Mann, ein Gesandtschaftssekretär mit russischer Staatsbürgerschaft⁵¹ habe sich, so zumindest Hitler, im Königssee ertränkt⁵². Über Dietrich Eckart lernten auch Hitler und Gansser, der sich im Frühjahr 1923 ebenfalls „nach Berchtesgaden verzogen“⁵³ hatte, „die Baronin“ kennen, die bald neben Eckart und Gansser mit Hermann Esser, Heinrich Hoffmann und dem Parteigründer Anton Drexler zur „Gesellschaft“ Hitlers gehörte⁵⁴. Abgesehen von Drexler blieb die Clique auch nach 1933 zumindest lose miteinander in Verbindung.

Vermutlich machte auch Wutz in dieser Zeit die Bekanntschaft mit Claire von Abegg, die ihn schließlich zusammen mit Emil Gansser ein halbes Jahr vor ihrem Tod am 29. November 1935 als Erben einsetzte⁵⁵. Zum Erbe gehörte neben dem Friesenhof und einem größeren Geldbetrag u. a. das inzwischen auch „Dietrich-

⁴⁶ Das Göllhäusl war seit 1903 im Eigentum der Gräfin von Ortenburg (vgl. Staatsarchiv München, AG Bände 1802: Grundbuch Königssee Band III, Bl. 104), die es 1923 anscheinend zweimal verkauft hat, einmal an Claire von Abegg, die es Eckart zur Verfügung stellen konnte, und an Bruno Büchner, der seit 30.5.1923 im Grundbuch als Eigentümer eingetragen war und es am 16.10.1923 seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Veith überschrieb (Staatsarchiv München, AG Bände 1802: Grundbuch Königssee Band III, Bl. 104).

⁴⁷ Vgl. Margarete Plewnia, *Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart*, Bremen 1970, S. 91.

⁴⁸ Claire von Abegg (auch Kläre d'Abegg) erscheint gelegentlich auch als „Lily von Abegg“, so in den Anmerkungen zu Hitlers „Monologen im Führerhauptquartier“, S. 439f., Anm. 65 u. S. 454. Anm. 178. Aus den Angaben geht jedoch eindeutig hervor, dass es sich dabei um Claire von Abegg handelt.

⁴⁹ Sterbeurkunde vom Standesamt Berchtesgaden, Todesanzeige im Nachlassakt, in: Staatsarchiv Berchtesgaden, AG Berchtesgaden 1935/93. Ihr Bruder, Rittmeister und Legationsrat Wilhelm von Frerich, lebte in der Schweiz (Basel), ihre Schwester Theda mit ihrem Mann, Oberst a. D. Ferry Freiherr von Edelsheim in Konstanz.

⁵⁰ Sowohl im Standesamt der Gemeinde Bischofswiesen wie im Standesamt Berchtesgaden, das bis Mitte der 1950er Jahre auch für die Gemeinde Bischofswiesen zuständig war, fehlen die Meldeunterlagen; telefonische Auskunft vom 4.4.2013 und 6.4.2013.

⁵¹ Sterbeurkunde vom Standesamt Berchtesgaden. Über ihren Ehemann fehlen alle weiteren Angaben; sein Vorname ist ebenso unbekannt wie seine Aufgaben; vermutlich war er ein russischer Diplomat baltendeutscher Herkunft, da er weder im preußischen bzw. deutschen noch bayerischen diplomatischen Dienst tätig war und die russische Staatsbürgerschaft besaß.

⁵² Vgl. Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 268.

⁵³ Nachlaß-Verzeichnis auf Ableben des Gansser Emil vom 11.03.1942, S. 3, in: BArch, R 43 / 4059, Bl. 111.

⁵⁴ Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier*, S. 208; siehe auch ebenda, S. 267f.

⁵⁵ Staatsarchiv München, AG Berchtesgaden 1935/93 („Letztwillige Verfügung“ der Claire von Abegg, Friesenhof, Strub bei Berchtesgaden, 5. Juni 1935, abends 9.20 Uhr“); eine Kopie befindet sich in: BArch, NS 26 / 1319.

Eckart-Hütte“ genannte Göllhäusl, dessen Eigentümer am 16. September 1936 in Erbengemeinschaft Max Wutz und Emil Gansser wurden⁵⁶.

Diese Erbschaft bildet den Mittelpunkt eines komplizierten Rechtsstreits, der Einblicke in das Beziehungsgeflecht und Netzwerk der frühen NSDAP-Mitglieder gewährt. Emil Gansser hatte sich wegen zahlreicher Prozesse⁵⁷, vor allem wegen des Jahrzehnte andauernden Verfahrens gegen den Siemens-Konzern, seinen früheren Arbeitgeber, finanziell völlig ruiniert und hinterließ bei seinem Tod über 40.000 RM Schulden, die von der Reichskanzlei „wegen seiner Verdienste um die Bewegung“ zum größten Teil beglichen wurden⁵⁸. Zu seinen Gläubigern zählte auch Max Wutz, der ihm zwischen 1924 und 1935 mindestens 5.000 RM geliehen hatte⁵⁹ und zumindest einen Großteil seines Privatkredits von der Reichskanzlei erstattet bekam⁶⁰.

Auch Claire von Abegg war jahrzehntelang in mehrere kostspielige Prozesse verstrickt, darunter eine Erbauseinandersetzung mit ihrem Bruder um das elterliche Erbe und der erwähnten Prozess gegen Büchners um das Göllhäusl. Als die Prozesskosten ihre finanziellen Mittel überstiegen, gewährte ihr Max Wutz ein Darlehen in Höhe von 11.000 Goldmark, das er sich mit jährlich 5 Prozent verzinsen ließ. Am 10. Mai 1935, demselben Tag, an dem Claire von Abegg nach einem Vergleich mit Büchners Eigentümerin des Göllhäusl geworden war, verpfändete sie dieses deswegen an Max Wutz⁶¹. Als sie wenige Monate später starb, trat dieser mit Emil Gansser das Erbe an⁶². Schon bald gerieten aber die beiden alten Bekannten Wutz und Gansser über diese Erbschaft in Streit, da Max Wutz wohl Wert darauf legte, möglichst schnell an sein Geld zu kommen, während der „prozesserrfahrene“ Gansser der Erblasserin anscheinend versprochen hatte, die von ihr geführten noch laufenden Prozesse zum Abschluß zu bringen⁶³.

⁵⁶ Staatsarchiv München, Vermögenskontrolle Berchtesgaden 245.

⁵⁷ Prozesse aus politischen Gründen wie der Beleidigungsprozess gegen Ebert (siehe Anm. 42).

⁵⁸ BArch, R 43 II / 1003.

⁵⁹ In der vom Nachlassverwalter im März 1942 angelegten Schuldenliste erscheint Max Wutz als Gläubiger von 3.200 RM, darunter mit einem Darlehen aus dem Jahr 1924 in Höhe von 3.000 RM sowie einem weiteren in Höhe von 200 RM aus dem Jahr 1935, in: BArch, R 43 / 4059, Bl. 120 (Nachlaß-Verzeichnis vom 11.3.1942, Wutz, S. 12). Nach der Schuldenliste Ganssers vom September 1935, als er sich erstmals an die Reichskanzlei wegen seiner finanziellen Probleme wandte, hatten ihm „Max Wutz & Fam., München“ 5.000 RM geliehen, in: BArch, R 43 / 4059, Bl. 26.

⁶⁰ Der Nachlassverwalter erklärte sich mit Schreiben vom 24. 11. 1942 an den Rechtsanwalt von Wutz im Rahmen von weiteren finanziellen Streitigkeiten grundsätzlich zur Zahlung der 3.000 RM bereit, in: Ebenda, Bl. 97–98.

⁶¹ Staatsarchiv München, Notariat Berchtesgaden 1935/467, Notariatsvertrag betr. Schuldbekenntnis mit Hypothekenbestellung vom 10.5.1935 zwischen Claire von Abegg und Max Wutz.

⁶² Staatsarchiv München, AG Berchtesgaden 1935/93, Erbschein ausgestellt vom Amtsgericht Berchtesgaden vom 9. 1. 1936.

⁶³ BArch, R 43 II / 1003, Schreiben Emil Ganssers an Hitler vom 12.5.1936; BArch, R 43 / 4059, passim, insbes. Schreiben Hans Gansser an Reichsminister Lammers vom 5.4.1941. Ausführlich siehe Gutachten S. 25–28.

Die Auseinandersetzungen um das Abegg'sche Erbe zogen sich bis nach Emil Ganssers Tod im Jahr 1941 hin. Danach fungierte sein Bruder Hans Gansser, ein Komponist, der Eckarts Gedicht „Deutschland erwache“ vertont hatte, als Nachlassverwalter. Da die Verbindlichkeiten Claire von Abeggs die vorhandenen Sachwerte deutlich überstiegen, musste das Göllhäusl zwangsversteigert werden⁶⁴. Seit dem 20. Mai 1937 war der Reichsbund der Deutschen Beamten neuer Eigentümer, von dem es 1943 der Chef der Parteikanzlei Martin Bormann für die NSDAP übernahm. Damit war der Wille der Erblasserin endlich erfüllt. Denn bereits am 19. April 1936 hatte Emil Gansser in einem Schreiben Hitler mitgeteilt, dass er „in Übereinstimmung mit dem letzten Willen der verstorbenen Frau Claire von Abegg“ das „Göllhäusl“ [sic] als „Dietrich Eckart-Gedächtnis-Stiftung“ in die „persönliche Obhut“ Hitlers für ein Künstlererholungsheim geben wolle⁶⁵. Seit Mai 1943 gehörte das Göllhäusl somit im weitesten Sinn zum Führersperrgebiet Obersalzberg – eine zufällige, aber an sich stimmige Entwicklung, lernte Hitler seine „Wahlheimat“ und seinen späteren zweiten Regierungssitz doch kennen, als er 1923 mit Christian Weber den hier untergetauchten Dietrich Eckart besuchte.

Maria Wutz ist in der Öffentlichkeit politisch nicht in Erscheinung getreten. Sie engagierte sich für die NSDAP primär künstlerisch, indem sie als Sopranistin bei Parteiveranstaltungen mitwirkte⁶⁶ oder im Krieg, bereits als bekannte Opernsängerin, für ein vergleichsweise bescheidenes Honorar bei solchen Gelegenheiten auftrat⁶⁷. Gemeinsam aber hatte das Paar die NSDAP in ihrer Gründungszeit finanziell unterstützt⁶⁸. Konkret belegbar sind diese „riesigen Summen und Gaben“⁶⁹ (Max Wutz) zumeist nicht mehr. Dies gilt insbesondere für die 25.000 RM, die Max Wutz im Juli 1921 dem „Völkischen Beobachter“ zur Verfügung gestellt hatte⁷⁰ und die er wohl 1943 ebenfalls von der Reichskanzlei zurückerstattet bekam⁷¹. Damit sollte der notorisch klammen Parteizeitung unter ihrem neuen Chefredakteur, dem Wutz-Freund Dietrich Eckart, der Wechsel der Druckerei ermöglicht werden⁷².

⁶⁴ Staatsarchiv München, AG Bände 1802: Grundbuch Königssee Band III, Bl. 104. Aus dem Versteigerungserlös wurde der Wutz'sche Privatkredit an Abegg beglichen, vgl. ebenda. Die Grundsuld für die Hypothek über 11.000 Goldmark wurde am 20. 5. 1937 gelöscht; von dem nach allen beglichenen Verbindlichkeiten übrig gebliebenen Rest erhielt Wutz als Erbe die Hälfte.

⁶⁵ BArch, NS 26 / 2511.

⁶⁶ BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Maria Wutz“). So beteiligte sie sich beispielsweise an der Gestaltung der NSDAP-Weihnachtsfeier 1921 im Saal des Hofbräuhauses; vgl. Völkischer Beobachter vom 11. 1. 1922, S. 3; Völkischer Beobachter vom 14. 1. 1922, zit. nach Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, S. 163.

⁶⁷ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz.

⁶⁸ BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz; Maria Wutz“).

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda; IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28. 5. 1943.

⁷¹ Siehe dazu Gutachten S. 20 f.

⁷² Vgl. Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, S. 184 f.; hier wird der Name jedoch falsch geschrieben (Wuz).

IV.

Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch von 1923 scheint sich Max Wutz politisch nicht mehr betätigt zu haben. Er trat, wie seine Frau, aus persönlichen Gründen der neu gegründeten NSDAP nicht mehr bei⁷³. Nichtsdestotrotz blieben beide Ehepartner überzeugte Nationalsozialisten und hielten die alten Kontakte über die persönlichen Freundschaften weiterhin aufrecht⁷⁴. Auch wenn sie nicht mehr zum engsten Kreis gehörten, so hatten Max und Maria Wutz auch nach der „Machtergreifung“ einen direkten Zugang zu Hitler, der sie u. a. als seine persönlichen Gäste auf den Reichsparteitag nach Nürnberg einlud⁷⁵. In seiner Heimatstadt München war Max Wutz daher auch ohne formale Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen „als alter Kämpfer allgemein bekannt“⁷⁶, er wurde zusammen mit seiner Frau 1933 selbstverständlich Mitglied der neu gegründeten Sternecker-Gruppe. Max Wutz war jedoch – wohl wegen der fehlenden Parteimitgliedschaft nach 1933 – kein Träger des Blutordens. Der in seinem Nachlass aufgefundene Orden gehörte vermutlich seinem Bruder Alois⁷⁷.

Die Familie Wutz profitierte im Dritten Reich in erster Linie indirekt und gesellschaftlich von ihrem Prestige als „alte Kämpfer“ und ihren Beziehungen. Bewusst setzte sie diese – wenngleich nicht immer erfolgreich – zum eigenen Vorteil

⁷³ Im Sternecker-Fragebogen deuteten Wutz und seine Frau an, dass ihm ein erneuter Beitritt wegen eines Streites, den er als 2. Kassier mit der Partei hatte und der zu seinem Rücktritt geführt hatte, nicht möglich gewesen sei, in: BArch, ehem. BDC, PK U 0062 („Fragebogen Max Wutz; Maria Wutz“). Darüber hinaus gibt es Spekulationen, die seine freundschaftliche Beziehung zu einem ehemaligen Kommunisten betreffen könnten; vgl. IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28.5.1943.

⁷⁴ Adressliste mit den Privatadressen zahlreicher „alter Kämpfer“ und prominenter Unterstützer Hitlers, in: Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz.

⁷⁵ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz.

⁷⁶ Staatsarchiv München, SpkA K 2021: Wutz, Alois, Vertrauliches Schreiben Wirtschaftskammer Bayern Grosshandel an Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- u. Ausfuhrhandel vom 20. 12. 1941.

⁷⁷ Im Nachlass von Max Wutz befand sich laut Presseberichten ein Blutorden, in: Der Spiegel vom 12. 11. 2012, S. 35; Augsburger Allgemeine vom 12. 11. 2012; Jüdische Allgemeine vom 15. 11. 2012. Dieser gehörte jedoch nicht Max, sondern vermutlich seinem Bruder Alois Wutz (geb. 1. 10. 1893); dieser war Träger des Blutordens mit der Nr. 99, vgl. IfZ-Archiv, Db 052.051 [Das Ehrenzeichen am Band vom 8. und 9. 11. 1923]; Staatsarchiv München, SpkA K 2021: Wutz, Alois, Schreiben Alois Wutz an Wirtschaftsberatungsamt München vom 29. 10. 1945. Nach Ansicht von Max im Jahr 1941 hätte der Blutorden jedoch ihm selbst zugestanden (Staatsarchiv München, SpkA K 2021: Wutz, Alois, Vertrauliches Schreiben Fachgruppe Rauchwaren und Pelze an Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel vom 21. 1. 1941). Obwohl Alois Wutz den Blutorden erhielt, war er im Gegensatz zu seinen Brüdern Max und Hans nicht Mitglied der Sternecker-Gruppe; vgl. BArch, NS 26 / 1373.

ein⁷⁸. Als Maria Wutz Ende 1933 vom Theater in Dessau aufgrund eines Zeitungsberichts fristlos entlassen wurde⁷⁹, bemühte sich das Paar einerseits um die Unterstützung Hitlers im anschließenden Arbeitsrechtsstreit und es versuchte andererseits über Christian Weber wegen „ihrer Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung“⁸⁰ ein neues Engagement für Maria zu finden.

Mitten im Krieg, als sich die Karriere von Maria Wutz ihrem Ende näherte, erwarb das Ehepaar schließlich das sog. Lichtenberg-Anwesen in Assenhausen (Gemeinde Berg am Starnberger See) vom Bezirksverband Oberbayern⁸¹, dessen Politik von ihrem Freund Christian Weber als Kreistagspräsident dominiert wurde. Dabei handelt es sich um eine Villa mit Nebengebäuden, Park, Wiesen und Wäldern. Hier lebte die Familie Wutz ab Mai 1942 über Jahrzehnte, zunächst im Haupthaus, später im Dienstbotenhaus⁸².

Der Erwerb des herrschaftlichen Anwesens, dessen Rechtmäßigkeit von der Presse im Jahr 2012 angezweifelt wurde, war nach allen vorhandenen Unterlagen korrekt. Dennoch profitierte Wutz auch hier von seinen Beziehungen. Denn unmittelbar nach dem Erwerb des Anwesens begann er mit umfangreichen Bauarbeiten – zu einem Zeitpunkt, als dies kurz nach der Katastrophe von Stalingrad und massenhaften Luftkriegsschäden für Privatpersonen nahezu unmöglich war⁸³. Das dafür nötige Baumaterial ließ ihm Christian Weber zukommen⁸⁴. Für die Bauarbeiten selbst forderte er kostenlos Arbeiter aus dem benachbarten Umsiedlerlager Rottmannshöhe an. Als sich der Lagerführer wegen der immer größer werdenden Ansprüche weigerte, Arbeiter zur Verfügung zu stellen, habe Wutz mit seinen Beziehungen gedroht und sich bei der Volksdeutschen Mittelstelle

⁷⁸ Max Wutz rühmte sich immer wieder seiner guten persönlichen Beziehungen zum „Führer“ und zeigte gerne eine von Hitler handschriftlich ausgestellte Bestätigung seiner Teilnahme am Putsch von 1923 herum; Staatsarchiv München, SpkA K 3733: Wutz, Max (u. a. Schreiben Max Leitner an Sonderabteilung-Polizeipräsidium vom 6. 11. 1945; Vernehmung Kreszenz Endres vom 30. 9. 1946; Bestätigung an Eides statt Alois Kobenter vom 15. 4. 1946); Staatsarchiv München, SpkA K 2021: Wutz, Alois (Vertrauliches Schreiben Fachgruppe Rauchwaren und Pelze an Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel vom 21. 1. 1941).

⁷⁹ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz. Die genauen Hintergründe gehen aus dem Nachlass nicht hervor, da weder der Zeitungsbericht noch Angaben über die Zeitung vorhanden sind. Die überlieferten Unterlagen zeigen jedoch den Verlauf und die Heftigkeit der Auseinandersetzung.

⁸⁰ BArch, ehem. BDC, PK H 204, Schreiben Weber an Generalintendant Otto Krause, Stuttgart, vom 15. 3. 1935.

⁸¹ Kaufvertrag vom 6. 10. 1942, in: Staatsarchiv München, Notariat München V 1942/2415.

⁸² Gemeindearchiv Berg, Meldekarte Wutz. Danach ist das Ehepaar seit 12. 5. 1942 in dem Anwesen gemeldet; nach dem Gestapo-Bericht vom 28. 5. 1943 war Wutz allerdings ein Jahr später immer noch nicht eingezogen, da die Gestapo vermutet, dass „mit seinem baldigen Einzug gerechnet werden“ kann, in: IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1.

⁸³ Ebenda, Schreiben Reichsführer SS – Adjutant an Hanns Johst vom 7. 6. 1943.

⁸⁴ Staatsarchiv München, SpkA K 3733: Wutz, Max, Bestätigung an Eides statt Alois Kobenter vom 15. 4. 1946.

beschwert⁸⁵. Mit dieser stand Wutz zwischen 1942/43 und 1945 tatsächlich in sehr engem Kontakt. Denn beim Verkauf der Lichtenberg-Villa hatte der Bezirksverband Oberbayern Teile des Anwesens sowie die unmittelbar angrenzende Rottmannshöhe als Umsiedlerlager für Volksdeutsche aus Slowenien an die Volksdeutsche Mittelstelle vermietet⁸⁶. Wutz, der in alle Rechten und Pflichten des früheren Eigentümers eintrat, profitierte neben den kostenlosen Arbeitskräften so auch von den gültigen Mietverträgen.

IV.

Der Reichtum des Paares beruhte allerdings im wesentlichen nicht auf seiner politischen Nähe zum Regime. Max und Maria Wutz waren bereits lange vor der Machtergreifung sehr vermögend. Die Basis dafür brachte wohl Maria Wutz mit in die Ehe, deren Familie in Starnberg über größeren Grundbesitz verfügte. Das mit ihrer Hilfe gegründete „Pelzhaus Max Wutz“ war zudem erfolgreich⁸⁷, ehe es Max Wutz zugunsten der Bühnenkarriere seiner Frau aufgab, die er fortan bei ihren Engagements an diversen Bühnen begleitete. Maria Wutz' Karriere entwickelte sich nach Anfangsschwierigkeiten auch finanziell überaus erfolgreich, so dass das Einkommen des Ehepaares deutlich über dem Durchschnittseinkommen im Reich lag⁸⁸, obwohl Max Wutz ab 1932 nur noch als „Rentner“ lebte. Neben den Gagen von Maria Wutz verfügte das Paar über heute in ihrer Höhe nicht mehr benennbare Mieteinnahmen aus vier Immobilien: der nur teilweise selbst genutzten Lichtenberg-Villa, einem 1932 erworbenen Haus in Hohenschäftlarn,

⁸⁵ Ebenda, Wutz, Max Vernehmung Kreszenz Endres vom 30.9.1946, Erklärung Hanna Frei vom 4.5.1946, und Schreiben Rechtsanwalt Heinrich an die Spruchkammer des Kreises Wolfratshausen vom 16.10.1946.

⁸⁶ Zur Problematik des Umsiedlerlagers Rottmannshöhe siehe Gutachten S.30f. Der Bezirk Oberbayern hatte beide Grundstücke erworben, um sie dem Deutschen Frauenwerk gegen Übernahme der Kosten für die Errichtung einer „Bräuteschule“ zur Verfügung zu stellen. Nachdem sich das Projekt verzögerte, vermietete und verkaufte der Bezirk die Grundstücke.

⁸⁷ Über die Geschäftsentwicklung fehlen zwar sämtliche Unterlagen, jedoch finden sich in den Akten Hinweise, die auf ein florierendes Geschäft schließen lassen; Staatsarchiv München, SpkA K 2021: Wutz, Alois, Vertrauliches Schreiben Fachgruppe Rauchwaren und Pelze an Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel vom 21.1.1941.

⁸⁸ Nach Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt a. M. 2001, S.235, betrug 1937 das Jahresdurchschnittsgehalt im Deutschen Reich 1.836 RM, ein lediger Studienrat verdiente 1938 zu Beginn seiner Laufbahn 4.404 RM. Diese Angaben werden im Kern auch von Adam Tooze bestätigt, wonach 1936 im Deutschen Reich 62 % der Steuerzahler über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von unter 1.500 RM verfügte, das durchschnittliches Jahreseinkommen von Angestellten belief sich auf rund 3.000 RM; vgl. Adam Tooze, Die Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Bonn 2007, S.174. Das steuerpflichtige Einkommen der Familie Wutz betrug zwischen 1932 und 1945 mindestens zwischen 4.000 RM und 9.120 RM, hinzu kam steuerpflichtiges Vermögen zwischen 25.000 RM (1932) und 99.430 RM (1945); siehe dazu Gutachten S.41.

das von 1932⁸⁹ bis 1942 als Wohnsitz diente⁹⁰, sowie den Elternhäusern von Max (zu einem Drittel)⁹¹ und Maria⁹².

V.

Nach 1945 stilisierte sich Max Wutz im Spruchkammerverfahren wenig glaubwürdig zum Widerstandskämpfer. Trotz seiner Behauptung, sich „seit 1923 [...] jederzeit offen und in schärfster Weise gegen die NSDAP“⁹³ gestellt, den Hitler-Gruß stets verweigert und deshalb auch Verfolgung und Schikanen im Dritten Reich in Kauf genommen zu haben, wurde er in die Gruppe II als Belasteter eingestuft⁹⁴. Andererseits konnten aber sowohl Max als auch Maria Wutz ihre Verstrickung in die NS-Geschichte erfolgreich vergessen machen. Obwohl sie auch nach dem Krieg ihrem antisemitischen und antidemokratischen Weltbild treu blieben⁹⁵ und weiterhin in rechten Kreisen verkehrten⁹⁶, wurde ihre politische Vergangenheit und Einstellung zu keinem Zeitpunkt thematisiert. Als sich das kinderlose Ehepaar seit Anfang der 1960er Jahre immer wieder vergeblich bemühte, sein millionenschweres Vermögen gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, erregte dies zwar öffentliches Aufsehen in der Presse. Allerdings nur wegen der Tatsache, dass etwa die Landeshauptstadt München, die Arbeiterwohlfahrt und die Friedrich-Ebert-Stiftung das Angebot aus wirtschaftlichen bzw. juristischen Gründen ausschlu-

⁸⁹ Nach dem Melderegister meldeten Max und Maria Wutz am 18.9.1932 ihren Wohnsitz in München ab (Stadtarchiv München, PMB W 592, Melderegister). Im Melderegister der Gemeinde Schäftlarn finden sich keinerlei Unterlagen zu Max und Maria Wutz (Auskunft Gemeinde Schäftlarn am 26.2.2013). Im Fragebogen seines Spruchkammerverfahrens gab Max Wutz an, das Haus in Hohenschäftlarn 1932 erworben zu haben, in: Staatsarchiv München, SpkA K 3733: Wutz, Max.

⁹⁰ Nach dem Umzug nach Assenhausen wurde das Haus vermietet; vgl. IfZ-Archiv, MA 297 Rolle 1, Bericht Geheime Staatspolizei vom 28.5.1943.

⁹¹ Zusammen mit seinen Brüdern Alois jun. und Wolfgang erbte Max Wutz nach dem Tod seines Vaters Alois sen. zu einem Drittel dessen Mietshaus in der Schwanthalerstr. 131 in München; vgl. Amtsgericht München, Auszug aus dem Grundbuch Untersending, Bl. 5287.

⁹² Später erwarb Max Wutz von seinem Schwiegervater Jakob Ernst dessen Anwesen in Starnberg. Auch hier müssen die Details, also ob der Kauf zu marktüblichem oder reduziertem Preis erfolgte bzw. ob es sich um eine vorgezogene Erbschaft, d. h. Schenkung handelte, offen bleiben; vgl. Staatsarchiv München, SpkA K 3733: Wutz, Max; Tel. Auskunft des Starnberger Stadtarchiv vom 21.2.2013.

⁹³ Staatsarchiv München, SpkA K 3733: Wutz, Max, Lebenslauf.

⁹⁴ In der Spruchkammerakte fehlt der entsprechende Spruch, auf der Karteikarte ist mit Schreibmaschine vermerkt „13.9.1946 Gr II“.

⁹⁵ Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz, Mappe NL Maria Wutz, G 85/44: Schreiben Max Wutz an Finanzamt Wolfratshausen vom 11.1.1952.

⁹⁶ Im Nachlass von Maria Wutz befindet sich eine undatierte gedruckte Weihnachtskarte von Siegfried Pöhlmann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der NPD-Fraktion im Bayerischen Landtag (also zwischen 1966–1969), in: Bayerische Staatsbibliothek, München (Ana 489 Maria Wutz); zu Pöhlmann siehe Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Bonn 2012, S. 66–71.

gen⁹⁷. So lehnten es die Gewerkschaften wegen der Folgekosten für das Personal ab, auf dem Grundstück einen Kindergarten einzurichten, eine geplante Schule für Sehbehinderte scheiterte aus baurechtlichen Gründen⁹⁸. Die politische Vergangenheit des Ehepaares und die möglicherweise dubiose Herkunft des Vermögens wurde von keiner Seite angesprochen⁹⁹.

Die Hanns-Seidel-Stiftung konnte unter diesen Umständen das Erbe in gutem Glauben antreten¹⁰⁰, zumal das Münchener Stadtmuseum, dem das Ehepaar bereits 1971 Kunstwerke im Wert eines sechsstelligen DM-Betrages vermacht hatte¹⁰¹, gleichzeitig das Inventar des Hauses (Möbel, Gemälde und Kunstwerke) übernahm¹⁰².

Aufgrund des IfZ-Gutachtens zog die Hanns-Seidel-Stiftung unverzüglich die Konsequenzen. Das bereits seit Februar 2013 auf einem Sperrkonto liegende Vermögen in Höhe von 1,4 Millionen Euro wird die Stiftung zugunsten einer „auf Aussöhnung, Wiedergutmachung und/oder Aufklärung von NS-Unrecht gerichteten Verwendung“ abgeben¹⁰³.

(Das vollständige Gutachten ist online abrufbar unter www.ifz-muenchen.de)

⁹⁷ Vgl. HSS-Archiv, Nachlass Wutz Maria und Max 2 (Zeitungsausschnitte; Schreiben Max Wutz vom 21. 10. 1972 an Chefredakteur der Abendzeitung).

⁹⁸ HSS-Archiv, Nachlass Wutz Maria und Max 2 (Zeitungsausschnitte; Schriftwechsel).

⁹⁹ Ebenda (Zeitungsausschnitte, darin: Süddeutsche Zeitung [ohne Datum, ca. Dezember 1970] „Unglaublich, aber wahr: Niemand will Millionen-Stiftung“; Münchner Merkur vom 12./13. 12. 1970: „Ehepaar Wutz will Land verschenken und wird es einfach nicht los. Vierter Versuch gescheitert“).

¹⁰⁰ Das Erbe bestand aus dem Grundbesitz in Höhenrain und einem Wertpapierdepot bei einer Bank. Einen Teil der Grundstücke, darunter das Wohnhaus, hatte die Hanns-Seidel-Stiftung im Wege des Vermächtnisses an eine Privatperson zu übertragen (HSS-Archiv, Nachlass Wutz Maria und Max 1, Erbvertrag zwischen Max und Maria Wutz vom 7. 5. 1980).

¹⁰¹ HSS-Archiv, Nachlass Wutz Maria und Max 2 (Zeitungsausschnitte, Bericht „Münchner Stadtmuseum – reich beschenkt“ vom 6. 4. 1972, vermutlich Münchner Merkur) und ebenda 3 (Fotoalbum, erstellt vom Stadtmuseum München am 20. 10. 1971 über Kunst- und Einrichtungsgegenstände des Ehepaares Wutz).

¹⁰² Bayerische Staatsbibliothek, München, Ana 489 Maria Wutz: Entwurf eines notariellen Schenkungsvertrages zwischen Max und Maria Wutz und der Landeshauptstadt München über Möbel, Bilder und Kleinkunst, undatiert [Vertrag vom 20. 1. 1971].

¹⁰³ Pressemitteilung der Hanns-Seidel-Stiftung vom 29. 5. 2013.

... von der Redaktion betreut (Juli – September 2013)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionssjournal *sehепunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehепunkten* ihren Niederschlag, sondern in zweifacher Weise auch in den Vierteljahrsheften selbst:

In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehепunkten* erschienen sind.

Keith R. Allen, Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961, Berlin 2013.

Rezensiert von: Jeannette van Laak (Justus-Liebig-Universität, Gießen) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehепunkte.de/2013/09/23248.html>

Michael Barnett, Empire of Humanity. A History of Humanitarianism, Ithaca / London 2011.

Rezensiert von: Florian Hannig (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehепunkte.de/2013/09/19905.html>

Kilian Bartikowski, Der italienische Antisemitismus im Urteil des Nationalsozialismus 1933–1943, Berlin 2013.

Rezensiert von: Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehепunkte.de/2013/09/23453.html>

Marcel Berlinghoff, Das Ende der „Gastarbeit“. Der Anwerbestopp in Westeuropa 1970–1974, Paderborn 2013.

Rezensiert von: Karin Hunn (Freiburg/Brsg.) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehепunkte.de/2013/09/22939.html>

Lorraine Bluche, Von Bauern zu Europäern? Der agrarische Diskurs in Frankreich, 1944–1962, Bern / Frankfurt a.M. [u. a.] 2012.

Rezensiert von: Raphael Gerhardt (München) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehепunkte.de/2013/07/22765.html>

Frédéric Bozo / Marie-Pierre Rey / N. Piers Ludlow et al. (eds.), Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945–1990, Oxford 2012.

Rezensiert von: Anja Hanisch (Berlin) in sehепunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehепunkte.de/2013/07/22068.html>

Michael Brenner (Hg.), *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart. Politik, Kultur und Gesellschaft*, München 2012.

Rezensiert von: Murat Akan (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22398.html>

Alexander Burka, *Was blieb vom Fenster in den Westen? Zur Auslandskulturpolitik Österreichs in Ostmitteleuropa seit 1945 am Beispiel Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens*, Bruxelles [u. a.] 2011.

Rezensiert von: Peter Ulrich Weiss (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2013/07/23543.html>

Gabriele D'Ottavio, *L'Europa dei tedeschi. La Repubblica Federale di Germania e l'integrazione europea, 1949–1966*, Bologna 2012.

Rezensiert von: Guido Thieme (Cergy-Pontoise) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23519.html>

Jost Dülffer / Wilfried Loth (Hgg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012.

Rezensiert von: Hans-Christof Kraus (Universität Passau) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22257.html>

Josef Foscith, *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2012.

Rezensiert von: Matthias Meusch (Düsseldorf) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22451.html>

Ilya V. Gaiduk, *Divided Together. The United States and the Soviet Union in the United Nations, 1945–1965*, Stanford 2012.

Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/21714.html>

David R. Gibson, *Talk at the Brink. Deliberation and Decision during the Cuban Missile Crisis*, Princeton / Oxford 2012.

Rezensiert von: Georg Schild (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22432.html>

David Gilmour, *Auf der Suche nach Italien. Eine Geschichte der Menschen, Städte und Regionen von der Antike bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2013.

Rezensiert von: Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23315.html>

Robert S. C. Gordon, *The Holocaust in Italian Culture, 1944–2010*, Stanford 2012.
Rezensiert von: Ruth Nattermann (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22060.html>

Karrin Hanshew, *Terror and Democracy in West Germany*, Cambridge 2012.
Rezensiert von: Giesela Diewald-Kerkmann (Universität Bielefeld) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22901.html>

Sudhir Hazareesingh, *In the Shadow of the General. Modern France and the Myth of De Gaulle*, Oxford 2012.
Rezensiert von: Jörg Echternkamp (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22482.html>

Ulrich Helbach (Bearb.), *Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen 1945–1947*, Paderborn 2012.
Rezensiert von: Theresia Bauer (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/17874.html>

Falk Illing, *Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949–2013*, Baden-Baden 2012.
Rezensiert von: Anselm Tiggemann (Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22644.html>

Scott Kaufman, *Project Plowshare. The Peaceful Use of Nuclear Explosives in Cold War America*, Ithaca / London 2013.
Rezensiert von: Christoph Wehner (Ruhr-Universität Bochum) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22676.html>

Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang – NS-Deutschland 1944/45*, München 2011.
Rezensiert von: Sven Keller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/21488.html>

Eberhard Kolb / Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, München 2013.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22699.html>

Hans Krabbendam / John M. Thompson (eds.), *America's Transatlantic Turn. Theodore Roosevelt and the „Discovery“ of Europe*, Basingstoke 2012.

Rezensiert von: Fabian Hilfrich (University of Edinburgh) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22747.html>

Dieter Krüger / Felix Schneider (Hgg.), *Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik*, München 2012.

Rezensiert von: Peter Ruggenthaler (Graz) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/21345.html>

Jochen P. Laufer / Georgij P. Kynin (Hgg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. 18. Juni 1948 bis 5. November 1949*, Berlin 2012.

Rezensiert von: Bernd Bonwetsch (Ebeltoft) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22871.html>

Melvyn P. Leffler / Jeffrey W. Legro (eds.), *In Uncertain Times. American Foreign Policy after the Berlin Wall and 9/11*, Ithaca / London 2011.

Rezensiert von: Philipp Gassert (Augsburg) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23060.html>

Leonid Luks, *Zeithistorische Streitfragen. Essays und Repliken*, Münster / Hamburg / Berlin / London 2012.

Rezensiert von: Vitalij Fastovskij (Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/24033.html>

Josie McLellan, *Love in the Time of Communism. Intimacy and Sexuality in the GDR*, Cambridge 2011.

Rezensiert von: Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/20651.html>

Eckhard Michels, *Guillaume, der Spion. Eine deutsch-deutsche Karriere*, Berlin 2013.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23271.html>

Christopher Moran, *Classified. Secrecy and the State in Modern Britain*, Cambridge 2013.

Rezensiert von: Armin Wagner (Berlin) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22480.html>

Philip E. Muehlenbeck, *Betting on the Africans. John F. Kennedy's Courting of African Nationalist Leaders*, Oxford 2012.

Rezensiert von: Katrin Zippel (Universität Freiburg/Brsg.) in sehpunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23649.html>

Christian Nuenlist / Anna Locher / Garret Martin (eds.), *Globalizing de Gaulle. International Perspectives on French Foreign Policies, 1958–1969*, Lanham, MD 2010.

Rezensiert von: Volker Erhard (Brüssel) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/19567.html>

Maren Röger / Ruth Leiserowitz (eds.), *Women and Men at War. A Gender Perspective on World War II and its Aftermath in Central and Eastern Europe*, Osnabrück 2012.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22946.html>

Dominic Sandbrook, *Seasons in the Sun. The Battle for Britain, 1974–1979*, London 2012.

Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22479.html>

Wilfried Scharnagl, *Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat*, Köln 2012.

Rezensiert von: Julian Goerisch (München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22270.html>

Dirk Schmalzer, *Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit – zwischen Aufklärung und Verdrängung*, Bruxelles [u. a.] 2013.

Rezensiert von: Tim Szatkowski (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23109.html>

Hans-Peter Schwarz, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München 2012.

Rezensiert von: Dominik Geppert (Bonn) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22228.html>

Richard Smith / Patrick Salmon / Stephen Twigge (eds.), *The Invasion of Afghanistan and UK-Soviet Relations, 1979–1982. Documents on British Policy Overseas Series III*, London / New York 2012.

Rezensiert von: Bernhard Chiari (Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8

<http://www.sehepunkte.de/2013/07/21559.html>

Klaus Storkmann, *Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die „Dritte Welt“*, Berlin 2012.

Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9

<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22108.html>

Eckhard Ullrich, Kulturschock NVA. Briefe eines Wehrpflichtigen 1971–1973, Berlin 2013.

Rezensiert von: Christian Th. Müller (Universität Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23142.html>

Helmut Walser Smith (ed.), The Oxford Handbook of Modern German History, Oxford 2011.

Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22334.html>

Francesca Weil, Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen 2011.

Rezensiert von: Ilko-Sascha Kowalczyk (Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22494.html>

Rüdiger Wenzke, Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971, Berlin 2013.

Rezensiert von: Christian Th. Müller (Universität Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/22941.html>

Markus Würz, Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik, Stuttgart 2012.

Rezensiert von: Jörn Retterath (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 7/8
<http://www.sehepunkte.de/2013/07/23148.html>

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Juli – September 2013):

Elke Scherstjanoi (Hg.), Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen, München 2012.

Rezensiert von: Gustavo Corni (Universität Trient) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/22174.html>

Tim Szatkowski, Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982, München 2013.

Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 9
<http://www.sehepunkte.de/2013/09/23801.html>

Wilfried Loth, **Helmut Kohl and Monetary Union**

The creation of the European Monetary Union was one of the major achievements of the chancellorship of Helmut Kohl. The article shows how Chancellor Kohl managed the process of establishing the monetary union between French pressure and German reluctance. The French had several reasons to urge to such a union: first, they saw it as a necessary element of a policy of economic growth on the European level; second, they strove for independence from the erratic movements of the dollar and the U.S. policy of interest; third, they aimed at destroying the hegemonic position of the German Bundesbank. German resistance resulted from the long-term fear of an "inflation union" and the institutional self-interest of the Bundesbank whose directors saw no reason to abandon their comfortable position. When the end of the GDR came into sight, Mitterrand interpreted this reluctance as the end of the German engagement in the European project. It was exactly this misunderstanding which conduced Kohl to give in and to accept fixed dates for the realization of the monetary union without prior agreement on all conditions the Bundesbank had asked for. In this way, he succeeded in saving the European unification process from endangerment by German unification and advancing that process further.

Lothar Machtan, **The Autobiography as a Historical-Political Weapon. The Memoirs of the Last German Imperial Chancellor Max von Baden**

The short chancellorship of Max von Baden in autumn 1918 would not only prove historic in its contribution to the end of the German Empire and the First World War: The last Chancellor of the Kaiser also ended up on the battlefield of the ideological civil war which shook the Weimar Republic not least regarding the politics of history. With the publication of his memoirs in 1927, he himself tried to steer the battle over memory and introduce a third reading of his disputed government policy during the last days of the Empire to the public. They can be seen as prototypical for the conjectural character of politicians' memoirs; analytically they are to be interpreted as attempts to guide remembrance. Through the new edition in 1968, undertaken by Golo Mann by order of Max' spin doctor and ghost-writer Kurt Hahn, this even happened for a second time during the Bonn Republic, reaching over the epochal caesuras. The history of this new edition however reveals the limits of such a form of self-mythography – and, that these limits can be drawn by critical historiography.

Georg J. Dufner, **Chile as Partner, Example and Touchstone. West and East German Foreign Policy and Ideological Competition in Latin America**

Today the coup in Chile on 11 September 1973 is considered a symbol for the horror of South American military dictatorships. The strong presence in the media of persecution, exile and crimes against humanity forced both German states to publicly position themselves, both to the international community as well as to their own population. The dissimilar treatment of the explosive touchstone of the Pinochet dictatorship however often covers up the long and intensive post-war relations, which both West and East Germany enjoyed with the South American state

during the 1960s. The Andean country played a leading role on the subcontinent for both Bonn and East Berlin as a promising developing country and political partner, thus becoming a disputed stage for the ideological intra-German conflict. In this process, the highly dynamic political contemporary history of Chile and its international emancipation demanded continuous adaptation of the means and goals of foreign, economic and developmental policy, which provides us with deep insights into the mutual perceptions at the time. The present article will attempt to illuminate which importance these relations had for the three involved states, what the results were and how these have to be assessed.

Hans Woller/Jürgen Zarusky, The "Theodor Eschenburg Case" and the Institute of Contemporary History. Open Questions and New Perspectives

The defence of Theodor Eschenburg against his critics published by Udo Wengst in the July issue of the VfZ does not convince Hans Woller and Jürgen Zarusky. Too often it simply leaves out questionable matters. The findings on Eschenburg's flirt with the radical right during the Weimar Republic, his role in the Fischbein "Aryanisation" case, his sometimes extremely apologetic looking back at the Third Reich and his careless use of the term dictatorship are too grave to leave it at a "well-meaning petrification" of the old assessment of Eschenburg. For the Vierteljahrshefte, of which Eschenburg served as the founding editor for many years together with Hans Rothfels, as well as for the Institute of Contemporary History as a whole, this is about significant questions of their own histories. The authors contend that it is high time to engage in an active and critical debate.

Dr. Dr. h.c. **Wilfried Loth**, Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen (Universitätsstraße 2, 45117 Essen); veröffentlichte u.a.: „Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950“ (Stuttgart 1977); „Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955“ (München 1980, ¹²2002); „Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands“ (Düsseldorf 1984); „Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957“ (Göttingen 1990, ³1996); „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte“ (Berlin 1994); „Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung“ (München 1998); „Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow“ (Göttingen 2007); demnächst: „Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte“ (Frankfurt a.M./New York 2014).



Dr. **Lothar Machtan**, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bremen (Institut für Geschichtswissenschaft/FB 08, Postfach 330 440, 28334 Bremen); veröffentlichte u.a. „Bismarcks Tod und Deutschlands Tränen. Reportage einer Tragödie“ (München 1998); „Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators“ (Berlin 2001, übersetzt in 10 Sprachen, 2. ergänzte Taschenbuchausgabe Frankfurt a.M. 2003); „Der Kaisersohn bei Hitler“ (Hamburg 2006); „Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen“ (Berlin 2008, Taschenbuchausgabe 2011); „Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers. Eine Biographie“ (Berlin 2013).



Dr. **Georg J. Dufner**, Historiker (Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin); veröffentlichte u.a. „Chile als Bestandteil des revolutionären Weltprozesses“. Die Chilepolitik der DDR im Spannungsfeld von außenpolitischen, ökonomischen und ideologischen Interessen 1952–1973“ (Saarbrücken 2008); zusammen mit Stefan Rinke, „Ein Abgang in drei Akten. Chile und der lange Schatten Augusto Pinochets“, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt (Hrsg.), Der Tod des Diktators. Ereignis und Erinnerung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2011, S. 277–302; demnächst: „Chiles Entwicklung, der Kalte Krieg und politische Experimente. Beziehungen in Politik und Wirtschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Chile, 1949 bis 1980“ (Frankfurt a.M. 2014, Arbeitstitel).





Dr. **Hans Woller**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München), veröffentlichte u. a. „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth“ (München 1986); „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943–1948“ (München 1996, italienische Ausgabe 1997); „Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung“ (München 1999, italienische Ausgabe 2001); „Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert“ (München 2010).



Dr. **Jürgen Zarusky**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und stv. Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46 b, 80636 München), veröffentlichte u. a. als Hrsg. mit Stefanie Hajak, „München und der Nationalsozialismus. Menschen. Orte. Strukturen“ (München 2008); als Hrsg., „Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung“ (München 2010); als Hrsg. mit Martin Zückert, „Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive“ (München 2013); „Timothy Snyders ‚Bloodlands‘. Kritische Anmerkungen zur Konstruktion einer Geschichtslandschaft“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 1–31.



Albert A. Feiber, M.A. und Dipl-Verwaltungswirt (FH), wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München-Berlin und Kurator der Dokumentation Obersalzberg, (Leonrodstr. 46 b, 80636 München) veröffentlichte u. a.: „... ist uns die Fremde zur neuen Heimat geworden.“ Flüchtlinge und Heimatvertriebene als Fremde auf dem Dorf, in: Fremde auf dem Land, hrsg. v. Hermann Heidrich, Ralf Heimrath u. a., Bad Windsheim 2000, S. 196–213; „Hermann Göring als Kunstsammler“, in: Ilse von zur Mühlen, Die Kunstsammlung Hermann Görings. Ein Provenienzbericht der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen mit einem Beitrag von Albert A. Feiber, München 2004, S. 15–41; als Hrsg. mit Volker Dahm, Hartmut Mehringer und Horst Möller, „Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich“, (Neuausgabe, München 2011).